



17.11.2011

47. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 17. November 2011

Mitteilungen des Präsidenten 4703

1 Neue Form des rechten Terrors frühzeitig und entschieden bekämpfen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3303

In Verbindung mit:

Rechter Terror in NRW – Keine Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3304

Und:

Ungekannte Dimension rechten Terrors erschüttert Deutschland und NRW

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3305 4703

Carina Gödecke (SPD) 4703
Verena Schäffer (GRÜNE) 4705
Anna Conrads (LINKE) 4706
Horst Engel (FDP) 4708
Armin Laschet (CDU) 4709
Minister Ralf Jäger 4710
Peter Biesenbach (CDU) 4713
Ibrahim Yetim (SPD) 4714
Matthi Bolte (GRÜNE) 4715
Dr. Robert Orth (FDP) 4716
Özlem Alev Demirel (LINKE) 4717

2 Nordrhein-Westfalen begrüßt die Initiative des Bundes für mehr Steuerergrechtheit

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3264

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3323 4719

Christian Weisbrich (CDU) 4719
Angela Freimuth (FDP) 4720
Hans-Willi Körges (SPD) 4721
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 4723
Rüdiger Sagel (LINKE) 4724
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 4725
Karl-Josef Laumann (CDU) 4727
Martin Börschel (SPD) 4729
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 4730
Dr. Gerhard Papke (FDP) 4731
Rüdiger Sagel (LINKE) 4732
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 4733

Ergebnis 4733

3 U3-Ausbau vorantreiben – Mehr Betreuungsangebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3262

In Verbindung mit:

Landesregierung muss U3-Ausbau vorantreiben!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3270

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/3321	4734
Marcel Hafke (FDP)	4734
Ursula Doppmeier (CDU)	4737
Wolfgang Jörg (SPD)	4738
Andrea Asch (GRÜNE)	4739
Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)	4740
Ministerin Ute Schäfer	4741
Bernhard Tenhumberg (CDU)	4742
Britta Altenkamp (SPD)	4744
Andrea Asch (GRÜNE)	4746
Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)	4747
Ministerin Ute Schäfer	4747
Ergebnis	4748
4 Bildungsgerechtigkeit herstellen – Masterplatzzulassungen ermöglichen	
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/3250	4748
Gunhild Böth (LINKE)	4748
Dr. Martin Schoser (CDU)	4749
Karl Schultheis (SPD)	4750
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)	4751
Marcel Hafke (FDP)	4752
Ministerin Svenja Schulze	4753
Ergebnis	4754
5 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein- Westfalen	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3047 Vorlage 15/914	
erste Lesung	4754
Minister Ralf Jäger	4754
Olaf Lehne (CDU)	4755
Thomas Stotko (SPD)	4755
Matthi Bolte (GRÜNE)	4756
Dr. Robert Orth (FDP)	4757
Ralf Michalowsky (LINKE)	4757
Ergebnis	4758
6 20. Datenschutz- und Informations- freiheitsbericht 2011 des Landesbe- auftragten für Datenschutz und Infor- mationsfreiheit	
Vorlage 15/615	
<u>Und:</u>	
Stellungnahme der Landesregierung zum 20. Datenschutz- und Informati- onsfreiheitsbericht des Landesbeauf- tragten für Datenschutz und Infor- mationsfreiheit	
Vorlage 15/868	
Beschlussempfehlung des Innenausschusses Drucksache 15/3282	4759
Arne Moritz (CDU)	4759
Ibrahim Yetim (SPD)	4760
Matthi Bolte (GRÜNE)	4761
Horst Engel (FDP)	4762
Anna Conrads (LINKE)	4763
Minister Ralf Jäger	4764
Ministerin Sylvia Löhrmann	4765
Ergebnis	4765
7 Weiterentwicklung des Adressraums im Internet – Unterstützung der Ein- führung der Top-Level-Domain „.nrw“	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3268	4765
Andrea Verpoorten (CDU)	4765
Alexander Vogt (SPD)	4766
Matthi Bolte (GRÜNE)	4767
Ralf Witzel (FDP)	4768
Ralf Michalowsky (LINKE)	4769
Minister Ralf Jäger	4770
Ergebnis	4770
8 Ordnungspartnerschaften gezielt ver- netzen und ausbauen	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3257	4770
Horst Engel (FDP)	4770
Wolfgang Exler (CDU)	4771
Christian Dahm (SPD)	4772
Matthi Bolte (GRÜNE)	4773

Anna Conrads (LINKE).....	4774	
Minister Ralf Jäger	4775	
Ergebnis	4775	
9 Keine Belastung der Steuerzahler in NRW bei der „Griechenland-Umschuldung“		
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/3252	4775	
Rüdiger Sagel (LINKE)	4775	
Werner Jostmeier (CDU)	4776	
Nadja Lüders (SPD)	4778	
Stefan Engstfeld (GRÜNE).....	4780	
Angela Freimuth (FDP).....	4781	
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans	4782	
Christian Möbius (CDU).....	4784	
Ulrich Hahnen (SPD)	4785	
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	4786	
Bärbel Beuermann (LINKE).....	4787	
Ergebnis	4787	
10 Landesregierung muss das Aktionsprogramm zur Stärkung der hausärztlichen Medizin und Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Hausarztaktionsprogramm) forschreiben		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3269	4788	
Hubert Kleff (CDU).....	4788	
Angela Lück (SPD)	4789	
Arif Ünal (GRÜNE).....	4789	
Dr. Stefan Romberg (FDP).....	4790	
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	4791	
Ministerin Barbara Steffens	4792	
Ergebnis	4793	
11 Beschluss des nordrhein-westfälischen Landtags umsetzen – Ungleichbehandlung von Schülern der 10. Jahrgangsstufe an Gymnasien bei den Schülerfahrkosten unverzüglich beenden		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3260		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/3324	4794	
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	4794	
Klaus Kaiser (CDU).....	4795	
Sören Link (SPD)	4795	
Sigrid Beer (GRÜNE).....	4795	
Gunhild Böth (LINKE)	4796	
Ministerin Sylvia Löhrmann.....	4796	
Ralf Witzel (FDP)	4797	
Ergebnis.....	4797	
12 Wohnungsnot für Studierende schnell lindern – Studentenwerke in Verantwortung nehmen		
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/3251	4798	
Ergebnis.....	4798	
Nächste Sitzung.....	4798	
Entschuldigt waren:		
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (bis 14:00 Uhr)		
Harald Giebels (CDU) Maria Westerhorstmann (CDU)		

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen 47. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**. Ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Frau **Monika Brunert-Jetter** von der Fraktion der CDU.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Frau Kollegin, herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen des gesamten Landtages.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

1 Neue Form des rechten Terrors frühzeitig und entschieden bekämpfen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3303

In Verbindung mit:

Rechter Terror in NRW – Keine Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3304

Und:

Ungekannte Dimension rechten Terrors erschüttert Deutschland und NRW

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3305

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion Die Linke und die Fraktion der FDP haben jeweils mit Schreiben vom 14. November 2011 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu den genannten aktuellen Themen der Landespolitik eine Aussprache im Rahmen einer Aktuellen Stunde beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin vonseiten der antragstellenden SPD-Fraktion der Abgeordneten Frau Gödecke das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie oft haben wir alle in den letzten Jahren den Satz: „Wehret den Anfängen!“ gehört, gelesen und zitiert, haben diese Aussage gleichermaßen zum Maßstab und Ziel für unser politisches Handeln gegen Rechtsextremismus gemacht! Das haben wir sicher viele Male getan, und immer haben wir es ernst gemeint. Nie haben wir diese Grundüberzeugung einfach nur so dahingesprochen. Wir alle wissen: Aus unserer Vergangenheit ist eine Verpflichtung für die Gegenwart und Zukunft erwachsen.

Wehret den Anfängen! Und nun? – Seit letztem Freitag, seitdem wir die brutale, menschenverachtende und mordende Terrorzelle rechter Gewalt kennen, ist deutlich, wir alle konnten den Anfängen nicht wirklich wehren. Das müssen wir uns eingestehen.

Den Opfern des rechten Terrors und ihren Familien gilt in diesen Tagen, in denen das Leid, die Ängste und die Verzweiflung wieder allgegenwärtig werden, unser Mitgefühl.

Wir entschuldigen uns aufrichtig bei denen, die sich in ihrer Angst vor rechter Gewalt nicht richtig wahrgenommen gefühlt haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir entschuldigen uns bei denen, bei denen wir zu schnell zugelassen haben, dass die falschen Schlüsse gezogen wurden. Statt den ausländerfeindlichen und damit rechten Hintergrund der Morde und Anschläge zu sehen, haben wir uns auf andere Erklärungsmuster eingelassen. Damit haben wir den Opfern großes Unrecht getan. Das tut uns aufrichtig leid.

Voller Erschütterung wissen wir heute – und niemand kann länger etwas anderes behaupten –: Es gibt in Deutschland nicht nur rechtes Gedankengut, rechte Schmierereien und Pöbeleien, rechte Propaganda und Politik, rechte Übergriffe und Bedrohungen, nein, in unserem Land ist aus Rechtsextremismus blander Rechtsterror geworden.

Ja, es gibt einen Zusammenhang zwischen der NPD und anderen rechten Parteien und Gruppierungen, die den ideologischen Überbau und die Organisationserfahrung bereitstellen, den sogenannten Kameradschaften, die extrem gewaltbereit in Kooperation mit der NPD oder auch völlig alleine vorgehen, und der Zwickauer Zelle, die rechtsextremistischen Terror verbreitet hat. Die Terrorzelle und damit den rechten Terror gibt es nicht erst seit heute, sondern offensichtlich schon seit vielen Jah-

ren, über eine lange Zeit unerkannt, unentdeckt, aber geschützt und unterstützt.

Warum sind diese Zusammenhänge nicht erkannt worden? Warum konnte eine rechte Terrorzelle 13 Jahre lang unentdeckt, unbeobachtet untertauchen? Welche Rolle spielten die V-Leute und der Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang? Sind die drei bekannten Mitglieder der Terrorzelle Teil eines viel größeren Netzwerkes? Welche weiteren brutalen Übergriffe und Morde müssen heute in einem anderen Zusammenhang gesehen werden? Sind auch in Nordrhein-Westfalen Fehler gemacht worden? Werden Hinweise auf rechte und rechtsextremistische Aktivitäten nach wie vor nicht ernst genug genommen? Was ist dran an den Vorwürfen, dass rechte Gewalt noch immer verharmlost wird?

Es gibt viele, viele Fragen, Ängste, wachsende Sorgen, Zweifel, Unverständnis und ein wirklich ungutes Gefühl – auch bei der Politik.

Wehret den Anfängen! Dafür sind wir alle eingetreten. Und nun? Müssen wir uns eingestehen, dass wir alle gemeinsam versagt haben? Individuell haben wir das vielleicht nicht, kollektiv als demokratischer Rechtsstaat, als demokratisch legitimierte Volksvertreter, als Versammlung der anständigen Demokraten aber offensichtlich schon. Auch deshalb müssen wir in erster Linie an die Opfer denken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Tagen ist wieder einmal sehr schnell sehr viel gesagt, geschrieben und gefordert worden. Wieder werden schnell Antworten gegeben, werden hastig politische Aktionen in Aussicht gestellt, die teilweise an Aktionismus erinnern, wird so getan, als ob die notwendigen nächsten Schritte alle schon klar seien. Ob das alles aber auch die richtigen Antworten sind? Man muss es sehen.

Auf jeden Fall ist es richtig, ausnahmslos alle Fragen zu stellen, die notwendig sind, um eine lückenlose Aufklärung und eine lückenlose Aufarbeitung zu gewährleisten. Auch wenn die Fragen unbequem sind, auch wenn die Fragen die Zweifel der Fragen am Status quo bohrend deutlich machen: Diese Aufklärung sind wir den Opfern schuldig, und sie muss alle in Rede stehenden Organe, also Polizei, Staatsschutz, Verfassungsschutz, Bundesämter und Geheimdienste, umfassen – und genauso die Politik und die Parlamente.

Ich will mich für meine Fraktion nicht an der im Moment so populären Vorverurteilung beteiligen, aber ich sage ganz klar und unmissverständlich: Es darf auch keine Persilscheine geben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus müssen mit aller Härte bekämpft und nicht durch Wegsehen geduldet werden.

Nun zum NPD-Verbot: Für uns Sozialdemokraten ist die Frage des NPD-Verbotes schon seit Langem geklärt. Letztmalig im Mai dieses Jahres haben unsere Fraktionsvorsitzenden in den Ländern und im Bund festgestellt, dass die NPD eine Partei ist, die in aggressiv-kämpferischer Weise die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft. Die politischen Aktivitäten der NPD sind durch Verachtung für die Demokratie, Verhöhnung der NS-Opfer, antisemitische Ausfälle, Hetze gegen Ausländer und Verunglimpfung Andersdenkender gekennzeichnet.

Die Verfassungsfeindlichkeit der NPD ist offensichtlich, und allein schon deshalb und nicht, weil heute der Zusammenhang zum rechten Terror hergestellt werden kann und hergestellt werden muss, gehört sie verboten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen aber auch, dass mit dem Verbot der NPD nur ein Teilbeitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und des Rechtsterrors geleistet werden kann. Aufklärung, Präventionsarbeit, Aussteigerprogramme, Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Bundesländer und zwischen den Bundesländern, vielleicht sogar das Zentralregister, die Reform der Geheimdienste, das Infragestellen des V-Mann-Systems: Das sind Punkte, über die wir intensiv miteinander reden müssen, deren zukünftige Rolle wir klären müssen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

bei denen wir uns entscheiden müssen – aber nach sorgfältiger Abwägung.

Ich selbst bin 13 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges geboren und in der festen Überzeugung erzogen worden, dass sich die Schreckensherrschaft der Nazis nie wieder wiederholen darf. Meine Eltern haben immer mit mir über diese Zeit gesprochen, ihre Erfahrungen mit mir geteilt, mich Bilder, Filme und Dokumente anschauen lassen, damit ich einen bleibenden Eindruck vom Naziterror und den millionenfachen Morden an unschuldigen Menschen bekomme, und sie haben versucht, meine Fragen, wie das alles geschehen und entstehen konnte, zu beantworten. Meine Eltern wollten, dass ich lerne, wie wichtig es ist, die Anfänge zu erkennen, den Anfängen zu wehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, irgendwann werden unsere Kinder und Enkelkinder vielleicht uns die Frage stellen: Was hast du eigentlich damals getan, um das Erstarken der Rechten zu verhindern? Dann will ich Antworten geben können, und ich will vor allem, dass wir dann gemeinsam den Terror und das Erstarken der Rechten verhindert haben. Das sind wir den Opfern und ihren Familien schuldig. Das sind wir unseren Eltern, die um ihre Jugend beraubt wurden und mit ihrer Vergangenheit

leben mussten, schuldig. Das sind wir unseren Kindern und vor allem unseren Enkelkindern, die ihre Zukunft und ihr Leben noch vor sich haben, schuldig. Das sind wir uns selbst schuldig. Wehret den Anfängen!

(Beifall von der SPD, von der CDU, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gödecke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erkenntnisse über die Mordserie der rechtsterroristischen Gruppe, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ nennt, erschüttern zu Recht die politische Landschaft und die Bevölkerung. Wer jetzt aber mit großer Überraschung auf das Bekanntwerden des Mordtrios reagiert, der muss die letzten Jahre entweder verschlafen oder schlicht die Augen vor der rechtsextremen Gewalt in Deutschland verschlossen haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wer die rechtsextremen Mordanschläge Anfang der 1990er-Jahre in Mölln und Solingen für lange Vergangenes hält, dem sollte gesagt sein, dass vor eineinhalb Jahren eine DGB-Demo in Dortmund am helllichten Tage von einem rechten Schlägertrupp angegriffen wurde, und der sollte wissen, dass im letzten Jahr selbstgebaute Bomben bei der Kameradschaft Aachener Land gefunden wurden, die ganz offensichtlich für einen Anschlag auf die Polizei und sogenannte politische Gegnerinnen und Gegner bestimmt waren. Und wer das immer noch für Einzelfälle hält, sollte endlich in die Statistiken schauen und wahrnehmen, dass mindestens jeden zweiten Tag in Nordrhein-Westfalen Menschen Opfer von rechtsextrem Gewalt werden, einfach nur deshalb, weil sie nicht in das menschenfeindliche Bild der Neonazis passen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer weiterhin die Gefahr des Rechtsextremismus und die steigende Gewaltbereitschaft der Neonazis verharmlost, der hat nicht nur das Problem nicht erkannt, der trägt auch dazu bei, dass wir ein gewaltiges Problem mit Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die bisherigen Erkenntnisse werfen eine Vielzahl von Fragen auf, die dringend und lückenlos aufgeklärt werden müssen. In diesem Zusammenhang muss auch die Frage erlaubt sein, warum bei den Morden an den neun Männern mit türkischem bzw.

griechischem Migrationshintergrund dem Anschein nach nicht intensiv in der rechtsextremen Szene ermittelt wurde, sondern man Täterinnen und Täter im Drogen- und Schutzgeldmilieu suchte. Warum wurde nicht gesehen, dass bei Mordanschlägen, die sich allesamt gegen Migranten richten, ein rechtsextremer Hintergrund naheliegend ist? Meine Erklärung dafür ist, dass es uns als Gesellschaft an Sensibilität für die Gefahr fehlt, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Viel zu lange wurden Übergriffe von Rechtsextremen als Auseinandersetzung zwischen linksalternativen und rechten Jugendlichen abgetan. Viel zu lange hat man der rechtsextremen Szene nicht zugetraut, dass sie sich organisieren und gezielt Anschläge vorbereiten würde. Deshalb ist es auch richtig, dass die NRW-Polizei alte Fälle neu aufrollt und mögliche Verbindungen zur rechtsextremen Szene überprüft. Die Gefahr von rechts muss endlich ernst genommen werden. Dazu fordere ich auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP auf.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Natürlich kann und muss die Frage gestellt werden, welche Fehler die Verfassungsschutz- und Strafverfolgungsbehörden mindestens in Thüringen, in Hessen und in Niedersachsen begangen haben. Für mich ist es schwer nachzuvollziehen, dass die Verfassungsschutzmänner trotz Hinweisen weder die Taten verhindern noch zu ihrer Aufklärung beitragen konnten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sehr richtig!)

Und es wirft auch die Frage auf, ob die V-Leute in diesem Fall Teil des Problems waren.

Aber klar ist, finde ich, auch: Wir können die Verantwortung für die Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt nicht alleine beim Verfassungsschutz abladen. Wir müssen darüber diskutieren, dass es rechtsextreme, rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen in unserer Gesellschaft gibt, die den Nährboden und die Legitimation für rechte Gewalt und rechtsextremen Terror bilden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die unterschiedlichen Studien der vergangenen Jahre haben gezeigt, welches Problem, welche antidemokratischen und rassistischen Einstellungen wir in der Mitte der Gesellschaft haben. Deshalb finde ich es auch so unmöglich, dass die Bundesministerin Kristina Schröder immer wieder die Extremismustheorie anführt.

(Beifall von der LINKEN)

Denn die Extremismustheorie setzt nicht nur Links- und Rechtsextremismus gleich, was wegen der völlig unterschiedlichen Phänomene unangebracht ist, sondern sie besagt auch, es gäbe zwei extremistische Ränder und eine lupenreine demokratische

Mitte, die sich nichts vorzuwerfen hat. Wir wissen aber aus Studien, dass dem so nicht ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir müssen endlich handeln, und zwar nicht nur dann, wenn das Thema „Rechtsextremismus“ aufgeregt von allen diskutiert wird, sondern wir müssen nachhaltige demokratische Strukturen schaffen. Dazu werden zum Beispiel unsere geplanten Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt beitragen. Dazu muss aber auch die Bundesregierung einen Beitrag leisten, indem sie sowohl die vorgesehenen Kürzungen bei dem Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und der Antidiskriminierungsstelle zurücknimmt als auch die misstrauenfördernde Extremismusklausel abschafft.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nach den rechtsextremen Anschlägen in diesem Sommer in Oslo und Utoya hat der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg einen, wie ich finde, sehr bemerkenswerten und nachdenklichen Satz gesagt, den ich gerne zitieren möchte:

„Unsere Antwort wird mehr Offenheit und mehr Demokratie sein.“

Diesen Satz hat er nach der schlimmen Katastrophe in Norwegen gesagt. Ich finde, wir sollten die Mordserie als Weckruf verstehen und zum Anlass nehmen, über unsere Werte zu diskutieren und gemeinsam für eine demokratische, offene und pluralistische Gesellschaft zu streiten. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher! Was derzeit an immer neuen Informationen zu rechtsterroristischen Akten in der Bundesrepublik zutage tritt, ist schlicht unfassbar. Es besteht der begründete Verdacht, dass sich mit Wissen und Unterstützung des Verfassungsschutzes rechtsterroristische Strukturen bilden konnten, dass sich die Organisation um Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe jahrelang auf die Unterstützung bezahlter V-Leute verlassen konnte, sogar dass ein ehemaliger Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes bei mindestens drei Morden selbst zugegen war.

Unser Mitgefühl gilt den vielen Opfern, die die Neonazis auf ihrem blutigen Weg durch die Republik zurückließen, von denen sie mindestens zehn das Leben nahmen und ihre Würde, indem sie sie töteten

und das Leiden filmten. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen und den zahlreichen Verletzten der Anschläge in Köln.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Für den Mord an den genannten türkischen und griechischen Kleinunternehmern kam den Ermittlern – Frau Schäffer hat es bereits gesagt – über Jahre kein Motiv für die Taten in den Sinn. Gemutmaßt wurde über Verstrickungen der Mafia, Kämpfe unter migrantischen Subkulturen, über Schulden und Schutzgelder. Seit Freitag vergangener Woche muss nunmehr jedem klar sein: Es tummeln sich Akteure in einer immer militanter werdenden rechten Szene, deren menschenverachtender Rassismus und ihr Hass gegen andersaussehende und andersdenkende Menschen zu abscheulichen Verbrechen führen. Die Linke hat immer vor diesen unberechenbaren Gefahren durch die militante Neonazi-Szene gewarnt. Noch letzte Woche mussten wir uns, aber auch Frau Schäffer und Herr Yüksel sich im Innenausschuss dafür von der CDU Kritik anhören.

Wir widersprechen auch vehement der Auffassung des Innenministers, der von einer neuen Form des rechten Terrors spricht. Aus Rechtsextremen sind nicht aus heiterem Himmel Terroristen geworden. Das haben Sie in der letzten Woche so gegenüber der Presse vertreten.

Die Tendenz zu solchen Taten war durchaus absehbar. Bereits im vergangenen Jahr – auch das hat Frau Schäffer angesprochen – sollte der Neonazi-Aufmarsch in Dortmund verboten werden, weil bei einem der Hauptakteure Sprengsätze und gefährliche Bomben gefunden worden sind.

Herr Jäger, vor unser aller Augen und über Jahre sind die Neofaschisten in Teilen militanter und aggressiver geworden, auch hier in Nordrhein-Westfalen.

Dies ist aber kein Fall allein von Rechtsterrorismus, denn der NSU war ein Sumpf aus Neonazis und Geheimdiensten. 66 Jahre nach der Zerschlagung der Nazidiktatur muss man feststellen: Es gab möglicherweise erneut staatlich geförderten oder geduldeten Terror in diesem Land.

Unklar ist auch, ob die NSU mit dem Tod von Böhnhardt und Mundlos und der Verhaftung von Beate Zschäpe tatsächlich ein Ende gefunden hat. Höchstwahrscheinlich hat die NSU Unterstützerinnen in regionalen Szenen gehabt.

Ist die Gefahr wirklich gebannt? Bei allem Respekt vor Ihnen, Herr Innenminister, und auch vor den Ermittlern, die offensichtlich gegen den Willen des Verfassungsschutzes in Thüringen im Moment einen braunen Sumpf ausheben: Wir können es nicht wissen. Und warum? Weil das zuständige Amt für Verfassungsschutz nicht nur seinen Auftrag nicht erfüllt, sondern der Geheimdienst tief in die rechte

Szene verstrickt ist, so weit, dass in der hessischen Behörde über viele Jahre ein Nazi Dienst schiebt, den man in seiner Heimatstadt Hofgeismar unter dem Spitznamen „Klein Adolf“ kennt und dessen Wohnung vor Waffen strotzt und der mindestens bei drei der neun oder zehn Morde an Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft persönlich anwesend gewesen sein soll.

Darüber hinaus unterhält der Verfassungsschutz ein Netz aus V-Leuten der rechten Szene. Der Thüringer Neonazi und NPD-Funktionär Tino Brandt schöpfte insgesamt 200.000 € Honorar ab, die er teilweise in Projekte wie den „Thüringer Heimatshut“ steckte. Er sagt auch noch: Nicht er sei vom Verfassungsschutz mit Informationen abgeschöpft worden, sondern er habe den Verfassungsschutz abgeschöpft.

Wenn es nicht so grauenhaft wäre und wenn es nicht den Rechtsstaat fundamental infrage stellen würde, müsste man eigentlich zynisch fragen: Wird der VS eigentlich demnächst vom Verfassungsschutz überwacht oder übernimmt das der Einfachheit halber gleich auch die NPD?

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die NSU-Terroristen sollen mit offiziellen falschen Papieren ausgestattet worden sein, konnten so untertauchen und mindestens zehn Menschen umbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch bei der Frage der V-Leute gilt: Diese Kritik an ihnen ist weder neu noch unbekannt. Auch in NRW sind Fälle bekannt von größter Nähe zwischen Geheimdienst und Neonazis, so zum Beispiel der Fall Sebastian S. aus Lünen, der der Polizei Anfang 2007 auffiel. Er belieferte die Dortmunder Naziszene mit Waffen und hatte Kontakte zu „Blood-and-Honour“-Netzwerk. Später kam heraus, der kriminelle S. bezog Honorare vom Verfassungsschutz.

Burkhard Freier, damaliger stellvertretender Chef des Verfassungsschutzes, hat hier im Innenausschuss des Landtags gesagt: Sobald klar ist, dass es kriminelle Machenschaften gibt, würde S. abgeschaltet. Doch Sebastian S. wurde stattdessen von seinem Vorgesetzten und VS vor einer Strafverfolgung gewarnt. Die Strafvereitelung kam nie vor Gericht, und die Identität des Vorgesetzten wird vom VS geschützt.

Bekannt ist auch der Fall von Schmitt aus Solingen, der Anfang der 90er-Jahre den Kampfsportclub „Hak Pao“ betrieben hat. Er war auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und hat damals drei der Attentäter trainiert, die den Brandanschlag in Solingen verübt haben.

Nicht zuletzt ist auch immer noch die Rolle von Michael Berger ominös, der mutmaßliche V-Mann, der

2001 in Dortmund und Waltrop Polizisten tötete und dafür von der rechten Szene gefeiert worden ist.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Fritz hatte mehrfach versucht, da nachzuhaken. Bis jetzt gibt es da noch kaum Erkenntnisse und Hintergründe dieser Taten.

Der Verfassungsschutz, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, verhilft den Neofaschisten nicht nur zu Geld, sondern auch zur Legalität. Wir haben das gesehen, weil das Verbotsverfahren vor allem daran gescheitert ist, dass 40 von 300 Vorstandsmitgliedern der NPD für den Verfassungsschutz arbeiteten. Das Gericht forderte die Enttarnung der V-Leute. Dass sich in den folgenden acht Jahren daran etwas geändert hätte, haben wir nicht bemerkt, wir wissen davon nichts.

Verehrte Damen und Herren, führen Sie sich bitte die Bluttaten der NSU vor Augen und fragen sich: Wem nutzt der Verfassungsschutz? Wem nutzen die V-Leute? Ist die Verfassung durch die Zusammenarbeit mit kriminellen Neofaschistischen V-Leuten geschützt worden? V-Leute sind und bleiben Teil der rechten Szene. Sie sind nicht kontrollierbar. Und auch der Verfassungsschutz ist hier ein Teil des Problems und ein Fremdkörper in einer Demokratie. Wir fordern erneut die Auflösung des Geheimdienstes und die Einrichtung einer Analyse- und Beobachtungsstelle gegen menschenfeindliche Ideologien, die dem Parlament und der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig ist.

(Beifall von der LINKEN)

Die Lösung kann nicht darin liegen, den Verfassungsschutz jetzt noch stärker auszustatten und mit der Polizei enger zusammenzulegen. Aus gutem Grund gibt es ein striktes Trennungsverbot von Polizei und Geheimdienst in Deutschland. Mit aller Kraft werden wir uns auch dagegen wehren – was die FDP fordert –, die Sachen jetzt alle im parlamentarischen Kontrollgremium aufzuklären. Wiederum ein Geheimgremium, aus dem nichts an die Öffentlichkeit dringt. Wir fordern eine öffentliche Aufklärung dieser Umstände.

(Beifall von der LINKEN)

Je nachdem, welche Rolle der VS in NRW noch spielt, werden wir uns auch einen Untersuchungsausschuss wie auf der Bundesebene vorbehalten.

Ich komme zum Schluss. Wir freuen uns, dass Sie ein NPD-Verbot angesprochen haben. Wir unterstützen diese Forderung. Allein das kann nicht die Lösung sein, aber das haben meine Vorrednerinnen auch schon gesagt. Für uns ist wesentlich: Ohne Abzug der V-Leute kann es kein NPD-Verbot geben. Deswegen unser Appell: Ziehen Sie die V-Leute jetzt ab, Herr Jäger. Und wir kämpfen gemeinsam gegen die Neonazis in diesem Land und dagegen, dass die Neonazis jemals wieder staatli-

che Unterstützung und Hilfe erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtsextreme Bestrebungen und Taten gleich welcher Form sind eine ernste Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Eine ungekannte Dimension rechten Terrors erschüttert Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Das ist schändlich. Wir verneigen uns vor den Opfern und entschuldigen uns als Politik dafür, dass so etwas in Deutschland möglich wurde.

(Allgemeiner Beifall)

Brutale, menschenverachtende Rechtsterroristen zogen mordend und raubend durch Deutschland, ganze 13 Jahre lang – und keiner hat es gemerkt.

Auf einem 15 Minuten langen Bekennervideo ist dieser pure Menschenhass auf perfide Weise dokumentiert. Eine kaltblütige Menschenjagd auf Migranten und eine Polizistin wird als „Deutschlandtour“ verunglimpft, und die Opfer verhöhnt.

Unfassbar!

Es ist ein erschreckender brauner Sumpf zutage getreten, der Schritt für Schritt trockengelegt werden muss. Warum hat so lange keiner bei den Verfassungsschutzbehörden und Ermittlern diesen gewaltig stinkenden Sumpf gerochen? Wie viele Mittäter, Helfer, Unterstützer gab es? Und schließlich der schlimmste Verdacht: Stecken sogar Vertreter oder V-Männer vom Verfassungsschutz mit einem Bein oder sogar bis zum Hals selbst in diesem braunen Sumpf und sind irgendwie an den Taten beteiligt?

Wir dachten noch bis vor wenigen Tagen, die vielen Sicherheitsbehörden hätten die rechtsextremistische Szene im Blick und im Griff.

Ein bitterer Trugschluss!

Die Ermittlungen fördern beinahe täglich neue unfassbare Funde und Befunde zutage. Die Täter haben nach dem Grundsatz „Taten statt Worte“ die Sicherheitsbehörden jahrelang vorgeführt, eine Blutspur quer durch Deutschland gezogen.

Töten wurde alltäglich, banal, normal.

Zwei Polizeibeamte wurden mit Kopfschüssen mitten am Tag regelrecht hingerichtet. Einer überlebte schwer verletzt mit viel Glück. Einen Mord und weitere Anschläge gab es in NRW – aus niedrigsten Motiven: Mordlust, Töten aus Hass auf Ausländer und die Staatsmacht. Beamten, die in ihrer Blutla-

che liegen, werden noch seelenruhig die Dienstwaffen abgenommen, die Opfer in ihren Läden noch über das Video fotografiert.

Unfassbar!

Ahnungslosigkeit hingegen aufseiten aller Behörden. Vorwerbar, Systemfehler, Informationsdefizite, mangelnde Abstimmung und Zusammenarbeit? Es gibt massive Vorwürfe gegen die Sicherheitsbehörden. Innenminister Jäger muss hier heute Antworten geben. Was haben NRW-Ermittlungsbehörden und der Verfassungsschutz zu welchem Zeitpunkt gewusst? Ihr Vorschlag, Herr Jäger, eines GTAZ für Rechtsextremismus findet unsere Unterstützung.

Fest steht: Der Verfassungsschutz ist deutschlandweit in Erklärungsnot über seine Rolle, aber auch über seine Arbeitsweise. Dubiose Kontakte zu den gesuchten Personen, dubiose Aufenthalte von Verfassungsschutzmitarbeitern an Tatorten, dubiose Rechtsextremisten als V-Leute, dubioser Rückfluss von Verfassungsschutzgeldern in die rechte Szene.

Dubios ist auch, wie schnell Behörden nun zwei Dutzend Aktenordner mit Erkenntnissen und Täterprofilen über Täter hervorzauberten. Deuten die bekannt gewordenen Tatsachen auf einen Verfassungsschutzskandal hin, wie es DPolG-Vorsitzender Rainer Wendt erwartet? Inzwischen hat der niedersächsische Verfassungsschutz schwere Fehler eingeräumt.

Auch die Ermittlungsbehörden müssen sich Fragen gefallen lassen. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ wirft der Polizei etwa vor, Hinweise auf eine frappierende Ähnlichkeit zwischen dem Phantombild zum Anschlag Keupstraße und einem Phantombild zum Dönerbuden-Mord in Nürnberg 2005 und jeweils am Tatort benutzte Fahrrädern ignoriert zu haben. Warum vermochte niemand einen rechtsextremistischen Hintergrund als Gemeinsamkeit zu deuten, um die Täter früher dingfest zu machen? Um hier einen Zusammenhang zu erkennen, reicht Schutzmannswissen aus.

Minister Jäger hat jüngst gesagt, bei den Taten handele es sich um eine Qualität der Kriminalität, die bisher nur theoretisch anzunehmen war. – Richtig.

Ich möchte allerdings Ihr Augenmerk auch darauf lenken, dass das NRW-Innenministerium im Landtag noch am 26. Oktober mit Vorlage 15/914 einen Bericht zum Verfassungsschutzgesetz und zur aktuellen Lage im Bereich Terrorismus und Extremismus vorgelegt hat. Dort steht auf Seite 19 folgende bemerkenswerte Ausführung zum Rechtsterrorismus – Zitat –:

„Derzeit liegen weder Erkenntnisse zur Existenz terroristischer Organisationen oder Strukturen noch Anzeichen für Anschlagsplanungen aus der rechtsextremen Szene vor. Gleichwohl sind grundsätzlich einzelne gewalttätige Aktionen

auch selbstmotivierter Einzeltäter bzw. Kleingruppen aus dem rechten Spektrum in Betracht zu ziehen. Dies zeigen die Sicherstellungen von Waffen, Munition und Sprengstoffen ...“

Da war der Verfassungsschutz offensichtlich bundesweit nicht auf Ballhöhe. Es reicht nicht, dass Sicherheitsbehörden sich nun rechtfertigen, die drei Täter hätten schlicht in kein Raster gepasst. Die Gefahren selbstmotivierter rechtsextremer Einzeltäter bzw. Kleingruppen und rechter Zellen beschreibt das Innenministerium NRW genau zwei Wochen vor den jetzigen Ereignissen. Wenn man weiß, wie Verfassungsschutzbehörden vernetzt sind, gibt das zu denken.

Man darf rechtsextremistische Motive nicht ausschließen oder Gefahren erkennen, nur weil niemand einen Hinweis auf einen politischen Hintergrund hinterlässt, etwa ein Bekennerschreiben, bzw. nicht mit seinen Untaten prahlt.

Die FDP fordert deshalb eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse und zudem eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern im Kampf gegen rechten Terror nach den bewährten Strukturen des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Berlin; das habe ich bereits erwähnt. Insofern liegt die FDP mit dem NRW-Innenminister auf einer Linie. Bei den Aufklärungsbemühungen ist unsere Erwartung an ihn hoch. Nicht weniger als das Vertrauen in die Integrität und Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden steht auf dem Spiel.

Herr Innenminister, das sage ich zum Schluss: Ihre Einbindung der innenpolitischen Sprecher über die Telefonschaltkonferenzen war in Ordnung. Dafür möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall von der FDP, von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Laschet.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der „Spiegel“ titelt in dieser Woche: „Die Braune-Armee-Fraktion“. Dieses Titelbild soll erinnern an die 70er-Jahre. Wenn man sich dann noch einmal vor Augen führt, wie wir selbst auf die 70er-Jahre reagiert haben, wie ich als Jugendlicher berührt war von den Schicksalen der damals Ermordeten, dann gibt es eine große Kluft zu dem, was wir heute sehen.

Mich hat das damals erschüttert, dass Generalbundesanwalt Buback ganz normal zur Arbeit fuhr und auf dem Weg erschossen wurde. Sein Sohn arbeitet heute noch an den Folgen dieses Attentats. Jürgen Ponto macht einer Freundin der Familie die Tür auf; die bringt Terroristen ins Haus, die ihn erschießen.

Und Hanns Martin Schleyer – mit seiner Familie haben wir damals über Wochen gebangt.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Wir reden über Rechtsradikalismus!)

Wer hat eigentlich mit den Familien der heutigen Opfer gebangt? Wir nehmen das jetzt überhaupt erst richtig wahr.

2006 gab es Demonstrationen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Guten Morgen, Herr Laschet!)

– Herr Sagel, Sie saßen auch damals in diesem Landtag. Das ist jetzt kein Grund zur Parteipolitik. Ich war damals Minister. Ich habe diese damalige Demonstration gar nicht wahrgenommen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Hier im Landtag hat niemand eine Kleine Anfrage gestellt, keine Fraktion hat das damals thematisiert. Wir alle haben damals nicht wahrgenommen, dass sich die Opfer schon 2006 zusammengeschlossen und gesagt haben: Hier sind neun Opfer. Wer ist der Zehnte? Bitte helft uns!

Diese Schicksale haben uns nicht erreicht, jedenfalls nicht in der Breite, wie es in den 70er-Jahren stattgefunden hat. – Das sollte uns nachdenklich machen, und wir sollten uns auch dafür entschuldigen.

(Allgemeiner Beifall)

Das waren die gleichen Vorgänge; deshalb gehören sie auch hier erzählt.

Am 4. April 2006 geht morgens der 39-Jährige Mehmed Kubasik von seiner Wohnung zu seinem 500 m entfernten Kiosk auf der Dortmunder Mallinckrodtstraße, zu Fuß vielleicht noch an Passanten vorbei, die ihn begrüßt haben. Er löst im Kiosk seine Frau ab. Um 10:20 Uhr verabschiedet sich seine Frau Elif von ihm. Er verkauft weiter Zeitungen, Zigaretten und Süßigkeiten, begegnet Dortmunder Bürgern. Und um 13:10 Uhr findet ihn ein Kunde ermordet.

Das gab es neun Mal in diesem Land, möglicherweise noch mehr. Das wird jetzt zu ermitteln sein.

Wir erörtern jetzt viele technische Dinge. NPD-Verbot: ja oder nein? V-Leute zurückziehen: ja oder nein? – Das wird kontroverse Debatten geben, und diese nicht jeweils parteipolitisch ausgerichtet.

Hans-Christian Ströbele sagt: Nein, kein NPD-Verbot. Man kann die V-Leute zurückziehen. – Ich frage mich auch: Was haben wir von V-Leuten, wenn die in der gleichen Kneipe sitzen, in der gerade jemand erschossen wird, und sie das nicht melden? Was helfen dann V-Leute?

(Allgemeiner Beifall)

Aber wenn wir sie zurückziehen, wissen wir noch weniger über die Szene.

(Lachen von Anna Conrads [LINKE])

– Nein, Frau Conrads, die Abwägung müssen wir machen. – Und die NPD verbieten? – Na gut, dann ist sie verboten; 0,7 % bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Aber die Prämien hat die NPD mitgenommen!)

Aber ein nationalsozialistischer Untergrund ist immer noch da. Schon diese Wortwahl sollte uns doch aufschrecken lassen. Da nennt sich jemand nicht mehr „nationaldemokatisch“ oder – wie sie sich sonst verklausulieren – „Kameradschaft“, sondern sie nennen sich „Nationalsozialistischer Untergrund“. Das müsste bei jedem von uns die Alarmglocken schrillen lassen.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Ich stelle mir vor, mein Kind würde getötet. Dann kommt die Polizei zu mir und durchsucht das Kinderzimmer, ob es da Spuren von Drogen gibt. Man vermutet, der hat bestimmt mit Drogen gehandelt; der muss doch etwas Kriminelles gemacht haben. – Dieser generelle Verdacht, immer woanders zu suchen als da, wo man eigentlich suchen sollte, erhöht noch einmal das Leid der Opfer.

(Allgemeiner Beifall)

Elif Kubasik hat das ja geschildert: Drogen, Rauschgift, Erpressung, Staubproben an den Vorhängen genommen, während man gerade seine eigenen Verwandten verloren hat.

Wir müssen bei allen Maßnahmen, die wir jetzt beschließen, Empathie aufbringen, einfach mitempfinden, was diese Menschen empfinden – übrigens nicht Ausländer, sondern deutsche Staatsbürger. Es sind deutsche Staatsbürger, um die es geht.

(Allgemeiner Beifall – Gunhild Böth [LINKE]: Und bei Ausländern wäre das besser? – Zuruf: Das sagt ausgerechnet ihr!)

– Frau Böth, es ist nicht der Punkt, ob es deutsche Staatsbürger sind.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist der Punkt, ob es deutsche Staatsbürger sind!)

Es reicht aber auch nicht jeder Punkt für dümmliche Pflichtbemerkungen, die Sie hier in diesem Haus machen.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Gunhild Böth [LINKE]: Bravo!)

Wir müssen doch von diesem Denken wegkommen, die Rechtsradikalen handeln gegen Ausländer.

(Gunhild Böth [LINKE]: Genau!)

Nein, sie handeln gegen deutsche Staatsbürger. Und wir müssen für die Opfer genauso viel Empathie haben wie wir sie für die Familien Buback, Ponto und Schleyer haben. Das ist doch mein Appell!

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Zuruf von Gunhild Böth [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist doch kein Unterschied!)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns auch etwas anderes geloben. Wenn in der Welt jetzt gesagt würde, die Deutschen morden wieder, würden wir uns empören und erwidern: Nein, das waren Einzeltäter.

Zu dieser Kraft hat Mevlüde Genç, die Mutter der Opfer von Solingen, gefunden. Sie hat 1993 fünf Familienangehörige verloren – Kinder und Nichten –, und sie hat am Tag nach der Tat gesagt: Das waren nicht die Deutschen, sondern vier Einzeltäter.

Ich wünsche uns allen, dass, wenn wir noch einmal von einem islamistischen Anschlag hören, wir gleichermaßen sagen: Das waren nicht die Muslime, sondern das waren Einzeltäter.

(Allgemeiner Beifall)

Wir müssen gleichermaßen diese Großherzigkeit aufbringen, die Frau Genç aufgebracht hat.

Meine Damen und Herren, ich habe gestern noch einmal ein Zitat des Reichskanzlers Joseph Wirth von der Zentrumspartei gelesen, der in einer sehr emotionalen Reichstagsdebatte im Juni 1922 auf die Ermordung von Walther Rathenau reagiert hat. Er hat gesagt: Wir müssen die Demokratie jetzt verteidigen.

„In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu stören.“

Er hat daraus den Schluss gezogen, der auch für den heutigen Tag gilt:

„Da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“

Das ist die Herausforderung für die nächsten Jahre auch bei uns. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP – Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laschet. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zeitpunkt liegt so nahe: Erst am 30. Oktober 2011 haben wir gemein-

sam das 50-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei gefeiert. Wir haben am 30. Oktober gemeinsam daran erinnert, dass wir Arbeitskräfte geworben hatten und Menschen gekommen sind. Wir haben in Veranstaltungen versichert, dass sie inzwischen zu Freunden und Nachbarn geworden sind. Der Terror hat bei einigen von ihnen allerdings die Frage aufgeworfen, ob sie in diesem Land wirklich willkommen sind.

Deshalb will ich zu Anfang betonen: Diese Terrorserie ist ein Anschlag auf unsere gemeinsame Freiheit, ein Anschlag auf unsere gemeinsame Demokratie. Sie richtet sich gegen unser Land. Das ist ein Terroranschlag gegen Deutschland insgesamt gewesen, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Trauer und unser Mitgefühl sind bei den Opfern und den Angehörigen. Sie haben doppelt gelitten: Neben der Trauer um die Liebsten mussten sie erleben, dass wir bei den Tätern im Dunkeln tappten. Noch schlimmer: Einige Familienangehörige selber mussten sich Verdächtigungen aussetzen. Das hat Verletzungen hinterlassen.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass ich auch im Sinne meiner Amtsvorgänger spreche, wenn ich sage: Die Sicherheitsbehörden müssen sich bei diesen Familien entschuldigen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Hinterbliebenen waren lange im Unklaren über die Tatumstände. Die Ermittlungen liefen über viele Jahre. Wie wir heute wissen: auch in falsche Richtungen. Mindestens neun Morde an türkischen und griechischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, eine getötete Polizistin, mindestens 24 zum Teil schwer Verletzte – das ist eine grausame Bilanz. Es scheint so zu sein, dass nicht nur die ethnische Herkunft oder der gewählte Beruf für die Täter ausschlaggebend war; es reichte, zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, um verletzt oder gar getötet zu werden.

Nachdem wir in der letzten Woche erkennen mussten, welche Dimensionen diese Angriffe haben, haben wir in Nordrhein-Westfalen diese Angriffe als Rechtsterrorismus qualifiziert – eine Einschätzung, der sich in dieser Woche die anderen Länder und auch der Bund angeschlossen haben.

Was wir heute wissen, will ich so komprimiert, aber trotzdem so umfassend wie möglich darstellen:

Am 4. November 2011 überfielen zwei maskierte Männer eine Sparkasse in Eisenach. Im Zuge der folgenden Fahndung wurde eine Polizeistreife auf ein verdächtiges Wohnmobil aufmerksam. Die Polizisten hörten aus dem Fahrzeug zwei Knallgeräusche. Anschließend stand dieses Wohnmobil in Brand. Uwe M. und Uwe B. wurden tot aufgefunden. Mehrere Schusswaffen wurden sichergestellt. Daraunter waren auch die Dienstwaffen der im April

2007 in Heilbronn getöteten Polizeibeamtin und des schwer verletzen Polizeibeamten.

Nahezu gleichzeitig kam es in Zwickau am selben Tag in einem Wohnhaus zu einer Explosion. In dieser Wohnung lebten Uwe M., Uwe B. und Beate Z. als Trio zusammen. In der Wohnung wurde eine Fülle von Beweismitteln sichergestellt, die auf eine Vielzahl von Straftaten hindeuten, darunter auch die Tatwaffe, mit der die Polizeibeamtin und der Polizeibeamte in Heilbronn 2007 erschossen bzw. schwer verletzt wurden. Und es wurden die Waffen sichergestellt, mit denen neun Kleinunternehmer türkischer bzw. griechischer Herkunft erschossen wurden. Die Tatorte waren Nürnberg, München, Hamburg, Rostock, Dortmund und Kassel. Daneben wurden auch mehrere Exemplare einer Bekenner-DVD gefunden, die schon zur Versendung bereitlag.

Diese DVD enthält unter anderem Bildmaterial zu der genannten Mordserie an den türkischen und griechischen Kleinunternehmern sowie den Bombenanschlägen in der Probsteigasse aus dem Jahre 2001 in Köln und der Keupstraße im Jahre 2004, ebenfalls in Köln. Sie enthält zudem deutliche Hinweise auf die rechtsextremistische Motivation der Täter.

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich mir dieses Beweisstück angesehen und konnte einen erschreckenden Einblick in die zynische Ideologie und Menschenverachtung dieser Täter bekommen.

Seit dem 11.11. dieses Jahres leitet der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. Es ist eine Ermittlung wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet.

Das Trio verfügte bis Ende der 90er-Jahre über Kontakte zum Thüringer Heimatschutz. Nach einem versuchten Sprengstoffdelikt in Jena im Jahr 1998 sind diese drei untergetaucht.

Vor wenigen Tagen ist in der Nähe von Hannover eine weitere Person festgenommen worden, die im Verdacht steht, die drei Untergetauchten unter anderem durch Überlassung der eigenen Papiere wie Führerschein und Reisepass unterstützt zu haben.

Bis zu den Ereignissen in der letzten Woche lagen sowohl der Polizei als auch dem Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen keine Erkenntnisse über den Nationalsozialistischen Untergrund – NSU –, seine terroristischen Bestrebungen und die mit ihm in Verbindung stehenden Personen vor.

Derzeit untersucht die Polizei in Nordrhein-Westfalen die sich aus der DVD ergebenden Hinweise auf Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Dabei geht es besonders um den Bombenanschlag in der Kölner Probsteigasse vom 19.01.2001, bei dem eine 19-jährige Deutsch-Iranerin schwerstverletzt

wurde, den Bombenanschlag am 9. Juni 2004 in der Keupstraße, bei dem 22 Menschen verletzt wurden, und schließlich und endlich die Ermordung eines türkischen Kioskbesitzers am 04.04.2006 in Dortmund.

Natürlich und selbstverständlich überprüft die Polizei auch andere, zurückliegende Tötungs- und Anschlagsdelikte auf mögliche Bezüge zu dieser Tätergruppe, auf mögliche Bezüge zu einem rechtsradikalen Hintergrund. Dazu zählt im Übrigen auch der feige Anschlag am 27.07.2000 hier in Düsseldorf an der S-Bahn-Haltstelle Wehrhahn auf jüdische Aussiedler.

Dabei wird vordringlich die Frage zu klären sein, ob die Personen der neonazistischen Szene in Nordrhein-Westfalen Bezüge zur terroristischen NSU in Thüringen hatten. Bekannt ist uns, dass neonazistische Szenen bundesweit miteinander vernetzt sind. In letzter Zeit haben einzelne Neonazis aus NRW an Demonstrationen in anderen Ländern teilgenommen. Genauso haben hier in Nordrhein-Westfalen auch Demonstrationen unter Teilnahme von Neonazis aus Thüringen stattgefunden.

Meine Damen und Herren, es gibt eine öffentliche Diskussion. Öffentlich werden Fragen zu möglichen Verbindungen der Verfassungsschutzbehörden zu den Terroristen gestellt. Hierauf muss es klare Antworten geben. Hier muss eine größtmögliche Transparenz und Offenheit entwickelt werden, um nicht nur den Opfern und den Hinterbliebenen der rechtsterroristischen Straftaten gerecht zu werden, sondern auch, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden wieder aufzubauen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Akzeptanz des Verfassungsschutzes als eines im Grundgesetz verankerten Bestandteils einer wehrhaften Demokratie kann nur gesichert sein, wenn er ein Frühwarnsystem und damit auch ein wesentlicher Garant für die Aufklärung über Extremismus in jede Richtung bleibt. Demokratie darf auf keinem Auge blind sein.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN, von der CDU und von der FDP)

Ich sage ganz klar: Es darf keine Symbiosen zwischen Behörden und Terroristen geben, die Terror eher ermöglichen, als ihn zu bekämpfen. Die Trennlinie muss immer klar sein. Auch wenn der Verfassungsschutz den Auftrag hat, verdeckt zu agieren, muss er dennoch stets nach rechtsstaatlichen Maßstäben handeln.

Zusätzlich möchte ich betonen: Jeder im Verfassungsschutz, der sich nicht an diesen rechtsstaatlichen Rahmen hält, schützt nicht die Verfassung, sondern ist ein Krimineller und dafür zu bestrafen.

(Allgemeiner Beifall)

Morgen treffen sich in Berlin die Innen- und Justizminister der Länder und des Bundes. Wir wollen gemeinsam über die weitere Vorgehensweise beraten. Meines Erachtens muss zukünftig verhindert werden, dass eine solche Gruppe wie dieses Trio unentdeckt über viele Jahre im gesamten Bundesgebiet ihre Straftaten begehen kann. Deshalb glaube ich, dass eine Vernetzung der Landesbehörden untereinander und mit den Bundesbehörden erforderlich ist.

Wir sind übrigens stolz darauf, dass die Verfassungsschutzbehörden und die Polizeien der Länder und des Bundes acht islamistische Terroranschläge in Deutschland erfolgreich verhindert haben. Das muss für die Bekämpfung des Rechtsterrorismus in Deutschland beispielgebend sein.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN, von der CDU und von der FDP)

Die Arbeit des NRW-Verfassungsschutzes hat natürlich Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt liegt selbstverständlich im Bereich des islamistischen Terrorismus. Genauso war und ist ein Schwerpunkt aber die Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserem Land. Dazu bedarf es neben der Arbeit des Verfassungsschutzes repressiver Maßnahmen, aber auch der Extremismusprävention.

Wir können in Nordrhein-Westfalen stolz darauf sein, dass mit dem Aussteigerprojekt für Rechtsradikale in diesem Land 120 Rechtsextremisten, zum überwiegenden Teil ehemalige Gewalttäter, erfolgreich aus der rechtsextremistischen Szene herausgelöst werden konnten. 90 % von ihnen blieben danach straffrei. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen dieses Aussteigerprogramm ausbauen und die personellen Ressourcen hierfür noch einmal erhöhen.

Die Reaktion muss sein – das hat Frau Schäffer bereits gesagt –, dass sich diese Gesellschaft dazu bekannt, gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen entschlossen und wirksam entgegenzutreten. Wir müssen in dieser Gesellschaft gemeinsam Zivilcourage zeigen – ähnlich wie es in Norwegen nach dem schlimmen Attentat der Fall war. Dort hat Ministerpräsident Stoltenberg mehr Demokratie gefordert. Auch wir brauchen mehr Demokratie. Wir brauchen Zivilcourage und ein gesellschaftspolitisches Engagement von allen, um dem Rechtsextremismus wirkungsvoll entgegenzutreten.

Bertolt Brecht schrieb 1955 zum Wiedererstarken des Rechtsextremismus in Deutschland: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch!“ Das muss für uns Motiv und Ansporn für die nächsten Jahre sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle folgenden Hinweis: Das Präsidium ist der Auffassung, dass wir uns angesichts der Bedeutung dieses Themas nicht an die festgesetzten Redezeiten halten.

(Beifall von der SPD)

Die einzelnen Redner haben ihre Redezeiten überzogen.

Ich bitte hierfür um Verständnis. Ich denke, dass diese Entscheidung des Präsidiums auch im Interesse des Landtages von Nordrhein-Westfalen liegt – angesichts der Bedeutung dieses Themas.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Biesenbach.

Peter Biesenbach¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich möchte zu Beginn zwei Vorrednern persönlich danke sagen, und zwar der Kollegin Gödecke und dem Kollegen Laschet. Frau Gödecke und Herr Laschet haben für meine Begriffe hier in sehr eindringlicher, aber auch angemessen stiller Weise deutlich gemacht, welche Fragen wir zu stellen haben und wie die emotionale Betroffenheit aussieht.

Ich selbst bin auch fassungslos darüber, dass es in Deutschland Menschen gibt, die Anschläge verüben und andere Menschen erschießen, nur weil sie iranischer, griechischer oder türkischer Herkunft sind. Das ist nicht das Land, das wir uns alle vorgestellt haben und das wir alle wollen.

Wir wollen ein Deutschland, in dem jeder, egal woher er kommt und egal wie er denkt, mit uns leben kann, wenn er sich zu unserer Grundordnung bekannt.

Hier haben wir eine Aufgabe. Diese Aufgabe heißt – ich greife jetzt eine Formulierung von Herrn Jäger auf: – Wir dürfen auf keinem – auf keinem! – Auge blind sein und haben uns jedem Terrorismus und auch jedem Extremismus entgegenzustellen, egal ob er politisch oder religiös motiviert ist.

Darum ist heute auch nicht die Zeit, sich hier zu erneuern. Vielmehr müssen wir heute wieder ein Stück Nachdenklichkeit zeigen, die darin gipfelt, dass wir Antworten finden – Antworten auf ganz viele Fragen, die wir nicht nur im Raum stehen lassen können.

Und solch eine Antwort muss auch bei uns im Land beginnen. Wir müssen fragen: Haben wir in Nordrhein-Westfalen Fehler begangen? Wenn ja, können wir sie ausbügeln?

Im Augenblick – auch das hat der Innenminister deutlich gemacht – sind wir dabei, Fragen zu stellen. Noch ist nicht erkennbar, dass es große, grobe

Fehler bei uns und unseren Ermittlungsbehörden gab. Ich habe auch noch nirgendwo gehört oder gelesen, dass die Sorge besteht, dass Mitarbeiter von Ermittlungsbehörden in Nordrhein-Westfalen mit einer Szene verbunden sind. Ich hoffe, das bleibt so.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben aber gar nichts mitbekriegt!)

Aber wir werden weiter forschen und werden auch weiter die Frage zu stellen haben: Wie verhindern wir, dass wir künftig vor ähnlichen Phänomenen stehen?

Frau Gödecke hat die Frage gestellt: Haben wir kollektiv vielleicht versagt? Ich löse mich einmal von dem Gedanken der ersten Runde; denn die zu wiederholen hieße, Zeit unnütz zu verbrauchen.

Wir müssen uns die Bilder ansehen, die wir heute zu beantworten haben. Das Auffälligste war: Wieso konnten die wirklich 13 Jahre agieren? – Nach den Erkenntnissen, die wir bis jetzt haben, streuten sie nicht die Signale aus, die andere Terrorgruppen ausstreuen. Sie haben nach dem, was wir heute wissen, darauf verzichtet, öffentlichkeitswirksam irgendwie aufzufallen. Es gab keine Bekennerbriefe. Es gab keine Sendungen. Die DVD, von der wir gerade sprechen, ist einige Jahre alt. Sie wurde offensichtlich erst jetzt verschickt.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke**)

Hier zeigt sich, wie schwer es sein wird, auch künftig an diesen Phänomenen etwas zu erkennen, wenn da eine kleine Zelle ist, die mit ihren Taten nicht prahlt. Herr Jäger, da sind wir uns, glaube ich, einig: Das ist die Herausforderung, vor der unsere Sicherheitsbehörden stehen werden.

In dem Zusammenhang steht auch vielfach die Forderung im Raum, die NPD zu verbieten. Auch die Bundeskanzlerin hat auf dem Parteitag der CDU Anfang dieser Woche gesagt: Wir müssen jetzt prüfen, ob sie verboten werden soll. – Und dieses Prüfen, dieses Nachdenken darüber hängt nicht damit zusammen, dass es die NPD ist, hängt nicht damit zusammen, ob sie verboten werden soll oder nicht, sondern es geht um die Frage, ob das Instrument richtig ist.

Nach dem Verfassungsschutzbericht 2010 ist die NPD in Nordrhein-Westfalen – wörtlich – eine rechtsextreme Splitterpartei. Sie hat 750 Mitglieder und hatte bei der letzten Landtagswahl 0,3 % der Erststimmen und 0,7 % der Zweitstimmen. Sie hat also erst mal keine große Bedeutung. Aber die Frage, sie zu verbieten, beinhaltet eine symbolhafte Aussage.

Die Frage, ob uns diese symbolhafte Aussage hilft, diese Tätigkeit künftig zu verhindern, müssen wir beantworten, auch mit einem Blick auf frühere Jahre. Es gibt eine Vielzahl von vereinsrechtlichen Verbots von neonazistischen Gruppierungen in Deutschland. Wir haben mehr als eine Handvoll

Beispiele, in denen Verbote ausgesprochen wurden. Was war das Ergebnis? Es gab keinen Neonazi weniger, sondern sie hatten nur keine organisatorische Struktur mehr. Sie verzichteten darauf, sich vereinsrechtlich oder in anderer organisierter Form zusammenzuschließen mit dem Ergebnis, dass sie eben nicht zu fassen waren.

Auch die Nachfolgeorganisationen hatte eine andere Quelle. Seit etwa zehn, zwölf Jahren ist deutlich, dass wir keine neuen Nachfolger dieser nazistischen und nationalsozialistischen Gruppierungen mehr haben. Sie organisieren sich vielmehr in sogenannten freien Kameradschaften. Seit 2005 ist deutlich festzustellen, dass in der neonazistischen Szene eine klare Abkehr auch von diesen Strukturen zu erkennen ist.

Es geht wieder um die Frage – das werden uns vorrangig Experten beantworten müssen, die in die Szene hineinwirken, die Sicherheitsbehörden zu leiten haben –: Was ist sinnvoller, die Chance zu haben, an eine Organisation anzuknüpfen, oder darauf zu verzichten, um sie in anderer Form zu beobachten?

Aber die Beobachtung mehrerer sogenannter freier Kameradschaften, die sich heute nicht mehr Kameradschaften nennen, sondern Autonome Nationalisten, scheint mir schwieriger zu sein, weil sie ähnlich wie auf dem islamistischen Feld selbst wirken, selbst handeln und nur schwer erkennbar sind.

Und darin, Herr Jäger, liegt unsere gemeinsame Aufgabe: unseren Ermittlungsbehörden die Mittel an die Hand zu geben, dass sie in der Lage sind, Vorfeldbeobachtung und Vorfelddaufklärung zu betreiben. Denn nachzuarbeiten ist immer ein Stück Versagen, wenn wir es hätten verhindern können. Ich glaube, das sollte heute ein deutliches Signal von uns allen sein.

Wir trauern um die Toten. Wir beklagen die entsetzlichen Taten. Aber sie sind eine Verpflichtung, nun wirklich alles gemeinsam zu tun, um sie in Zukunft zu verhindern – in alle Richtungen. Wenn das heute das Signal ist und wenn wir dann gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden fragen: „Welche Hilfen brauchen Sie? „Wie soll die Arbeit aussehen?“, dann hat diese Stunde heute hier auch ihre Bedeutung, aber auch nur dann.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Draußen vor dem Eingang läuft eine Ausstellung zum Thema „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“. Eine dieser Plakatwände trägt den Titel: „Geteilte Heimat“.

Obwohl es im Zusammenhang damit viele Schwierigkeiten und schreckliche Ereignisse gab und gibt, waren es im Großen und Ganzen friedliche 50 Jahre. Für die allermeisten der hier lebenden Türken und Türkeistämmigen ist Deutschland, ist Nordrhein-Westfalen die Heimat. Wir kennen auch keine andere oder haben den Bezug zu der alten Heimat nach vielen Jahren des Lebens hier in Deutschland verloren.

Gehen Sie eine Etage tiefer, sehen Sie die Ausstellung „Deportiert ins Ghetto“, die sich mit den Auswirkungen der schrecklichen Naziherrschaft auseinandersetzt. Mehr als 60 Jahre nach Ende dieser schrecklichen Zeit müssen wir feststellen, dass es in Deutschland möglich ist, dass eine junge Nazimörderbande eine blutige Spur durch Deutschland zieht und wahllos Menschen schwer verletzt und ermordet. Das einzige Auswahlkriterium dabei war offensichtlich ihre Abstammung oder ihre Funktion für diesen Staat.

Wir müssen feststellen, dass unsere Gesellschaft, dass wir diese Menschen nicht schützen konnten. Schlimmer noch: Wir haben diese furchtbaren Schicksalsschläge für die Opfer und deren Familien als interne Auseinandersetzungen, als Auseinandersetzungen im Mafia-Milieu bezeichnet, obwohl es immer wieder Hinweise auf Rechtsterrorismus gab. Waren wir, war der Staat auf dem rechten Auge blind?

Stattdessen wurde die Bevölkerung vor linksextremistischen Gefahren gewarnt. Brandanschläge auf Bahnstrecken wurden zu einer neuen Welle des Linksterrorismus hochgepuscht. Wir haben hier über radikale Sitzblockaden auf Antinazidemos diskutiert und uns Gedanken über die Bekämpfung einer linksextremen Szene gemacht.

(Beifall von der LINKEN)

Nicht dass wir uns falsch verstehen: So etwas ist schlimm und gehört verfolgt und bestraft.

(Zuruf von der LINKEN: Sitzblockaden?)

Extremismus ist immer falsch – egal von welcher Seite.

(Allgemeiner Beifall)

Über lange Zeit aber wurde so getan, als wenn die Gefahr von rechts zu vernachlässigen wäre. Jetzt sehen wir: Hier wurde über ein Jahrzehnt lang geraubt und gemordet, es wurden Menschen auf brutale Art und Weise getötet, der Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung wurden untergraben – und das, ohne dass die rechtsextreme Gefahr deutlich öffentlich angesprochen wurde. So viel wir heute wissen, fand das sogar unter Beteiligung von V-Leuten und mit Kenntnis von Verfassungsschützern statt.

Herr Laschet, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Wortbeitrag, weil ich gemerkt habe, dass Sie nach

der gesamten Diskussion – auch nach dem, was hier in den letzten Monaten aus den Reihen der CDU-Fraktion an Wortbeiträgen zu hören war – doch zu einer Erkenntnis gekommen sind, die uns deutlich macht, dass es eben nicht nur links, sondern auch rechts große Gefahren gibt.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt uns als Volksvertretung nur, uns zu schämen und die Angehörigen der Opfer um Verzeihung zu bitten, uns für das Versagen des Staates zu entschuldigen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich würde mich freuen, wenn auch der Bundesinnenminister hierzu deutliche Worte finden würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits nach den furchtbaren Anschlägen in Hoyerswerda und Rostock haben wir, die Migrantinnen und Migranten, uns nicht mehr sicher gefühlt. Nach Mölln und Solingen haben wir Türkeistämmigen uns in Deutschland fürchten müssen – zu Recht, wie heute klar geworden ist. Meine Mutter hat nach Solingen festgestellt: Die Deutschen wollen uns nicht, sie verbrennen uns.

Heute ist es so, dass Türkeistämmige sich wieder fürchten müssen und sich nicht mehr sicher fühlen. Wir haben mühsam über viele Jahre hinweg ein Klima der Versöhnung und des gegenseitigen Vertrauens geschaffen. Wir engagieren uns fast alle bei verschiedenen Projekten der Integration und Verständigung.

Und nun stellt sich heraus, dass von Nazis terroristisch organisierte Anschläge gegen Menschen anderer Abstammung stattfinden. Ich fürchte, wir sind noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen. Die jetzt bekannten Täter sind vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Die ganze braune Suppe, die da – angefangen von der NPD über freie Kameradschaften bis hin zu terroristischen rechtsextremen Vereinigungen – vor sich hin kocht, muss als ernste Bedrohung für unseren Staat und die Menschen in unserem Land betrachtet werden.

Ich möchte, dass die NPD verboten wird. Das wäre ein erster Schritt – da bin ich sicher –, verlorengegangenes Vertrauen in Deutschland wiederzuerlangen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie mit Türkeistämmigen reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Sie hören, dass diese Menschen Angst haben: weil Ihnen klargeworden ist, dass der Staat sie nicht schützen konnte oder schützen wollte. Gestern wurde bekannt, dass die Nazi-Mörderbande auch Politiker und andere in der Öffentlichkeit Stehende auf ihrer Liste hatte.

Ich weiß nicht, wie meine bzw. unsere hier unter uns sitzenden Kolleginnen und Kollegen sich fühlen: Frau Akbayir, Frau Demirel, Herr Atalan, Herr Yük-

sel, Herr Dudas, Herr Neumann, Herr Ünal oder auch unsere Frau Staatssekretärin Kaykin.

Ich selber mache mir Sorgen um meine Familie. Es ist – das kann ich Ihnen sagen – ein sehr ungutes Gefühl, wenn man nach Hause kommt und nicht weiß, ob alles in Ordnung ist. Das ist so, wenn man sieht, was heute passiert.

Diese Sorgen haben viele, viele unserer Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunde auch. Ich will den Türken, den Griechen und anderen Migranten aber sagen, dass Deutschland auch ihre Heimat ist, dass sie es sind, die geholfen haben, Deutschland und damit auch NRW zu dem zu machen, was es ist.

(Lebhafter allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sowie die Menschen in NRW: Schützen Sie Ihre Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen. Seien Sie wachsam. Halten Sie beide Augen auf.

(Anhaltender lebhafter allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Yetim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. Bei uns sind Menschen aus aller Welt zu Hause. Sie haben unser Land mitaufbauen geholfen, sie haben unser Zusammenleben seit vielen Jahrzehnten bereichert und bereichern es bis heute. Da ist es besonders bitter, dass Nordrhein-Westfalen in dieser Weise von diesen schrecklichen und abscheulichen Verbrechen betroffen ist.

Einer der Morde geschah in Dortmund, der Nagelbombeanschlag im Jahr 2004 war in Köln, der Anschlag in der Probsteigasse im Jahr 2001 fand ebenfalls in Köln statt. Wer weiß, ob nicht noch mehr Taten in diese Serie einzureihen sind.

Es wird jetzt viel darüber debattiert, ob wir von einer neuen Qualität sprechen müssen, ob es sich um eine neue Form von Gewalt handelt. Ich sage Ihnen ganz klar: Gewalt von rechts ist kein neues Phänomen. Im Gegenteil: Anschläge, Übergriffe und Bedrohungen, das alles ist nicht neu. Durchaus anders ist die Einbettung dieser Taten in ein Netzwerk, das den Tätern das Überleben im Untergrund offensichtlich möglich gemacht hat. Das ist schon eine andere Qualität; aber nur darüber zu debattieren, nur über Begriffe zu streiten, ob es nun neue oder alte Gewalt gibt, das ist nicht unbedingt das, was uns weiterführt.

Leider ist die Nutzung dieser Termini viel zu oft der Versuch, vom eigenen Versagen in den letzten Jahren abzulenken. Denn die Dimensionen des Versa-

gens, das es in den letzten Jahren insbesondere seit 2009 auf Bundesebene gegeben hat, sind vielfältig. Da werden Mittel aus der Rechtsextremismusprävention abgezogen, um sie in sogenannte Aussteigerprogramme für Linke zu investieren, obwohl niemand in der Fachwelt das für sinnvoll hält. Ich frage mich schon: Ist die Ministerin ihrer Aufgabe eigentlich gewachsen?

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

In einem bemerkenswerten Kommentar der gestrigen Ausgabe der „Tagesschau“ habe ich einen Satz über die Bundesfamilienministerin gefunden, die für diesen Bereich zuständig ist:

„Schröder kann offenbar keinen Satz über Rechtsextremismus bilden, ohne ein ‚aber‘ einzubauen.“

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Anna Conrads [LINKE]: Herr Yetim auch nicht!)

„Sie vergleicht unterschiedliche Phänomene, so als würde dadurch etwas weniger schlimm.“

Noch im Frühjahr dieses Jahres hat der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Seehofer gesagt, er werde Zuwanderung „bis zur letzten Patron“ bekämpfen. Meine Damen und Herren, etwas in unserem Land läuft falsch!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Meine Herren!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt durchaus eine große Debatte über die Rolle, die die Verfassungsschutzbehörden in dieser Angelegenheit gespielt haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Peinlich so was!)

Die Transparenz des Verfassungsschutzes muss erhöht werden. Sie muss eine Leitlinie sein, auch wenn das naturgemäß nicht einfach ist. Aber es darf nie wieder passieren, dass jemand beim Verfassungsschutz herumläuft, wie es in Hessen der Fall war, der den Spitznamen „Kleiner Adolf“ trägt und ausgerechnet in der rechten Szene aktiv ist.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wie kann es sein, dass eine terroristische Vereinigung 13 Jahre im Untergrund lebt und diese schrecklichen Anschläge verübt? Das muss geklärt werden, auch wenn wir heute wissen, dass wir es mit einer anderen Struktur zu tun hatten, weil die Gruppe völlig anders agiert hat, als wir es von terroristischen Gruppen kennen, weil die Gruppe bereits einmal auffällig geworden und dann sehr schnell abgetaucht ist.

All diese Fragen liegen vor uns. Es ist richtig, dass wir diese Fragen heute formulieren. Aber das große Ganze darf uns dabei nicht aus dem Blick geraten.

Denn der Kampf gegen rechts ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine große Aufgabe, der wir uns alle stellen. Gerade Nordrhein-Westfalen als ein Land der Vielfalt steht dabei in einer besonderen Verantwortung.

Wir müssen eine Antwort auf die Fragen im Zusammenhang mit diesen Taten finden. Diese Antwort muss rechtsstaatlich sein und von der Zivilgesellschaft breit getragen werden. Denn Terroristen greifen nicht nur diejenigen an, die Opfer ihrer perfiden Anschläge werden. Jeder Anschlag ist auch eine Attacke auf die Art, wie wir leben, nämlich in einem freien, demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Gesellschaft der Freiheit, der Offenheit und der Vielfalt erhalten bleibt.

Denn Demokratie entsteht und wächst nicht allein dadurch, dass man sie in eine Verfassung schreibt. Demokratie bildet sich dadurch heraus, dass sie täglich gelebt wird und dass viele für sie eintreten und kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als FDP-Fraktion haben die Befassung mit diesem Thema heute auf zwei Ebenen im Landtag angemeldet: zum einen in der Aktuellen Stunde, zum anderen haben wir beantragt, dass das Parlamentarische Kontrollgremium tagen möge. Denn das Parlamentarische Kontrollgremium ist das zuständige Gremium, das umfassende Befugnisse hat und eigenständige Untersuchungen durchführen kann. Im Übrigen plant man auch in Berlin, entsprechend zu handeln. Man hat Akten aus Thüringen und Hessen angefordert.

Wir dürfen als nordrhein-westfälische Abgeordnete, wenn wir im Parlamentarischen Kontrollgremium sind, selbst in den Schrank der Verfassungsschützer schauen, wenn es nötig ist.

(Zuruf von der LINKEN: Aber die Linke nicht!)

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir unsere Kontrollaufgaben sehr ernst nehmen – gerade vor dem Hintergrund der Debatte, die momentan um den Verfassungsschutz geführt wird.

(Beifall von der FDP)

Die Tragweite der Affäre gebietet es aber natürlich, das Thema heute öffentlich im Plenum zu diskutieren. Denn in Nordrhein-Westfalen sind angesichts der vielen Tatorte hier alle natürlich auch emotional betroffen. Aber, Herr Bolte, gerade weil uns alle das

so betroffen macht, finde ich es unangemessen, dass Sie Frau von der Leyen und Herrn Seehofer in einen Kontext gestellt haben, in den sie in dieser Art und Weise nicht gehören.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Frau Schröder! – Zuruf von der SPD: Frau Schröder!)

Ich möchte aus der „Berliner Zeitung“ zitieren. Darin schreibt man über die Ereignisse:

„Die Illusion von einem Leben in relativer Sicherheit ist von einem Kriminaldrama beschädigt worden, ... Die Vorstellung von einem unbehelligten Leben im Untergrund will nicht zu einer gesellschaftlichen Realität passen, die von umfangreichen Kontrollmechanismen reguliert wird. Zur Aufklärung der Tat gehört nun ganz dringend auch eine Selbstaufklärung der ermittelnden Stellen.“

In der Tat: Es ist schwierig gewesen, Verbindungen zwischen einzelnen Straftaten herzustellen. Aber nur, weil sich das Untergrundtrio den Gesetzen des Milieus entzogen, in der Öffentlichkeit nicht mit seinen Taten geprahlt und sich nicht zu ihnen bekannt hat, kann man es sich nicht leicht machen und das Ganze abhaken. Es gibt eine unglaubliche Ahnungslosigkeit aufseiten aller Behörden. Obwohl Sicherheitsbehörden seit 2001 wesentlich mehr Befugnisse haben, hat man nichts gemerkt.

Herr Jäger, Sie plädieren ja immer wieder für mehr Datensammlungen und für mehr Möglichkeiten der Behörden. Ich würde mich freuen, wenn Sie die vorhandenen Daten besser nutzen und auswerten würden. Denn es macht mich betroffen, wenn Räumlichkeiten einer Gruppe auf Rohrbomben durchsucht werden und Jahre später ein Rohrbombenanschlag stattfindet, aber keine Verbindungen hergestellt werden. Das sind Informationen, die man seit Langem gehabt hat. Ich hätte mir jedenfalls gewünscht, dass der Nagelbombenanschlag in der Keupstraße nicht erst heute aufgeklärt wird.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Meine Damen und Herren, es kursieren Hinweise, Verfassungsschutzbehörden hätten zu der einen oder anderen Person der Zelle Kontakte unterhalten. Es werden angeblich legale illegale Papiere in der Wohnung gefunden. Es werden Kontakte zu V-Leuten gemeldet.

Das alles greift das Vertrauen in die Integrität und in die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsbehörden an. Es stellt sie aufs Spiel, insbesondere wenn Medienberichte bereits mit der Überschrift „Mord unter Aufsicht“ titeln.

Meine Damen und Herren, das alles macht uns sehr betroffen und gebietet, dass wir als Parlamentarier von nun an noch stärker hinschauen. Ich bin sehr froh, dass wir in Nordrhein-Westfalen bisher in kei-

ner Weise von diesen öffentlichen Debatten berührt sind. Ich habe auch das Vertrauen, dass wir in dieser Art und Weise nie berührt sein werden. Gleichwohl gebietet die Situation, dass wir mehr hinsehen als in der Vergangenheit; denn schon die Kontrolle als solche schreckt den ein oder anderen ab.

In diesem Sinne werden wir vonseiten der Liberalen in den nächsten Monaten systematisch fordern, das gesamte rechte Extremismuspotenzial hier näher zu erörtern. Wir werden schauen, was der Verfassungsschutz hier in den letzten Jahren getan hat und uns Gedanken machen, was noch zusätzlich getan werden kann.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir eine solche Debatte wie heute nie wieder führen müssen. Ich wünsche mir auch, dass der Verfassungsschutz zukünftig nicht selbst Hindernis bei einem NPD-Verbotsverfahren ist. Wir alle haben gelernt: Einerseits ist es schön, wenn gesagt wird, dass die NPD verboten werden sollte; anderseits waren die einzigen Zeugen, die wir ins Feld geführt haben, vom Staat bezahlt. Wenn wir noch einmal ein NPD-Verbotsverfahren anstrengen, dann muss es auch sitzen. Alles andere wäre für Deutschland peinlich. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Kollegin Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Opfer haben ein Gesicht, wie man hier sehen kann.

(Die Rednerin hält ein Blatt Papier hoch.)

Sie haben auch Namen. Ich möchte die Namen hier vortragen. Wir haben bisher nämlich die ganze Zeit über Menschen geredet, deren Namen wir noch nicht erwähnt haben:

Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter.

Meine Damen und Herren, diese Menschen haben auch Angehörige. Eine dieser Angehörigen saß am Sonntag in der Talkshow von Günther Jauch. Ich spreche von Gamze Kubaşık. Die junge Frau verlor im April 2006 ihren Vater Mehmet, als er in seinem Kiosk im Dortmunder Norden kaltblütig von neofaschistischen Terroristen erschossen wurde. Gamze Kubaşık sagte bei Jauch, sie habe gewusst, dass die rechte Szene in Dortmund aktiv sei. Aber dass sie so brutal sei, das habe sie niemals gedacht.

Die Brutalität und die Menschenverachtung, die aus den Taten und dem Video der Terrorzelle sprechen,

sind erschütternd. Viele fragen sich heute, wie es dazu kommen konnte.

Auf die skandalöse Rolle der Inlandsgeheimdienste hat bereits meine Kollegin Conrads hingewiesen.

Ein weiterer Grund ist die stetige Verharmlosung der rechten Gewalt durch Behörden und Politik. Als der damalige Bundesinnenminister Schily nach dem Nagelbombenanschlag die Keupstraße in Köln besuchte, schloss er als Erstes die Möglichkeit eines neofaschistischen Hintergrundes aus. Ein politischer Reflex so alt wie die Bundesrepublik selber! Wir wissen heute alle, dass Otto Schily falsch gelegen hat. Auch viele der Angehörigen der ermordeten Kleinunternehmer haben Ermittlern gegenüber damals schnell Nazis hinter den Morden vermutet. Doch die Polizei ging von Drogenhandel und Schutzgelderpressung aus, wie man das üblicherweise bei Migrantinnen und Migranten vermutet.

Ein weiterer Reflex ist die Geschichte vom Einzeltäter, eine Variante, wenn der braune Hintergrund eines Täters nicht mehr gelehnt werden kann. Ein schlimmes Beispiel dafür ist Michael Berger. Der NPD-Sympathisant brachte bei einem Amoklauf im Juni 2000 in Dortmund und Waltrop drei Polizeibeamte um, bevor er sich mutmaßlich selbst erschoss. Ungeklärt bleiben hartnäckige Gerüchte, Berger sei V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen. Doch eines war klar, meine Damen und Herren: Berger war Neonazi. Seine Bluttat gegen die drei Polizisten wurde von den Neonazis auf Aufklebern gefeiert. Sie schrieben: 3:1 für Deutschland – Berger war einer von uns.

Völlig unerklärlich bleibt mir deshalb bis heute Ihr Umgang und der Umgang Ihrer Vorgänger mit dieser Sache, Herr Innenminister. Sie weigern sich bis heute, diese Morde als politisch motivierte Taten einzustufen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Gleiche gilt für den Mord an Thomas Schulz, einem Punk, der von dem Neonazi Sven K. in Dortmund erstochen wurde. Die „WAZ“ von heute kommt auf rund 90 Todesfälle, die alle von Neonazis ausgeführt wurden. Herr Jäger, solange man die Taten nicht klar zuordnet, verharmlost man die Gefahr von rechts.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, man weiß gar nicht, worüber man sich mehr empören soll – ich weiß es zumindest nicht –: darüber, dass Menschen in der Lage sind, solche Verbrechen zu begehen, oder darüber, dass diese Fälle jahrelang nicht aufgeklärt wurden, oder darüber, dass der Verfassungsschutz dabei mutmaßlich nicht nur zuschaute und alles verschleierte, sondern vielleicht sogar tatkräftig half?

Die Zahl der Menschen, die durch rechten Terror in Deutschland seit 1990 ihr Leben ließen, wird derzeit

auf über 150 geschätzt. Wie viele sind es wirklich, Herr Jäger?

Meine Damen und Herren, ebenfalls eine Verharmlosung und eine unglaubliche Unterstellung stellt die perverse Extremismustheorie dar,

(Beifall von der LINKEN)

die insbesondere von Ihren Fraktionen, Herr Engel und Herr Biesenbach, immer wieder zur Sprache gebracht wird. Sie bemühen diese immer wieder, wenn das Thema „Extremismus von rechts“ auf die Tagesordnung kommt, und werfen dann beides in einen Topf. Dass diese Theorie wissenschaftlich unhaltbar ist, hält Sie aber nicht davon ab, ständig über gewaltbereite Linke zu schwadronieren, sobald das Gespräch auf die Taten militanter Nazis kommt.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in Thüringen bildet sich eine terroristische rechte Keimzelle und mordet über Jahre. Und was passiert? Dem Fraktionschef der Linken, Bodo Ramelow, wird seine Immunität aberkannt, weil er gegen Nazis demonstriert hat. Das kann nicht angehen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Relativierung neofaschistischer Gewalt muss ein Ende haben. Für Rechte ist Gewalt nicht nur Mittel, sie ist Charakter ihrer politischen Arbeit. Aus diesem Grund ist die Bundesregierung aufgefordert, die von Kristina Schröder vorgenommene Kürzung der Mittel zur Bekämpfung der Neonazis zurückzunehmen. Die Landesregierung ist dringend aufgefordert, die geplante Finanzierung der Opferberatungsstellen gegen rechte Gewalt zu verstetigen.

Dort, wo im April 2006 Mehmet Kubasik in seinem Kiosk starb, bahnten am 3. September 4.800 Polizistinnen und Polizisten rund 700 Neonazis den Weg. Man stelle sich vor, mit dieser Kraft ginge der Staat künftig gegen autonome Nationalisten vor! Es wäre viel sicherer in unserem Lande. Ein NPD-Verbot ist da ein Anfang.

Zum Schluss bleibt nur eins zu sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Geschichte lehrt uns: Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus kann nur ein gemeinsamer Kampf sein, Herr Engel, Herr Biesenbach. In diesem Sinne lassen Sie uns bitte geschlossen mit allen Fraktionen in diesem Landtag dazu beitragen, dass die Vorfälle lückenlos und transparent für die Öffentlichkeit aufgedeckt und daraus eventuell personelle Konsequenzen gezogen werden. Und vor allem: Lassen Sie uns bitte von nun an gemeinsam Neonazis auf der Straße blockieren, wenn sie die Straßen erobern möchten, um ihre menschenverachtende Ideologie kundzutun.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir im Rahmen der Aktuellen Stunde, für die ich Ihnen ganz herzlich danke, nicht vor. Ich **schließe** die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Nordrhein-Westfalen begrüßt die Initiative des Bundes für mehr Steuergerechtigkeit

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3264

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3323

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland steht weltweit hervorragend da. Nie gab es mehr Beschäftigte in unserem Land. Seit 20 Jahren war die Arbeitslosigkeit nicht so gering wie heute. Nirgendwo in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so niedrig wie bei uns. Die Exporte laufen glänzend. Wir sind der Stabilitätshort in Europa. Kein Land ist besser durch die Krise gekommen als wir. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Fels in der Brandung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ach!)

Auf dieses Politikergebnis dürfen wir alle ruhig ein klein wenig stolz sein.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da wäre ich aber ganz vorsichtig!)

– Ja, auch Sie dürfen das. – Wir haben eine Bundeskanzlerin, die Entwicklungen frühzeitig erkennt, sorgfältig abwägt und am Ende entschlossen handelt. Das hat sie in Zeiten der Großen Koalition bewiesen, und das beweist sie jetzt in der Koalition mit der FDP.

Zuerst, meine Damen und Herren, ging es um Krisenabwehr. Jetzt geht es um Stabilisierung und um bescheidene Teilnahme der Steuerbürger am wirtschaftlichen Erfolg.

Sie sollten nicht gleich den Untergang der Republik an die Wand malen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn die Bundesregierung auf einen Teil der heimlichen Steuererhöhungen verzichten will, wie sie im deutschen Einkommensteuerrecht leider immer noch angelegt sind. Wenn Sie jetzt, nachdem Sie in Berlin in der Opposition sind, eine

maßvolle Anhebung des Grundfreibetrags und eine geringe Abflachung der Progression bekämpfen, sind Sie nichts weiter als Heuchler.

Als Sie nach dem Wählerwillen in Berlin noch regieren durften, haben Sie mit großer Begeisterung die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 % beschlossen. Sie haben den Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer von 53 auf 42 % abgesenkt. Sie haben der Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit einem Entlastungsvolumen von ca. 8 Milliarden € zugestimmt. Sie haben die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung mit Steuerausfällen von mehr als 6 Milliarden € ebenso beschlossen wie eine steuerfinanzierte Absenkung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung um rund 9,5 Milliarden €.

Insgesamt haben Sie während Ihrer Regierungs- bzw. Mitregierungszeit an gesetzlichen Regelungen mitgewirkt, die die jährlichen Steuereinnahmen des Staates um mehr als 100 Milliarden € gemindert haben. Dazu kommt noch Ihre Mitwirkung an der Erhöhung staatlicher Ausgaben.

Die Moral von der Geschichte, liebe Freunde, 100 Milliarden € jährlich sind gute Belastungen des Haushalts von Bund, Ländern und Gemeinden, weil sie von der SPD und in großen Teilen auch von den Grünen mit beschlossen wurden. Der Verzicht auf 6 Milliarden € Steuererhöhungen bis zum Jahre 2014 soll eine schlechte Haushaltsbelastung sein, weil sie von CDU und FDP beschlossen wurde. Geben Sie es zu! Mehr Heuchelei ist eigentlich nicht vorstellbar.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Worum geht es der Bundesregierung in der Sache? Es geht darum, ob Lohnerhöhungen die Kaufkraft der Bürger stärken sollen oder ob sie schlicht und ergreifend weggesteuert werden. Schwarz-Gelb möchte den erwerbstätigen Bürgern den Nutzen von Lohnerhöhungen belassen. Rot-Grün will den arbeitenden Bürgern den Nutzen von Lohnerhöhungen wegnehmen.

(Beifall von der CDU)

Das ist die Situation.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist den Verweigerungspolitikern offenbar kein Argument zu blöde. Herr Gabriel erklärt, die Anhebung des Grundfreibetrags sei abzulehnen, weil sie die Besserverdienenden bevorzugt. Meine Damen und Herren, das ist doch erkennbar Schwachsinn, auch wenn das hier im Haus von einigen geteilt wird.

(Zuruf von Hans-Willi Körges [SPD])

– Herr Kollege Körges, ein Viertel der arbeitenden Bundesbürger bringt 80 % der Einkommensteuer auf. Die Hälfte der Steuerpflichtigen leistet einen

Betrag von lediglich 4,3 %. Enthalten in dieser Hälfte ist ein Drittel der Beschäftigten, die gar nichts zur Finanzierung des Staates beitragen. Bei einer solchen Verteilung der Steuerlast ist es wohl selbstverständlich, dass nicht alle Beschäftigten in Euro und Cent die gleiche Entlastung erfahren können; denn die Entlastung, Kollege Körges, folgt der gleichen Gerechtigkeit wie die Belastung. Was ich vorher nicht belastet habe, kann ich hinterher auch nicht entlasten.

Nach den Plänen der Bundesregierung wird ein zu versteuerndes Einkommen von 9.000 € bis 2014 um 36,49 % entlastet, bezogen auf die heute zu zahlenden Steuern. Die Entlastung für ein zu versteuerndes Einkommen von 100.000 € beträgt dagegen nur 1,08 %, nicht mehr und nicht weniger. In Euro und Cent ist das natürlich mehr, aber prozentual ist es ein Bruchteil und folgt der gleichen Gerechtigkeit wie vorher die Besteuerung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Auch die Argumentation von Frau Kraft ist nicht zutreffender als die von Herrn Gabriel. Die Ministerpräsidentin meint, man könne dem Landeshaushalt eine Entlastung der steuerzahlenden Bürger nicht zumuten, weil die Einhaltung ihrer Wahlversprechungen wegen der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse dann nicht mehr möglich wäre.

Meine Damen und Herren, das ist doch Griechenland-Mentalität pur. Man darf eben nicht immer neue schuldenfinanzierte Versprechungen machen, um sich die Gunst der Wähler zu erkaufen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Papandreu ist damit in Griechenland nicht durchgekommen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer macht denn in Berlin Milliarden an Schulden?)

und einer „Mamandrea“ in Nordrhein-Westfalen wird es genauso ergehen; sie wird damit auf Dauer auch nicht durchkommen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Ach, Herr Sagel, Sie können doch nachher selber reden, so viel Sie wollen. Blöken Sie doch nicht immer dazwischen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Weisbrich, es gibt eine offizielle Anfrage, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen möchten, und zwar vom Kollegen Bell.

Christian Weisbrich (CDU): Ja, bitte.

Dietmar Bell (SPD): Herr Kollege Weisbrich, ist Ihnen bekannt, dass nach der neuen Forsa-

Umfrage 58 % der CDU-Anhänger die beschlossene Steuersenkung für nicht sinnvoll erachten?

Christian Weisbrich (CDU): Ich pflege mich nicht an Meinungsumfragen zu orientieren, sondern ich pflege mich an dem zu orientieren, was ich rational erfassen kann. In der Politik ist es nicht immer richtig und wichtig, den Meinungsumfragen hinterher zu hecheln, sondern man muss schon seine eigene Vorstellung von den Dingen haben.

(Beifall von der CDU)

Ich kann der verehrten Ministerpräsidentin nur empfehlen, endlich zu erkennen, welche Leitplanken Grundgesetz und Verfassungsgericht ihrer Versprechungspolitik gesetzt haben. Sie ist im Augenblick zwar nicht da, aber der Finanzminister kann die Empfehlung ja vielleicht entgegennehmen.

Es kommt nicht nur darauf an, dass die Landesregierung die Schuldenbremse beachten muss, sondern sie muss auch das steuerfreie Existenzminimum der Bürger akzeptieren, und zwar mit allen Konsequenzen, die das für den Steuerstaat hat. Je eher, Herr Finanzminister, Sie das begreifen, desto besser wäre es für alle Beteiligten. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die ebenfalls antragstellende Fraktion der FDP hat Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Guten Morgen. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Beschluss der Koalition aus CDU/CSU und FDP in Berlin haben die Partner eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Aufschwungdividende verabredet und einer Verbesserung der Steuergerichtigkeit den Weg bereitet. In zwei Schritten werden vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bis zum Jahr 2014 durch den Verzicht auf heimliche Steuererhöhungen um insgesamt 6 Milliarden € entlastet, das heißt, die Steuermehreinnahmen fallen entsprechend geringer aus.

Ich sage „heimliche Steuererhöhungen“, weil es zur stärkeren Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eben keiner gesetzlichen Änderung bedarf, sondern diese heimliche Steuererhöhung regelmäßig, schlechend und weitgehend öffentlich unbemerkt erfolgt.

Die Beschlüsse der Berliner Koalitionsspitzen tragen zum einen einem verfassungsrechtlichen Gebot Rechnung, weil nämlich der Grundfreibetrag die steuerliche Seite des sogenannten Existenzminimums darstellt und nach dem Kindergeldurteil regelmäßig vom Gesetzgeber zu überprüfen ist. Mit

dem Entlastungsschritt Anhebung des Grundfreibetrags um 110 € für das Jahr 2013 und dann für 2014 um weitere 240 € auf zukünftig 8.354 € werden gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die von den steigenden Energiekosten zum Beispiel, aber auch von der seinerzeitigen Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % in der Vergangenheit besonders hart betroffen sind, steuerlich gerechter behandelt.

Zum Zweiten wurde die Verschiebung des Tarifverlaufs, also die Verschiebung der Eckwerte um 1,4 % bzw. dann noch einmal um 3 % im Jahr 2014, und damit ein Einstieg in die Reduzierung der kalten Progression verabredet.

Das ist wichtig, richtig und notwendig, denn durch das Zusammenwirken von Inflation, Lohnanpassung und progressiv steigendem Steuertarif kommen Steuerpflichtige zum Beispiel bei einer Nominallohnanpassung, die allein den steigenden Lebenshaltungskosten Rechnung trägt, bereits in eine höhere Steuerstufe. Und das, meine Damen und Herren, hat mit Steuergerechtigkeit wirklich absolut nichts zu tun.

(Beifall von der FDP)

Weil das immer wieder in Zweifel gezogen wird, lassen Sie mich das an einem einfachen Beispiel darstellen. Laut Statistischem Bundesamt steigen die Gehälter der Beschäftigten in Deutschland durchschnittlich um 1,8 %. Die Inflationsrate beträgt 2,5 %. Das bedeutet, dass ein Arbeitnehmer allein aufgrund dieser Entwicklung real weniger verdient. Damit aber noch nicht genug: Die Steuern werden auf der Grundlage des Nominaleinkommens berechnet. Dadurch erhöht sich der Betrag, der an das Finanzamt abgeführt werden muss.

Bei einem Arbeitnehmer, der im Jahr 30.000 € verdient, also kein Großverdiener ist, Steuerklasse III, zwei Kinder wirkt sich das zum Beispiel wie folgt aus: Sein Bruttoeinkommen erhöht sich durch die Tariferhöhung von 30.000 € auf 30.540 €. Um real keinen Kaufkraftverlust zu erleiden, bräuchte dieser Arbeitnehmer aber bereits 30.750 €, also 210 € mehr.

Nicht genug, dass er auf den Reallohn ausgleich verzichten muss, auch das Finanzamt verlangt mehr Steuern, und zwar aufgrund des progressiven Steuersystems. Es wird hier also nichts noch zusätzlich erhöht. Konkret bedeutet das, dass diese Person in dem Beispiel 114 € mehr Steuern zahlt. Der persönliche Durchschnittssteuersatz steigt von 5,2 % auf 5,5 %, und am Ende des Jahres hat der Arbeitnehmer 324 € weniger als am Anfang des Jahres in der Tasche – trotz Lohnerhöhung.

Ich kann nur ganz klar sagen: Unsere Vorstellung von Gerechtigkeit ist es, dass sich der Staat nicht noch zusätzlich an den Reallohnverlusten der Bürgerinnen und Bürger beteiligt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir setzen auf einen Kurs des Ausgleichs zwischen der sozialen Verantwortung auf der einen Seite und der weiterhin notwendigen Stärkung der Wachstumskräfte auf der anderen Seite.

Debatten über die Anpassung von Hartz-IV-Regelsätzen und anderer Sozialtransfers sind richtig und wichtig. Das will ich überhaupt nicht infrage stellen, aber ich erlaube mir schon den Hinweis, dass genau diese Transferleistungen von der Solidargemeinschaft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwirtschaftet werden müssen. Diese Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Wachstumskräfte, tragen zu Arbeit und Wohlstand bei. Ohne sie ist eine Grundlage für Transferleistungen überhaupt nicht gegeben.

Ich bekenne mich dazu – es ist richtig und wichtig –: Erwirtschaften geht vor Verteilen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ohne die Aufmerksamkeit auf das Erwirtschaften zu richten und ohne eine gerechte Beteiligung der Leistungserbringer, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der Unternehmer, am Aufschwung, gefährden wir den sozialen Frieden in unserem Land. Deshalb sage ich klar: Die FDP ist auch die Interessenvertretung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Ich lade alle politischen Kräfte in unserem Land herzlich ein, endlich wieder einmal nicht nur die Transferleistungsbezieher, sondern auch die Gruppe der vernachlässigten Mitte, der steuerzahlenden Bevölkerung in unserem Land, in den Fokus der Politik zu rücken; denn eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, wie sie in der sozialen Marktwirtschaft angelegt ist, bedeutet einen fairen Ausgleich zwischen der Gruppe der Steuerzahler auf der einen Seite und der Gruppe der Transferleistungsempfänger auf der anderen Seite.

Auf keinen Fall wollen wir, dass die Eigenverantwortung und die Initiative der Bürger durch einen Versorgungsstaat gefährdet oder abgelöst werden. Das darf nicht passieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Körges.

Hans-Willi Körges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich glaube, wir sind gerade Zeugen eines Versuchs der Autosuggestion durch den Vorredner und die Vorrednerin geworden; denn Sie von Schwarz und Gelb wollen sich ja ganz offensichtlich

selbst einreden, dass der Kompromiss, der in Berlin gefunden worden ist, ein Akt der Gerechtigkeit ist. Ich kann nur sagen: Wir als Sozialdemokraten können Ihnen da in keiner Weise zustimmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Selbstgerechtigkeit ist keine Gerechtigkeit im engeren Sinn. Dieser faule Regierungskompromiss ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, sich angesichts katastrophaler Zustimmungswerte bei Umfragen hier mit einem Thema zu profilieren.

(Christian Möbius [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Sie haben sich bei diesem Kompromiss die verkehrten Parameter ausgesucht. Das zeigt sich doch schon durch diese aberwitzige Verknüpfung der drei Themen „Pflegeversicherung“, „Betreuungsgeld“ und „Steuersenkungswunsch der FDP“.

Wir haben an anderer Stelle schon sehr deutlich geäußert, für wie unsinnig wir es halten, mit Steuergeldern Prämien für den Nichtbesuch von Kindertagesstätten auszuloben. Das, was Sie jetzt unter dem Stichwort „kalte Progression“ bei den Steuern versuchen, ist doch eigentlich nur ein Profilierungsversuch der FDP auf Kosten Dritter.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich finde es kaum verwunderlich, dass der Jubel in der Öffentlichkeit für diese Steuersenkungsvorschläge kaum Anfang nehmen will und dass Sie jetzt versuchen, den nordrhein-westfälischen Landtag sozusagen zum Ersatzort für öffentliche Zustimmung zu machen, indem Sie versuchen, sich selber ins richtige Licht zu rücken.

(Dietmar Brockes [FDP]: Zur Sache!)

Bei genauerem Hinsehen besteht eben kein Anlass zum Jubeln; denn die kalte Progression, die Sie als morbides Ungetüm darstellen, mit der man sich der Einkommen bemächtigt, ist nicht das größte Gerechtigkeitsproblem, das wir in unserem Lande bei den Steuern haben.

Ich darf an die Vermögensteuer und an die Erbschaftsteuer erinnern und darauf hinweisen, dass wir uns durchaus eine Verknüpfung dergestalt vorstellen können, dass wir die Bezieher von niedrigeren Einkommen entlasten, indem wir diejenigen, die am gesellschaftlichen Wachstum und Wohlstand überproportional teilhaben, entsprechend belasten. Diese Komponente blenden Sie aber immer komplett aus. Mit dem, was Sie jetzt vorgeschlagen haben, stehen Sie in guter Tradition zu Ihrem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Der verehrte Kollege Weisbrich hat hier eben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine bescheidene Teilhabe am Wachstum zugebilligt. Das finde ich ganz in Ordnung. Damit laufen Sie bei uns

offene Türen ein. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang zum Beispiel auch einmal über Lohnnebenkosten unterhalten. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben Sie aber zum Beispiel versucht, eine unbescheidene Teilhabe ganz weniger – zum Beispiel der Hotelbesitzer – am allgemeinen Wohlstand zu ermöglichen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau! Die Mövenpick-Partei da drüber!)

Das ist nicht nur unsere Meinung.

Ich glaube, jetzt wird es für diejenigen sehr spannend, die sich zum Beispiel immer auf den Bund der Steuerzahler berufen. Eine Schlagzeile in „Welt Online“ vom 17. November 2011 lautete: „Steuersenkung entlastet Gutverdiener am stärksten“.

Jetzt nenne ich Ihnen die Zahlen, nach denen Sie eben gefragt haben: Bürger mit einem jährlich zu versteuernden Einkommen ab 56.000 € können künftig 652 € einsparen. Bezieher von mittleren Einkommen sparen 278 €. Jetzt kommt eine Angabe in Prozent: Die Bezieher von kleineren Einkommen sparen bis zu 36 %. Das macht allerdings real nur einen Betrag von 54 € im Jahr aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, rechnen Sie da einmal drauf, was Sie bei der Pflegeversicherung zusätzlich bei den Menschen einkassieren wollen. Dann kommen Sie auf eine Ersparnis, die geradezu lächerlich ist und, wenn Sie es einmal umrechnen, genau dem Gegenwert von zwei Brötchen im Monat entspricht. Und damit wollen Sie den Konsum in unserem Land anregen.

Die weiteren Folgen sind doch fatale Deckungslücken in unseren Haushalten. Auch da stehen Sie in der unguten Tradition des ungeheuren Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Wir debattieren hier in Nordrhein-Westfalen allen Ernstes über alle Fraktionsgrenzen hinweg darüber, wie wir Kommunen, die strukturelle Lücken im Haushalt haben, helfen können, diese Lücken zu schließen. Sie von der CDU verlangen, dass das Land, das mit den 350 Millionen € bis an die Grenze des Belastbaren geht, den Betrag für die Kommunen noch erheblich aufstockt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist ja richtig!)

Das ist ja eigentlich eine ehrenwerte Forderung. Aber welchen Sinn macht das, wenn Sie gleichzeitig durch Ihre Steuersenkungspläne die strukturelle Last der Kommunen in Nordrhein-Westfalen erneut durchschnittlich um 150 Millionen € erhöhen? Das macht doch keinen Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen, dass das bis vor Kurzem von einigen Ihrer Protagonisten vergleichbar gesehen

worden ist. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann, den ich in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male zitiere, sagt dagegen – das kann man im „Stern“ vom 23. November nachlesen – unter Bezugnahme zum Beispiel auf kalte Progression und Abflachung des Mittelstandsbauchs:

„... Karl-Josef Laumann, sieht dagegen derzeit keinen Spielraum.“

Ich zitiere wörtlich:

„Steuersenkungen bedeuten nicht nur für den Bund Mindereinnahmen, sondern auch für die Länder. Einen Puffer dafür kann ich in den Haushalten der Länder nicht erkennen, sagte Laumann den ‚Ruhr Nachrichten‘.“

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Martin Börschel [SPD]: Recht hat er!)

Weiteres Zitat des Kollegen Laumann:

„Steuersenkungen auf Pump sind unmoralisch, sagte das CDU-Präsidiumsmitglied. Das Ziel der Schuldenbremse habe ‚absoluten Vorrang‘.“

Herr Laumann, entweder stimmt das, was Sie damals gesagt haben, oder der Antrag stimmt. Wenn Sie beides gleichzeitig aufrechterhalten, dann ist das gelebte Schizophrenie.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir hatten eine Sprecherkonferenz aller finanz- und haushaltspolitischen Sprecher des Bundes und der Länder, die der SPD angehören, in Düsseldorf. Dann wird mit der Verfassung argumentiert. Dann haben mir die Kollegen aus dem Bundestag bezogen auf den Grundfreibetrag gesagt: So ist in Berlin auch argumentiert worden. – Dann haben wir einmal nachgefragt, ob die verfassungsrechtliche Grenze erreicht ist. Haben Sie das schon einmal überprüft? Wo sind die Zahlen? Die Antwort war sehr vage. Ganz offensichtlich – das kann man in der Pressemitteilung des Bundesministers der Finanzen nachlesen – ist das zumindest im Augenblick noch ein vorgeschobenes Argument, das Sie mit Fakten nicht belegen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Landesregierung in ihrer erklärten Absicht nur unterstützen, diesem Unsinn im Bundesrat nicht zuzustimmen. Wir glauben, es macht keinen Sinn, in Anbetracht der Haushaltssituation von Bund und Ländern mit Steuersenkungen Wählerzuwendung für das Jahr 2013 erreichen zu wollen. Das wird diejenigen, die das betreiben, nicht retten. Und die Tatsache, dass Sie es betreiben, zeigt, dass Sie dieser Verantwortung nicht gewachsen sind. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich gestehen, dass ich sehr erfreut war, als ich den Antrag von CDU und FDP auf dem Tisch habe liegen sehen, weil wir überlegt hatten, dies zum Thema einer Aktuellen Stunde zu machen. Wir dachten nämlich, dass sich CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen für das Vorgehen ihrer Bundestagsfraktionen schämen würden. Offenkundig ist aber das Gegenteil der Fall. CDU und FDP versuchen sogar, das zu beschönigen, was in Berlin passiert und was sie nicht ernsthaft als positiv verkaufen können.

Herr Kollege Weisbrich stellt ja Herrn Linssen immer als ehrbaren Kaufmann dar. Grundsatz eines ehrbaren Kaufmanns ist: Man schmeißt schlechtem Geld kein gutes hinterher. Es bringt doch überhaupt nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mit einem kurzfristigen Strohfeuer die FDP von 2 auf 3 % hochzuhieven, damit sie im nächsten Jahr wieder auf zwei Prozent ist. Das ist gutes Geld schlechtem Geld hinterherwerfen und völlig unsinnig aus meiner Sicht!

(Beifall von Hans-Willi Körges [SPD])

Zu den einzelnen Fakten, die Frau Freimuth schllichtweg nicht korrekt dargestellt hat: Eine Erhöhung des Grundfreibetrages kann man ja machen. Aber warum lehnen Sie gleichzeitig die Erhöhung der Hartz-IV-Beträge ab mit dem Hinweis, es wäre nicht notwendig, das Existenzminimum an der Stelle anzuheben? Was man im Steuerrecht ja auch machen kann, ist, nicht nur unten, sondern auch oben zu schrauben. Warum verschieben Sie denn den Progressionsverlauf gleich mit? Wenn Sie nur den Grundfreibetrag erhöhen würden, wären es 500 Millionen €.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Durch die Verschiebung des Tarifverlaufes sind es halt 6 Milliarden € geworden. Das können Sie mir nicht erklären, wie das zusammenpasst. – So weit erstens.

Zweitens haben Sie doch auch die Möglichkeit, Besserverdienende stärker zu belasten, um einen Ausgleich zu schaffen und ein Nullsummenspiel daraus zu machen. Darüber können Sie anscheinend überhaupt nicht nachdenken, weil für Sie nur gilt: Immer schön der öffentlichen Hand nehmen und den Besserverdienenden geben. Das war die ganzen Jahre das Credo der FDP.

Was überhaupt nicht zusammenpasst – darauf hat der Kollege Körges hingewiesen –, ist Folgendes: Sie können doch nicht in Nordrhein-Westfalen 550 Millionen € zusätzlich für den Stärkungspakt verlangen, aber das Land um 400 Millionen € schlech-

terstellen und gleichzeitig die Kommunen um 150 Millionen € – das sind zu 100 Millionen € Stärkungspaktkommunen – beim GFG schlechterstellen. Das ist Schizophrenie an der Stelle.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Sie haben gesagt, es gebe Leute, die Transferleistungen bekommen, und Leute, die Steuern zahlen. Sie wissen doch, dass 50 % der Menschen in Deutschland keine Einkommensteuer zahlen. Das sind nicht alles faule Leute, sondern das sind zum Beispiel ganz viele Rentnerinnen und Rentner, die doch – davon gehe ich aus – zumindest bei der CDU hoch geachtet sind, weil sie sehr viel zum Wohlstand in Deutschland beigetragen haben. Jetzt zu behaupten, die anderen müssen das erst einmal erwirtschaften, finde ich schon ein starkes Stück.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Ich rede. So ist das am Rednerpult.

Herr Laumann, um einmal auf Sie zurückzukommen. Sie sind doch letztlich Opfer dieser ganzen Geschichte oder Sie sind nicht in der Lage, sich gegen den Schwachsinn in Ihrer Partei zu wehren.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Hören Sie doch auf!)

Sie können doch nicht im Münsterland daherlaufen und fordern: Wir brauchen mehr Geld für die Kommunen, um dann im Bund zu sagen: Nehmt uns das einmal ab, damit wir noch weniger haben; dann können wir die Schuldenbremse besser im Land erreichen. – Das ist in keiner Weise mehr darstellbar.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wen haben Sie denn beim Kindergartenbeitrag entlastet?)

– Schönes Stichwort: Kindergartenbeitrag. Sie vergessen nur immer – und das vergisst auch der Kollege Löttgen –, dass wir eine Gegenfinanzierung dargestellt haben. Wir haben nämlich eine Erhöhung bei der Grunderwerbsteuer dagegengestellt; das sind genau 450 Millionen €, die dann in den Landeshaushalt fließen. Damit finanzieren wir Familien mit Kindern und Familien, in denen Studierende leben. Das ist eine sehr gezielte Entlastung. Sie entlasten lieber Besserverdienende.

(Beifall von der SPD)

Das haben Sie jetzt sehr konkret wieder unter Beweis gestellt. Und Sie schwächen die öffentlichen Haushalte.

Meine letzte Bemerkung, damit ich in der zweiten Runde noch einmal reagieren kann: Was bringt einem auf der unteren Einkommensebene eine Entlastung von fünf Euro, um dann gleichzeitig zu sehen, dass vor der eigenen Haustür das Schwimmbad, die Bibliothek und die Volkshochschule geschlossen werden. Das ist der viel höhere Schaden gerade für die, die nicht viel verdienen. Nur reiche

Leute können sich einen schwachen und handlungsunfähigen Staat leisten. Und eine solche Politik betreiben Sie!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 6 Milliarden € Steuersenkungen auf Pump finanziert – das ist die Bilanz Ihrer Politik, die Sie in Berlin betreiben wollen. Gleichzeitig wollen Sie die Nettoneuverschuldung erhöhen. Wir haben im nächsten Jahr eine noch höhere Nettoneuverschuldung auf der Bundesebene von über 40 Milliarden €. Das ist das, was Sie da machen. Sie kritisieren das hier immer wieder, und auf Bundesebene tun Sie genau das Gegenteil.

Der Hintergrund für das, was Sie in Berlin tun, ist ganz klar: Es geht um die FDP. Die FDP muss wiederbelebt werden. Die FDP, die bei Umfragen jetzt nur noch bei 2 % dümpelt, ist völlig am Ende. Das, was von Westerwelle versprochen, aber nicht gehalten worden ist, und jetzt vom FDP-Vorsitzenden versprochen worden ist, muss irgendwie finanziert werden. Zum mindest ein kleiner Ansatz muss in die Richtung gemacht werden, um den Leuten wieder Sand in die Augen zu streuen, damit die FDP perspektivisch vielleicht noch einmal irgendwie wählbar wird. Darum geht es und um nichts anderes. Das ist so, als wenn der Osterhase angekündigt wird, aber man nicht weiß, ob er irgendwelche Eier dabei hat. Ungefähr so sieht das aus, was im Augenblick in Berlin gemacht wird. Das sind reine Lufnummern, das ist heiße Luft, nichts anderes.

Mit den Lobhudeleien auf die Stabilität der deutschen Wirtschaft, die ich von Herrn Weisbrich höre, wäre ich an Ihrer Stelle ganz vorsichtig. Schauen wir einmal, wie sich das in der Wirtschafts- und Finanzkrise noch weiterentwickelt.

Eines muss man einmal deutlich sagen: Wir haben Probleme mit der Binnenwirtschaft, weil es in den letzten Jahren eine massive Einkommensumverteilung von unten nach oben gegeben hat. Was Sie jetzt in Berlin vorhaben, ist wiederum nichts anderes, denn die Leute, die in höheren Einkommensgruppen sind, werden natürlich von der beabsichtigten Steuersenkungspolitik natürlich weitaus mehr profitieren als die Leute in den unteren Einkommensschichten, die zur Hälfte überhaupt keine Steuern bezahlen. Von daher ist das, was Sie hier erzählen völliger Unsinn, blander Unsinn.

Das Ganze geht auf Kosten des Landes. Sie haben das gerade schon von den Kollegen von SPD und Grünen gehört. Sie haben da völlig Recht. 400 Millionen € wird es das Land kosten, 150 Millionen die Kommunen, die in Nordrhein-Westfalen oh-

nehin katastrophal unterfinanziert sind. Für die müsste – das fordert die CDU zwar, macht aber genau das Gegenteil – viel mehr Geld bereitgestellt werden. Die Linke hat immer gesagt: Wir brauchen eine Milliarde mehr für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung hat sich immerhin zu 350 Millionen durchgerungen, will aber jetzt in den 34 Kommunen, für die sie zumindest etwas machen will, rigidieste Sparmaßnahmen durchdrücken. Das geht so nicht; das sagen wir Ihnen auch sehr deutlich. Deswegen werden wir Ihrem Pakt auch nicht zustimmen. Aber es ist sinnvoll, etwas für die Kommunen und für das Land Nordrhein-Westfalen zu tun.

Parallel haben wir die ganze Zeit von 2000 bis 2010 Steuergesetze erlebt, die dazu geführt haben, dass die öffentliche Hand um 50 Milliarden € geschwächt worden ist. Wir hätten 50 Milliarden € mehr in den öffentlichen Kassen, wenn nicht in den letzten Jahren diese Politik betrieben worden wäre, wie sie betrieben worden ist, nämlich die Senkung der Unternehmenssteuern, der Senkung des Spitzensteuersatzes auf jetzt 42 %, der unter Kohl noch 52 % betragen hat.

Mittlerweile haben SPD und Grüne offensichtlich diesen Fehler erkannt und sagen zumindest, dass sie da eine Umkehr vornehmen wollen, aber faktisch passiert an dieser Stelle immer noch nichts.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir brauchten eigentlich eine ganz andere Steuerpolitik. Wenn man Haushalte tatsächlich konsolidieren wollte, dann müsste man dafür sorgen, dass auch Steuermehreinnahmen kommen.

Damit die öffentlichen Haushalte vernünftig finanziert werden können und eine öffentliche Daseinsvorsorge, so wie wir sie verstehen, dass nämlich soziale Leistungen für die Menschen, die sie brauchen, zur Verfügung stehen und wir hier tatsächlich eine ökologisch nachhaltige Politik vernünftig finanzieren können, tatsächlich gewährleistet ist, müssen natürlich auch diejenigen, die von der Krise profitieren, ihren Beitrag dazu leisten. All das sind Maßnahmen, die eigentlich notwendig wären. Aber das Gegenteil wird gemacht.

Diese Steuersenkungen helfen eben nicht den unteren Einkommensschichten, sondern es ist genau das Gegenteil, sie helfen nur wieder oberen Einkommensschichten. Deswegen werden die Normalverdiener, wie man sie so schön nennt, davon nicht profitieren. Sie gehen an den Menschen völlig vorbei. Das ist doch das, was hier passiert.

Der Hintergrund dieser ganzen Geschichte ist das Wiederbelebungspaket für die FDP, die völlig daneiederliegt.

Es gibt auch vom Bundesfinanzminister keine Antworten auf die Frage, was diese Pläne für die Steuerpflichtigen konkret bedeuten. Es ist ja auch noch

gar nicht klar, wie das ganz konkret aussehen soll; denn immer dann, wenn konkrete Nachfragen kommen, wird es bei Ihnen da drüben ganz nebulös, und Sie machen keine konkreten Angaben, wie das tatsächlich laufen kann.

Wenn die kalte Progression abgeschafft wird, dann müsste das natürlich ganz anders, als es bei Ihnen passiert, laufen. Wir haben deutlich gemacht, dass das mit einem durchgehend linear-progressiven Einkommensteuertarif, einer Anhebung des Grundfreibetrages auf 9.300 € und einer Erhöhung des Spaltensteuersatzes auf 53 % ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 65.000 € möglich wäre. Dadurch würden alle Beschäftigten mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen unter 70.000 € spürbar entlastet.

Das sind die Vorschläge, die wir als Linke machen. Ich weiß, dass zumindest die SPD auch ein bisschen in diese Richtung denkt. Ich hoffe, dass wir da irgendwann einmal zu gemeinsamen Initiativen kommen. Ich hätte es auch gut gefunden, wenn man hier vielleicht mit den Parteien, die zumindest tendenziell in dieselbe Richtung denken, einen gemeinsamen Antrag hinbekommen hätte. Das haben wir leider nicht.

Jetzt liegen drei Anträge vor, über die wir abstimmen werden. Wir werden natürlich den Antrag von CDU und FDP ablehnen. Wir lehnen aber auch den Antrag der Koalitionsfraktionen ab, weil diese Schuldenbremse, die Sie zumindest jetzt immer wieder proklamieren – ich weiß nicht, ob Sie sie wirklich umsetzen wollen, aber zumindest proklamieren Sie sie –, der falsche Weg ist. Das sagen wir sehr deutlich. Wir müssen endlich eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Haushalte haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das geht nur durch Maßnahmen, mit denen man endlich diejenigen vernünftig besteuert, die das auch leisten können. Wir wollen als Linke mehr Steuergerechtigkeit. Wir wollen eine sozialere Politik, und die muss auch entsprechend finanziert werden. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat nun der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines muss man der FDP zugestehen – das ist hier zwischenzeitlich vielleicht wirklich etwas missverstanden worden –: Die Gebetsmühle von der Steuersenkung dreht die Partei nicht erst, seit ihr das Wasser bis zum Hals steht. Das machte sie schon immer. – Sie, meine Damen und Herren von der FDP, haben nur eines nicht gemerkt: dass man nämlich in diesen

Zeit mit dieser Gebetsmühle wirklich keinen Blumentopf gewinnen kann.

Jetzt ist die Frage allerdings – da wundert man sich manchmal, wie die CDU damit umgeht, zumal wenn man auf der bundespolitischen Ebene mit dem einen oder anderen Bundesfinanzpolitiker zu tun hat –: Was macht man in einer schwarz-gelben Koalition, in der der eine nicht aufhört zu quengeln und der andere seinen Koalitionspartner nicht ganz in die Binsen gehen lassen will? – Dann macht man offenbar den Unsinn mit und drechselt anschließend an einer gesichtswahrenden Begründung für das, was man vorhat.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Dann heißt es plötzlich: Das ist alles für die kleinen Einkommen, das ist für das Existenzminimum,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Typische FDP-Klientell!)

das ist, weil die Verfassung das so fordert. Und dann kommt noch Herr Weisbrich und legt obendrauf die Mär von Wahlgeschenken und von Griechenland; das ist mittlerweile auch eine Gebetsmühle.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie kennen sich ja mit Drechselei in der Koalition aus, Herr Finanzminister!)

Herr Weisbrich, Sie haben eben die Position der deutschen Wirtschaft beschrieben. Wenn wir einmal einen Moment lang den Urheberstreit weglassen, warum es der Wirtschaft jetzt gutgeht und wer die Grundlagen dafür gelegt hat, dann, finde ich, haben wir eine hohe Wahrscheinlichkeit, da zu einer Übereinstimmung zu kommen. Es stimmt: Diese Wirtschaft steht im internationalen und im europäischen Umfeld sehr gut da. Sie steht auch deswegen sehr gut da, weil sich der Staat in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur als etwas verstanden hat, was sich reduzieren oder zurücknehmen muss, sondern weil er sich als ein Produzent von Grundlagen verstanden hat. Er muss in der Lage sein, Grundlagen zu schaffen für ein selbstbestimmtes Leben, für Bildung, für Erfindergeist, für wirtschaftlichen Erfolg und auch für Lebensstandard. Deutschland ist – das kann man und dürfen wir uns auch alle gemeinsam sagen – in diesem internationalen Umfeld ein guter Produzent von Grundlagen für wirtschaftliche Entwicklung und für Lebensstandard.

Wenn man sich einmal ansieht, dass alleine von 2000 bis 2010 das private Geldvermögen in Deutschland von 3,2 Billionen € auf 4,9 Billionen € gestiegen ist und dass die Sachwerte in privaten Haushalten noch größer sind als das Geldvermögen, dann kann man, glaube ich, Frau Freimuth, zu diesem Spruch „Erst muss erwirtschaftet werden, und dann kann verteilt werden“ sagen: Es ist eine Menge erwirtschaftet worden, und man darf auch einmal über Verteilung reden.

Das Problem, das wir haben, ist, dass wir in diesem Land Grundlagen dafür geschaffen haben, enorme Werte aufzubauen und zu erwirtschaften, aber trotzdem das Geld nicht aufbringen, das die Schaffung dieser Grundlagen kostet. Das ist der Fall, obwohl wir – es ist ja schick, das Steuersystem in Deutschland zu kritisieren – in Deutschland ein relativ gutes Steuersystem haben. Wir haben sicherlich ein zu kompliziertes Steuersystem. Das hat zum Teil damit zu tun, dass jede Lobby ihre Veränderungen hineinbringt. Es hat aber auch damit zu tun, dass es Rücksicht auf viele verschiedene Grundlagen für individuelle Leistungsfähigkeit nimmt. Wir haben im Übrigen auch im Vergleich zu anderen Ländern – von Ausnahmen abgesehen, über die wir ja auch immer wieder reden – eine hohe Zahlungsmoral, was Steuern angeht.

Wir haben gerade in den letzten Jahren – das ist auch noch wichtig – die Belastung der Menschen, der Unternehmen durch Steuern in diesem Land enorm gesenkt. Das ist ein Punkt, der jetzt dazu führt, dass man sich darüber streiten kann: Waren die Steuerausfälle, die im letzten Jahrzehnt in dieser Größenordnung beschlossen worden sind und die unseren Haushalt treffen, in dieser Größenordnung nötig oder nicht? Tatsache ist nur: Die Beschlüsse dafür hatten in einer Zeit, in der über Deutschland nicht so geredet worden ist wie jetzt, sondern in der wir von einer „deutschen Krankheit“ gesprochen haben, das Motiv, eine Bremse, die man erkannt zu haben glaubte, zu lösen. Man hat damals gesagt: Wir müssen die Steuern senken, damit die Wirtschaft motiviert ist, damit Wachstum entsteht, damit Steuern bezahlt werden, damit der Staat auch finanziert werden kann.

Ich gehe jetzt einmal über den Streit über die Ursache hinweg und stelle fest: Wir nehmen jetzt mehr Steuern ein. Wir haben eine Senkung der Abgabenbelastung; 2000 lag sie bei 40 %, jetzt liegt sie bei 37 %. Die Steuerbelastung lag 2000 bei 22,7 %, jetzt liegt sie bei 21 %. Jetzt nehmen wir mehr Steuern ein. Das ist jedoch nicht das übereinstimmende Glücksmoment, dass wir sagen: Jetzt können wir den Staat finanzieren. – Nein, das ist der Grund, um zu sagen: Genau das muss man nun zurückgeben, damit wir demnächst wieder Wachstum haben, damit es wieder mehr Steuern gibt. Nun kann man sich dieses Perpetuum mobile leicht weiter vorstellen. Wenn das funktioniert, wird der nächste Schritt sein, dass man Steuern zurückgibt und dafür darauf verzichtet, den Staat zu finanzieren.

Das bedeutet, dass immer in Momenten, in denen wir nah dran sind, auch einmal Löcher schließen zu können oder kleiner werden zu lassen, draußen der Eindruck erweckt wird, es gebe etwas zu verteilen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das Problem ist: Es gibt nichts zu verteilen. Es ist so, dass wir, wenn wir jetzt die Löcher wieder auf-

reißen, genau zu dem, was die Schuldenbremse will, nämlich in die Lage zu kommen, in guten Jahren vielleicht sogar einen Überschuss zu erwirtschaften, damit man die schlechten Jahre finanzieren kann, nie kommen werden.

Wenn das Defizit etwas kleiner wird und wir alle dann sagen, dass wir etwas zurückgeben und das Loch wieder aufreißer können, dann – das kann sich selbst „Klein Erna“ vorstellen; man muss dafür nicht an große Umfragen glauben und auch nicht die Wissenschaft bemühen – wird es nie zu einer ausgeglichenen Haushaltsführung kommen.

Es gibt nur zwei Gründe, Steuern zu senken:

Der eine ist, wenn man über die Überschüsse hinaus, die noch die eine oder andere Rücklage zulassen, etwas übrig hat. Das haben wir nicht, und zwar nicht nur nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern erst recht auch nicht unsere Kommunen und auch nicht der Bund und andere Länder.

Der zweite ist, dass wir im Augenblick auch nicht ein lähmendes Steuersystem haben, bei dem wir Bremsen lösen müssten, damit sich Wachstumsdynamik entfaltet.

Jetzt gilt ganz klar: Wer im Augenblick auf Steuern verzichtet, verzichtet auf Einnahmen, wird nicht mehr bewegen als das, was sich ohnehin schon bewegt, und wird die Finanzierung des Staates unmöglich machen.

Deswegen kann ich nur sagen: Das, was in Berlin geplant ist, was eine Rettungsaktion für einen Koalitionspartner ist, ist Gift; denn es schwächt die Möglichkeiten des Staates, Grundlagen zu schaffen für Bildung, für Infrastruktur, für soziale und innere Sicherheit. Wir schieben die Lasten auf morgen.

Es ist auch keine Entlastung. Den Bürgern wird vorgetauscht, dass sie entlastet werden. Wer in Zeiten von Haushaltlöchern etwas abgibt, der wird die Menschen an einer anderen Stelle zur Kasse bitten. Das sieht man schon. Sie planen die Erhöhung der Pflegeversicherung. Es müssen Schulden mindestens beibehalten wenn nicht sogar vergrößert werden, und die Zinsen und Zinseszinsen müssen die Steuerzahler anschließend genauso tragen. Das sind diejenigen, die zu entlasten Sie gerade vorgeben.

Sie haben – das ist heute auch schon angesprochen worden – bisher an keiner Stelle erwähnt, wie Sie die Sozialverkleidung, die Sie um Ihre Pläne herumgeschmiedet haben, gestalten wollen. Wollen Sie wirklich nur den Grundfreibetrag erhöhen, schneiden Sie also eine Scheibe an unserer Steuerkurve ab oder wollen Sie alles nach hinten verschieben? Dann ist es eine Entlastung auch wieder der größeren Einkommen in größerem Maß.

Wer Herrn Rösler einmal genau zugehört hat, der hat auch mitbekommen, dass das, was jetzt sozusagen als Kompromiss ausgehandelt worden ist,

gar nicht das ist, was er wollte. Vielmehr redet er jetzt vom Einstieg in eine Steuerentlastung. Denn diese Entlastung unter dem Sozialetikett trifft gar nicht diejenigen, für die die FDP eigentlich die Steuerentlastung haben will. Deshalb muss aus deren Sicht die nächste Stufe kommen, damit sie wieder behaupten kann, diese treffe dann den gebotenen Mittelbereich, der anschließend für die Wachstumsdynamik sorgen soll, was er jedoch deshalb nicht wird, weil er keine ungerecht hohe Steuerbelastung hat.

Die Erfüllung der Staatsaufgaben werden wir mit einer Finanzierung von Steuersenkungen auf Pump nicht hinbekommen. Sie sind das Gegenteil von verantwortungsvoller und vorsorgender Politik, sie sind eine Bankrotterklärung in Bezug auf die Schuldenbremse. Und jeder, der ökonomischen Verstand hat, jeder, der mittlerweile einmal die Seiten gewechselt hat wie der Präsident der Bundesbank, wird an der Stelle, an der er jetzt ist, von draußen betrachtet sagen: Das, was Sie da planen, ist Unsinn. Lassen Sie es sein!

Jeder, der sich in der Ökonomie auskennt, lehnt das ab. Wir als Landesregierung werden einen solchen Vorstoß auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht deren Vorsitzender Herr Laumann.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: So wichtig?)

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es heute in der Debatte darum, dass man die Frage über die Veränderung bei der Steuer bei dem einen oder anderen Redner – Herr Körges, auch Herr Finanzminister –

(Hans-Willi Körges [SPD]: Noch nicht! Aber wir arbeiten dran!)

wieder ein bisschen auf die Füße stellen muss.

Ich persönlich glaube, dass für die normalen Bürger in unserem Land die Steuerfrage eine der wichtigsten gerichtlichen Entscheidungen war, wodurch der Staat gezwungen ist, den Menschen das Existenzminimum steuerfrei zu lassen. Ich weiß noch, wie das Urteil vor zehn, zwölf Jahren in die politische Szene hineingehagelt hat.

Dass wir der Auffassung sind, dem Menschen den Teil des Verdienstes, den er unbedingt benötigt, um in unserer Gesellschaft leben zu können, erst einmal steuerfrei zu geben und ihn erst ab dieser Höhe Steuern zahlen zu lassen, kann kein vernünftiger Mensch infrage stellen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Richtig!)

Deswegen ist es nun einmal so, dass wir aufgrund von Preissteigerungen, von Inflationsraten, von Veränderungen, die wir haben, diesen Satz immer wieder so anpassen müssen, wie wir andere Freibeträge auch anpassen müssen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Der Bericht liegt noch nicht einmal vor!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass dort keiner – auch nicht die nordrhein-westfälische Landesregierung trotz aller Parteipolitik im Bundesrat – am Ende sagen wird: Da wollen wir einen Verfassungsbruch riskieren. Das kann ich mir nun wirklich nicht vorstellen.

Der zweite Punkt ist, dass wir uns als Land Nordrhein-Westfalen an dieser verfassungsmäßig gebotenen Erhöhung des Freibetrags in dem Bereich, wo die Staatsfinanzen verteilt werden, beteiligen müssen, nämlich mit rund 400 Millionen €, wenn es so kommt.

Wir werden es auch nicht durchhalten, dass man aufgrund der Erhöhung der Lebenshaltungskosten richtigerweise die Hartz-IV-Sätze erhöht, den Steuerfreibetrag jedoch nicht, um das Existenzminimum der steuerzahlenden Menschen zu ermöglichen. Das wird niemand von uns durchhalten. So sollten Sie gar nicht erst reden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich bin mir ziemlich sicher: Jetzt pusten Sie in Sachen Bundesrat die Backen mächtig auf. Aber am Ende will ich sehen, wie Sie im Bundesrat wirklich agieren, wenn die Zahlen auf dem Tisch liegen. Dann führt kein Weg daran vorbei. Die Bundesregierung hat doch keinen Blindflug gemacht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Doch! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Allerdings!)

Die Erhöhung der Inflationsrate und die Preissteigerungsraten werden in die Richtung weisen, die für 2013/2014 aufgezeigt worden ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Laumann, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körfges zulassen?

Karl-Josef Laumann (CDU): Nein, ich möchte erst einmal im Zusammenhang vortragen.

Das Land Nordrhein-Westfalen muss sich beteiligen: Von 2 Milliarden € hat die Landeskasse 20 % zu verkraften. Das werden also 400 Millionen € sein.

Darüber hinaus hat der Bund gesagt, er wolle für die unteren und mittleren Einkommen das, was man im Fachchinesisch „kalte Progression“ nennt, ein bisschen abfedern. Das kostet, aber dazu sagt der Bund:

Diesen Teil der Kosten übernehmen wir alleine, ohne die Landeskassen und die Kommunalkassen zu belasten. Aber die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die sie tragenden Parteien – obwohl unser Haushalt damit gar nichts zu tun hat – sagen: Dieses Geld sollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht haben. Wir sind dagegen.

Diese Meinung kann man vertreten. Aber dann möchte ich darüber reden, warum man die Idee von der Abfederung der kalten Progression aufgeworfen hat. Dazu muss man ein bisschen zurückdenken: Die arbeitenden Menschen in Deutschland haben schwere Jahre hinter sich – im Übrigen im Zusammenhang mit der Finanzkreise, insbesondere in den Jahren 2008/2009. Sie haben auf Einkommen in erheblichem Umfang verzichtet, damit wir durch diese Krise einigermaßen durchkommen. Jeder Arbeitnehmer, der in Kurzarbeit gegangen ist, hat dort mehr als ein Drittel seines Nettoeinkommens weniger gehabt als wenn er gearbeitet hätte.

Dass wir so gut aus der Krise herausgekommen sind, haben wir uns auch dadurch erarbeitet, dass die Unternehmen ihre Innovationskräfte freigesetzt und viel getan haben, um vorne zu liegen. Aber seien wir ehrlich: Auch eine erhebliche Lohnzurückhaltung der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Arbeitnehmer hat dafür gesorgt, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangt haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen sind doch alle Statistiken so. Oder bekommen Sie es in Ihren Wahlkreisen nicht mit, dass uns die ganz normalen Leute, die jeden Morgen aufstehen, ihre Arbeit verrichten und normal verdienen, sagen, dass sie heutzutage in erheblichem Maße nicht mehr die Spielräume in ihren Haushaltssachen haben, wie sie sie noch vor zehn Jahren hatten? Alle Statistiken, die ich aus diesen Bereichen kenne, besagen, dass die Leute etwa in den letzten zehn Jahren 10 % ihrer Kaufkraft verloren haben.

Jetzt haben wir eine wirtschaftliche Lage, die einigermaßen gut ist und dazu führen wird, dass die Tarifverhandlungen in diesem Jahr mit gewissen Lohnerhöhungen verbunden sein werden, stellen aber im Steuerrecht fest, dass die Leute, die 2.000 € oder 2.500 € verdienen, durch mehr Steuern und inflationsbereinigt von ihren Lohnerhöhungen am Ende nichts mehr haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das heißt: Unsere Gewerkschaften führen nur noch Lohnverhandlungen für die Finanzminister. Herr Walter-Borjans, bei aller Liebe, ich bin nicht seit 35 Jahren in der IG Metall, um für Ihre Kasse zu kämpfen.

Deswegen sage ich Ihnen: Damit die Menschen jetzt etwas von den Lohnerhöhungen in ihren Portemonnaies spüren, wird es in erheblichem Ma-

ße notwendig sein, dass in unserer Gesellschaft der Eindruck entsteht, dass von einer positiven Wirtschaftsentwicklung auch alle etwas haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Und obwohl Sie gar nicht zahlen müssen, sagen Sie: Nordrhein-Westfalen wird mit seinen Stimmen im Bundesrat verhindern, dass den Arbeitnehmer von den Lohnerhöhungen etwas bleibt. Es ist in Ordnung, wenn Sie das so machen. Aber wir werden miteinander darüber reden müssen. Wir werden auch mit den Menschen darüber reden, dass Sie das so und wir so sehen. Diese Debatte führe ich gerne.

Ich möchte noch etwas zu Ihrer zumindest „unterschiedlichen Argumentation“ sagen: Wenn Sie eine hohe Verschuldung des Landes in Kauf nehmen, um das zu finanzieren, was Ihnen im Wahlkampf vielleicht einige Punkte gebracht hat, weil Sie den Leuten gesagt haben „Wenn wir regieren, gibt es keine Studiengebühren mehr! Wenn wir regieren, werden keine Kindergartenbeiträge mehr für das dritte Jahr erhoben!\“, sollten Sie zumindest so ehrlich sein und sagen, wen Sie entlastet haben. Natürlich haben Sie Familien mit Kindern entlastet. Aber Sie haben eben die Familien mit Kindern am meisten entlastet, die die höchsten Einkommen haben, weil die Beitragsstaffelung so ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Darüber, ob derjenige, der in unserem Land diejenigen, die die höchsten Einkommen haben, bei den Studienbeiträgen und Kindergartenbeiträgen aus vermeintlich guten Gründen entlastet, wirklich das Recht hat, im Bundesrat gegen eine Erhöhung des Existenzminimums zu stimmen, sollten Sie sich wirklich noch einmal nachdenken. Ich halte eine solche Politik für unsäglich und ungerecht. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Laumann. – Am Rednerpult steht bereit für die SPD-Fraktion Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Laumann, Ihre linke Kampf rhetorik mag ja die Delegierten auf dem CDU-Bundesparteitag beeindrucken, dieses Parlament nicht.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh!)

Ganz offensichtlich fühlen Sie sich doch ertappt, Herr Kollege Laumann. Der Kollege Körffges hat Ihnen eben vollkommen zu Recht gelebte Schizophrenie vorgeworfen.

Einen Teil meiner Redezeit möchte ich darauf verwenden, Sie mit Ihren eigenen Äußerungen zu konfrontieren, Herr Kollege Laumann. Ihr Problem wird sein, dass Sie heute nicht einhalten können, was Sie gestern und vorgestern gesagt haben. Das klafft auseinander. Das ist gelebte Schizophrenie. Das lassen wir Ihnen natürlich nicht durchgehen.

(Beifall von der SPD)

Sie scheinen landauf, landab wirklich der Einzige zu sein, der diesen komischen FDP-geneigten Kuh handel in Berlin als Verbesserung des Existenzminimums verkaufen will. Daran glaubt doch nicht einmal Ihre eigene Bundesregierung.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

In einer gemeinsamen Mitteilung des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 20. Oktober dieses Jahres schreiben beide Minister unisono, dass ihre eigene schwarz-gelbe Regierung den Existenzminimum-Bericht erst im Herbst 2012 vorlegen wird. Wenn die das verbaseln und verschlafen, können Sie doch hier nicht so tun, als seien Sie der Vorkämpfer für die entrechtete Arbeitnehmerseite und das Existenzminimum. Das ist in hohem Maße unglaublich, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Nicht umsonst wird das, was da in Berlin passiert, von allen Medien landauf, landab unisono als eine Entlastung für die Gutverdiener gebrandmarkt. „Welt online“, bekanntlich keine Vorfeldorganisation der Sozialdemokraten, titelte am 7. November dieses Jahres – ich glaube, Kollege Körffges hat es schon zitiert –: „Steuersenkung entlastet Gutverdiener am stärksten“. Da wollen Sie uns hier das Gegenteil weismachen, Herr Kollege Laumann. Unglaublich von hier bis dort!

Das kann ich auch an einigen Zahlen noch einmal deutlich machen. Es ist eben von Ihnen und vom Kollegen Weisbrich auf die Nachfragebelebung hingewiesen worden. Wegen des Gegenwerts von zwei Tassen Kaffee im Monat ernsthaft von einer Belebung der Binnennachfrage auszugehen, ist geradezu lächerlich. Sie können doch wirklich nicht ernsthaft versuchen, uns das hier glauben zu machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Haushalts- und Finanzausschuss hat sich Ihre CDU-Fraktion sogar dazu versteigert, uns in folgender Richtung belehren zu wollen: Es komme ja gar nicht darauf an, ob das jetzt 54 € im Jahr oder ein paar Euro mehr seien; es komme doch auf die prozentuale Steigerung an.

Einen solchen Quatsch habe ich selten gehört. Ist es wirklich entscheidend, dass ich von wenig 30 % mehr habe? Es ist doch entscheidend, was die Leu-

te im Portemonnaie haben. Und da liefern Sie nichts, Herr Kollege Laumann. Was Sie vortragen, bleibt unglaublich. Da wiederhole ich mich. Das muss man hier aber in der Tat sagen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sie bleiben unglaublich, sonst nichts!)

Diese gelebte Schizophrenie hat Kollege Körges schon angesprochen. Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf, sich dazu zu äußern. Sie werden dazu diese Gelegenheit nutzen können oder andere mehr. Warum erklärt denn der Präsident des Bundesrechnungshofs, Dieter Engels: „Man sollte derzeit nicht von der Linie abweichen, mit höheren Einnahmen zuerst die Neuverschuldung zu senken“?

(Christian Weisbrich [CDU]: Lesen Sie das ganze Zitat vor!)

Das ist übrigens ganz Ihr Mantra, das Sie uns, fast in einer Autosuggestion, tagein, tagaus hier im Landtag immer wieder vorhalten wollen – um jetzt genau das Gegenteil zu verkünden, was die Berliner Politik angeht!

Herr Kollege Laumann, wie passt das zusammen? Noch einmal: Die Delegierten auf Ihrem Bundesparteitag mögen Sie damit überzeugen können, die Mehrheit des Landtags in Nordrhein-Westfalen und auch die Mehrheit draußen im Lande aber nicht. Alle Umfragen belegen das.

Deswegen fordere ich Sie noch einmal ultimativ auf, Herr Laumann: Was sagen Sie zu Ihrem eigenen Satz? Ich zitiere noch einmal aus der „Emsdettener Volkszeitung“. Damals war das mit „Exklusiv-Interview“ überschrieben. Dort findet sich ein nachdenklich-verklärter Blick von Herrn Laumann, unterlegt und garniert mit den Sätzen:

„Steuersenkungen bedeuten nicht nur für den Bund Mindereinnahmen, sondern auch für die Länder. Einen Puffer dafür kann ich in den Haushalten der Länder nicht erkennen. ... Steuersenkungen auf Pump sind unmoralisch.“

(Beifall von der SPD – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Wer wie Sie Steuersenkungen auf Pump unsolidarisch findet, darf diesen Kuhhandel in Berlin nicht mitmachen und hier nicht etwas anderes erzählen, als er dort macht. Das ist lächerlich und peinlich. Deswegen sollten Sie es in der Tat erklären. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Börschel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich

schon daran gewöhnt, dass hier im Parlament selten auf Argumente gehört wird. Deswegen werde ich es Herrn Laumann noch einmal ganz kurz erklären.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Sie haben hier vorgetragen, dass man den Grundfreibetrag erhöhen müsse, weil die Kosten gestiegen seien. Dann machen Sie doch nur das. Das kostet den Bund und die Länder zusammen 500 Millionen € und nicht 6 Milliarden €. Sie machen aber etwas anderes. Sie entlasten nämlich wieder die Besserverdienenden. Das hat der Finanzminister vorgerechnet. 5,5 Milliarden € von den 6 Milliarden € dienen dazu, den Progressionsverlauf zu verschieben und Herrn Weisbrich und mich stärker zu entlasten als die Hartz-IV-Empfänger und diejenigen, die Sie eben mit Ihrer Rhetorik zu entlasten versucht haben, Herr Laumann. Das ist die Wahrheit, die hier heute vorgelegt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Warum stellen Sie sich denn hin und erklären, wie Herr Börschel gesagt hat, dass Steuersenkungen auf Pump unmoralisch sind? Sie wollen doch gar nicht die Schuldenbremse erreichen. Sie wollen nur bei jedem Thema, das SPD und Grüne in diesem Landtag nach vorne bringen, Salz oder sonst etwas in die Suppe kippen, weil Sie meinen, davon zu profitieren, wenn Sie dem Land schaden, und denken, durch Mäkeln die Politik besser zu machen. – Das Gegenteil ist der Fall.

Eines müssen Sie sich schon fragen lassen, Herr Laumann: Wie wollen Sie aus 400 Millionen € Mindereinnahmen für das Land Nordrhein-Westfalen 550 Millionen € Mehrausgaben für den Stärkungspakt Stadtfinanzen finanzieren? Was ist das denn anderes als Schizophrenie, Herr Laumann?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Karl-Josef Laumann [CDU]: Wir nehmen 10 Milliarden € mehr ein!)

Der Finanzminister hat eben die Vermögenssituation dargestellt. Herr Laumann, warum tun Sie denn nicht etwas – unter anderem vielleicht mit der Einführung der Reichensteuer oder der Wiedereinführung einer Vermögensteuer im oberen Einkommensteuerarif? Warum sorgen Sie nicht dafür, dass umverteilt wird und diejenigen, die mehr schultern können, auch mehr einzahlen?

Das machen Sie alles nicht. Sie verschieben die Progression noch mehr in die eine Richtung, um wieder zu einer Umverteilung von unten nach oben zu kommen. Es ist doch schäbig, das mit der Anhebung des Grundfreibetrages in Zusammenhang zu bringen. Sie sind an dieser Stelle völlig inkonsistent.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Lassen Sie mich auch noch eines an die Adresse der Linken sagen, die davon gesprochen haben, die Schuldenbremse zu erreichen, sei die falsche Politik. – Erstens. Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz; sie ist da. Zweitens. Wir könnten – das tragt ihr doch auch vor – über eine vernünftige Steuerfinanzierung den Staat ausreichend finanzieren. Der Kollege Priggen hat das bei einer Pressekonferenz ausführlich vorgerechnet. Es hat auch in der Zeitung gestanden.

Solange aber Parteien wie CDU und FDP die Bundespolitik bestimmen, wird das nicht gelingen, weil sie immer wieder Besserverdienende entlasten und nicht bereit sind, den Menschen im Land vor Augen zu führen, was die öffentliche Infrastruktur kostet. Sie machen sich vom Acker und tun dann noch so, als seien Sie eine linke Vorfeldorganisation. – Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von Andrea Asch [GRÜNE])

Deswegen muss diese Landesregierung im Bundestrat gegen diese Steuersenkungen vorgehen; denn wir sind unserem Land verpflichtet.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wir sind der Verfassung verpflichtet!)

Sie haben uns vorgeheult, dass die Kommunen keine Kredite mehr bekämen. – Dagegen können wir ja etwas tun. Dann darf man den Kommunen aber nicht 150 Millionen € wegnehmen. Das machen wir nicht mit. Deswegen werden wir dagegen stimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nach dem Verlauf dieser Debatte zum Thema „Steuersenkungen“ noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich mir, um ehrlich zu sein, nicht habe vorstellen können, dass eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sich mit einem derartigen eiskalten Zynismus der steuerlichen Entlastung der Geringverdiener in unserem Land verweigern würde,

(Lachen von Sören Link [SPD])

wie wir das heute in der Debatte wieder erlebt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich will noch einmal aufzeigen, was Sie sich nicht vorstellen können:

(Michael Aggelidis [LINKE]: Nicht einmal 3 %, wenn Sie so weitermachen!)

Es gibt Menschen in unserem Land, die für wenige Tausend Euro zu versteuerndes Einkommen im Jahr jeden Tag einer geregelten Arbeit nachgehen.

(Zurufe von der SPD)

Das sind Menschen in unserer Mitte, die nicht zu Hause sitzen und nicht zu staatlichen Transferempfängern werden wollen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mindestlöhne!)

die mit ihrer Hände Arbeit zumindest einen Beitrag zu ihrem Lebensunterhalt leisten wollen. Und für diese Menschen, meine Damen und Herren, ist jeder Euro Steuerentlastung wichtig – wichtig für ihre eigenständige Lebensführung.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Der größte Pharisäer, der hier rumläuft!)

– Ja, Herr Sagel, wenn Menschen, die 10 000 € zu versteuerndes Einkommen verdienen, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Nein, jetzt nicht, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte.

Dr. Gerhard Papke (FDP): ... in Zukunft 20 % weniger Steuern zahlen müssen, dann ist das keine Kleinigkeit, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dann ist das nicht etwas, über das Sie sich hier so lächerlich machen sollten,

(Britta Altenkamp [SPD]: Nennen Sie doch mal die Summe!)

sondern das ist eine sehr ernst zu nehmende Entlastung und ein Signal an diejenigen, die Leistung erbringen wollen und die zeigen wollen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Alles Drückeberger!)

dass sich Leistung in unserem Land auch lohnt.

Wir als Politiker sollten würdigen, wenn Menschen sagen: Wir wollen arbeiten, auch für relativ geringe Einkommen, anstatt zu Hause zu sitzen und nur darauf zu setzen, vom Staat alimentiert zu werden. – Auch um diese Botschaft geht es bei der steuerlichen Entlastung der Geringverdiener, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Eine zweite Bemerkung. Herr Finanzminister, es ist bekannt: Sie sind in die lange Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen als der bisher größte Schuldenmacher eingegangen. Sie tragen hier vor,

eine steuerliche Entlastung auf Pump sei nicht vertretbar. Aber was tun Sie? Sie haben nur auf Pump die Studienbeiträge abgeschafft und das beitragsfreie Kindergartenjahr eingeführt; Sie haben beides komplett auf Pump finanziert!

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat das kritisiert?)

Und das führt dazu, meine Damen und Herren, dass in Zukunft die Arzthelferin über ihre Steuerlast die Ausbildung und das Studium des Chefarztes finanzieren wird. Das ist die soziale Realität Ihrer Politik.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist die soziale Realität Ihrer Politik.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Beim beitragsfreien Kindergartenjahr ist es ganz genauso. Die sozial Schwächeren waren und sind bisher beitragsfrei gestellt. Die Besserverdienenden profitieren von Ihrer Politik auf Pump, Herr Finanzminister. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP)

Mir fehlt jetzt die Zeit, um auf die kalte Progression einzugehen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was ist mit den Rezeiten?)

Auch dafür gilt, meine Damen und Herren, dass Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen bisher durch die kalte Progression unverantwortlich hoch vom Staat belastet werden.

(Karl Schultheis [SPD]: Bei den Studiengebühren!)

Wenn ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 30.000 € nach 1,8 % Tariferhöhung bisher 11 % mehr Steuern zahlen muss, dann ist das eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Es kann nicht sein, dass sich der Staat an geringen Tariferhöhungen auch noch bereichert,

(Beifall von der FDP)

während die Inflation in Wahrheit das Realeinkommen ohnehin schon reduziert.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Darüber sollten Sie bitte einmal nachdenken. Ich bin ganz bei Herrn Kollegen Laumann, wenn ich mir nicht vorstellen kann, dass die Sozialdemokratie, die in der Vergangenheit Politik für die schmalen Portemonnaies gemacht hat, allen Ernstes eine präzise, eine nennenswerte steuerliche Entlastung der Geringverdiener in Deutschland blockieren will. Wir sind sehr gespannt, ob Sie eine solche unsoziale Blockadepolitik wirklich durchhalten werden, meine Damen und Herren. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Als nächster Redner spricht für die Landesregierung ...

(Rüdiger Sagel [LINKE] meldet sich zu Wort.)

– Ach, Sie haben sich noch zu Wort gemeldet? Gut, Herr Sagel. Die Linke hat noch 43 Sekunden übrig. Bitte schön.

Rüdiger Sagel (LINKE): Danke, Herr Präsident! Ich kann es auch schnell machen. Die FDP als Anwalt der kleinen Leute – das ist wirklich der größte Tropenwitz, den es überhaupt gibt. Ausgerechnet Sie!

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Wirklich, Sie übertreffen noch den Baron Münchhausen mit dem, was Sie uns hier heute erzählen. Wirklich, das ist unglaublich.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die Wahrheit!)

Herr Laumann, es wird auch nicht besser, wenn Sie selber in die Bütt steigen, das Ganze zum Besten geben und versuchen, die Wiederbelebungsversuche der FDP zu verteidigen. Herr Laumann, es ist maximaler Unsinn, wenn Sie hier erzählen, die kleinen Leute würden davon profitieren. Die Hälfte dieser kleinen Leute profitiert überhaupt nicht davon, weil sie überhaupt keine Steuern zahlt,

(Lachen von der FDP)

die anderen mit nicht einmal 5 € im Monat. Was da den kleinen Leuten helfen soll, das ist wirklich eine Lachnummer. Gleichzeitig erhöhen Sie aber die Beiträge für die Pflegeversicherung und betreiben solcher Dinge mehr. Das ist doch die Realität, die wir erleben.

Sie machen hier weiter Politik für die Besserverdienenden. Das ist Ihre Lobby; darum geht es. Deswegen ist die FDP gerade hier auch so in die Bütt gestiegen.

(Zurufe von der FDP)

Ein Satz an SPD und Grüne: Auch Sie, vor allem die SPD in der Großen Koalition, haben diese Steuersenkungspolitik für die Unternehmen mitgemacht. Auch Sie haben die öffentlichen Haushalte entleert. Auch da ist ein Umdenken notwendig.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat sich nun der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, zu Wort gemeldet.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Laumann, es mag so sein, dass Sie es in diesen Zeiten, in denen CDU und FDP alle paar Tage etwas über Bord schmeißen, was in ihrem Koalitionsvertrag steht und was sie bei Wahlen versprochen haben, für ungewöhnlich halten, dass eine Landesregierung Wahlversprechen einhält.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir sind mit dem Wahlversprechen, die Studiengebühren abzuschaffen, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen und die Kommunen zu entlasten, angetreten. Wir sind dafür gewählt worden. Wir werden dieses Versprechen auch erfüllen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist in der Tat das, was wir den Bürgern zurückgeben, denn es ist Ihnen ja auch genommen worden.

Wir haben aber genauso versprochen: Wenn wir Steuermehrreinnahmen haben, dann gehen die in die Konsolidierung des Landshaushaltes. – Auch dieses Versprechen halten wir ein.

(Beifall von der SPD)

Herr Laumann, wenn Sie die Verfassung bemühen, finde ich das völlig richtig. Das Existenzminimum wird gemäß der Verfassung steuerfrei gestellt. In der Verfassung findet sich aber seit ein paar Jahren eben auch die Schuldenbremse. Man steht also zwischen zwei verfassungsmäßigen Aufträgen; beide müssen erfüllt werden.

Lassen Sie uns dann, wenn die notwendigen Berechnungen für das Existenzminimum vorliegen, auch darüber reden, wie man den Spaltensteuersatz anhebt, wie man eine Vermögensteuer einführt, wie man mit Erbschaftsteuern umgeht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dann kann man ein Paket schnüren, das beiden Seiten der Verfassung gerecht wird, das konsolidiert und die Lasten nicht in die Zukunft verschiebt.

Herr Papke, haben Sie 10.000 € monatlich oder 10.000 € zu versteuerndes Jahreseinkommen gemeint? Wenn Sie das Jahreseinkommen gemeint haben sollten, ist es für mich sehr ungewöhnlich, dass Sie sich mittlerweile um diese Klientel kümmern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Zumindest sieht man die ziemlich selten in Hotels übernachten, und Hotelbesitzer sind das schon gar nicht.

(Beifall von der SPD)

Herr Papke, Sie haben von 10.000 € zu versteuerndes Einkommen gesprochen. Sie wissen doch, dass

man mehr als das Doppelte verdienen muss, um 10.000 € zu versteuerndes Einkommen zu haben, weil die kleinen Einkommen von der Einkommensteuer gar nicht belastet sind.

Die 6 Milliarden € an Entlastungen, die Sie bringen, nennt Herr Rösler den Einstieg in mehr Steuergerichtigkeit. Das sagt er, weil er genau weiß, dass das, worauf er sich jetzt einigen musste, gar nicht das ist, was er will. Er musste es machen, weil Schäuble erklärt hat: Etwas anderes ist mit mir überhaupt nicht zu machen. Am Ende konnte jedenfalls auch Wolfgang Schäuble verkünden: Na gut, die kalte Progression wird abgebaut; das kann ich den Leuten draußen noch erklären, auch wenn es uns 6 Milliarden € kostet.

Uns kostet das nicht – wie die CDU behauptet – nichts, sondern 440 Millionen €. Die Gemeinden kostet es 150 Millionen €.

Wenn die Einkommen um 5 % erhöht werden, und wenn Sie dann die Steuerkurve entsprechend um 5 % nach rechts verschieben, kommen Sie auf Werte zwischen 150 und 400 € im Jahr, die dabei an Steuern gesenkt werden können. Die 400 € sind bei den höheren Einkommen zu erreichen, nicht bei den kleineren. Die 150 € gibt es dann bei den unteren Einkommen. Das betrifft aber nicht diejenigen, die 10.000 € verdienen, sondern bestenfalls die, die 10.000 € zu versteuerndes Einkommen haben.

Wenn man ein bisschen ehrlicher mit diesen Dingen umgeht, muss man sich doch fragen, was das soll. Das ist so, als wenn ein Kind vor der Kasse an der Quengelware steht und immer wieder ruft: Das will ich haben! Bei der FDP ist das die Steuersenkung – koste es, was es wolle, und mache es den Haushalt kaputt, wie es wolle!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das führt dazu, dass wir keine Konsolidierung schaffen.

Vernünftige Menschen müssen gegen Ihre Vorschläge sein, auch wenn Sie versuchen, das mit Lack zu überziehen, und behaupten, dass diejenigen gegen soziale Erleichterungen und gegen den Sozialstaat sind, die sich einem solchen Unsinnspaket widersetzen. – Das werden wir im Bundesrat machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Minister.

Wir kommen zur Abstimmung. CDU und FDP haben direkte Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/3264** beantragt. Wer stimmt dem Inhalt dieses Antrags zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und Linke. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist

nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/3323**. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist sichtbar nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

3 U3-Ausbau vorantreiben – Mehr Betreuungsangebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3262

In Verbindung mit:

Landesregierung muss U3-Ausbau vorantreiben!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3270

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3321

Ich eröffne die Beratung. – Für die FDP-Fraktion ertheile ich Herrn Kollegen Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahlen zum U3-Ausbau sind in der letzten Woche ganz schön eingeschlagen. Ich habe das Gefühl, dass der eine oder andere wirklich noch einmal wachgerüttelt wurde. Das ist gut, weil wir hier tatsächlich hellwach sein müssen. Im Übrigen betrifft das vor allem diejenigen, die hier seit eineinhalb Jahren regieren und nur langsam verstehen, dass Angriffe auf die Vorgängerregierung nicht von eigener Verantwortung ablenken können.

Wir in Nordrhein-Westfalen müssen jetzt enorme Anstrengungen unternehmen. Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen sind wirklich besorgniserregend. Im Jahr 2009 hatten wir eine Steigerung der Betreuungsquote von 11,6 auf 14 %. Im Jahr 2011 lag die Steigerung bei nur noch 1,9 Prozentpunkten auf dann 15,9 %. Damit ist die Ausbaudynamik nahezu zum Erliegen gekommen. Das Land hat bundesweit die niedrigste Betreuungsquo-

te und auch noch die schlechteste Ausbaudynamik. Das sind die Fakten.

Seit eineinhalb Jahren regiert Rot-Grün. Sie müssen sich sagen lassen: Sie sind nicht Opfer der Vorgängerregierung, sondern die Zahlen sind Ihre Zahlen. Das ganze Gezeter, an allem sei die Vorgängerregierung schuld, hilft da nicht weiter.

Wenn wir aber schon in die Vergangenheit blicken, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dann bitte auch richtig. Sie haben hier in Nordrhein-Westfalen den U3-Ausbau komplett verschlafen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Bis 2005 gab es nur 11.800 U3-Betreuungsplätze. Immerhin hatte es die schwarz-gelbe Landesregierung auf das fast Zehnfache dieser Zahl geschafft. Was ist Ihre Antwort auf die Probleme, die wir heute hier im Entschließungsantrag vorfinden?

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Zunächst dachte ich, dass ich mich verlesen hätte, als ich diesen Entschließungsantrag zu Gesicht bekam. Ich habe dann noch einmal nachgelesen und zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten. Darin steht wortwörtlich:

„Da von mehr Betreuungsplätzen und somit mehr Erwerbsbeteiligung Bund und Unternehmen finanziell besonders profitieren, müssen diese stärker in die Verantwortung für die Finanzierung des U3-Ausbaus einbezogen werden.“

Ich frage Sie von SPD und Grünen: Wer hat Ihnen das eigentlich in die Feder diktiert?

(Britta Altenkamp [SPD]: Oh, Herr Hafke, verstehen Sie das nicht, oder was?)

Das kann man relativ schnell ausmachen. Dass Ihnen die Linken eine Krippenabgabe für Unternehmen in die Feder diktieren, kann ja wohl nicht der Ernst von SPD und Grünen sein!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Lesen Sie Ihren eigenen Entschließungsantrag. Darin steht das schwarz auf weiß.

Eine Krippenabgabe wird von der FDP nicht mitgetragen. Ganz im Gegenteil: Unternehmen, die einen Betriebskindergarten gründen, gehören unterstützt, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist; das darf nicht verhindert werden. Diese Plätze sind für den U3-Ausbau dringend nötig. Das sollte eigentlich der Kurs in Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall von der FDP und von Margret Vosseler [CDU])

Meine Damen und Herren, ich frage Sie aber auch, woran es liegt, dass sich die Ausbaudynamik ver-

langsam hat, statt an Schwung zu gewinnen. Seit Ihrer Amtsübernahme haben Sie stets betont, dass der U3-Ausbau nun in den richtigen Händen sei, gesteuert werde und dass hierfür erhebliche Summen bereitgestellt würden.

Sie sagen uns, das seien die Zahlen von Mitte Oktober. Bislang seien landesweit 310 Millionen € für den U3-Ausbau zur Verfügung gestellt worden. – Leider schlagen sich diese gewaltigen Summen bislang nicht im Plattaufwuchs nieder. Wohin ist das Geld geflossen?

(Britta Altenkamp [SPD]: Ins KiBiz!)

Warum sehen wir hierbei keine Ergebnisse?

Meine Damen und Herren, wir erwarten hierzu Antworten von Ihnen und wollen nicht schon wieder das Gerede von Bauruinen hören. Offenbar gibt es Probleme der Kommunen bei der Umsetzung vor Ort. Uns ist zu Ohren gekommen, dass es Probleme bei der Umstellung vom Bundesförderprogramm auf Ihr Sonderprogramm gibt.

Zwar besteht die Möglichkeit, dass kein Eigenanteil mehr nötig ist, aber gleichzeitig haben Sie die Fördersätze gesenkt, obwohl diese bereits unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Das führt nun einmal zu Finanzierungsproblemen. Viele Kommunen fühlen sich hierbei von Ihnen im Stich gelassen.

Wir erkennen an, dass die Ministerin erkannt hat, dass noch einmal Gespräche und Verständigungen mit den Kommunen zu suchen sind. Ihr Krisengipfel kommt spät, aber immerhin: Er kommt. Das ist gut, weil wir alle uns beim Ziel einig sind.

Sicher ist auch: Durch gegenseitige Schuldzuweisungen wird der U3-Ausbau nicht vorangetrieben. Die Familien in diesem Land wollen zu Recht Ergebnisse sehen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Dann lassen Sie uns doch!)

Da sage ich, vor allem an die Adresse der Grünen in diesem Haus gerichtet: Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung gerecht.

(Lachen von Andrea Asch [GRÜNE])

Es kann nicht sein, Frau Asch, dass Sie sich im Ausschuss zu Wort melden und ausschließlich Schuldzuweisungen abgeben.

(Widerspruch von Andrea Asch [GRÜNE])

Alle anderen haben Schuld: Erst hat die böse Vorgängerregierung bei Ihnen Schuld. Dann hat die Bundesregierung Schuld. Nun haben auch noch die Kommunen Schuld. Aber Sie tragen hier die Verantwortung; Sie haben Schuld daran, Frau Asch.

(Widerspruch von Andrea Asch [GRÜNE])

Diesen Schuh müssen Sie sich anziehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Was Sie dort gesagt haben, war nicht in Ordnung.

Ob Sie im Bund, in anderen Bundesländern oder in Nordrhein-Westfalen mitregieren, ist Ihnen bislang immer egal gewesen. Sie entledigen sich Ihrer Verantwortung und probieren, sich hier einen schlanken Fuß zu machen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Asch?

Marcel Hafke (FDP): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett. – Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Hafke, weil Sie mich eben direkt angesprochen haben, frage ich Sie: Können Sie dem Hohen Hause erklären, um welche Zahlen der Bundesstatistik, die jetzt veröffentlicht wurden, es sich handelt? Geben Sie mir recht, dass das die Zahlen des Kindergartenjahres 2010/2011 sind? Geben Sie mir recht, dass diese Zahlen aufgrund der Beschlusslage der schwarz-gelben Landesregierung so aussehen, die nämlich in ihrem Haushalt für 2010 genau diese Zahlen festgelegt hat?

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Asch. – Ich habe genau mit dieser Frage gerechnet. Deswegen habe ich mich vorbereitet.

(Lachen von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Ich möchte nur ein Zitat anführen – mit Erlaubnis des Präsidenten – aus dem Antrag der SPD-Fraktion von November 2009 in diesem Hohen Haus. Darin ging es auch um die Zahlengrundlagen – ich zitiere –:

„Der hilflose Erklärungsversuch des zuständigen Fachministeriums,“

– unter Herrn Minister Laschet –

„dies liege an unterschiedlichen Zählweisen, kann in keiner Weise überzeugen.“

Liebe Frau Asch, SPD und Grüne haben das 2009 genauso gesehen. Sie können uns nicht einfach das vorwerfen, was Sie damals uns vorgeworfen haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Widerspruch von Andrea Asch [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Folgendes kann nicht sein: Frau Asch, Sie regieren seit anderthalb Jahren

in Nordrhein-Westfalen.- Ich sage das jetzt noch einmal ganz ruhig. – Dann nehmen Sie bitte endlich Ihre Verantwortung an. Eine Ausbaudynamik von 1,9 % ist echt daneben.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Thema verfehlt! Unterschiedliche Zählweisen sind eine völlig andere Baustelle!)

Die Eltern wollen, dass es beim U3-Ausbau vorwärtsgeht. Sie wollen keine warmen Worte mehr hören. Es müssen endlich Taten folgen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Meine Güte!)

Dafür sind Sie nun in der Verantwortung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Gebhard?

Marcel Hafke (FDP): Gerne. Dann beantworte ich die auch noch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett. – Bitte schön, Frau Gebhard.

Heike Gebhard (SPD): Herzlichen Dank, Herr Hafke. – Können Sie mir und den Anwesenden erklären, warum wohl so viele Bürgermeister, Jugendamtsleiter etc. nach Veröffentlichung der Bundesstatistik überall erklärt haben, dass sie zurzeit in der Realität viel höhere Zahlen hätten? Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Marcel Hafke (FDP): Liebe Frau Gebhard, ich habe das schon im Ausschuss gesagt: Wenn Sie der Meinung sind, die Zählweise sei falsch – Sie hatten vor Kurzem ein KiBiz-Änderungsgesetz eingebracht –: Meine Güte, dann ändern Sie die Zählweise!

Fakt ist, dass die Ausbaudynamik zum Erliegen gekommen ist und dass wir viel zu wenige U3-Plätze haben. Ihre Argumente hören wir nun seit anderthalb Jahren:

(Heike Gebhard [SPD]: Reden wir über Fakten?)

Es hatten die Bauruinen Schuld, dass es nicht vorwärts ging. Dann ging es in anderen Punkten nicht vorwärts. Jetzt ist es auf einmal die Bürokratie. Dann sind es die Zählweisen.

(Heike Gebhard [SPD]: Sie können es nicht erklären!)

– Meine Güte, es fehlen Plätze in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Sie können es den Kommunen nicht erklären!)

Die Betreuungsquote bei unter Dreijährigen beträgt noch nicht einmal 16 %. Wir müssen in anderthalb Jahren in Nordrhein-Westfalen 32 % erreichen. Eigentlich brauchen wir einen noch stärkeren Ausbau.

Dann können Sie sich nicht hierhin stellen und sich auf die Zählweise zurückziehen. Sie müssen anfangen zu handeln. Deshalb haben wir gesagt: Wir unterstützen, dass Frau Ministerin einen Krisengipfel einberuft. Das ist der erste vernünftige Schritt. Er kommt zu spät, aber er kommt.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Kein Krisengipfel, sondern ein Krippengipfel!)

Daher: Fangen Sie an, ein vernünftiges Konzept zu erarbeiten!

(Heike Gebhard [SPD]: Das Geld, das in die Hand genommen wurde, war der erste Schritt! – Weitere Zurufe)

Ziehen Sie sich nicht auf Wahlkampfrhetorik mit Zählweisen zurück. Das ist keine Verantwortungsübernahme von SPD und Grünen, die die Menschen erwarten. Sie müssen endlich handeln und Verantwortung übernehmen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist kein Krisengipfel, das ist ein Krippengipfel!)

Meine Damen und Herren, ich komme zu meiner Rede zurück. NRW hat eine enorme Aufholjagd vor sich; ich habe das gerade angesprochen. Wir müssen nicht nur einen Ausbau auf 32 % in Nordrhein-Westfalen schaffen, sondern in vielen Ballungsgebieten müssen wir noch über 32 % hinausgehen. Deswegen, weil die Ansprüche im Land sehr unterschiedlich sind, ist eine Forderung von uns, auch hierfür ein bedarfsgerechtes Konzept zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mir, weil wir das öfter diskutiert haben, noch einmal den Hinweis erlauben, dass es aus Sicht der FDP wesentlich sinnvoller wäre, Mittel statt in ein Betreuungsgeld in Angebote für die frühkindliche Bildung von Kindern zu investieren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Darüber sind wir uns auch völlig einig.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD und von der LINKEN: Aha!)

Das hätte mit Sicherheit auch Nordrhein-Westfalen gutgetan. Nichtsdestotrotz haben wir immer gesagt, dass das Land Nordrhein-Westfalen hier in der ersten Verantwortung steht.

Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt alle Anstrengungen unternehmen, um den ab Sommer 2013 garantierten Rechtsanspruch mit Leben zu füllen

len. Wir als FDP sind dazu bereit. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, den U3-Ausbau mit einem vernünftigen, bedarfsgerechten, unbürokratischen und transparenten Konzept entscheidend voranzutreiben und die Bedarfszahlen anzupassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hafke. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Frau Doppmeier.

Ursula Doppmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Landauf, landab hält die Betreuung der unter Dreijährigen die Kommunen in Atem. Das vorhandene Angebot und die Zielmarke, die wir bis 2013 erreichen müssen, klaffen leider immer noch weit auseinander. Um von der derzeitigen Betreuungsquote hier in Nordrhein-Westfalen von 15,9 % auf die angestrebten 32 % zu kommen, muss sicherlich noch viel passieren. Ich denke, Sie geben mir recht: Viel Zeit bleibt dabei nicht. Zwei Jahre sind ein wirklich enges Zeitfenster.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich halte es eingangs für unumgänglich, auch Ihnen mal einen Spiegel vorzuhalten. Ähnlich wie heute sprachen wir schon im Januar 2007 hier im Plenum über den U3-Ausbau. Damals sagten Sie, Frau Asch, mir zu Beginn Ihres Redebeitrags – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –:

„Aber, Frau Doppmeier, es hilft überhaupt nicht, wenn Sie zum wiederholten Male die Verantwortung auf die Vorgängerregierung schieben. Sie sind jetzt dran! Sie müssen jetzt endlich einmal Ihre Verantwortung übernehmen und sich nicht nach mehr als anderthalb Jahren immer noch hinter der Vorgängerregierung verstecken.“

(Beifall von der CDU)

Das haben Sie im Januar 2007 wörtlich zu mir gesagt.

Herr Jörg, Sie legten noch mal zu und sagten:

„Wir wollen Taten sehen. Unser Land braucht die Plätze dringend. Erklären Sie uns hier und heute, wie Sie die nötigen Plätze schaffen wollen.“

So Ihre Worte im Jahr 2007!

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal, wie Sie das machen!)

Was ist denn nun? Gelten heute plötzlich andere Maßstäbe für Sie? Wie können Sie mir sonst erklären

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

– genau! –, dass Sie das, was Sie 2007 von der damals noch schwarz-gelben Landesregierung

ausdrücklich verlangten, heute selber nicht erfüllen können oder nicht erfüllen wollen?

Im Grunde genommen liegt die Antwort auf der Hand: Tragen andere die Verantwortung, nehmen Sie den Mund immer voll und verlangen die tollsten Dinge. Aber sobald Sie in die Pflicht genommen werden, backen Sie kleine Brötchen.

(Beifall von der CDU)

Das ist entlarvend. Mal ehrlich: Was ist mit Ihrer Glaubwürdigkeit? Genau wie Sie 2007 sagten, liegt der U3-Ausbau in der Pflicht der amtierenden Landesregierung. Und das sind – noch! – Sie.

Kommen wir zum Thema zurück: U3-Ausbau. Ich halte nichts davon, unterschiedliche Zählweisen von Statistiken zu besprechen. Worauf kommt es denn an? Die Eltern brauchen einen Betreuungsplatz, sie brauchen Verlässlichkeit. Hierfür sollten wir alle großes Verständnis haben.

Angesichts der unbefriedigenden Situation beim U3-Ausbau muss doch wirklich alles Erdenkliche dafür getan werden, dass junge Eltern nicht mehr in die Röhre schauen, sondern ihre individuelle Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich vollziehen können. Rechtfertigungen und Vorwürfe wie „alte Landesregierung – neue Landesregierung“ haben wir hier häufig genug ausgetauscht. Dieses Schwarze-Peter-Spiel ist man im Endeffekt leid.

Es geht jetzt darum, dass wir den Menschen im Lande sagen, wie es weitergeht, wie wir den Eltern helfen. Da brauchen wir Lösungen, und zwar schnell. Der Ausbau muss jetzt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln energisch vorangetrieben werden. 44.000 U3-Plätze wachsen doch nicht innerhalb von zwei Jahren einfach aus dem Boden.

Erschwerend kommt hinzu, dass wir schon heute wissen, dass das anvisierte Ziel von 32 % noch nicht mal reichen wird. Die Nachfrage wird noch höher sein, wie uns alle Befragungen deutlich machen.

Fakt ist, dass es neben der U3-Ausbauoffensive plötzlich noch einen anderen Druck gibt, nämlich den weiteren Ausbau der Plätze für über Dreijährige. Dies betrifft zum einen die Städte, die immer noch steigende Kinderzahlen haben. Zum anderen hängt das damit zusammen, dass Sie die geplante frühere Einschulung gestoppt haben. Kinder verbleiben länger auf Kitaplätzen, weil sie nicht frühzeitig in die Schule kommen. Somit können diese Plätze nicht an die jüngeren Kinder vergeben werden.

Unter diesem Gesichtspunkt droht die große Gefahr, dass Eltern, die ihren Rechtsanspruch 2013 nicht einlösen können, klagen werden. Das wäre für uns alle fatal und bedeutet, dass wir die Ausbaudynamik deutlich vorantreiben müssen. Dafür überdenken Sie bitte Ihre Prioritäten.

Ich kann beim besten Willen nicht nachvollziehen, dass Sie angesichts dieser Ausgangslage auch nur

ansatzweise über die Befreiung von Gebühren für weitere Kindergartenjahre nachdenken. Es kann doch nicht Ihr politischer Wille sein, dass Sie den Ausbau hintanstellen und weitere Beitragsfreiheit nach vorne stellen. Es muss doch wichtiger sein, dass alle Eltern zuerst mal einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen, bevor die Eltern, die einen Platz für ihre Kinder erhalten, diesen auch noch beitragsfrei zur Verfügung gestellt bekommen.

Lassen Sie mich ein einfaches Beispiel geben. Es ist so, als ob Sie Gäste zum Mittagessen einladen wollen, aber nicht viel Geld haben und deshalb überlegen, wie Sie es machen können: Entweder alle bekommen etwas, oder ein Teil der Gäste bekommt gar nichts – das ist wie bei den Eltern, die ich außen vor lasse – und der andere Teil der Gäste bekommen Vorspeise und Nachtisch. Das geht nicht! Ich appelliere dringend an Sie, die Prioritäten anders zu setzen: also zügiger U3-Ausbau gegenüber Beitragsfreiheit.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Doppmeier, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Frau Asch möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ursula Doppmeier (CDU): Ich möchte gerne im Zusammenhang vortragen.

(Zuruf von der SPD: Sie hat sich genauso gut vorbereitet wie Herr Hafke!)

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Punkt kommen. Sie haben keine genaue Übersicht, wie der U3-Ausbau in den Kommunen stattfindet. Inzwischen haben wir die Absicht der Bundesfamilienministerin gehört, die eine Ausbaukontrolle haben möchte. Ich denke, das ist ganz wichtig. Seien Sie doch mal initiativ und fragen Daten bei den Landesjugendämtern ab. Diese sollen eine aktuelle Abfrage bei allen Kommunen darüber starten, wie der U3-Ausbau konkret aussieht, welche Zahlen vorliegen, wie viele Plätze es gibt und wie viele geplant sind. Dann hört es auch auf, ewig diese Statistiken gegeneinander aufzubauen, weil Sie eine regelmäßige Ist- und Sollkontrolle haben. Das würde uns wohl viel mehr helfen, als immer wieder Wolkenkuckucksheime aufzubauen.

Zum Abschluss: Wir brauchen Ausbaudynamik und bitte keine weiteren Rechenbeispiele. Unsere jungen Eltern warten auf diese Plätze für ihre Kids. Tun Sie jetzt endlich das Ihrige dazu!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Doppmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Doppmeier, wir können uns vielleicht darauf verständigen: 2007 hatten Sie mit Ihren Zahlen recht; heute haben wir recht. Das wäre die Wahrheit, denn in der Tat gehören die Zahlen, die jetzt veröffentlicht worden sind, zu Ihrer Bilanz.

Ich will das noch mal deutlich machen. 2005 sind Sie hier angetreten und haben gesagt: Wir werden das familienfreundlichste Land in ganz Deutschland. Wir werden im U3-Ausbau wahnsinnig Gas geben. – Sie haben fünf Jahre Zeit gehabt. Die Bilanz ist: Wir sind Schlusslicht in der Ausbaudynamik und bei den tatsächlichen Zahlen. Das ist Ihre Bilanz – Ende Gelände. Das ist Ihre Bilanz. Das können wir voll bei Ihnen buchen. Da gibt es auch gar nichts zu diskutieren, lieber Herr Hovenjürgen.

(Beifall von Andrea Asch [GRÜNE])

Aber nicht nur die Bilanz ist niederschmetternd. Seit 2010 – es geht ja noch weiter mit der CDU – wird jeder Antrag, der zu einem Zugewinn im Elementarbereich führt, von Ihnen explizit abgelehnt. Heute verlangen Sie hier mehr U3-Ausbau, obwohl sie das in den Haushaltsplanberatungen abgelehnt haben.

Wir haben seit 2010 schon 150 Millionen € in die Hand genommen, um den Ausbau zu beschleunigen. Wir werden jetzt noch mal 250 Millionen € in die Hand nehmen, um den Ausbau zu beschleunigen. Sie haben in fünf Jahren keinen einzigen Cent eigenes Geld in diesen Bereich investiert. Das ist Ihre Bilanz!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei einer solchen Bilanz kann man hier doch nicht, wenn man einigermaßen alle beisammen hat, solch eine Kritik äußern. Das ist unvorstellbar. Das ist – ich will nicht sagen „verhaltensauffällig“; denn dann müsste man einige Kollegen auf die Couch schicken, das will ich aber gar nicht – auf jeden Fall verhaltensoriginell. Nebenan im Varieté wäre das eine schöne Nummer zum Lachen gewesen; aber hier im Parlament fehlt mir da wirklich etwas die Ernsthaftigkeit.

Wir haben gar keine ideologische Auseinandersetzung, um das auch noch mal zu sagen. Die ideologische Auseinandersetzung gab es, weil die Christdemokraten Jahrzehnte gegen die U3-Betreuung waren. Aber das haben Sie ja abgeräumt. Mittlerweile sind Sie ja nach allen Seiten offen, obwohl ich immer sage: Dann kann man auch nicht ganz dicht sein. – Aber Sie sind in diesem Punkt offen. An dem Punkt gehe ich dann gerne auf Sie zu. Wenn Sie sagen: „Lassen Sie uns das gemeinsam machen!“, dann können wir das gemeinsam tun – auch die einzelnen Schritte.

Der FDP-Entschließungsantrag ist inhaltlich nicht schlecht, Herr Hafke. Ich finde ihn wirklich gut. Wenn man in der Begründung auf die übliche Be-

schimpfung der Regierung verzichtet hätte, hätte man den sogar zusammenstellen können. Ich reiche der FDP, aber auch der CDU da die Hand. Setzen wir uns gemeinsam an einen Tisch, und lassen Sie uns überlegen, welche Schritte nötig sind, damit in der Tat mehr Plätze in den Kommunen geschaffen werden.

Ich gehe noch darüber hinaus – ich habe das hier im Parlament schon mal gesagt –: Das, was als Schulkonsens möglich war, das muss doch auch im Elementarbereich möglich werden, nämlich dass wir über den parteipolitischen Schatten springen und gemeinsam ein neues Kindergartengesetz entwerfen, das der Realität in den Kommunen standhält. Das KiBiz tut das leider nicht. Da haben wir leider zu große Probleme, die Sie, wenn Sie in den Einrichtungen unterwegs sind, auch kennen.

Also noch mal: Ich plädiere für einen Konsens – ähnlich wie im Schulbereich – im Elementarbereich. Ich bin Ministerin Schäfer ausgesprochen dankbar dafür, dass sie diese Konferenz, diesen dritten Gipfel, jetzt einberufen hat. Ich fände es schön, wenn wir das als Initialzündung nehmen könnten, um in der Frage zu mehr Gemeinsamkeiten zu kommen. Ich lade Sie herzlich dazu ein, mit uns die Gespräche zu führen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Jörg. – Als Nächste spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines muss man CDU und FDP natürlich schon sagen: Wenn Sie sowohl in Ihren Presseerklärungen und zum Teil auch in Ihren Anträgen mit dem Finger auf diese rot-grüne Landesregierung zeigen, dann müssen Sie sich auch gefallen lassen, dass wir hier ein paar Fakten präsentieren, die auf Ihre Regierungsverantwortung bis 2010 verweisen. Das ist wohl nur normal.

Zu diesen Fakten gehört erstens, dass diese Bundesstatistik, die jetzt veröffentlicht wurde, die Zahlen der Kinder wiedergibt, die im Kindergartenjahr 2010/2011 aufgenommen wurden. Das sind Ihre Kinder; das ist die Regierungsverantwortung von Schwarz-Gelb.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das sind die Fakten. Darüber können Sie nicht hinwegreden, auch dann nicht, wenn Herr Tenhumberg, der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, offenbar vollkommen falsche Vorstellungen hat, die er uns im Ausschuss präsentiert hat, wie Jugendhilfeplanung vor Ort stattfindet. Die findet nämlich im März eines jeden Jahres statt, und die

Kinder werden dann im Herbst aufgenommen. Auch das muss noch mal gesagt werden.

Zweiter Fakt: Sie haben in Ihrer Regierungsverantwortung noch kurz nach der Landtagswahl, als Sie noch die Regierung gebildet haben, einen Förderstopp erlassen. Das heißt, alle Träger, die in Neubaumaßnahmen für U3-Plätze waren, mussten die stoppen, weil Sie denen das Geld entzogen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dritter Fakt: Schwarz-Gelb hat keinen Cent – der Kollege hat es bereits gesagt – an eigenen Landesmitteln in den U3-Bereich gesteckt, sondern nur die Bundesmittel nach dem Gießkannenprinzip quer übers Land verteilt, sodass wir jetzt unterschiedliche Ausbaustände haben, die nun von Ihnen moniert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist pharisäerhaft. In dem Punkt wollen Sie Ihre Verantwortung nicht sehen.

Wir müssen gar nicht in die Vergangenheit schauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir können sehen, wie zum Beispiel die CDU-Fraktion in dieser Legislatur ihre Verantwortung nicht wahrnimmt. In Ihrem einzigen Antrag zum Haushalt 2011 fordern Sie, die Gelder, die wir, Rot-Grün, eingestellt haben, nämlich 400 Millionen € bis 2013, zu streichen. Wo ist denn Ihre Verantwortung für den U3-Ausbau?

(Beifall von der SPD)

Einfach nur zu schreien „Haltet den Dieb!“ zieht nicht. Bitte nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, geben Sie den Kommunen die notwendigen Mittel, und beantragen Sie nicht, wie geschehen, dass diese Mittel aus dem Haushaltsplan gestrichen werden. – Das sind die Fakten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir müssen uns klarmachen, dass wir im Moment alle Anstrengungen auf uns nehmen müssen, um diesen schwierigen Prozess, bis zum Jahr 2013 den Rechtsanspruch sicherzustellen, zu Ende zu bringen.

Eines muss auch klar sein – das haben wir ganz deutlich in unserem Antrag formuliert, den Rot-Grün gemeinsam mit der Fraktion der Linken hier gestellt hat –: Nordrhein-Westfalen bekennt sich dazu, diesen Rechtsanspruch in den Kommunen bis 2013 sicherzustellen. Ich kann vor der Tendenz, die es aus den Kommunen heraus gibt, nur warnen. Der Deutsche StädteTag hat schon ins Gespräch gebracht, ein Moratorium einzuführen und die Umsetzung des Rechtsanspruchs um fünf Jahre zu strecken. Gemeinden unterschiedlicher Bundesländer haben ähnliche Vorstöße gemacht.

Es wäre ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder Europas und der Welt, wenn wir es nicht

schafften, die Erfüllung des Rechtsanspruchs von mindestens 35 % in den sechs Jahren von 2007 bis 2013 sicherzustellen. Das wäre ein Armutszeugnis. Wir müssen alle gemeinsam verhindern, dass es dazu kommt. Wir müssen alle gemeinsam – da bin ich dann ganz bei Ihnen –, Kommunen, Länder, vor allen Dingen aber auch die Bundesregierung, daran arbeiten, dass die Kommunen die Erfüllung dieses Rechtsanspruchs bis 2013 sicherstellen können. Das muss das gemeinsame Ziel sein. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Rot-Grün hat seine Hausaufgaben gemacht. Bis 2013 stellen wir 400 Millionen € zur Verfügung. Noch mal: Schwarz-Gelb hat dafür keinen Cent in die Hand genommen. Wir haben gesagt: Wir als Fraktionen unterstützen die Landesregierung, jetzt einen Krippengipfel einzuberufen. Herr Hafke, vielleicht war es eine Freud'sche Fehlleistung: Das ist kein Krisengipfel. Die FDP bräuchte im Moment angesichts ihrer Umfrageergebnisse vielleicht einen Krisengipfel. Hier geht es um einen nordrhein-westfälischen Krippengipfel, wo wir konstruktiv und gemeinsam mit den Trägern, mit den Kommunen und allen anderen, die dazugehören, besprechen wollen, wie wir in Nordrhein-Westfalen weiterkommen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Darin unterstützen wir die Landesregierung. Das wollen wir gemeinsam auf den Weg bringen.

Eines ist aber auch klar: Wir haben einen höheren Bedarf. Frau Doppmeier, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das eben erwähnt haben. Wir müssen auch die Bedarfe anpassen. Die im Krippengipfel 2007 vereinbarten 35 % sind nicht mehr auskömmlich. Ich muss Sie allerdings auf einen Widerspruch hinweisen, den Sie mit Ihrer Bundesministerin haben. Die hat nämlich gesagt, wir bräuchten nicht mehr Plätze als die 750.000, sondern wir könnten das alles über die demografische Entwicklung ausgleichen. Das ist nicht richtig. Insoweit kann man nur an Sie appellieren, mit uns mitzustimmen und den Bund entsprechend aufzufordern.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Wir müssen mehr Druck auf den Kessel in der Frage des U3-Ausbaus machen. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen gemacht. Wir segeln mit Volldampf voraus. Aber wir brauchen – das ist auch klar – den Rückenwind aus Berlin, wir brauchen auch den Rückenwind vom Bund, sonst können wir das gemeinsam mit den Kommunen nicht schultern. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Asch. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Dr. Butterwegge.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Frau Präsidentin! Verehrte noch Anwesende! Ich will noch mal ganz von vorne anfangen. Worum geht es, meine Damen und Herren? Es geht zuallererst um soziale Gerechtigkeit und um Chancengerechtigkeit – um nicht mehr und nicht weniger. Es geht um die Chancen eines Kindes, um die Chancen vieler Kinder, in frühen Jahren frühe Förderung unter Gleichaltrigen und mit ausgebildeten Erzieherinnen zu erhalten, und um die Chance einer Frau, um die Chancen vieler Frauen, trotz Geburt eines Kindes erwerbstätig sein zu können. Ihnen allen Chancen auf einen Kitaplatz, auf eine Erwerbsteilhabe zu verschaffen, dazu bedarf es einer Kraftanstrengung.

Der Alltag vieler junger Familien ist schon jetzt geprägt von langen Wartelisten auf einen U3-Kitaplatz – mit geringer Aussicht auf Erfolg, bevor das Kind drei Jahre alt ist. Mütter können nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sein, weil sie gar keinen oder nur einen Teilzeit-Kitaplatz haben. Familien entwerfen Bewerbungsmappen für zahlreiche Einrichtungen in der Hoffnung, einen Platz zu ergattern, oder bringen ihr Kind täglich ans andere Ende der Stadt, weil es nur dort überhaupt einen Kitaplatz gibt. Konfessionszugehörigkeit oder auch nicht kann dabei in der hiesigen Kitalandschaft von Vor- oder Nachteil sein. Die Probleme für junge Familien sind teils massiv, die Folgen für das Zusammenleben und für das Einkommen der Familien gravierend.

Diejenigen Mütter, die jahrelang aus dem Job gehen oder nur noch geringfügig erwerbstätig sind, verdienen statistisch gesehen später dauerhaft weniger. Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse vom erwerbstätigen Ehepartner, Armut bei Trennung und Scheidung, eine schlechtere Absicherung im Alter und weibliche Altersarmut sind vorprogrammiert.

Deshalb – und nicht nur wegen des Rechtsanspruchs ab 2013 – ist jetzt eine Kraftanstrengung erforderlich, die noch viel größer sein muss als die Anstrengungen, die in der Vergangenheit unternommen worden sind, um dieses Ziel, den Rechtsanspruch auf eine Kindertagesbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr erfüllen zu können, tatsächlich noch zu erreichen. Diese Anstrengung – das ist mir wichtig – muss von allen Beteiligten getragen werden, das heißt von Bund, Land und Kommunen sowie Trägern und Elternvertretern und, wie ich meine, auch von den Fraktionen in diesem Hause.

Deshalb begrüße ich erstens, dass sich eine interfraktionelle Initiative in Form eines Entschließungsantrages von Rot-Rosa-Grün für die Sache, nämlich den U3-Ausbau in NRW entscheidend voranzutreiben, ergeben hat. Das Land bekennt sich darin unmissverständlich zum Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Und das ist wichtig.

Zweitens begrüße ich, dass der Ausbau der U3-Plätze auf einer NRW-Krippenkonferenz unter Teilhabe aller Beteiligten diskutiert werden soll, um ihn umzusetzen.

Noch mal an alle Fraktionen: Hier helfen einseitige Schuldzuweisungen, wer wann was beim Ausbau versäumt oder falsch gemacht hat, überhaupt nicht weiter. Deshalb möchte ich jetzt noch mal auf die drei zentralen Herausforderungen zurückkommen, die sich beim U3-Ausbau auftun:

Erstens. Das Tagesbetreuungsangebot für Kinder muss massiv und schneller als bisher ausgeweitet werden. Durch eine Betreuungsquote von 32 % wird der Bedarf nicht gedeckt. Dafür ist eine dezidierte Ausbauplanung notwendig, die an der Nachfrage orientiert ist.

(Beifall von der LINKEN)

Zweitens. Masse darf nicht auf Kosten der Klasse gehen. Sprich: Es müssen genügend gute Kitas her, in denen gute Arbeit geleistet wird.

Drittens. Das ist nur durch großes Engagement der Beteiligten möglich und kostet viel Geld, also große Summen der öffentlichen Hand. Diese Kraftanstrengung muss von allen Beteiligten geleistet werden, wie es im Antragstext heißt, sprich: von Bund, Ländern und Kommunen.

Darum geht es – um nicht mehr und nicht weniger. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Dr. Butterwegge. – Es spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer für die Landesregierung.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Ich bin erst mal froh darüber, dass alle sagen: Wir dürfen uns nicht mehr gegenseitig die Schuld zuweisen, nicht der Bund den Ländern, nicht die Länder den Kommunen, nicht die CDU der SPD, nicht die SPD der CDU, wie auch immer, sondern wir wollen nach vorne gucken; denn es geht darum, dass wir jungen Familien helfen, einen Betreuungsplatz für ihre Kinder zu bekommen, weil das ein zentraler Punkt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. – Darin sind wir uns einig.

Ich will aber auch noch mal einen Blick in die Geschichte und auf die Entwicklung des U3-Ausbaus werfen, um noch mal deutlich zu machen, was in Deutschland passiert ist, seitdem man erkannt hat, dass das eine ganz zentrale Herausforderung ist, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam bewältigen müssen. Das war in der Vergangenheit ja nicht immer selbstverständlich. Deswegen hat es auch eine bestimmte Dynamik gegeben.

Der Bund hat im Jahr 2004 das Tagesausbaubetreuungsgesetz beschlossen. In diesem Tagesausbaubetreuungsgesetz aus dem Jahr 2004 war vorgesehen, dass die Kommunen in Nordrhein-West-

falen und in ganz Deutschland bis zum Jahr 2010 für 17 % der Kinder unter drei Jahre einen Betreuungsplatz schaffen sollten. 17 % bis zum Jahr 2010!

Der Bund hat den Städten und Gemeinden im Gegenzug Gelder dafür zur Verfügung gestellt, aber nicht so wie jetzt, durch einen eigenen Topf, sondern er hat gesagt: Ich entlaste euch, liebe Städte und Gemeinden, bei den Sozialkosten, zum Beispiel bei den Kosten der Unterkunft, und mit den Mitteln, die ihr durch diese Entlastung einspart, baut und finanziert ihr diese zusätzlichen Plätze.

Man hat dann schnell gemerkt, dass mit dieser Dynamik nicht das erreicht wurde, was man erwartet hatte; denn wir haben jetzt das Jahr 2011 und reden nach der Bundesstatistik über 15,9 %. Offensichtlich hat man das auf der Wegstrecke nach 2004 gemerkt.

Vielleicht sollte ich auch das noch sagen: 2004 war das Land überhaupt nicht mit im Boot – weder bei der Durchleitung von Geldern noch sonst irgendwie. Das lag einzig in kommunaler Verantwortung. Es ist wichtig, dass man das noch mal betont.

Der Ausbau klappte also nicht dynamisch. Dann hat man 2007 auf dem Krippengipfel, der heute schon häufiger zitiert worden ist, verabredet: Wir müssen einen neuen Anlauf machen und committen uns bzw. vereinbaren – diesmal Bund, Länder und Kommunen, also drei Partner –, bis zum Jahr 2013 den Anteil der Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Nordrhein-Westfalen auf 32 % und in Deutschland insgesamt auf 35 % zu erhöhen. – Dieses Mal hat der Bund das Geld dafür den Ländern zugeteilt, die es über die Landesjugendämter an die Jugendämter weiterleiten. Für Nordrhein-Westfalen sind das exakt – das können wir diesmal beziffern – 482 Millionen €.

Die Länder haben damals versprochen, dass sie ein Drittel beisteuern wollen. Auch die Kommunen müssen ein Drittel dazu beitragen, um dieses Ziel zu erreichen.

Jetzt will ich nicht wieder in die tiefe Tasche mit Vorwürfen greifen und fragen: Und was hat die schwarz-gelbe Vorgängerregierung getan?

Ich sage jetzt einfach mal: Wir haben bei der Regierungsübernahme im Jahr 2010 eine geringe Ausbaudynamik vorgefunden – sie war klar und abbildungbar –, und wir haben in einem ersten Schritt das Versprechen eingelöst, das 2007 auch Nordrhein-Westfalen beim Krippengipfel gegeben hat – damals unter der Regierung von Schwarz-Gelb –, indem wir gesagt haben: Wir machen ein Ausbauprogramm bis 2013, das 400 Millionen € umfasst.

Ich denke, diese 482 Millionen € des Bundes, die 400 Millionen € des Landes und die Mittel der Kommunen sind der richtige Weg, den wir in Nordrhein-Westfalen gehen müssen, um hier Plätze zu schaffen. Sie müssen aber doch auch zur Kenntnis

nehmen, dass die erste Tranche im Dezember 2010 an die Jugendämter gegangen ist – das haben Sie beklagt; wir haben sie trotzdem ausgeschüttet – und man das nicht schon bis zum 15. März 2011 in einer Kinder- und Jugendhilfestatistik wiederfinden kann. Das will ich an dieser Stelle, mit Verlaub, einfach mal feststellen.

Es wird jetzt gebaut, die Kommunen strengen sich richtig an, und wir tun alles, um sie zu unterstützen. Das ist aber kein leichter Weg. Deswegen müssen wir gemeinsam den Schulterschluss suchen.

Darum freue ich mich auch über die positive Unterstützung der von mir angekündigten Krippenkonferenz, die wir noch vor Weihnachten durchführen wollen, um zu fragen: Was braucht ihr neben den finanziellen Zuwendungen, die wir euch zur Verfügung gestellt haben, noch an Unterstützung? – Ich weiß, dass es an der einen oder anderen Stelle manchmal durchaus auch verwaltungsrechtlich schwierig ist. Das hat auch mit dem Haushaltsrecht und der Jährlichkeit des Haushalts zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, dass es in den Kommunen durchaus eine große Unsicherheit darüber gibt, wie verlässlich das Land als Partner ist; denn wenn man einmal, mit Verlaub, eine schlechte Erfahrung gemacht hat, weil es im Land einen faktischen Baustop gegeben hat, dann ist es schwierig, Vertrauen wieder aufzubauen.

In Rheinland-Pfalz, einem weiteren westlichen Bundesland, ist das besser gelungen. Dort wurde eine bessere Ausbauquote erreicht. Bei einem Blick auf die Entwicklung in Rheinland-Pfalz kann man feststellen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung den Kommunen schon seit 2005, obwohl sie das damals noch gar nicht musste, zusätzliches Geld für den U3-Ausbau gegeben hat. Damals waren die Kommunen ja noch alleine verantwortlich. Das hat bei den Kommunen eine große Sicherheit ausgelöst, nach dem Motto: Wir haben eine verlässliche Landesregierung als Partner, wir führen unser Ausbauprogramm durch und setzen es dynamisch fort. – Dieses Vertrauen müssen wir erst einmal wieder herstellen, entwickeln. Und darum sind gemeinsame Gespräche wie im Rahmen einer Krippenkonferenz der nächste richtige Schritt, den wir auch machen wollen. Es bleibt aber insgesamt eine schwierige Herausforderung für alle.

Ich will an dieser Stelle aber auch noch einmal deutlich machen, dass ich es nicht mehr nachvollziehen kann, dass auf Bundesebene – da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Hafke – über das Betreuungsgeld nachgedacht wird. Das ist für mich familienpolitisch eine Rolle rückwärts.

(Beifall von der SPD)

Die 2,2 Milliarden €, die das Deutschland kostet, würden wir lieber für Plätze von unter Dreijährigen zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich hoffe, dass wir im Rahmen der Krippenkonferenz einen weiteren Schritt gehen können, um deutlich zu machen, dass das Land ein verlässlicher Partner ist. Wir erfahren vielleicht noch das eine oder andere detailgetreuer, wo wir noch besser verwaltungsrechtlich, haushaltsrechtlich unterstützen können, obwohl uns bestimmte rechtliche Grenzen durch Verausgabungszeiträume von Geldern – das ist die Jährlichkeit des Haushaltes –, die man hat, gesetzt sind. Über all dieses müssen wir reden, und zwar nur mit dem einen Ziel: um jungen Familien die Sicherheit zu geben, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig kein Fremdwort ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Ministerin. – Für die Fraktion der CDU spricht Herr Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht nur wir sagen das, wie unterstellt wird, sondern auch die Presse und die Öffentlichkeit bekommen das mit: In Nordrhein-Westfalen fehlen 44.000 Plätze. Nordrhein-Westfalen ist Schlusslicht. Bedarf unterschätzt. Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist besonders dramatisch. In den Kindergärten wird es eng. Klagewelle um Kitaplätze. Es mangelt an Kinderbetreuung. Und jetzt auch noch Kirchenstreit mit Land um Kita.

Meine Damen und Herren, überall im Lande Stress, Unsicherheit, Unverlässlichkeit. Eltern sind verunsichert. Das ist nicht zum Vorteil von Kindern. Die Träger wissen nicht mehr, was sie machen sollen. Und auch die Handwerker stehen vor einem Rätsel, weil sie aufgrund der Förderrichtlinien Fristen bekommen, die absolut nicht einzuhalten sind.

Im Schnellschussverfahren wurde nun heute Morgen ein Entschließungsantrag von SPD und Grünen vorgelegt, dem sich erstaunlicherweise die Linken, die bisher sehr kritisch damit umgegangen sind, angeschlossen haben. Ich frage mich natürlich: Entschließungsantrag zu was? Ich dachte immer, in einem Entschließungsantrag bezieht man sich auf etwas und zeigt man eine Alternative auf. Aber das ist formell. Lassen wir das.

Ich finde, in diesem Antrag ist viel zu viel Unsachlichkeit, Unehrllichkeit und Unfachlichkeit zu erkennen. Die dort niedergelegten Daten sind teilweise wirklichkeitsfremd. Im Grunde genommen soll dieser Entschließungsantrag die chaotischen Verhältnisse bei dieser Landesregierung in den letzten einhalb Jahren verdecken, die wir, FDP und CDU, in unseren Anträgen dokumentiert haben.

(Zurufe von der SPD)

Ich hatte nicht gedacht, dass heute schon wieder die Dauerschallplatte aufgelegt wird. Ich könnte die

Rede von Frau Asch mittlerweile selber halten – so oft schon habe ich immer wieder das Gleiche gehört.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Frau Asch, ich weiß, bei Ihnen sind immer die anderen schuld. Frau Doppmeier hat doch gerade zitiert – Sie wollten nicht zuhören –, was Sie noch 2008 gesagt haben. Wie ernst muss ich Sie eigentlich nehmen, wenn Sie heute so etwas erzählen? Sie haben sich um 180 Grad gedreht. Wenn Sie in dieser Frage ernst genommen werden wollen, dann sollten Sie einmal Ihre Position selbstkritisch überdenken.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Frau Asch, Sie sind in dieser Frage unbelehrbar. Sie verdrehen die Vereinbarung. Sie nehmen die Bund-Länder-Vereinbarung nicht zur Kenntnis, wenn Sie immer wieder behaupten, in den ersten Jahren sei kein Landesgeld investiert worden. Wie lautete denn die Bund-Länder-Vereinbarung? Selbstverständlich würde uns der Finanzminister empfehlen, zunächst die bereitgestellten Bundesmittel in Anspruch zu nehmen. Warum soll denn das Land Nordrhein-Westfalen Zinsen bezahlen, wenn zinslos das Geld beim Bund liegt? Erklären Sie mir das einmal.

(Andrea Asch [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Eine Zwischenfrage lasse ich nicht zu, Frau Asch.

(Lachen von Andrea Asch [GRÜNE] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Dann könnte ja das Weltbild erschüttert werden!)

Wolfgang Jörg, mein lieber Kollege, wir gehen ja immer pfleglich miteinander um. Aber ich bitte, endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass wir den Landshaushalt nicht aus den Gründen, die man uns unterstellt, abgelehnt haben, sondern uns geht es um zwei wesentliche Sachen: Erstens geht es darum, dass man die Zuwendungen, die man den Kindern heute zuteilwerden lässt, indem man Beitragsfreiheit einführt, nicht durch Kredite finanziert, sodass in 20 Jahren genau die gleichen Kinder das mit Zins und Zinseszins zurückzahlen müssen. Das ist unredlich und nicht generationengerecht!

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Für uns, Herr Wolfgang Jörg – da unterscheiden wir uns elementar –, steht an vorderster Stelle Qualität. Qualität vor Beitragsfreiheit – das ist unser Markenzeichen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Und das wollen Sie ohne Geld schaffen?)

Sie wollen keine kleinen Gruppen. Sie haben kleinere Gruppen verhindert. Sie haben eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen verhindert. Da hätten Sie das Geld hineinstecken sollen. Dann hätten wir bessere Ergebnisse.

(Zuruf von der SPD: Wie konnte es dann bloß zum KiBiz kommen?)

Aber das wollten Sie nicht. Sie haben politisch etwas versprochen und gehen mit dem Kopf durch die Wand. Es ist unfassbar!

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Tenhumberg, verzeihen Sie die Unterbrechung. Wollen Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Butterwegge zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Nein, lasse ich nicht zu.

Meine Damen und Herren, warum gibt es diese katastrophale Entwicklung? Da muss man doch einmal kritisch hingucken. Monatelang hat keine vernünftige Kommunikation stattgefunden. Wo sind denn nachhaltige Entscheidungen getroffen worden? Ich nenne nur das Stichwort „Konnexitätsprinzip“. Es ist doch nichts entschieden worden. Und dann verlangen Sie von den Kommunen und den Trägern, zu investieren. Sie haben sich doch noch nicht einmal damit befasst, dass bei der U3-Betreuung vorrangig 45 Stunden in Anspruch genommen werden. Die Kommunen sagen: Die Landesregierung hat uns gesagt, so und so viel Prozent U3-Betreuung im 45-Stunden-Bereich. – Das hat sich aber verdoppelt.

Es gibt wesentlich mehr Anmeldungen als erwartet für den 45-Stunden-Bereich. Dass das zu Folgekosten führt, ist doch völlig klar. Damit wollen Sie die Kommunen alleine lassen. Das ist unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, dass die Kirchen verängert sind, ist doch kein Wunder. Sie agieren von oben herab und wissen immer alles besser. So gehen Sie ja im Parlament auch mit der Opposition um. Das machen Sie genauso mit den Trägern und Kommunen. Von oben herab diktieren Sie, dass Sie alles besser wissen. Vor dem Hintergrund habe ich Verständnis dafür, dass die Kommunen und Träger so reagieren.

Die Verantwortung auf Landesjugendämter einfach abzuschieben, ist ebenfalls daneben.

Im Übrigen spreche ich noch das Zahlengewirr im IT-Bereich an. Auf das Statistische Landesamt haben Sie doch einen Einfluss. Und jetzt zweifeln Sie Ihre eigenen Zahlen an. Einmal nehmen Sie sie von August, dann nehmen Sie sie von März. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen. Liebe Leute, so geht das nicht.

Meine Damen und Herren, wie gehen Sie eigentlich mit dieser Frage um? Wie empfindlich Sie sind, können doch Ihre eigenen Bürgermeister im Lande schon erzählen. Wenn hier in diesem Parlament gesagt werden darf, man werde diese roten Bürgermeister politisch isolieren: Wie tief muss man gesunken sein, wenn man seinen eigenen Leuten mit so einer Drohung begegnet?

(Beifall von der CDU)

Ich darf auch noch einmal daran erinnern. Wer hat denn die Verunsicherung im Land eigentlich herbeigeführt? Ich erinnere nur stichwortartig an das Schulrechtsänderungsgesetz – nicht durchdacht –, Geschwisterkindregelung, Kann-Kinder, Übertragung der Fördermittel ins Folgejahr, die kurzen Baufristen. Dass dann Verunsicherung entsteht, wenn man keine vernünftigen Antworten hat und wenn man keine Kommunikation hat, ist ja klar.

Jetzt berufen Sie bei diesen Voraussetzungen einen Krippengipfel ein. Das haben wir im Übrigen seit Monaten gefordert. Bei dem ehrgeizigen Ziel – 01.08.2013 – ist es doch selbstverständlich, dass die Betroffenen, die Beteiligten im Ausbauprogramm mitgenommen werden. Das ist viel zu spät. Jetzt fällt einem ein, man müsse doch auch die anderen mitnehmen. Man hätte das viel, viel früher tun müssen. Das hatten wir, FDP und CDU, vor der Sommerpause, am Anfang des Jahres schon gefordert, und wir haben es mehrfach wiederholt. Erst jetzt kommt man endlich zur richtigen Lösung. Ob wir dann das Ziel erreichen werden, steht ja noch in den Sternen.

Wie falsch Sie in Ihrer Einschätzung liegen, geht noch aus einer Antwort vom 06.10.2011 hervor. Da wird doch tatsächlich behauptet – ich zitiere –: Mit den zur Verfügung stehenden zusätzlichen Mitteln wären die Planungsziele erreichbar. – Meine Damen und Herren, kennen Sie Ihre Bund-Länder-Vereinbarung gar nicht mehr? Im Haushalt fehlen immer noch knapp 80 Millionen. Sie haben bisher unterschiedliche Mittel, die vereinbart worden sind, im Haushalt eingestellt. Im Übrigen: Frau Butterwegge von den Linken hat das immer gesagt. Dass Sie sich jetzt dem Antrag anschließen, wundert mich schon.

Dann das zweite Zitat: Dass der Rechtsanspruch für die ein- und zweijährigen Kinder erfüllt werden kann, wenn rund 144.000 U3-Plätze geschaffen sind. – Meine Damen und Herren, wissen Sie gar nicht die tatsächlichen Bedarfe? Kennen Sie die Realitäten nicht? Der Bedarf wird damit nicht erfüllt. Sie zünden hier nur Nebelkerzen. Das ist teilweise unfassbar!

Zum Abschluss will ich Ihnen eine letzte praktische Sache mit auf den Weg geben: Sie müssen den Kommunen auch einmal erklären, wie die Zusatzkosten bezahlt werden sollen. Sie wissen doch ganz genau, das zum Beispiel bei einem Zwölf-Plätze-Ausbau ein Ausbau 299.000 € kostet. Ich habe einen speziellen Fall im Auge. Das Land gibt nur 204.000, der Träger gibt 15 %; das sind 36.000. Wer zahlt die fehlenden 59.000? Der Träger ist arm, der kann es nicht. Die Kommunen dürfen es teilweise nicht und können es auch nicht. Haben Sie einmal bedacht, wie Sie das Problem lösen wollen? Oder wollen Sie den Städten und den Kindern sagen: „Dort, wo arme Kinder sind, dort, wo arme

Städte sind, bekommst du auch keinen Kita-Platz“? Wie wollen Sie das lösen?

(Zuruf: Ja!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Tenhumberg, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ich weiß, Frau Präsidentin, meine Redezeit ist leider zu Ende. Deswegen empfehle ich Ihnen, meine Damen und Herren: Stimmen Sie den Anträgen von FDP und CDU zu, dann sind Sie auf der richtigen Seite. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Allgemeine Heiterkeit – Ralf Witzel [FDP]: Wo er recht hat, hat er recht.)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Tenhumberg. – Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bernhard Tenhumberg, ich kann das so gut nachvollziehen, was Sie hier heute gemacht haben, weil ich mich sehr gut erinnern kann, dass einer meiner Lieblingsmomente für KiBiz-Debatten der Oktober war. Denn das war ungefähr der Zeitpunkt, zu dem die Bundesstatistik herauskam. Ich kannte das Ergebnis, und Sie konnten das Ergebnis auch immer voraussehen.

Ich erinnere mich an eine sehr interessante Debatte, weil alle immer behauptet hatten, NRW sei wahnsinnig vorangekommen. Im Jahr 2009 musste der Kollege Laschet, damals noch Minister, dann bekennen: NRW war Schlusslicht, NRW ist Schlusslicht, und NRW wird auch vermutlich Schlusslicht bleiben. Das war dann einer meiner nettesten Momente. Und deswegen habe ich mich immer auf den Oktober gefreut, weil ich wusste, dass die Debatte diesen Verlauf nehmen wird.

Deshalb habe ich, als ich Ihre Anträge gesehen habe, zum Antrag der FDP gesagt: Mensch, wenn du in der Situation wärst, du hättest den Antrag auch geschrieben haben können.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Unsere waren besser!)

– Unsere Anträge waren natürlich wesentlich fundierter, inhaltlich auch noch viel ausgereifter, gar keine Frage – aber geschenkt.

(Heiterkeit)

Vom Inhalt her und vor dem Hintergrund kann ich das aber durchaus nachvollziehen.

Also: NRW ist Schlusslicht, und das ist der Anlass für Ihre Antragstellung gewesen. Das kann auch

niemanden verwundern, wenn er die Systematik und die Geschichte kennt, die diese Statistik hat. Jetzt will ich nicht darüber sprechen, dass wir über unterschiedliche Stichtage reden. Dabei hat sich Herr Laschet schon einmal verheddert. Am Ende interessiert das auch keinen. Punkt ist, was auf dem Papier steht, nämlich: In keinem anderen Bundesland in Westdeutschland sind so wenig Plätze für unter Dreijährige am 01.03.2011 in den Kindergärten vorhanden gewesen wie in Nordrhein-Westfalen.

Aber Frau Schäfer hat daraus die richtigen Konsequenzen gezogen. Denn das muss ich doch auch sagen: So, wie Sie immer gefordert haben, dass sich alle einmal zusammensetzen, haben wir das doch auch gefordert. Was ist denn die Folge gewesen? Es ist doch nichts passiert. In Ihrer Regierungszeit hat es doch seit Implementierung und Inkrafttreten des KiBiz keine großen Trägerkonferenzen mehr gegeben. Warum? – Weil sich mit Ihnen doch keiner mehr zusammensetzen wollte, nachdem Sie dieses KiBiz verursacht haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber egal! Frau Schäfer hat jetzt alle Beteiligten eingeladen. Ich finde es genau so, wie Frau Butterwegge gesagt hat, ausgesprochen richtig, dass eben auch die Fraktionen des Landtags an dieser Krippenkonferenz teilnehmen. Wir werden da einiges erleben. Diese Schuldzuweisungen, die wir hier gegenseitig betreiben, sind für diejenigen, die da an den Konferenztisch kommen, gar nicht erheblich.

(Beifall von der LINKEN)

Erheblich ist vielmehr für die Kommunen wie für Eltern, aber auch für Träger, dass eine Perspektive aufgezeigt wird, wie der Rechtsanspruch 2013 fortlaufende Jahre dann auch tatsächlich beantwortet werden kann.

Jetzt frage ich ohne Schuldzuweisung: Wie konnte es eigentlich so weit kommen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen uns seit drei Jahren konstant um dieselbe Problematik drehen und überhaupt nicht vorankommen? Das ist den Eltern auch nicht erklärbar.

Ich will Ihnen das beantworten: Das TAG 2004, das Tagesbetreuungsausbaugesetz, ging damals von einer Versorgungsquote von 17 % aus, wovon 20 % im Zwei- bis Dreijährigen-Bereich und deutlich darunter im Null- bis Einjährigen-Bereich war.

Überlegen Sie einmal: Die Zielmarke 17 % hätten wir auch nicht erreicht, wenn wir gar nichts gemacht und gar nicht diskutiert hätten. Vor dem Hintergrund muss man sagen: Die Nachricht, dass 32 oder 35 % oder eben auch 17 % nicht ausreichend sind, bewegen wir hier seit vier Jahren gegenseitig, weil wir wissen, dass es in den Kommunen, insbesondere im Ballungsraum, einen viel, viel höheren Bedarf gibt, und auch alle gemeinsam wissen, dass sich in

der Zwischenzeit das Verhältnis zur Kita-Betreuung möglichst den ganzen Tag und das Erleben der Eltern ganz anders darstellt als noch vor fünf, sechs Jahren. Das ist doch der Grund, warum insbesondere die CDU-Frauen im Augenblick gegen das Betreuungsgeld Sturm laufen: weil doch auch in der CDU inzwischen klar ist, dass Kita-Betreuung immer besser ist als alles andere.

(Widerspruch von der CDU)

– Ja, doch. Die Kinder profitieren davon jedenfalls deutlich mehr, und es ist so, dass es der beste Einstieg ins Bildungssystem ist. Daran gibt es in der Zwischenzeit ja selbst in der CDU auch keine großen Zweifel mehr.

Der Punkt ist: Diese Einsparungen, die für den U3-Ausbau 2004 – Kosten der Unterkunft – genutzt werden sollen, hat es nicht gegeben. Ich sage mal ganz einfach, wie wir im Ruhrgebiet das nennen: „Ohne Arme keine Kekse, ohne Geld kein Likörchen“. An der Stelle ist das ganz schnell erklärt: Ohne Geld, ohne Einsparungen kein Ausbau! – Vor dem Hintergrund kam der Krippengipfel 2007, weil ja schon 2006 deutlich war, dass das TAG kein geeignetes Mittel ist, den Ausbau in irgendeiner Form voranzubringen und irgendwie Bedarfe zu beantworten.

Dann kam der Krippengipfel 2007 zu dem Ergebnis: 4 Milliarden € Bundesmittel stehen insgesamt zur Verfügung, davon 481 Millionen € in Nordrhein-Westfalen, Zielmarke 32 %. Das wurde hier von niemandem infrage gestellt, aber wir haben immer gesagt: Vermutlich wird sich schon 2013 die Situation so darstellen, dass es deutlich mehr als 32 % der Eltern sein werden – in einigen Bereichen auf jeden Fall –, die einen Platz haben wollen, und deshalb müssen wir insbesondere in Ballungsräumen zusehen, wie der Ausbau gelingen kann.

Dann haben Sie mit dem KiBiz diese Strategie ziemlich konterkariert. In NRW wurden diese Mittel damals ja noch nicht einmal an die Kommunen durchgeleitet, sondern sie wurden ins KiBiz gesteckt. Es hat im Prinzip in Nordrhein-Westfalen nie ein eigenes Engagement des Landes bis 2010 gegeben.

Jetzt muss das Land, um überhaupt noch in irgend einer Form annäherungsweise in die Bedarfsdeckung zu kommen, selber Geld in die Hand nehmen. Die 32 % sind nur unter erheblichen Anstrengungen seitens des Landes Nordrhein-Westfalen überhaupt zu erreichen, wobei wir wissen, dass die nicht ausreichen werden. Daran hat Frau Schäfer auch nie einen Zweifel gelassen.

Dann kann ich Ihnen zwei Dinge nicht ersparen. Das eine ist, dass Frau Schröder sich jetzt hinstellt und sagt: Eigentlich muss die Zielmarke 35 % sein. – Sie sagt aber nicht, wie die 35 % erreicht werden können, denn auch die Bundesfamilienministerin müsste ja wissen, dass das nur geht, wenn sie zusätzliches

Geld zur Verfügung stellt. Deshalb unsere Forderung nach einem zweiten Krippengipfel!

Der zweite Punkt ist das Betreuungsgeld von 2 Milliarden €. Stellen Sie sich einmal vor, diese 2 Milliarden € würden der Infrastruktur zur Verfügung stehen. Das würde für Nordrhein-Westfalen bedeuten, dass wir rund 200 Millionen € mehr in die Infrastruktur stecken können. Das wäre eine wirkliche Hilfe.

Ich will noch etwas zu Herrn Hafke sagen: Krippeabgabe für Unternehmer. – Nirgendwo in unserem Antrag ist das gemeint. Aber Sie als Steuersenkungspartei können doch nicht umhin zu sagen, dass eine höhere Erwerbsquote bei den Familien, vor allen Dingen bei den Frauen, dazu führen wird, dass es ein höheres Steueraufkommen gibt. Genau davon profitiert der Bund am meisten. Dieser Zusammenhang ist gemeint. Ich hoffe, Herr Hafke, dass Sie das jetzt verstanden haben.

Frau Doppmeier, zu Ihnen möchte ich auch noch zwei Anmerkungen machen. Nach Ihrer Denke droht, dass der U3-Ausbau zulasten des bestehenden Rechtsanspruches stattfindet. Frau Doppmeier, wissen Sie, was ein wirksames Mittel dagegen ist? – Der Einstieg in die Beitragsbefreiung. Das ist dagegen ein wirksames Mittel, weil es sich nämlich für die Kommunen überhaupt nicht mehr rechnet, Mittel für den U3-Ausbau umzuleiten und die Plätze umzuwandeln. Das lohnt sich nicht mehr. Wenn Sie mit der Beitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr anfangen, ist das ein wirksames Mittel dagegen. Sie werden das erleben.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Frau Altenkamp, ich muss Sie einen Moment unterbrechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurzeit herrscht ein großes Gemurmel in diesem Saal.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, nicht bezogen auf den Vortrag von Frau Altenkamp, sondern insgesamt sind hier sehr viele Menschen in Gesprächen. Ich möchte Sie bitten, diese Gespräche nach draußen zu verlegen, damit die Kollegin nicht pausenlos gegen eine solche Geräuschwand anreden muss.

Entschuldigung, Frau Altenkamp, Ihre Redezeit.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Dann hatten Sie gesagt, Frau Doppmeier, dass die CDU die Ausbaukontrolle – diesen Aspekt, den Frau Schröder seitens der Bundesebene noch genannt hat – mit unterstützt. Das kann ich nun gar nicht mehr nachvollziehen. Soll das heißen, dass Sie auch der Auffassung sind, dass das, was Sie mit dem KiBiz gemacht haben, nämlich die Kommunalisierung der Verantwortung auch für den U3-Ausbau, als Fehler eingestehen und sagen, das

Land müsse das jetzt stärker steuern, und deshalb die Ausbaukontrolle fordern? Habe ich Sie da richtig verstanden?

(Zuruf von Ursula Doppmeier [CDU])

Das können wir ja demnächst im Ausschuss weiter diskutieren.

Ein letzter Punkt! Bernhard Tenhumberg hat gesagt: Für die CDU ist und bleibt die Qualität das Wichtigste bei der gesamten Frage der Kinderbetreuung. – Bernhard Tenhumberg, ganz im Ernst: Wenn das wirklich die Antriebsfeder der CDU hier im Hause wäre, dann hätte ihr das KiBiz niemals auf den Weg bringen dürfen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn es gibt keinen Nachweis über einen größeren Qualitätsabbau als seit dem Moment, seitdem das KiBiz in Kraft ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Frau Altenkamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den Einlassungen des familienpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion fällt mir nur wieder der kluge Spruch ein: Je geringer das Wissen, desto fester die Überzeugung.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das trifft auf Sie wieder einmal zu. Sie haben hier nichts als Phrasen und Vorwürfe in den Raum gestellt, die Sie nicht belegen könnten. Eines tun Sie aber nicht: Sie übernehmen keine Verantwortung. Das ist das, was fehlt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, was Sie in Ihrem Antrag zum heutigen Tag vorgelegt haben. Sie haben geschrieben und beantragt, die Landesregierung möge ein Ausbaukonzept vorlegen, welches mit den zur Verfügung stehenden Mitteln deutliche Ausbauerfolge zeitigen soll.

Genau das zeigt Ihren Standpunkt. Sie sind nicht bereit, den Kommunen auch nur einen Cent an Eigenmitteln zur Verfügung zu stellen. Sie lehnen unsere Haushaltssätze ab, schreien dann aber: Halten den Dieb. – Das ist pharisäerhafte verlogene Politik, meine Damen und Herren. So geht das nicht.

Ich glaube, die Kommunen werden mit sehr großer Aufmerksamkeit Ihre Position wahrnehmen. Wir werden den Kommunen auch sagen – das kann ich Ihnen versprechen –, welche Vorschläge Sie hier machen. Sie legen als CDU-Fraktion keinen eigenen konstruktiven Vorschlag auf den Tisch. Im Genteil: Indem Sie die Mittel nicht bereitstellen, ver-

suchen Sie auch noch, uns auf dem Weg zum Rechtsanspruch Steine zu legen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen gemeinsame Kraftanstrengungen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Asch, Entschuldigung. Würden Sie bitte auf Ihre Zeit achten.

(Beifall von der CDU)

Andrea Asch (GRÜNE): Ich achte auf die Zeit und komme zum Schluss.

Wir brauchen die gemeinsame Anstrengung. Ich fordere die CDU-Fraktion auf, sich auch in diesen konstruktiven Prozess zu begeben, uns bei dem in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Krippengipfel und bei der Notwendigkeit, einen zweiten Krippengipfel auf Bundesebene ins Leben zu rufen, zu unterstützen. Wir bitten, die entsprechenden Anträge, die wir heute vorgelegt haben, zu unterstützen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Asch. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Dr. Butterwegge.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch ein bisschen Wasser in den Wein gießen.

Der bisherige U3-Ausbau glich einer Geisterfahrt, weil weder eine transparente Steuerung der zur Verfügung stehenden Mittel noch eine regional abgestimmte Ausbauplanung erfolgten. Auch sind die Ausbauplanungen völlig unterfinanziert, weil die verbliebenen Restmittel nicht für die Schaffung der mindestens 40.000 Plätze ausreichen, die zur Erfüllung dieser 32%-Betreuungsquote noch fehlen.

An die Adresse der SPD: Da reichen auch die 300 Millionen € nicht aus, die Ihre Finanzpolitiker von Bund und Ländern in Richtung Bundesregierung gefordert haben. Das muss sich dringend ändern; hier muss nachgelegt werden.

Deshalb ist mir auch ein Punkt in dem Entschließungsantrag besonders wichtig, nämlich der, dass die Landesregierung den Landtag regelmäßig über den Stand der Ausbauentwicklungen unter Berücksichtigung der nach Jugendamtsbezirken ange strebten Ausbauziele zu berichten hat.

Die Landesregierung und die Kommunen sind hier insbesondere gefragt. Sowieso müssen sie noch ihre Hausaufgaben einvernehmlicher Konnektivitätsverhandlungen erledigen, um Altlasten des U3-Ausbaus zu beseitigen. Sie erinnern sich vielleicht an die 340 Millionen € im Nachtragshaushalt, die vom Verfassungsgericht wieder kassiert worden

sind. Insbesondere die Kommunen in der Haushaltssicherung dürfen dabei nicht im Regen stehen gelassen werden. Der U3-Ausbau darf – so mein weiterer Appell – nicht an den klammen Kassen der Kommunen scheitern.

Ich möchte noch einmal auf die vorliegenden Anträge von CDU und FDP zu sprechen kommen. Die Befassung mit dem CDU-Antrag – Herr Tenhumberg, hören Sie gut zu – erübriggt sich von selbst schon allein wegen der enthaltenen Forderung, dass ein Ausbaukonzept mit der Zielmarke einer Betreuungsquote von 39 % – ich zitiere – „mit den zur Verfügung stehenden Mitteln“ erfolgen soll. – Wie soll das funktionieren, Herr Tenhumberg? – Das müssen Sie mir erklären.

Herr Hafke, der FDP-Antrag ist zwar größtenteils ganz passabel, aber schlussendlich ebenfalls abzulehnen, weil er zur Lösung des stagnierenden U3-Ausbaus vorschlägt – ich zitiere –: „Die Kommunen müssen demzufolge stärker als bisher ermuntert werden, weiter und vor allem zügig auszubauen.“ – Ob eine einseitige Ermunterung der Kommunen dazu ausreicht, möchte ich dahingestellt sein lassen. Bilden Sie sich selbst eine Meinung.

Herr Tenhumberg, die Prioritätensetzung Ihrer Partei auf Bundesebene ist für mich glasklar und, wie ich finde, auch schändlich, da Sie offenbar lieber Milliarden für eine Herdprämie ausgeben, als den Kommunen zusätzliches Geld bereitzustellen und den Rechtsanspruch auf eine Kindertagesbetreuung zu verwirklichen.

(Beifall von der LINKEN)

Insofern komme ich wieder zum Ausgangspunkt meiner Rede zurück: Parteitaktische Spielchen helfen der Sache nicht wirklich weiter, sondern alle Beteiligten sind jetzt zu transparentem und engagiertem Handeln unter Aufbringung ihrer Ressourcen aufgefordert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Dr. Butterwegge. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich nach dem Redebeitrag von Herrn Tenhumberg noch einmal zu Wort gemeldet. Ich fand, dass uns die Debattenlage, die wir im Vorfeld hatten, tatsächlich etwas zurückgeworfen hat. Denn wir waren eigentlich schon einen Schritt nach vorn gegangen.

Es hat mich veranlasst, noch einmal zu sagen, Herr Tenhumberg, dass wir die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nicht allein lassen, was Sie mit Ihrem Beitrag suggeriert haben.

Deshalb möchte ich daran erinnern: Wer hat die soziale Staffelung der Kita-Beiträge aufgehoben, um 80 Millionen € einzusparen? – Das war die schwarz-gelbe Landesregierung. Wer hat keine Landesmittel für den zusätzlichen U3-Ausbau, wie 2007 verabredet, zur Verfügung gestellt? – Das war die schwarz-gelbe Landesregierung. Wir haben 400 Millionen € ins Programm genommen.

Ganz besonders ärgerlich finde ich, dass Sie uns vorwerfen, dass wir die Konnexitätsgespräche in ihrem angedachten Sinn nicht ordentlich führen.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Wer hat uns denn dieses Konnexitätsgespräch, welches die großen Probleme bereitet, beschert? – Das war die schwarz-gelbe Landesregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das Verfassungsgericht hat Ihnen noch einmal im Oktober 2010 attestiert, dass Sie einen zentralen Grundsatz der Verlässlichkeit zwischen Land und Kommune nicht beachtet haben. Wenn Sie ein Gesetz machen, das die Kommunen belastet, dann muss man auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Frau Dr. Butterwegge, das ist ein komplizierter Prozess, der dazu führen wird, dass wir bestimmt über einen dreistelligen Millionenbetrag sprechen, den wir jährlich zur Verfügung stellen – es ist noch nicht klar, in welcher Höhe – und über den wir dank der Nachlässigkeit der Vorgängerregierung beim Ausbaugesetz jetzt verhandeln müssen.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth**)

Ich weise hier also mit Entschiedenheit zurück, Herr Tenhumberg, dass wir die Kommunen in Nordrhein-Westfalen allein lassen. Im Gegenteil: Wenn es eine Landesregierung gibt, die kommunalfreundlich ist, dann ist es die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, sodass wir zur selbigen kommen.

Ich lasse zunächst über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/3262** der Fraktion der FDP abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich lasse ferner über den Inhalt des **Antrags Drucksache 15/3270** der Fraktion der CDU abstimmen. Wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich lasse dann über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke in der **Drucksache 15/3321** abstimmen. Wer dem Inhalt dieses Entschließungsantrags zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktionen. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit hat dieser Antrag eine Mehrheit im Hause gefunden und ist **angenommen**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

4 Bildungsgerechtigkeit herstellen – Masterplatz-zulassungen ermöglichen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3250

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Die Linke der Abgeordneten Böth das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gunhild Böth (LINKE): Danke, Frau Präsidentin. – Heute ist bekanntlich – man muss es schon sagen – wieder einmal „Bildungsstreik“. Schülerinnen und Schüler, vor allem aber Studierende stellen Forderungen, die Situation im Bildungsbereich zu verbessern. Eines der großen Probleme, für die die Studierenden eine Lösung einfordern, ist schlicht und ergreifend die Zulassung zu einem Masterplatz. Die Zulassungen zu einem Masterplatz haben gerade in der letzten Zeit einen – man muss es schon sagen – ganz abenteuerlichen Fall zutage gebracht:

Am 6. November 2011 meldet dpa, dass an der Uni Münster ein merkwürdiges Verfahren eingeführt worden ist, das zur Folge gehabt hat, dass sich Studierende ins laufende Semester klagen mussten.

Man stelle sich vor: Jemand macht seinen Bachelorabschluss und muss an der Universität Münster noch einmal sein Abiturzeugnis einreichen, weil nämlich die Note im Abitur und die Note beim Bachelor sozusagen die einzigen Marken sind, aufgrund derer diese Person einen Masterstudienplatz erhält. Das sind Zustände, angesichts derer man nur sagen kann: Man weiß nicht, worüber man mehr entsetzt sein

soll. – Die Universität Münster muss da natürlich gehörig nachbessern.

Insgesamt 1.800 Studierende wollten für das laufende Semester in Münster in den BWL-Masterstudiengang und ihr Studium qualifiziert fortführen und beenden. Man vergegenwärtige sich: Das ist nur ein einziger Fachbereich.

471 Studierende sollten zugelassen werden. Diese 471 sind eigentlich nur entstanden, weil es diese 1.800 Bewerbungen gab. Denn ursprünglich standen nur 150 Plätze zur Verfügung. Es gibt also 1.800 Menschen, die etwas wollen, aber nur 150 Plätze. In diesem Zusammenhang muss man schlicht und ergreifend sagen: Die Studierenden, die heute auf der Straße sind und eine Masterplatz-zulassung fordern, haben einfach Recht.

Denn die Umstellung auf „Bachelor“ und „Master“ von „Diplom“ oder „Staatsexamen“ sollte ja nicht dazu führen, dass wir sehr viel weniger in ähnlicher Art und Weise qualifizierte Studienabgänger haben. Das wäre aber so, wenn die Studierenden die Universität mit dem Bachelor verlassen müssten. Vielmehr wollten wir mehr. Insofern haben wir es mit mehreren Problemen zu tun.

Ein Problem ist, dass es überhaupt keine statistisch belastbaren Zahlen zur Übergangsquote von Bachelor- zu Masterstudierenden gibt. Das Land hat bestimmte Kapazitäten zur Verfügung gestellt, die auch alle ausgeschöpft und zum Teil – wie es das Beispiel Münster zeigt – sogar weit ausgeschöpft sind, indem sie sozusagen um das Dreifache dessen, was zugestanden war, erhöht worden sind. Klar ist doch: Die Hochschulen des Landes müssen mehr Masterstudiengänge zur Verfügung stellen. Das können sie nur, wenn wir im Rahmen der Ziel-Leistungs-Vereinbarungen die Masterstudiengangskapazitäten übergangsweise erhöhten und die Hochschulen die Kompensationsmittel dafür erhielten. Denn woher sonst sollen sie die Studienplätze nehmen?

Da wir als Land mit der Bundesregierung gemeinsam die Studienplätze und die Ausweitung der Studienkapazitäten finanzieren wollen und dieses auch so geregelt ist, müsste sich – auch das ist Bestandteil des Antrags – die Landesregierung selbstverständlich dafür einsetzen, dass es zusätzliche Hochschulkapazitäten gibt, und das mit der Bundesregierung verhandeln.

Dies alles ist Bestandteil des Antrags und beschreibt nur eine der vielen Baustellen, die heute im Bildungsstreik deutlich gemacht werden. Aber mir scheint: Diese Baustelle ist absolut vorrangig für die Studierenden, weil es sie in der Ausübung einer späteren Berufstätigkeit doch erheblich behindert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Böth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Dr. Schoser das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Schoser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist Bildungsgerechtigkeit? Bildungsgerechtigkeit ist sicher nicht die Zusicherung, dass Studierende an der Universität den Master an den Bachelor anknüpfen können, an der es für sie am naheliegendsten und am bequemsten ist.

Ich finde es durchaus nachvollziehbar, dass es manchen Studierenden praktisch erscheint, wenn sie einfach am gleichen Ort bleiben können, sich kein neues Zimmer zu suchen brauchen, die Hochschulmitarbeiter schon kennen usw. Der Bologna-Prozess soll aber gerade mehr Mobilität ermöglichen und auch erreichen. Meine Damen und Herren, das ist dank BAföG auch für alle möglich.

Dass die Hochschulen Auswahlkriterium für das Masterstudium anwenden, muss man ihnen zubilligen. Dabei ist aber ganz wichtig, dass das Zulassungsverfahren für die Studierenden transparent ist und dass nicht willkürliche Entscheidungen zustande kommen. Das Übergangsverhalten und die Wechselbereitschaft der Studierenden werden dadurch sicherlich auch maßgeblich beeinflusst.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche, Herr Dr. Schoser. Frau Abgeordnete Böth möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Dr. Martin Schoser (CDU): Ja. Bitte sehr, Frau Böth.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin Böth.

Gunhild Böth (LINKE): Danke sehr, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, Herr Dr. Schoser. – Nach dem, was Sie gerade gesagt haben, gehe ich davon aus, dass Sie Zahlen haben, dass es ganz viele freie Masterplätze in Nordrhein-Westfalen gibt. Und habe ich Sie richtig verstanden, dass die Studierenden der Universität Münster nur zu blöd waren, sich zu erkundigen, wo es die vielen anderen freien Masterstudiengänge gibt, nämlich für 1.400 BWLer in Nordrhein-Westfalen? Und woher nehmen Sie dieses Wissen, wenn es keine Zahlen gibt?

Dr. Martin Schoser (CDU): Vielen Dank, Frau Böth. – Ich kann mit der Beantwortung Ihrer Frage nahtlos an das anschließen, was ich ohnehin weiter sagen wollte; denn das größte Problem ist, dass wir

beim Thema „Masterzulassung“ gar nicht wissen, wovon wir quantitativ eigentlich sprechen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Ja!)

Das wird im Antrag zu Recht angemerkt. Frau Ministerin, hier wären wirklich einmal mehr Sie gefragt; denn es gibt von der Landesregierung keine Information über die vorhandenen Plätze für Masterstudenten, über das Übergangsverhalten und über die Mobilität der Studierenden. Dazu haben wir keine Unterlagen. Erst wenn wir mehr darüber wissen, können wir über Kapazitäten und auch über Finanzen seriös reden.

Bei den Finanzen – das wissen wir jetzt schon – wird Rot-Grün-Rot den Bund beschuldigen, er zahle zu wenig, obwohl unsere Landesregierung ihre föderale Kulturhoheit immer wieder betont und der Bund kräftig zahlt.

Ich finde aber, dass die Landesregierung uns bei den Zahlen auch endlich einmal mitteilen muss, welcher Anteil der Bundesfinanzierung für jeden Studienanfänger, die ja über vier Jahre läuft, in Nordrhein-Westfalen eigentlich in den Bachelorbereich geht und welcher Anteil in den Masterbereich fließt.

Meine Damen und Herren, nur so bekommen wir einen klaren Überblick über die Zahlen. Nur wenn das zuständige Ministerium dem Parlament dieses Zahlenmaterial liefert, können wir über alles das, was hier angesprochen wurde, seriös reden und müssen nicht länger im Nebel stochern.

Ich bitte Sie auch, sich da nicht hinter der Hochschulautonomie zu verstecken; nach dem Motto: Wir bekommen keine Zahlen mehr. – Das lässt sich regeln.

Diese Zahlen sind meines Erachtens erforderlich, bevor wir eine vernünftige Bewertung vornehmen können und bevor die Linke Forderungen stellen kann. Erst dann können wir wirklich über erforderliche Masterkapazitäten an den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen diskutieren.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt einer Überweisung des Antrages an den Wissenschaftsausschuss zu, erwartet aber für die Beratungen die notwendigen Zahlen und die nötigen Fakten. – Ich danke Ihnen sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Schoser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Schultheis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wieder Mittagszeit, und wir diskutieren über Hochschulpolitik. Ich habe an

das Präsidium und den Ältestenrat die Bitte, einmal zu überlegen, ob man unsere Themen im Rahmen der Tagesordnung nicht auch etwas anders platzieren kann.

Frau Kollegin Böth, das Thema dieses Antrags der Fraktion Die Linke beschäftigt die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen seit der Inkraftsetzung der Bologna-Reform und der Einführung der gestuften Studienstruktur von Bachelor und Master an unseren Hochschulen. Von Anfang an ist dabei auch von den Masterstudienplätzen ein integraler Bestandteil in die Kapazitätsberechnungen unserer Hochschulen eingegangen. Ich erinnere hier insbesondere an das Thema „Lehramtsausbildung“, wo ganz klar ist, dass man sowohl Bachelor als auch Master studieren muss. Deshalb ist das in Ihrem Antrag dargestellte Szenario nicht ganz mit der kompletten Wirklichkeit kompatibel.

Es ist aber sicherlich richtig – Sie haben den Fall Münster genannt; Kollege Schoser hat ihn ebenfalls angesprochen –, dass es an den Hochschulen allgemeinverbindliche Regelungen geben muss. Ich erinnere daran, dass wir im Zusammenhang mit einem anderen Antrag darüber diskutiert haben, wie sehr wir wollen, dass die Masterstudienplätze in das Serviceverfahren, das wir erwarten und ersehnen, einbezogen werden, damit hier auch klare und verlässliche Möglichkeiten für die Studierenden geboten werden.

Uns ist aber auch bewusst, dass es natürlich eines zusätzlichen Engagements und zusätzlicher Anstrengungen bedarf, um weitere Masterstudienplätze aufzubauen – schon alleine wegen der erforderlichen Diskussion zum Anstieg der Studierendenzahlen. Dieses Thema haben wir erst gestern hier im Hause diskutiert. Das verlangt natürlich, dass wir im Rahmen des von uns geforderten Hochschulpakts Plus auch zusätzliche Masterplätze durch Bund und Länder finanzieren.

Frau Kollegin Böth, eine Quotierung im Sinne des vorliegenden Antrags, dass bezogen auf die jeweilige Hochschule für 60 % der Bachelorstudierenden an derselben Hochschule ein Masterstudienplatz zur Verfügung stehen soll, mag zwar auf den ersten Blick eine „schicke und flotte“ politische Forderung sein. Dieser Vorschlag ist aber auf den zweiten Blick, jedenfalls aus unserer Sicht, nicht alltagstauglich und ungeeignet. Wir würden doch an den Hochschulen Kapazitäten aufbauen, die nicht immer im Einklang stehen und auch mit dem sich immer wieder verändernden Wahlverhalten der Studierenden in Konkurrenz geraten. Wir können eben nicht Studienkapazitäten auf Knopfdruck ein- oder ausschalten.

Deshalb ist es wichtig, dass die Masterangebote sehr stark mit den Schwerpunktprofilen der einzelnen Hochschulen verbunden sind – auch wegen der Forschungsaspekte, die mit in die Masterstudiengänge einfließen sollen.

Man muss auch darauf achten, dass man nicht womöglich Bologna konterkariert, indem die konsekutiven Studiengänge Bachelor und Master dann den alten Diplomstudiengang ersetzen. Das würde die Studienreform in der Tat ein Stück konterkarieren.

Ich sage nochmals: Wir wollen auch die Mobilität der Studierenden stärken. Das heißt auch, dass die Studierenden zu einem Studienortwechsel bereit sein müssen. Allerdings – das ist auch ein Auftrag, den wir hier in letzter Zeit mehrfach diskutiert haben – müssen dann auch die Rahmenbedingungen des Sozialraums Hochschule stimmen, dass ein Studienortwechsel auch ein Stück begleitet und einfacher für den Studierenden wird. Das ist sicherlich erforderlich. Wir können eben nicht jedes Studienangebot an jeder Hochschule anbieten, auch nicht in der entsprechenden Qualität.

Wir müssen sehen: Quantität und Qualität müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Lassen wir uns das gemeinsam anpacken. Ich gehe davon aus, dass wir dazu eine interessante Diskussion im Fachausschuss haben werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schultheis. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grüne Frau Kollegin Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Böth, es ist manchmal gut, wenn man sauber recherchiert, eben auch bei Anträgen für dieses Parlament, denn die Behauptung, die Sie hier aufstellen, es gebe derzeit flächendeckend Engpässe, beruht auf keiner empirischen Grundlage. Sie haben es eben selber gesagt, als Sie gesagt haben, die entsprechenden Zahlen lägen nicht vor.

Was aber vorliegt und was man sich angucken kann, ist die bundesweite Erhebung der KMK für das Wintersemester 2010. Diese zeigt, dass mehr als dreiviertel aller Masterstudiengänge keiner örtlichen Zulassungsbeschränkung unterliegen. Deshalb kann von einem nicht ausreichenden Angebot auch nicht die Rede sein.

Bei den übrigen zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen waren nach dieser Studie selbst nach dem Nachrückverfahren, bei dem die Beschränkungen nicht mehr oder in einem geringerem Maße gelten, noch 20 % dieser Studienplätze unbesetzt. Nur 5 % – so die Studie – sind auf eine mangelnde Koordination, die das dialogorientierte Serviceverfahren beseitigen soll, zurückzuführen.

In der Untersuchung gaben im Übrigen 90 % aller Bachelorabsolventinnen und -absolventen des Abschlussjahres 2009 an, einen Masterstudiengang in ihrem Wunschfach an ihrem Wunschort gefunden

zu haben. Das drückt zwar in der Tat keine 100-prozentige Zufriedenheit der befragten Studierenden aus; die Unzufriedenheit ist allerdings auch nicht so hoch, wie Sie es hier heute suggerieren wollen.

Wenn wir jetzt nach Nordrhein-Westfalen blicken, so stellen wir fest, dass hier die kapazitative Ausstattung im Bundesvergleich sogar noch besser ist, denn bei uns sind derzeit nur etwa 12 % der Masterstudiengänge mit einem NC belegt.

Da in Nordrhein-Westfalen auch Masterstudiengänge in die Kapazitätsberechnung für das erste berufsqualifizierende Studium einschließen, werden indirekt durch diese Vereinbarung auch die Aufnahmekapazitäten im Masterbereich abgesichert. Das heißt, wir planen bei den Kapazitäten nicht nur die Bachelorstudiengänge, sondern direkt auch den Master an vielen Orten mit ein.

Nun fordern Sie in Ihrem Antrag, dass das Land mit den Hochschulen vereinbaren soll – Herr Kollege Schultheis hat es eben auch angesprochen –, dass mindestens 60 % der Bachelorabsolventinnen und -absolventen einen Masterplatz erhalten sollen. Mit Verlaub, was hieße das alleine für die Lehrerausbildung? Das hieße, dass möglicherweise reihenweise halbfertige Lehrerinnen und Lehrer auf der Straße stünden. Da geht die Landesregierung – Gott sei Dank! – seriöser vor und schafft Planungssicherheit, indem sie mit jeder lehrerausbildenden Hochschule in Nordrhein-Westfalen die notwendigen Studienplätze für den Master of Education vereinbart, um die Deckung des prognostizierten Bedarfs auch sicherzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von Karl Schultheis [SPD])

Was derzeit fehlt, sind in der Tat empirisch belastbare Informationen für den Übergang vom Bachelor in den Master. Herr Schoser, das ist nicht nur ein NRW-spezifisches Problem. Es betrifft ganz Deutschland. Punktgenaue Lösungen kann es im Grunde genommen gar nicht geben. Wir können nur für möglichst viele Studierende möglichst viele Studienplätze anbieten, gerade wegen der Flexibilität – Sie haben es dargestellt – und wegen der europäischen Mobilität, die wir mit diesem Bologna-Prozess auch erreichen wollen.

Dann muss es auch schon einmal möglich sein, nach dem Bachelor an eine andere Hochschule zu wechseln. Manchen Studierenden kommt es besonders entgegen, weil sie sich vielleicht einen ganz anderen Masterstudiengang wünschen, der vielleicht woanders attraktiver ist.

Frau Böth, wenn Sie heute fordern, dass wir uns für eine ausreichende Zahl an Masterstudienplätzen und deren Finanzierung auch gegenüber der Bundesregierung einsetzen sollen, dann frage ich mich: Warum unterstützen Sie nicht unseren Antrag zum

Hochschulpakt, in dem wir bereits vor Monaten die Masterkomponente eingefordert haben?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von Gunhild Böth [LINKE])

– Wenn Sie das unterstützen wollen, ist es gut. Ansonsten würde ich sagen: Es geht es Ihnen lediglich um populistische Forderungen, die Ihre Wählerinnen- und Wählerklientel bedienen sollen, wenn Sie einen solchen Alleingang gehen.

Um es deutlicher zu sagen: Es ist empirisch nicht belegbar, von einem Mangel an Masterstudienplätzen zu sprechen oder ihn zu prophezeien. Die Vermutungen basieren auf falschen Annahmen und schüren lediglich unbegründete Ängste. Das sollten wir nicht tun.

In einem Punkt können Sie sicher sein, Frau Böth: Wir sind uns unserer Verantwortung für die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen bewusst. Wir beobachten die Entwicklungen so gut wie möglich und stehen auch in Kontakt mit den Hochschulen, um flexibel und schnell auf Probleme zu reagieren.

Vor dem Hintergrund ist es auch zu begrüßen, dass derzeit eine Erhebung in Nordrhein-Westfalen für das Wintersemester 2011/2012 von der Landesregierung initiiert wurde, die belastbare Daten zur weiteren Entwicklung des Bedarfs an Masterstudienplätzen erbringen soll. Das käme auch Herrn Schöser entgegen, uns natürlich auch. Vielleicht können wir dann die Diskussion noch einmal aufnehmen und das vertiefen, was wir heute diskutieren.

Was die Ausweitung des Hochschulpaktes 2020 angeht, kann ich nur noch einmal an alle gerichtet wiederholen: Unterstützen Sie unseren Antrag „Den Hochschulpakt weiterentwickeln: Für bessere Studienbedingungen an unseren Hochschulen“ vom 20.09.2011, denn eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen im Landtag ist im Interesse des Ziels immer besser, als aussichtslose Alleingänge zu unternehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken! Um es direkt vorweg zu sagen: Ich kann aus dem vorliegenden Antrag nicht herauslesen, wie Sie zu Ihrer Forderung gekommen sind. Ihre Argumentation ist etwas eindimensional. Damit schließen Sie, wie wir das von Ihnen kennen, weit über das Ziel hinaus. Sie wollen die Hochschulen verpflichten, für mindestens 60 % der Bachelorstudierenden einen Masterstudienplatz vorzuhalten. Es ist schon ein Stück weit

ambivalent, dass Sie in dem Antrag die nicht vorhandenen KMK-Statistiken und -Prognosen der Übergangsquoten kritisieren und gleichzeitig pauschal eine Masterplatzvorhaltequote einfordern.

Wir müssen zunächst einmal festhalten: Nicht alle Bachelorabsolventen streben einen Masterabschluss an. Dies anzunehmen, wäre ein völlig falsches Verständnis des neuen Studiensystems. Es ist aber ohne Zweifel so, dass es in der Vergangenheit in einigen begehrten Masterstudiengängen Engpässe gegeben hat. Sie verweisen explizit etwa auf das Kölner BWL-Beispiel. Hier müssen wir schauen, wie Angebot und Nachfrage angemessen in Einklang gebracht werden können. Die Frage lautet aber auch: Können wir bei hohen Ablehnungsquoten an einigen beliebten Hochschulen pauschal darauf schließen, dass es massive Engpässe bei den Masterkapazitäten gibt? Ich meine, nein. Dies belegt auch eine von der Kultusministerkonferenz bundesweit flächendeckend durchgeführte Erhebung für das Wintersemester 2010/2011. Hiernach sind insgesamt überhaupt nur 24 % aller Masterstudiengänge – 21,7 % der universitären Masterstudiengänge und 32,5 % der Masterstudiengänge an Fachhochschulen – mit einer örtlichen Zulassungsbeschränkung belegt. Positiv formuliert: Mehr als Dreiviertel aller 4.713 Masterstudiengänge unterliegen keiner örtlichen Zulassungsbeschränkung. Demzufolge kann nicht von einer generellen Angebotsknappheit ausgegangen werden.

Fakt ist sicherlich, dass nicht jeder individuelle Masterstudienwunsch an der Hochschule der Wahl für jeden Bachelorabsolventen erfüllbar ist. Dies würde auch bedeuten, dass in erheblichem Maße von den Hochschulen Überkapazitäten vorgehalten werden müssten. Das ist in dieser Form nicht umsetzbar. Ebenso halte ich die Garantie bzw. das Recht auf einen Masterstudienplatz, wie es Die Linken schon auf Bundesebene gefordert haben, für wenig zielführend. Im Grunde genommen gibt es einen transparenten Zugang zum Masterstudium. Dieser Zugang wird an Leistungskriterien geknüpft. Das ist auch gut so; denn das Leistungsprinzip garantiert eine hohe Qualität des Masterabschlusses, und diese Qualität brauchen wir. Deshalb ist der Antrag, in dem eine pauschale Vorhaltequote an Masterstudienplätzen von mindestens 60 % gefordert wird, für uns nicht zustimmungsfähig.

Ich will noch einmal betonen: Auch ich möchte, dass Studierende grundsätzlich selber entscheiden können, ob sie ein Masterstudium absolvieren oder ob sie den direkten Einstieg ins Berufsleben wählen wollen. Diese Entscheidung sollte nicht davon beeinflusst werden, dass keine Masterstudienplätze zur Verfügung stehen.

Eine eindimensionale Betrachtung, bezogen auf eine reine Kapazitätserweiterung, halte ich allerdings für nicht zielführend und nicht sachgerecht. Es geht vielmehr um die Zugangsvoraussetzungen zum

Masterstudium, insbesondere um die zum Teil restriktiven Vorgaben. Dabei geht es um bestimmte Modulpunktvorgaben, wonach eine bestimmte Anzahl an Punkten in einem Fach erbracht werden muss, um überhaupt zum Master zugelassen zu werden. Meines Erachtens sollte es hier eher darauf ankommen, ob die Gesamtnote stimmt bzw. ob der Studierende tatsächlich das beherrscht, was er für den Master mitbringen muss. Wir werden das dann auch so im Ausschuss diskutieren.

Der Überweisung an den Ausschuss stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Schulze das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Dies ist eine gute Gelegenheit, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass heute in 30 deutschen Städten Schülerrinnen und Schüler sowie Studierende im Rahmen der „Global Weeks of Action for Education“ protestieren. Ich denke, das ist auch eine gute Gelegenheit, noch einmal zu begrüßen, dass sich junge Menschen für Bildung einsetzen und für ihre Chancen in der Zukunft auch kämpfen. Hier in Nordrhein-Westfalen setzen wir auf eine gute Bildung. Wir nehmen die Sorgen dieser jungen Leute ernst und setzen uns für mehr Bachelorstudienplätze und natürlich auch für mehr Masterkapazitäten ein.

Wir können alle, glaube ich, teilen – das ist kein Problem –, dass der Titel des Antrags richtig ist. Der Antrag spiegelt aber im Text nicht die Realität wider, wie sie sich heute an den Hochschulen darstellt. Wir kümmern uns bereits um die Masterstudienplätze. Es ist sehr klar, dass der Bachelor ein erster berufsqualifizierender Abschluss ist. Wir wissen aber auch, dass sehr viele junge Menschen weiter studieren wollen. Deswegen wird bei den Kapazitätsberechnungen mit den Hochschulen der Masterteil natürlich schon berücksichtigt und ist dort abgesichert. Das muss natürlich ganz besonders für das gestufte Lehramt gelten. Deswegen werden wir in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen die Studienplätze für den „Master of Education“ vereinbaren, die dem prognostizierten Bedarf entsprechen.

Der Antrag suggeriert – das sollten wir nicht von hier aus vermitteln –, dass es schon jetzt ein flächendeckendes Problem bei den Masterstudienplätzen gibt. Das ist nicht der Fall. Es gibt ein breites Angebot in Nordrhein-Westfalen. Im Wintersemester 2010/2011 haben wir 18.500 Masterstudienplätze

– und das ohne die Fernuniversität Hagen. Wir haben bisher 12 % der Masterstudienplätze mit einem örtlichen NC belegt. Das bedeutet aber, dass es besonders beliebte Fächer an beliebten Orten gibt. Das war übrigens vor der Einführung des Bachelors und des Masters ganz genauso. Zu der Zeit waren zum Beispiel Köln und Münster sehr beliebte Hochschulen.

Wir werden es nicht hinbekommen, dass alle in Köln und Münster studieren können. Wir wollen aber, dass in Nordrhein-Westfalen alle, die das wollen, auch Wirtschaftswissenschaften oder ein verwandtes Fach studieren können. Nicht jeden individuellen Studienwunsch werden wir erfüllen, aber wir wollen, dass alle Studierenden in Nordrhein-Westfalen sehr erfolgreich studieren können. Und daran arbeiten wir. Alle diejenigen, die hier gesprochen haben, haben Recht: Dafür braucht man natürlich verlässliche Daten. Wir brauchen Fakten für solche Planungen. Deswegen läuft zurzeit eine Abfrage an allen Hochschulen des Landes, in deren Rahmen wir genau wissen wollen, wie die statistische Situation ist und wie sich die Situation im Masterbereich entwickelt hat. Auf Basis dieser Zahlen kann man dann auch gezielter darauf sehen, welche Fächer in welchen Städten ganz besonders nachgefragt sind.

Wir wissen alle – da müssen wir nicht drumherum reden; ich will die Debatte von gestern nicht wiederholen –, dass wir jetzt schon mehr Studierende haben, als die KMK prognostiziert hat. Wir sind von 90.000 ausgegangen. Schon jetzt haben wir 115.000. Wenn die durch den Bachelor „hindurchgewachsen“ sind, werden wir – dass wissen wir – viel mehr Masterplätze brauchen.

Deswegen werbe ich an dieser Stelle noch einmal dafür, dass wir uns gemeinsam für den Hochschulpakt Plus einsetzen. Es ist nicht so, dass wir als Land da nicht mitfinanzieren wollen. Wir werden natürlich unseren Anteil finanzieren. Aber wir brauchen die Verlässlichkeit für die Hochschulen, dass wir auch wirklich die Plätze für die Studienanfängerinnen und Studienanfänger bezahlen, die in das System hineinkommen.

Bund und Länder haben auf Basis alter Zahlen etwas gemeinsam prognostiziert, was so nicht eintritt. Aber wir alle haben gemeinsam gesagt, dass wir den doppelten Abiturjahrgang finanzieren wollen. Von daher ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, dass wir, wenn sich die Zahlen verändern, gemeinsam mehr Plätze fordern. Das haben wir übrigens in der letzten Legislaturperiode gemeinsam getan. Bund und Land müssen diese Plätze gemeinsam finanzieren. Das kann kein Bundesland alleine stemmen.

Wir leisten in Nordrhein-Westfalen für den doppelten Abiturjahrgang Enormes. Von den 11,8 Milliarden €, die dafür investiert werden, sind 10,5 Milliarden € vom Land. Das wurde nicht hälftig finanziert.

Wir werden unserer Verantwortung deutlich gerecht. Trotzdem brauchen wir noch Unterstützung vom Bund. Und trotzdem müssen wir über den Hochschulpakt Plus reden.

Ich freue mich auf die Diskussion im Fachausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrats, den **Antrag Drucksache 15/3250** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie zu überweisen**. In diesem Ausschuss soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich die Zustimmung des Hauses feststellen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir kommen damit zu:

5 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3047
Vorlage 15/914
erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Jäger das Wort.

(Der Minister befindet sich nicht im Plenarsaal.)

– Er hat sich für einen kurzen Augenblick entschuldigt. Insofern trage ich vor, welche Tagesordnungspunkte heute noch beraten werden.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

Beim Tagesordnungspunkt 6 geht es um den Datenschutz. Bei Tagesordnungspunkt 7 ...

(Der Minister betritt den Plenarsaal.)

– Wunderbar. Ich habe die Information bekommen, dass alle die Tagesordnung haben.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU] und Benedikt Hauser [CDU])

– Den Kollegen der CDU geben wir gern explizit und gesondert Auskunft.

(Lutz Lienenkämper [CDU] zeigt mit dem Daumen nach oben.)

Jetzt darf ich aber Herrn Minister Jäger für die Landesregierung zur Einbringung des Gesetzentwurfs das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Geduld.

In den letzten Tagen ist uns allen sehr klar geworden, welche Bedrohungen von Terrorakten ausgehen können. Terror droht nicht nur von fanatischem Islamismus. Gerade der zu lange verborgene gebliebene erschreckende Rechtsterror, über den wir heute Morgen noch diskutiert haben, macht deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu Recht vom Verbund der verschiedenen Verfassungsschutzbehörden erwarten, logistische und operative Strukturen auch durch Auskunftsbefugnisse bei Finanzen und Telekommunikation aufklären zu können, meine Damen und Herren.

Die nach dem 11. September 2001 eingeführten besonderen Auskunftsbefugnisse wurden auf fünf Jahre befristet und mit einer Evaluierungsverpflichtung versehen. Durch diese gesetzliche Vorgabe wird sichergestellt, dass die besonderen Auskunftsbefugnisse des Verfassungsschutzes regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Angemessenheit überprüft werden.

Eine erste Überprüfung der Befugnisse hat Ende 2006 stattgefunden. Sie hat zur Streichung von Auskunftsbefugnissen gegenüber Postdienstleistern und Luftverkehrsunternehmen geführt. Darüber hinaus wurde auch die Befugnis zum Einsatz technischer Mittel bei Observationen – kurz: zum Einsatz von GPS – konkretisiert und in die fünfjährige Befristung und Evaluierung einbezogen.

Die nunmehr durchgeführte Evaluierung erfolgte erstmals mit einem externen wissenschaftlichen Sachverständigen. Dieser wurde im Einvernehmen mit dem Landtag bestellt. Der Sachverständige gab die Evaluierungsmethodik vor, anhand derer der Verfassungsschutz die von ihm durchgeführten Maßnahmen auszuwerten hatte. Auf Basis dieser Auswertung hat der Sachverständige eine Rechtsfolgeneinschätzung zum Ausmaß und zum Erfolg dieser Maßnahmen vorgenommen.

Die Methodik, Auswertung und Ergebnisse der Bewertung wurden in einem Evaluationsbericht dokumentiert. Diesen hat die Landesregierung dem Landtag zusammen mit dem Gesetzentwurf vorgelegt. Der Gesetzentwurf setzt im Evaluierungsbericht niedergelegte Ergebnisse um. Danach haben sich die befristeten Befugnisse insgesamt bewährt, meine Damen und Herren.

Sowohl die besonderen Auskunftsrechte als auch der Einsatz von GPS bei Observationen wurden vom Verfassungsschutz NRW maßvoll angewendet. Die aus den Befugnissen erlangten Erkenntnisse haben wertvolle Beiträge zur Extremismus- und Terrorismusbekämpfung liefern können. Während Finanzermittlungen nur beim islamistischen Terrorismus Anwendung fanden, wurde GPS schwerpunktmäßig auch zur Beobachtung des inländischen Rechtsextremismus verwandt.

Aufgrund dieses Ergebnisses sieht der vorliegende Gesetzentwurf die Verlängerung der bisher befristeten Befugnisse um weitere fünf Jahre bis zum 1. Januar 2017 vor. Ein Jahr zuvor sollen diese Befugnisse wieder mit externem wissenschaftlichen Sachverstand evaluiert wird. Damit wird mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die 2001 eingeführte regelmäßige Wirksamkeitskontrolle fortgesetzt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Lehne das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Olaf Lehne) (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Da es sich bei diesem Gesetzentwurf um eine rein formale und technische Angelegenheit der Verlängerung zweier zum Jahresende auslaufender Bestimmungen handelt, steht einer Zustimmung zum Gesetzentwurf durch die CDU-Fraktion nichts im Wege.

Die behandelten Bestimmungen wurden 2006 von der schwarz-gelben Landesregierung verfasst und in das Verfassungsschutzgesetz eingefügt. Die Evaluation der Landesregierung hat ergeben, dass sich die Bestimmungen bewährt haben. Somit ist eine Verlängerung um weitere fünf Jahre sinnvoll und richtig. Sie wird unsere Zustimmung finden.

Nichtsdestotrotz möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung und damit auch Sie, Herr Jäger, mal wieder unvollständige Arbeit abgeliefert haben.

(Minister Ralf Jäger: Nein, ehrlich?)

– Doch, das stimmt. Sie werden es gleich hören.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Meins sowieso nicht.

(Minister Ralf Jäger: „Ihnen“ klein geschrieben!)

– Ach so, ja gut.

§ 5 Abs. 2 Nr. 11 des Verfassungsschutzgesetzes wurde am 27. Februar 2008 vom Bundesverfas-

sungsgericht für nichtig erklärt und wird somit in der Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes nicht mehr auftauchen. Somit fehlt im Verfassungsschutzgesetz eine verfassungskonforme Regelung zu Online-Durchsuchungen.

Die Landesregierung hat die Chance vertan, im Zuge der Verlängerung der Geltungsfristen des § 5 Abs. 2 Nr. 2 und des § 5 a den § 5 Abs. 2 Nr. 11 so neu zu fassen, dass er den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Damit fehlt dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetz weiterhin eine verfassungskonforme Regelung zu Online-Durchsuchungen. Das ist ein Zustand, der in der heutigen globalen und vernetzten Welt unerträglich ist. Frau Kraft – sie ist nicht da – und Frau Löhrmann, Sie beide hinken wieder einmal den Entwicklungen hinterher. Werden Sie aktiv.

Wie eine solche Regelung aussehen könnte, hat der Bayerische Gesetzgeber in der zum 1. September 2009 modifizierten Regelung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes in Art. 34 d vorgemacht. Ein verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme ist danach möglich, wenn die Erfüllung einer polizeilichen Aufgabe auf andere Art und Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert ist und eine richterliche Anordnung vorliegt.

Der Aufwand, eine ähnliche Bestimmung im Zuge dieses Gesetzes in das Verfassungsschutzgesetz einzubringen, wäre denkbar gering gewesen. Aber darauf sind Sie wahrscheinlich nicht gekommen, Herr Jäger. Oder enthalten Sie dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz ganz bewusst diese Eingriffsmöglichkeit vor? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lehne. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Stotko das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mich die Frau Präsidentin auf die sommerlichen Temperaturen hingewiesen und mir der Innenminister sein Sakkott angeboten hat, freue ich mich, aus meiner Besuchergruppe kommend und Sie, Herr Kollege Lehne, beinahe verpassend, Folgendes sagen zu können:

Dass Sie bei einem Punkt, an dem wir einer Meinung sind, trotzdem noch den Versuch unternehmen, die Regierung zu kritisieren, ist nicht ungewohnt, aber trotzdem untauglich. – Ich will das ganz klar sagen.

Wenn Sie schon über die Frage reden wollen, was eine Regierung machen muss, an welchen Stellen

eine Regierung noch hinten liegt und an welchen Stellen etwas erfüllt werden muss, hätten Sie dieses lesen können. Denn wir wissen beide, was auf Bundesebene geregelt werden muss: Es ist die Frage, wie wir mit der Speicherung von Daten umgehen. – Das Bild, das die CDU dort im Verhältnis zur FDP abgibt, ist ein trauriges.

Herr Kollege Lehne, mit Blick auf die heute Morgen geführte Debatte über Rechtsterrorismus und dem diesbezüglichen Austausch von Daten wäre ich sehr froh, wenn Sie Ihr gerade gezeigtes Engagement im Deutschen Bundestag – vielleicht sogar auf europäischer Ebene mit, wenn ich das so sagen darf, brüderlicher Verbindung – einsetzen würden, um auf Bundesebene endlich eine Regelung zu erreichen, auf deren Basis wir dann den Straftätern das Wasser abgraben können, damit sie im Internet keine Straftaten mehr begehen können.

Ich komme auf unsere etwas unspektakuläre Änderung in Bezug auf die gesetzliche Befristung in § 29 Verfassungsschutzgesetz zurück. Nicht umsonst haben wir vor langer Zeit die Befristung von Gesetzen eingeführt. Sie macht auch deshalb Sinn, weil wir im Rahmen der Debatte über die Beibehaltung oder Streichung einer Regelung auch immer noch einmal inhaltlich diskutieren. Das haben wir auch koalitionsintern getan. Das fand ich sehr wichtig.

Die Empfehlung, die heute durch den Gesetzentwurf der Landesregierung gegeben wird, ist letztendlich durch einen Evaluierungsbericht entstanden. Das ist der Punkt. Auch diesen sollte man lesen, lieber Kollege Lehne.

Er kommt zu dem Ergebnis, dass wir mit den Regeln, die wir hier gefunden haben, organisierte Kriminalität bekämpfen. Mit diesen Regelungen verfügen wir über die Möglichkeit – das finde ich wichtig –, bei Finanztransaktionen festzustellen, wohin Gelder fließen. Wir haben die Chance, relativ leicht und ohne großen Aufwand bei den Betroffenen festzustellen, ob sie mit Schwarzgeld arbeiten und ob größere Summen bewegt werden.

Insgesamt ist der Gesetzentwurf der Landesregierung genau der richtige Weg im weiteren Kampf gegen Kriminalität und gegen Terrorismus. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf gerne zustimmen. – Besten Dank, Kollege Lehne.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Bolte das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es mit einer Angelegenheit zu tun, die durch die Debatte von

heute Morgen erst einen Kontext erfährt. Ansonsten ist es sicherlich vor allen Dingen eine technische Weiterentwicklung des Verfassungsschutzgesetzes. Das haben meine Voredner hinreichend ausgeführt.

Wir haben auch schon gehört, dass es sich bei dem Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen um eine Norm handelt, die an vielen Stellen vielfältige Schrankenwirkungen aufweist. Diese Schrankenwirkung ist sicherlich gerade in bürgerrechtspolitischer Hinsicht sinnvoll.

Die Sicherheitslage in Deutschland verändert sich ständig; über diesen Punkt haben wir heute Morgen sehr viel erfahren. Da ist es richtig, wenn durch im Verfassungsschutzgesetz NRW verankerte Verfahrensweisen, wenn durch Befristungen und häufige Evaluierungen sichergestellt ist, dass die Normen immer der Sicherheitslage angemessen sind.

Wenn wir über Schrankenwirkungen sprechen, sprechen wir auch über parlamentarische Kontrolle. Es war in bürgerrechtspolitischer Hinsicht schon immer wichtig, ein kritisches Auge auf den Verfassungsschutz und ähnliche Instanzen zu werfen. Das haben wir auch heute Morgen diskutiert. Wir brauchen einfach starke Regelungen zur Kontrolle. Wir brauchen aber nicht nur Kontrolle, sondern wir brauchen auch Transparenz beim Verfassungsschutz. Das habe ich heute Morgen angesprochen. Ich weiß, das ist bei Instanzen, die naturgemäß geheim zu operieren haben, schwierig durchzusetzen.

Wir haben momentan eine schwierige Sicherheitssituation. Wir müssen aber auch in schwierigen Situationen dafür sorgen, dass der Rechtsstaat stark bleibt. Das haben wir auch an anderer Stelle festgestellt. Er muss stark bleiben, weil sonst diejenigen, die den Rechtsstaat bedrohen, ihr Ziel noch erreichen würden.

Die Klauseln, über die wir heute konkret sprechen, sind sehr intensiv evaluiert worden. In der Abwägung erscheinen sie vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklung tragbar. Ich möchte gerade gegenüber dem Kollegen Lehne betonen: Ein solcher Abwägungsprozess ist nicht immer einfach, und wer ihn sich einfach macht, sollte sich vielleicht manchmal mit anderen Themen auseinandersetzen.

Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf sollen zwei Normen verlängert werden – erneut befristet, erneut mit den Standards zur Evaluation, die wir vorgesehen haben.

Ich freue mich auf die aufschlussreichen Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Orth das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Robert Orth¹⁾ (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn hier von Technik gesprochen wird, muss man sich fragen, ob die heute Regierenden damit ihre eigene Oppositionstätigkeit 2008 als reinen Populismus darstellen wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Sie haben uns immer bezichtigt, permanent die Grundrechte zu verletzen. Sie haben gegen das Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen geklagt. Unterschrift: Herr Jäger, Unterschrift: Herr Kutschay, beide heute Minister. Und dann ist das, was wir heute als Evaluationsbericht bekommen, reine Technik? Wo sind denn jetzt all die Bedenken

(Beifall von Ralf Michalowsky [LINKE])

von Ihnen und von den Grünen geblieben, die uns vorgehalten haben, die Verfassung würde verletzt? Ist das 2008 alles Polemik gewesen, oder hatten Sie ernste Absichten? Ich hätte mir gewünscht, dass Sie dazu heute Stellung nehmen und erklären, was Sie heute für eine Meinung dazu haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ich jedenfalls kann festhalten, dass Sie gegen das Verfassungsschutzgesetz geklagt und uns bis in den Wahlkampf hinein vorgehalten haben, dass wir die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger missachteten. Und Sie haben gefordert, endlich dieses Gesetz zu ändern. Kaum sind Sie an der Regierung, ziehen Sie Ihre eigene Klage zurück und bestellen denjenigen, der vorher das Land vor dem Verfassungsgericht vertreten hat, zu Ihrem Gutachter für den Evaluationsbericht, und schwuppliwupp, die Meinung hat sich geändert!

(Beifall von Ralf Michalowsky [LINKE])

Meine Damen und Herren, das wird die Öffentlichkeit auch so wahrnehmen.

Ich erwarte, dass Sie etwas dazu sagen, wie Sie sich den Kernbereichsschutz zukünftig vorstellen,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

ob das denn richtig ist, was Sie hier alles an Erhebungsmöglichkeiten haben.

Außerdem hätte ich gerne von Ihnen ein nettes Wort gegenüber dem früheren Innenminister Ingo Wolf gehört, dem Sie all das vorgeworfen haben. Ich würde von Ihnen erwarten, dass Sie sagen: Herr Wolf, Sie hatten damals offenbar doch recht.

Von daher glaube ich, Rot-Grün hat sich mit diesem Evaluationsbericht bis auf die Knochen blamiert. Ich bin gespannt, wie Sie hierzu Stellung nehmen, Herr Minister. Schließlich haben Sie einmal dagegen geklagt, und jetzt meinen Sie, es ist alles in Ordnung. Wie ist Ihr Sinneswandel zustande gekommen? Erklären Sie mir das bitte mal! – Herzlichen Dank.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke Herr Michalowsky das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Besucher! Es ist ja jetzt so üblich, Sie auch zu begrüßen. Dass der Landtag heute mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP über die Verlängerung von grundrechtsbelastenden Normen des Verfassungsschutzgesetzes beschließen wird, passt sprichwörtlich wie die Faust aufs Auge.

In der letzten Woche ist bekannt geworden, dass Nazis seit 13 Jahren Deutschland mit einem in seiner Brutalität und seinem Umfang neuen Terror überzogen haben. Davon ist offenbar auch NRW betroffen.

In Dortmund wurde 2006 Mehmet K. erschossen. Es gibt konkrete Anhaltspunkte dafür, dass auch ein verheerender Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße im Jahre 2004 mit 22 Schwerverletzten auf das Konto der Nazis geht. Offen ist noch, ob auch der Bombenanschlag im Düsseldorfer S-Bahn-Bahnhof Wehrhahn im Januar 2000 mit neun Schwerverletzten von den Nazis verübt wurde. Der „Spiegel“ berichtete damals, dass in die Ermittlungen zur Aufklärung des Kölner Bombenanschlags auch der Verfassungsschutz eingeschaltet worden sei.

Zunächst gilt unser Mitgefühl selbstverständlich den Opfern und Angehörigen von Opfern der Anschläge. Unsere Solidarität gilt heute zudem allen in Deutschland lebenden Migranten, die von Nazis bedroht werden.

Zugleich stellt sich mit Nachdruck die Frage: Was treibt eigentlich der Verfassungsschutz? Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen verfügt über eine Verfassungsschutzabteilung mit weit über 300 Schlapphüten und geschätzt 100 sogenannten Vertrauensleuten in nazistischen Organisationen. Der Verfassungsschutzbericht 2010 befasste sich zwar auch mit rechtsextremen Parteien und Organisationen, eine terroristische Gefahr wird aber nicht erkannt.

Das ist wohl kein Zufall. Denn der Verfassungsschutz hat hier nicht nur versagt, er fördert die Rechtsextremen sogar. Das Innenministerium hat etwa den Mitbegründer der NPD Nordrhein-Westfalen und deren langjähriges Vorstandsmitglied Wolfgang Frenz als sogenannten Vertrauensmann in der Zeit von 1959 bis 1995, also über 30 Jahre lang, mit monatlich 600 bis 800 DM unterstützt. Frenz hat nach eigenen Angaben diese Gelder direkt an die NPD abgeführt bzw. für deren Aufbau und Organisation verwendet.

Nun stellen wir uns nachdrücklich die Frage: Wie kann es sein, dass rechte terroristische Organisati-

onen jahrelang Bürgerinnen und Bürger ermorden und verwunden und der Verfassungsschutz in 16 Bundesländern sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz davon nichts gewusst haben wollen?

(Beifall von der LINKEN)

Den Bürgern und Bürgerinnen fällt es sicherlich schwer, sich das vorzustellen.

Angesichts der oben genannten Beispiele stellt sich die Frage: Gibt es im Verfassungsschutz etwa Toleranz oder sogar Sympathien gegenüber Nazis, oder ist der Verfassungsschutz einfach inkompotent?

Wir fordern das Innenministerium auf, endlich die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit rechtsextremen Organisationen zu beenden

(Beifall von der LINKEN)

und keine sogenannten rechtsextremen Organisationen mehr zu finanzieren.

Im Übrigen fordern wir die Auflösung des Verfassungsschutzes NRW. Wir brauchen in Deutschland keine 17 Verfassungsschutzmänter, die sich bei der Bekämpfung des braunen Terrors als nutzlos erweisen und sich vielleicht auch noch gegenseitig behindern.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Fraktion hat im Landtag von Anfang an durch zahlreiche Kleine und Große Anfragen sowie Anträge mit Nachdruck auf die Gefahr von rechts aufmerksam gemacht. Wir – die Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Fraktion und unzählige unserer Parteimitglieder – haben uns in Dortmund, Dresden, Wuppertal, Stolberg und wo auch immer die braune Pest auftaucht, den Nazis persönlich in den Weg gestellt und durch passiven Widerstand Naziaufmärsche zu verhindern versucht.

(Beifall von der LINKEN)

Aber wie reagiert der Staat? Wie reagiert die rechte Presse? Wie reagieren insbesondere die Fraktionen von CDU und FDP darauf? Ihnen fällt nichts anderes ein, als im Landtag Anträge zu stellen, mit denen sie linke Abgeordnete wegen ihres antinazistischen Kampfes diffamieren und kriminalisieren wollen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich frage Sie erneut: Wo sind Sie eigentlich, wenn Die Linke an der Seite von Bürgerinnen und Bürgern gegen die rechte Gefahr auf die Straße geht?

In Sachsen und Thüringen werden die Vorsitzenden der Fraktionen der Linken, Bodo Ramelow und André Hahn, strafrechtlich verfolgt, weil sie sich gewaltbereiten Rechten in Dresden in den Weg gestellt haben.

Die „Ruhr-Nachrichten“ aus Dortmund hetzt nach den Demonstrationen gegen Nazis am 3. Septem-

ber in Dortmund, die Abgeordneten der Linken seien die eigentlichen Brandstifter. Aber nicht wir Linke sind die Brandstifter, sondern die Biedermänner sind die Brandstifter.

(Beifall von der LINKEN)

Solange das Thema „Verfassungsschutz“ in Deutschland nicht von Grund auf neu diskutiert wird, solange der Verfassungsschutz nicht seine Zusammenarbeit mit nazistischen Organisationen einstellt, solange wird sich meine Fraktion nicht an einer Fortschreibung des Verfassungsschutzrechts beteiligen.

(Beifall von der LINKEN)

Im Übrigen ist es so, und zwar aktueller denn je, Herr Witzel: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierende Verfolgung waren falsch, die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch, und die derzeitige politisch motivierte Beobachtung der Linken durch den Verfassungsschutz, unter anderem in Nordrhein-Westfalen, ist ebenso falsch. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Michalowsky. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Gesetzentwurf Drucksache 15/3047** einschließlich der **Vorlage 15/914** an den **Haupt- und Medienausschuss** – federführend – sowie an den **Innenausschuss** und an den **Rechtsausschuss** zu überweisen. Darf ich hierzu die Zustimmung aller Fraktionen feststellen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung fest. Sie ist damit angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

6 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht 2011 des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Vorlage 15/615

Und:

Stellungnahme der Landesregierung zum 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Vorlage 15/868

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 15/3282

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Kollegen Moritz das Wort.

Arne Moritz (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die akribische Aufarbeitung im vorliegenden Bericht möchte ich zunächst dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Herrn Ulrich Lepper, danken. Allein ein Blick in das Inhaltsverzeichnis des Datenschutzberichtes führte bei mir schon zu manchem „Ahhh“ und „Ohhh“, und die verschiedenen großen und kleinen Skandale der Jahre 2009 und 2010, die im vorliegenden Bericht aufgeführt sind, haben sich durchaus eingeprägt. Allerdings ist festzustellen, dass sie schon wieder durch zahlreiche neuere Angelegenheiten überlagert werden.

Die Auflistung – von Google Street View über Online-Spiele, ELENA, die elektronische Gesundheitskarte und den neuen Personalausweis bis zur Meldepraxis der NADA – zeigt, dass alle Bereiche unseres täglichen Lebens betroffen sind. Egal, ob wir krankenversichert sind, Online-Spieler, Spitzensportler oder nur einfach Bürger dieses Staates: In der modernen, vernetzten Datenwelt sind wir permanent von Fremdbearbeitung unserer Daten betroffen. In vielen Fällen lässt sich dies nicht oder nicht mehr umgehen.

Dabei müssen wir ehrlich zugeben, dass viele dieser Dinge das Leben oft vereinfachen oder verschönern. Ein Computerspiel gegen richtige Gegner ist doch interessanter als gegen computergenerierte Gegner. Die Zusatzfunktionen des neuen Personalausweises bieten zahlreiche Einsatzmöglichkeiten für einen bequemen Einkauf und bequemes Ausweisen im Internet. Bei der Wohnungssuche schaut man einmal kurz, wie denn die Umgebung der potentiellen neuen Wohnung aussieht.

Gleichzeitig aber können Firmen regelrechte Nutzerprofile erstellen – mit persönlichen Vorlieben bezüglich Kleidung, Hobbys oder auch sexuellen Vorlieben. Und auch der Staat – das zeigt kurz die beispielhafte Auflistung – sammelt genauso munter Daten.

In den 80er-Jahren führte dies beinahe noch zu einem Volksaufstand, heutzutage dagegen veröffentlicht mancher von sich aus die intimsten Details bei Facebook und Twitter.

Die vernetzte digitale Welt ist ein zweischneidiges Schwert, wie das auch die gerade genannte kurze Auflistung zeigte. Der Landesbeauftragte kann häufig erst eingreifen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Daher sind wir alle gefragt,

sensibel und bewusst mit unseren Daten umzugehen.

Gleichwohl sind die Einrichtung und der Bericht des Landesbeauftragten wichtig, denn er zeigt, wie umfangreich das Thema Datenschutz mittlerweile geworden ist. Bei aller Sensibilität mit den eigenen Daten: Bei unlauterem Verhalten bzw. bei Verstößen gegen die gesetzlichen Vorgaben kann ein Bußgeld durchaus helfen, Abhilfe zu schaffen, wobei wir über die Höhe der Bußgelder vielleicht noch einmal nachdenken müssen.

Eine Anregung möchte ich noch einbringen: Eine bessere Vernetzung – vielleicht passt hier, um Missverständnissen vorzubeugen, eher: eine bessere Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten der übrigen Länder und des Bundes – könnte für die Bürgerinnen und Bürger zu weiteren Verbesserungen führen. Dies betrifft verschiedene Felder. Da ist zum einen die innere Sicherheit, zum anderen die Auseinandersetzung mit internationalen Konzernen, besonders aus dem Internet-Bereich.

Auf die innere Sicherheit werden wir durch die aktuelle Berichterstattung erneut aufmerksam gemacht. Durch die rechtsextreme Zelle ist die Diskussion um die sogenannten Staatstrojaner, die Vorratsdatenspeicherung und weitere Instrumente der staatlichen Überwachung noch stärker aufgeflammt.

Ich gebe zu, dass ich hier hin- und hergerissen bin. Als Datenschützer und freiheitsliebender Mensch finde ich, dass es nicht sein kann, dass wir die Freiheit unbescholtener Bürger immer weiter einschränken und überwachen, und als Innen- und Sicherheitspolitiker sehe ich andererseits die Probleme, vor denen die Ermittlungsbehörden stehen, und die Erleichterungen und Verbesserungen für die innere Sicherheit durch solche Überwachungsmaßnahmen.

Ich wünsche mir in diesem Zusammenhang, dass der Datenschutzbeauftragte mit seinen Kollegen in den übrigen Ländern und auf Bundesebene versucht, mit den Ermittlungsbehörden und den übrigen involvierten Stellen Kompromisse mit Augenmaß in diesen Fragen zu erzielen und die widerstreitenden Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Zum anderen beziehe ich mich auf die Internet-Konzerne, wie sie zum Beispiel Google und Facebook heißen, die in unfassbaren Dimensionen Daten sammeln. Es heißt auch nicht umsonst, dass Facebook die umfangreichste biometrische Datenbank der Welt sei.

Wenn jedoch der Facebook-Konzern aufgrund des aggressiven Vorgehens des schleswig-holsteinischen Datenschutzbeauftragten für schleswig-holsteinische Nutzer verbesserte Einstellungsmöglichkeiten im Datenschutz in Aussicht stellt, was derzeit nicht völlig ausgeschlossen erscheint, dann wäre dies zwar begrüßenswert, es wäre aber noch

begrüßenswerter, wenn diese Möglichkeit auch nordrhein-westfälischen Nutzern zur Verfügung stünde.

Dass im Übrigen die Stellungnahme der Landesregierung zu dem rasant wachsenden Punkt 15 des Berichts, dem Bereich Technik und Medien, nichts beinhaltet, hat mich, ehrlich gesagt, irritiert. Kein Wort zu Analysetools, zum Surfverhalten, zum Datensammeln bei Online-Spielen und auch nicht zur Neuordnung der Rundfunkfinanzierung, die hier im Plenum erst durch meine Fraktion gestoppt worden ist. Zu all dem sagt die Landesregierung nichts.

Das lässt nur den Schluss zu, dass die Landesregierung zu diesen wichtigen Punkten der persönlichen Datensicherheit keine Meinung hat oder die Themen nicht für relevant hält – und das ausge rechnet bei diesem Zukunftsthema. Chance vertan, lieber Herr Minister!

(Minister Ralf Jäger: Jetzt haben Sie mich aber getroffen!)

Deshalb bleibt es dabei: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. – Danke.

(Beifall von der CDU – Minister Ralf Jäger: Ja, das ist klar! Und Schweine haben Flügel!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Moritz. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Yetim das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ibrahim Yetim (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Informationelle Selbstbestimmung ist ein hohes Gut, und der Schutz persönlicher Daten ist ein wichtiger Grundsatz des Rechtsstaats. Deswegen möchte ich zunächst einmal Herrn Lepper und seinem Team ganz herzlich für die Erstellung des Datenschutz- und Informationsfreiheitsberichts danken.

Ich möchte aber auch dem Ministerium danken, dass wir diese Stellungnahme so schnell bekommen haben. Das ging, wie ich erfahren habe, in der letzten Legislaturperiode nicht so schnell. Deswegen, Herr Moritz, glaube ich an dieser Stelle: Da, wo Rot-Grün regiert und wo ein roter Minister die Verantwortung hat, läuft es schneller und besser.

Herr Lepper, Sie haben hier gute Arbeit geleistet. Und für gute Arbeit sind wir Sozialdemokraten ja bekanntlich immer zu haben. Das muss an dieser Stelle auch mal gelobt werden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bericht, den wir hier jetzt vor uns haben, zeigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind und dass unsere Landesregierung bereits viele Projekte angegangen ist und Probleme im Bereich des Datenschutzes gelöst hat,

etwa bei den untergeschobenen Telefonverträgen. Hier konnte Rot-Grün über den Bundesrat erreichen, dass in Zukunft Vertragsabschlüsse am Telefon nach zwei Wochen schriftlich bestätigt werden müssen. Das ist ein wichtiger Schritt für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Landesregierung legt beim Zensus 2011 in den Schulen und Universitäten, bei der Polizei und Justiz, aber auch bei der Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen und zeigt damit, wie wichtig ihr diese Grundsätze sind. Auch das ist lobenswert.

Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen tut aber noch mehr. Die Landesregierung hat acht neue Planstellen für den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW geschaffen, der übrigens eine völlig unabhängige Behörde ist. Das sind 20 % Personal zusätzlich für ein sehr sinnvolles Anliegen. Damit unterstreichen wir noch mal, wie ernst wir, Rot-Grün, das Thema „Datenschutz“ nehmen.

Tagesaktuell sind die unrühmliche Debatte über den bayerischen Staatstrojaner, der Informationen auf privaten Computer sammelt und, schlimmer noch, es ermöglicht, belastende Daten auf Computern zu hinterlassen, wodurch der Rechtsstaat ausgehebelt wird, sowie die leider notwendige Diskussion über private Unternehmen, die Millionengewinne mit dem Verkauf von illegal gewonnenen Daten machen: Daten vom Kaufverhalten, Daten über die Lebensweise bis hin zu Daten zum Sexualverhalten.

Gleichzeitig lernen wir aber auch täglich, wie wichtig eine gewisse Kontrolle ist. Hochdramatisch sind die Erkenntnisse über den Naziterrorismus, von denen wir in den letzten Tagen erfahren mussten, und über Menschen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen und sich im Untergang zusammenrotten. Das macht den Datenschutz für mich und mit Sicherheit auch für viele von Ihnen zu einem nicht ganz leichten Thema.

Wir müssen die Persönlichkeitsrechte schützen, wir müssen aber auch unseren Staat und das Leben der Menschen in unserem Staat schützen. Auf diesem komplizierten Grad wandern wir täglich. Wir versuchen, den richtigen Mittelweg zwischen dem unbedingten Schutz der Persönlichkeit und dem notwendigen Schutz der Allgemeinheit zu finden. Hier ist unsere Landesregierung vorbildlich. NRW ist wachsam, ohne dabei zum Überwachungsstaat zu werden.

Meine Damen und Herren, Datenschutz wird in Nordrhein-Westfalen großgeschrieben. Mit Erfolg setzt die Landesregierung vielfach auf Gespräche und Expertenanhörungen, um freiwillige Standards, beispielsweise bei der Videoüberwachung in Discountunternehmen, einzuführen.

Es gibt aber noch immer eine Menge zu tun. Gerade bei den privaten Unternehmen findet immer wie-

der ein massiver Missbrauch von Daten statt. Hier engagiert sich die Landesregierung bereits. Aber ich glaube, wir sollten uns Gedanken darüber machen, ob wir noch einen Schritt weiter gehen und Unternehmen, die sich im Bereich „Datenschutz“ besonders engagieren, auszeichnen.

Daneben gibt es immer auch noch den Schutz der Menschen vor sich selbst. Durch das Internet und die zunehmende Vernetzung sämtlicher Lebensbereiche werden immer neue Herausforderungen an den Datenschutz gestellt. Vor einigen Jahren wären soziale Netzwerke und interaktive Internetangebote in der Form, wie es sie heute gibt, nicht denkbar gewesen. Heute sind aber Millionen von Menschen vernetzt. Gerade deshalb müssen wir die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit dem Internet stärken.

Wir diskutieren zu Recht darüber, welche Daten beim Zensus gewonnen werden dürfen; wir befassen uns intensiv mit der Frage, ob Behörden die Namen von Mitarbeitern auf ihren Internetseiten angeben müssen oder nicht. Dass aber die persönlichen Daten von Millionen Deutschen bei Facebook ungeschützt im Raum stehen, das ist bei uns bisher etwas in den Hintergrund geraten. Man stelle sich vor: Ich kann bei Facebook sehen, wer wann zu Hause, im Büro, im Urlaub, im Restaurant, im Freizeitpark oder mit der Familie im Kino ist. Das kann aber nicht nur ich sehen, sondern vielleicht auch der Mensch, der die Wohnung mal besuchen möchte – zu welchem Zweck auch immer. – Ich habe einem Freund mal mitgeteilt, dass ich wüsste, dass er im Urlaub ist, weil seine Tochter diese Information ins Internet gestellt hatte. Die gesamte Familie war in Spanien.

Junge Menschen stellen Fotos von sich ins Internet, die sie in peinlichen Situationen zeigen, was beim nächsten Bewerbungsgespräch böse ins Auge gehen kann. Das Schlimmste daran: Wer einmal im Internet war, bleibt dort und kann daraus in der Regel nie mehr völlig entfernt werden.

Ich glaube, wir müssen die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, sich selber zu schützen, aufzupassen und nicht alle Lebensdetails tagesaktuell im Internet preiszugeben. Vielen Menschen fehlt für das rasant wachsende Medium Internet leider die notwendige Medienkompetenz. Wir sollten uns hierzu gezielt Gedanken machen und die Medienkompetenz der Menschen in unserem Land fördern.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Vielleicht könnte das im Rahmen einer Landesdatenschutzkonferenz besprochen werden. Das rege ich im Namen meiner Fraktion an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yetim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der letzten Woche im Innenausschuss auf den „Gefällt mir“-Button für den Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht gedrückt, weil er wieder mal zeigt, dass starker Datenschutz und echte Informationsfreiheit wichtige Elemente unseres demokratischen Rechtsstaats sind. Dafür brauchen wir starke Institutionen. Die Koalition hat gezeigt, dass sie bereit ist, starke Institutionen für starken Datenschutz zu schaffen. Wir haben das Streichkonzert im Bereich des Datenschutzes beendet und den LDI mit zusätzlichen Stellen ausgestattet. Das war ebenso wichtig wie die strukturelle Stärkung der Unabhängigkeit.

Es ist eine Reihe von Herausforderungen definiert worden, Herausforderungen, vor denen wir durch den gesellschaftlichen Prozess der Digitalisierung stehen. Zu Recht befinden sich diese Herausforderungen im Mittelpunkt des diesjährigen Datenschutz- und Informationsfreiheitsberichts.

Klar ist für uns alle: Die gestiegene Verbreitung des Internets ist eine gigantische Chance für unsere Gesellschaft. Ebenso klar ist, dass das Netz immer weitere Teile unseres Lebens durchdringt.

Zugleich sorgt die Digitalisierung aber auch dafür, dass die klassischen Mechanismen des Datenschutzes immer wieder und an vielen Stellen unter Druck geraten. Es gibt sehr unterschiedliche Diskussionsstränge, wie darauf reagiert werden kann. Wir haben uns bislang bewusst dagegen entschieden, der Strömung Post-Privacy zu folgen, also einer weitgehenden Aufgabe der Privatsphäre, und treten für einen starken Datenschutz ein. Es ist wichtig, daraus die passenden Maßnahmen abzuleiten. Ich will aber auch sagen, dass die Diskussion durchaus spannend und an vielen Stellen sehr inspirierend ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir starken Datenschutz wollen, werden wir nicht ohne gesetzliche Standards auskommen. Von daher habe ich mich etwas über die Ausführungen von Herrn Moritz eben gewundert. Wenn wir uns ansehen, wie auf Bundesebene die Chancen konsequent vertan werden, und wenn wir uns ansehen, worüber wir beim Datenschutzbericht schwerpunktmäßig debattiert haben, nämlich beispielsweise über soziale Netzwerke: Was fällt dem Bundesinnenminister denn dazu ein? – Die absolut „revolutionäre“ freiwillige Selbstverpflichtung der Anbieter, die im Prinzip schon seit vielen Jahren im Gespräch ist und seit vielen Jahren völlig wirkungslos verpufft! Und dann sagen Sie, das sei der große Erfolg der CDU, sich so etwas auszudenken. Darüber sollten Sie vielleicht noch mal nachdenken.

Das ist aber nur illustrativ dafür, dass die Bundesregierung Chancen reihenweise verpasst. Was den Beschäftigtendatenschutz und echte Informationsfreiheit angeht, kommt entweder gar nichts oder viel Wolkiges, nette Ankündigungen, aber nichts Konkretes.

Wir brauchen starke, konkrete Mechanismen für einen echten Datenschutz, für Beschäftigtendatenschutz, für den Schutz von Kundendaten vor einer unkontrollierten Weitergabe. Wir müssen Datenweitergabe, Datenverkauf regeln. Das alles sind Felder, auf denen wir vor Herausforderungen stehen. Die Herausforderung ist auch, dies so umzusetzen, dass es der Digitalisierung angemessen ist und den freiheitlichen Rahmen des Internets erhält.

Insofern ist der Schwerpunkt, den der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit neben den gesetzlichen Standards für die Zukunft definiert hat, ganz wichtig, nämlich sehr stark darauf zu setzen, dass wir bei den Bürgerinnen und Bürgern, gerade bei Kindern und Jugendlichen, Medienkompetenz und Datenschutzkompetenz entwickeln und fördern und in allen Teilen der Gesellschaft verankern. Dazu ist bereits einiges gesagt worden.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass ein ziemlich weiter Weg vor uns liegt. Ich habe schon einiges dazu gesagt, wer bereit ist, diesen Weg zu gehen, und wer im Weg steht. Insbesondere das, was aus Berlin kommt, die große Bastion des Datenschutzes, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, hilft uns auf diesem Weg bislang nicht wesentlich weiter. Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich habe immer noch Ihren Parteivorsitzenden vor Augen, der liefern wollte. Hier bei uns in Düsseldorf ist diese Lieferung noch nicht angekommen. Ich vermute, dass die Lieferung der Schiffsladung voller FDP-Inhalte nicht unbedingt daran scheitert, dass der Rheinpegel momentan so niedrig ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen anfangen, uns auf einen langen, auf einen weiten Weg zu machen, der an vielen Stellen durchaus schwierig ist. Aber ich bin absolut der Überzeugung: Wenn wir diesen Weg jetzt nicht gehen, dann laufen wir Gefahr, dass uns die digitale Welle ein Stück weit überrollt, denn dann bekommen diejenigen Oberwasser, für die das Internet schon immer mehr Bedrohung als Chance war, die lieber zu wenig als zu viel Freiheit lassen und lieber zu viel als zu wenig Überwachung fordern. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde dazu führen, dass das Internet zum bürgerrechtsfreien Raum würde. Dies können wir genauso wenig wollen wie die völlige Aufgabe des Ziels, Datenschutz und Informationsfreiheit zu gewährleisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Anna Conrads [LINKE])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion der FDP spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bolte, Sie haben aus dem Innenausschuss berichtet und den „Gefällt mir“-Button für den LDI erwähnt, der mit seinen Mitarbeitern auf der Tribüne dieser Debatte beiwohnt. Einverstanden. Ich habe im Innenausschuss aber auch gesagt: Was sich hinter dem „Gefällt mir“-Button verbirgt – deshalb bin ich in diesem Netz nicht unterwegs –, ist in vielen Fällen – das ist die große Sorge – ein unglaublicher Missbrauch persönlicher Daten. Viele Nutzer sind völlig überfordert, das zu erkennen. Damit ist – hier stimme ich Ihnen zu – noch eine Menge Arbeit verbunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema „Datenschutz“, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist für die FDP seit Jahren ein Kernanliegen. Unser Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit hat in seinem aktuellen Bericht einen detaillierten Überblick über die Tätigkeit seiner Behörde sowie über die Entwicklungen des Datenschutzes und der Informationsfreiheit gegeben.

Der LDI hat mit Unterstützung der FDP – das ist hier schon gesagt worden – sowohl eine personelle Verstärkung als auch ein neues Gesetz zur Sicherung seiner Unabhängigkeit – Umsetzung europäischen Rechts – erhalten.

Ich begrüße für die FDP die Ankündigung des LDI, die Präsenz in der Kontrolle zu erhöhen. Auch die Vorschläge zur Modernisierung des Datenschutzrechtes haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Ich stimme ihm ausdrücklich zu, dass ein internetfähiges Datenschutzrecht das Kernanliegen jeder grundlegenden Novellierung sein muss. Im Netz entstehen unermessliche Datenmengen, die Aussagen über einzelne Menschen oder deren Beziehungen ermöglichen und zu Profilen zusammengeführt werden. Die Folgen sind für viele nicht absehbar.

Soziale Netzwerke und Bewertungsportale geben heute tiefe Einblicke. Der LDI beschreibt zutreffend:

„Die technischen Möglichkeiten heute erlauben das Abbilden der gesamten Welt im Internet als Straßenansicht oder auch aus der Satellitenperspektive. In Blogs oder Foren können einzelne über andere Personen alles verbreiten, was sie für zutreffend erachten. Die Datenverarbeitung im Netz ist weltumspannend und daher für die einzelne Person kaum beherrschbar.“

Hier muss zu Recht von der Politik ein tauglicher Rechtsrahmen gesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern hatten wir hier das aktuelle Thema „Schultrojaner“ in

der Fragestunde. Ich mahne Sie, Frau Löhrmann, an: Nehmen Sie den blauen Brief des LDI in dieser Sache ernst! Es wäre ein Witz, dass eine grüne Schulministerin bei einer solch sensiblen Angelegenheit, die alle Lehrer, Schüler und Eltern in NRW tangiert, das außen vorlässt.

(Beifall von der FDP)

Nehmen Sie sich insoweit ein Vorbild beim Bund. Dort wird an einem neuen Beschäftigungsdatenschutz gearbeitet.

Auch zu einem anderen aktuellen Thema, das hier im Landtag zur Abstimmung steht, nämlich zur Neuordnung der Rundfunkfinanzierung mit dem 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, hat der Landesdatenschutzbeauftragte eine sehr kritische Position bezogen. Ich möchte dazu aus dem Bericht zitieren. Das Zitat ist etwas länger, aber es ist umso wichtiger.

„Der Staatsvertragsentwurf muss nachgebessert werden.“

Der Staatsvertragsentwurf sieht

„massive Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht großer Teile der Bevölkerung vor. Die bestehenden Datenerhebungsbefugnisse der Landesrundfunkanstalten und der von ihr beauftragten Gebühreneinzugszentrale (GEZ) werden ... sogar durch eine Vielzahl zusätzlicher Befugnisse noch erweitert.“

Der Staatsvertragsentwurf sieht unter anderem die einmalige pauschale Übermittlung der Daten aller volljährigen Personen durch die Meldebehörden über einen Zeitraum von zwei Jahren vor.

Hinzu kommt, dass es weiterhin gestattet sein wird, Daten ohne Kenntnis der Betroffenen bei privaten Quellen, zum Beispiel bei Adresshandelsunternehmen und Auskunfteien, zu erheben.

Nicht akzeptabel“

– so der Datenschutzbeauftragte –

„ist auch, dass ... Beitragsschuldner die Aufgabe einer Wohnung nicht nur anzeigen, sondern auch begründen sollen. Es ist ...aber ohne jede Bedeutung“

– so führt er weiter aus –,

„aus welchen persönlichen Gründen eine Wohnung aufgegeben wird.“

Nicht hinnehmbar ist im Übrigen die von der GEZ verfolgte Praxis bei der Beitragsbefreiung aus sozialen Gründen. Die GEZ scannt ihre gesamte Eingangspost, also auch vollständige und nicht geschwärzte Sozialbescheide, weil eine teilweise Erfassung der Bescheide angeblich nicht möglich sein soll. Dies hat zur Folge“

– so der Datenschutzbeauftragte –,

„dass auch sensible Gesundheits- bzw. Sozialdaten gespeichert werden, obwohl sie für die Entscheidung zur Beitragsbefreiung nicht erforderlich sind.“

Bis heute sind die datenschutzrechtlichen Bedenken überwiegend nicht ausgeräumt worden. Das müssen wir uns ins Stammbuch schreiben und bei der Novellierung des Staatsvertrages berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erwarten von SPD und Grünen, im Bereich „Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung“ Datenschutz und Informationsfreiheit insoweit ernst zu nehmen und die dargestellten Defizite auszuräumen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Leute aus der Landesdatenschutzstelle! Bevor ich auf den Bericht zu sprechen komme, möchte ich kurz auf die Äußerungen von Herrn Yetim eingehen. Er hat einen bestimmten Aspekt in diese Debatte gebracht. Ich verstehe ihn insofern, als dass die aktuellen Ereignisse rund um den rechten Terror alle sehr bewegen. Aber bei all der Bewegung, die Sie genau wie wir verspüren, möchte ich davor warnen, diese Debatte jetzt in die Datenschutzdebatte einfließen zu lassen. Das ist aus meiner Sicht keine Datenschutzdebatte. Und ich möchte verhindern, dass wir aufgrund dieses Terrors, den es gab und gibt, jetzt sofort eine Verschärfung von Instrumenten wie Online-Durchsuchung und Vorratsdatenspeicherung fordern. Das haben Sie nicht getan, aber ich möchte trotzdem davor warnen, das in diesen Debatten zusammenzulegen; denn das kann dazu führen, dass jetzt genau das gemacht wird, was man nach Meinung des Landesdatenschutzbeauftragten nicht tun sollte.

Der Landesdatenschutzbeauftragte und sein Team leisten in NRW gute und wichtige Arbeit. Der jährliche Datenschutzbericht ist ein wichtiger Beitrag zur Information der Öffentlichkeit und auch der Politik darüber, wie es um den Datenschutz in NRW bestellt ist.

Wir haben uns genau wie die anderen Fraktionen für die Stärkung des Datenschutzbeauftragten ausgesprochen. Wir haben sogar die Idee in die Diskussion gebracht, ihn zu einer obersten Landesbehörde zu machen. Darüber gab es Diskussionen. Wie dem aus sei: Jetzt ist er gestärkt; das ist gut so.

Wir haben den Haushalt passieren lassen, der eine Erhöhung der Zahl der Mitarbeiterstellen beim Landesdatenschutzbeauftragten berücksichtigt. Das ist ebenfalls sehr wichtig.

Und der Landesdatenschutzbeauftragte hatte bei allen Diskussionen sowohl zur Vorratsdatenspeicherung als auch zu ELENA, worüber wir auch hier diskutiert haben, immer unsere Unterstützung bei seiner Kritik. Das gilt auch für alle Diskussionen rund um Online-Durchsuchungen, private Krankenkassenkarten, biometrische Pässe sowie die Trojanerdebatte. Herr Engel hat es gerade angesprochen: Gestern gab es auch noch eine Schultrojanerdebatte.

Wenn der Datenschutzbeauftragte davon spricht, dass die größten Probleme inzwischen im Bereich der Privatunternehmen liegen, also Bespitzelung von Mitarbeitern, Facebook, soziale Netzwerke, dann stimmt das sicherlich, aber das entledigt uns auf keinen Fall der kritischen Betrachtung der staatlichen Datensammelwut. Einige Sachen wurden hier fraktionsübergreifend angesprochen. Die Datenschützer – sowohl die Leute aus dem Grundrechtekomitee als auch die Landesdatenschutzbeauftragten – gehen da aus unserer Sicht völlig zu Recht auf die Palme.

Aus der Stellungnahme der Landesregierung geht hervor, dass sie zwar in vielen Punkten mit Herrn Lepper übereinstimmt, aber in einigen eben auch nicht. Beispielsweise ist der Landesdatenschutzbeauftragte bei der Frage „Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung“ deutlich kritischer, aber auch bei der Frage „Einführung einer zentralen Haftdatei“, in der alle Gefangenendaten für die Vollzugsbehörden eines Landes zentral gespeichert und dem Zugriff weiterer öffentlicher Stellen ausgesetzt werden können.

Das sind Punkte aus dem Bericht, bei denen wir geschaut haben, wie die Landesregierung dazu steht. Da gibt es durchaus Kontroversen. Wir sind sehr daran interessiert, da auch weiter kritisch draufzugucken. Das müssen wir auch als Parlament. Da müssen wir auf den Rat und auf die Meinung des Landesdatenschutzbeauftragten hören. Wir müssen ihn anhören. Wir sollten uns mit ihm treffen. Wir sollten ihn in seiner Kritik unterstützen.

Ich wünsche mir auch, dass Herr Lepper sich weiterhin laut und selbstbewusst meldet, dass er Missstände aus seiner Sicht aufdeckt und dass wir hier auch weiter solche kritischen Diskussionen führen können, wie das zum Beispiel – Herr Moritz hat es angesprochen – in Schleswig-Holstein in Bezug auf Facebook geschehen ist.

Ich wünsche mir explizit eine politische Äußerung vom Landesdatenschutzbeauftragten, wünsche ihm weiterhin viel Erfolg und kann mich natürlich der Aufforderung anschließen, dass das Parlament den

Landesdatenschutzbericht zur Kenntnis nehmen soll. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab zwei Bemerkungen machen. Eine in Richtung Herrn Engel: In der Tat sollten wir alle, auch die FDP, sehr angespannt reagieren, wenn es um Vertragsverletzungsverfahren geht. Herr Engel, es gibt übrigens auch Vertragsverletzungsverfahren wegen der Nichteinführung von Mindestspeicherdauern bei den Verkehrsdaten in der Telekommunikation.

Ein zweiter Hinweis sei an Herrn Yetim gestattet. Ja, Sie haben völlig recht: Alle sollten vermeiden, bei Facebook zu schreiben, wann sie in Urlaub sind, sonst bekommen sie ungebetenen Besuch nach Hause,

(Sören Link [SPD]: 20.000 € Schaden!)

weil das in der Regel nämlich auch von Personen gelesen wird, die scharf sind auf das Eigentum anderer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit greift aktuelle Themen im Bereich des Datenschutzes auf. Er begrüßt hierbei das im Juni in diesem Landtag einstimmig verabschiedete Gesetz zur Unabhängigkeit des LDI, das seiner Behörde im Einklang mit europäischem Recht die gebotene Unabhängigkeit garantiert. Seine Ausführungen beispielsweise zu sozialen Netzwerken und Bewertungsportalen zeigen, für wie wichtig er die Einhaltung datenschutzrechtlicher Grundsätze gerade im privaten Umfeld hält. Die Schwerpunktverlagerung auf den nichtöffentlichen Bereich halte ich daher für konsequent und richtig.

(Beifall von Hans-Willi Körges [SPD])

Der Landesdatenschutzbeauftragte hat aber auch weiterhin den öffentlichen Bereich des Datenschutzes im Blick. Dies wird insbesondere an seinen Anmerkungen zu den Bereichen „Polizei“, „Schule“ und „Justiz“ deutlich.

Mit ihrer Stellungnahme zum 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht hat die Landesregierung die Gelegenheit genutzt, ihre Sichtweise zum Ausdruck zu bringen. Dabei ist es, meine Damen und Herren, nicht überraschend, dass die Landesregierung Sachverhalte mit datenschutzrechtlichem Bezug in Einzelfällen fachlich anders bewertet als der LDI mit seiner spezifisch datenschutzrechtlichen Sichtweise. Nach Aussprache im Innenausschuss

am 10. November glaube ich sagen zu können, dass es aber wohl keinen Punkt gibt, bei dem sich die Positionen von Landesregierung und LDI unversöhnlich gegenüberstehen würden. Ich freue mich, dass auch Sie, Herr Lepper, dies so zum Ausdruck gebracht haben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu bekräftigen, dass die datenschutzrechtliche Beratung des LDI bei den Behörden des Landes willkommen ist und Gewicht hat.

Zum bewährten Informationsfreiheitsgesetz möchte ich nur wenige Worte verlieren. Wir in NRW gehörten bekanntlich zu den ersten Ländern, die am 15. November 2001, also vor bereits zehn Jahren, eine Regelung verabschiedet haben, die den Bürgerinnen und Bürgern einen weitgehenden, voraussetzungslosen Auskunftsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen einräumt. Das Informationsfreiheitsgesetz findet in der Bevölkerung Zuspruch. Anträge werden in der Regel zügig bearbeitet. Nur in Ausnahmefällen wird ein Antrag abgelehnt.

Abschließend fasse ich die Position der Landesregierung zur weiteren Entwicklung des Datenschutzes wie folgt zusammen:

Dem Datenschutz wird gerade in Zeiten einer dynamisch-technischen Entwicklung große Bedeutung zugemessen. Die Verantwortung des Einzelnen, sorgfältig mit seinen personenbezogenen Daten im Sinne von Datensparsamkeit umzugehen, muss bekräftigt werden. Hierzu gehört auch die Stärkung der Medienkompetenz gerade bei Kindern und Jugendlichen.

Die Landesregierung wird sich für die erforderlichen Gesetzesänderungen auf Bundesebene einsetzen, um darauf hinzuwirken, dass die Rechtslage mit der technischen Entwicklung und der Globalisierung gerade im Netz Schritt hält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, dass der Datenschutz in Nordrhein-Westfalen hohe Priorität genießt. Der LDI ist gerade nach den aktuellen Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers – also von Ihnen, meine Damen und Herren – eine personell gut aufgestellte Landesbehörde. Als Landesbehörde eigener Art besitzt sie die nach der EU-Datenschutzrichtlinie geforderte völlige Unabhängigkeit.

Das nordrhein-westfälische Datenschutzgesetz befähigt den LDI, beratend und im Bedarfsfall auch eingreifend tätig zu werden. Angesichts der konstruktiven Zusammenarbeit von Datenschutzbeauftragtem und Landesregierung bin ich guten Mutes, dass alle Beteiligten das Ihre dazu beitragen, um die informationelle Selbstbestimmung und damit ein wichtiges Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu schützen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Von der Landesregierung gibt es eine weitere Wortmeldung, und zwar von Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz, weil sowohl von Herrn Engel als auch von Frau Conrads die Frage der Plagiatssoftware angesprochen worden ist: Ich möchte darauf verweisen, dass das gestern umfänglich Thema der Fragestunde war und dass dort von mir alle Fragen beantwortet worden sind. Alle, die dazu Fragen haben, auch die Öffentlichkeit, bitte ich, die umfänglichen Fragen und Antworten nachzulesen, damit hier mehr Aufklärung und Sachlichkeit in die Debatte kommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/3282**, den 20. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht 2011 des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit – Vorlage 15/615 – und die Stellungnahme der Landesregierung hierzu – Vorlage 15/868 – zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

7 Weiterentwicklung des Adressraums im Internet – Unterstützung der Einführung der Top-Level-Domain „.nrw“

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3268

Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Verpoorten das Wort.

Andrea Verpoorten (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit großem Interesse vernahm ich die Meldung der Landesregierung vom gestrigen Tage, dass diese die Einführung einer Top-Level-Domain „.nrw“ unterstützt. Es passiert mir sehr selten, dass eine Pressemeldung der Landesregierung ein Lächeln bei mir verursacht. Doch hierüber musste ich herhaft lachen. Mich hat es schon amüsiert, dass ca. eine Woche, nachdem unsere Fraktion den vorlie-

genden Antrag gestellt hat, die Landesregierung ankündigt, diesen quasi in vorauselendem Gehorsam vor der Beratung im Landtag umzusetzen. Drückte da etwa das schlechte Gewissen? – Schließlich ist der hier zu beratende Antrag nicht neu.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben im Juli 2009 folgerichtig mit der Bekanntgabe der in Zukunft frei wählbaren Top-Level-Domains einen Antrag ins Plenum eingebracht, der sich mit der Erweiterung des Internetadressraums um regionale Top-Level-Domains befasst hat. Mit dem damaligen Votum für den Antrag wurde der Medienstandort NRW erneut seiner Vorreiterrolle gerecht.

Über zwei Jahre, nachdem der Antrag der Fraktionen der CDU und FDP verabschiedet wurde, ist aber nichts passiert. Daher sah meine Fraktion dringenden Handlungsbedarf, einen erneuten Antrag zu stellen, um auf dieses Versäumnis hinzuweisen.

An dieser Stelle darf ich mich bei der Landesregierung bedanken,

(Minister Ralf Jäger: Können Sie gern!)

dass sie die von meiner Fraktion erarbeitete Medienpolitik offensichtlich so sehr schätzt, dass ein Antrag von uns, noch bevor er ins Plenum kommt, innerhalb von acht Tagen zu einem Maßnahmenplan gedeihlt, der genau die in unserem Antrag erwähnten Punkte abarbeitet.

(Beifall von Bernhard Recker [CDU])

Wären aber zum Zeitpunkt der zweiten Antragstellung wirklich schon entsprechende Schritte durch die Regierung geplant und eingeleitet gewesen, hätten Sie vielleicht mehr Zustande gebracht als eine vage Pressemitteilung, die eine Ausschreibung im gleichen Monat irgendwie vage ankündigt.

Selbst gestern konnten Sie mir nicht sagen, wann genau Sie eigentlich aktiv werden wollen. Stattdessen liefern Sie uns ein Paradebeispiel dafür, wie Sie versuchen, in letzter Sekunde Ihr vorheriges Handlungsversäumnis zu überspielen. Nun ja: Besser spät als nie.

(Beifall von Bernhard Recker [CDU])

Wir sollten diesen Antrag auch als ein Werbemittel für unser schönes Bundesland sehen, als ein Werbemittel für die Marke „NRW“, um diese auch in der digitalen Welt zu verbreiten. Dieser Antrag ist kein Antrag zur Provinzialisierung des Internets, wie es etwa der Kollege Keymis in seiner Rede zum ersten Antrag in der letzten Legislaturperiode geäußert hat.

Andere Bundesländer wie Bayern machen es uns vor. Die sind in diesem Punkt schon weiter. Wir dürfen den Zug der Zeit aber nicht verpassen. Das sage ich auch in Anbetracht der aktuellen Diskussion zur Vielzahl der Top-Level-Domains. Erst wenn sich die digitale Welt hierüber auf ein gemeinsames Vor-

gehen geeinigt hat, sollten wir unseren heutigen Antrag erneut zur Diskussion stellen. Solange dies jedoch nicht geschehen ist, sehe ich nicht ein, warum das Bundesland Bayern eine Top-Level-Domain haben wird und wir darauf verzichten sollten.

Aus diesem Grund, aber auch um die Umsetzung durch die Landesregierung genau im Auge zu behalten und zu überwachen, stimmt meine Fraktion der Überweisung in den Haupt- und Medienausschuss zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Verpoorten. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Vogt.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Verpoorten, ich bin natürlich auch erleichtert über die Freude, die Sie über das Handeln der Landesregierung hier gerade zum Ausdruck gebracht haben, und nehme durchaus positiv zur Kenntnis, dass Sie sich engagiert in einen Antrag einbringen, der sich durch Regierungs-handeln eigentlich schon erledigt hat.

Die Landesregierung soll eine Top-Level-Domain unterstützen und einführen. Bei einer Top-Level-Domain handelt es sich um die letzten Buchstaben nach dem letzten Punkt in einer Internetadresse. In der Regel ist das bei uns Abgeordneten die Endung „.de“, und jetzt geht es um die Endung „.nrw“.

Die Pressemitteilung des Innenministeriums in dieser Woche haben Sie schon erwähnt, nach der grundsätzlich die Einführung durch die Landesregierung auf den Weg gebracht wurde und nicht nur Landeseinrichtungen zur Verfügung stehen, sondern auch Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen sollen, die Domain „.nrw“ nutzen zu können.

Zum Ablauf, wie diese Beantragung stattfinden soll: Da gibt es die amerikanische Internetorganisation ICANN, die letztendlich über die einzelnen Domains entscheidet und diese verwaltet. Die Bewerbungsphase läuft bis April nächsten Jahres. Laut der Pressemitteilung des Innenministeriums sollen die privaten Unternehmen Möglichkeiten haben, sich in einem Wettbewerbsverfahren um die Unterstützung durch die Landesregierung zu bewerben. Anschließend wird sich ein Unternehmen bei der ICANN um diese Domain bewerben. Bei der zukünftigen Nutzung soll Voraussetzung sein, dass rechtswidrige und grob anstößige Domains nicht registriert werden.

Sie sehen also: Das Verfahren durch die Landesregierung läuft schon. Wenn wir generell über Domain-Erweiterungsmöglichkeiten reden, gibt es Gründe dafür, aber auch kritische Punkte. Positiv ist sicherlich die Domain auf Länderebene. Da sehe

ich es auch so, dass ein großes Bundesland wie NRW diese Top-Level-Domain betreiben kann. Bei der kommunalen Ebene wird es schon ein bisschen schwieriger. Sie schreiben in dem Antrag, dass dadurch die lokale Identität gesteigert wird, dass sich dadurch mehr Möglichkeiten entwickeln. Gleichzeitig entsteht aus meiner Sicht aber auch mehr Verwirrung, weil eine räumliche Zuordnung bei Web- und E-Mail-Adressen dabei gerade international nicht mehr so besonders ins Gewicht fällt.

Ob jede neue Top-Level-Domain ein Erfolg wird, ist auch fraglich. Wir haben bisher 200 Top-Level-Domains, die länderspezifisch sind, und 20 weitere generische Top-Level-Domains wie zum Beispiel „.info“, und nicht alle wurden im Laufe der Zeit gleichermaßen von den Nutzern angenommen.

Für die „nrw“-Endung ist zu hoffen, dass sie sich durchsetzt. Die Landesregierung hat schon die ersten Schritte eingeleitet. Der Antrag ist eigentlich überholt, aber wir werden der Überweisung natürlich auch zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogt. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt scheint ein sehr freudiger zu werden: Frau Verpoorten freut sich, dass die Landesregierung ihren Antrag praktisch schon erledigt hat. Kollege Vogt freut sich, dass sich Frau Verpoorten freut. Ich freue mich über so viel Harmonie, muss aber auch sagen, dass ich durchaus überrascht bin, was sich die CDU als neue Partei der Netzversteher manchmal ausdenkt und an großer Kreativität mitbringt.

Vor wenigen Wochen noch rieben wir uns alle erstaunt die Augen, als Peter Altmaier plötzlich glaubte, das Internet dadurch zu verstehen, dass er sich bei Twitter zur Sachertorte verabreden konnte.

(Lachen von Armin Laschet [CDU])

Dazu kann man sagen: Immerhin! – Aber so richtig hilft es nicht weiter, wenn an anderer Stelle ein Herr Friedrich hingehnt und einfach einmal eben so einen passant die Aufhebung der Anonymität im Internet fordert. – Sei's drum!

Zur Sache: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Meisterwerk der Netzpolitik der CDU handelt es sich um etwas, was nicht unbedingt verkehrt ist, sondern ein durchaus verfolgungswertes Anliegen. Aber es ist sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluss.

Wir haben eben schon an einigen Stellen über die Chancen der Digitalisierung gesprochen, den einfachen und schnellen Zugriff auf Informationen, nahe-

zu global und in nahezu unendlichem Ausmaß. Die demokratischen Vorfeldprozesse, die wir stärker erweitern können, bei denen wir es schaffen können, durch die Möglichkeiten der Digitalisierung mehr Menschen bei der Demokratie mitzunehmen, politische Willensbildung besser in der Bevölkerung zu organisieren und schließlich auch durch die Digitalisierung für mehr Transparenz politischer und gesellschaftlicher Prozesse zu sorgen, sind allesamt große Chancen.

In einem Raum wie dem Internet sehen wir auch, dass es momentan eine ganze Reihe von Spielregeln gibt. Zu einer dieser Spielregeln gehören die Vorgaben der ICANN, der Institution in den USA, die sozusagen global die Top-Level-Domains verwaltet. Vor etwa einem halben Jahr hat sie ihre Verfahren und Strukturen verändert. Mittlerweile gibt es wesentlich freiere Möglichkeiten, Top-Level-Domains anzumelden und zu verwalten. Daraus resultiert ja auch Ihre Initiative, die, wie gesagt, keine schlechte Idee ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir uns inhaltlich mit dem Thema auseinander, müssen wir erkennen, dass es sehr viele Möglichkeiten gibt, lokale und regionale Identitäten zu berücksichtigen und zum Ausdruck zu bringen. Einiges davon ist im Real Life verfügbar: Mancher klettert auf das Hermannsdenkmal im schönen Ostwestfalen, andere singen regelmäßig das Steigerlied, wiederum andere verbringen viel Lebenszeit in den zahlreichen Biergärten Nordrhein-Westfalens. Insofern ist eine Top-Level-Domain – ich sagte es eben – nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss.

Aber „.nrw“ ist sicherlich eine interessante Option, wie sich das – darauf haben Sie schon hingewiesen, Frau Kollegin Verpoorten – schon in Bayern gezeigt hat. Warum sollte man das nicht auch bei uns ermöglichen? Insofern bin ich froh, dass die Landesregierung schon einiges in die Wege geleitet hat.

Wie soll das genau ausgestaltet werden? – Ich bin durchaus froh, dass Sie in Ihrem Antrag einige Fragen durchaus offengelassen haben, weil das auch richtig ist. Das betrifft zum Beispiel die Frage, wie genau eine Verwaltung der neuen Top-Level-Domain „.nrw“ aussehen kann. Das im Ausschuss im weiteren Beratungsverfahren mit der gebotenen Fachlichkeit zu klären, wird durchaus spannend.

Für heute darf ich mich bedanken und hoffe, dass wir weiterhin eine so freudige Debatte verleben können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Derzeit finden wir im Internet rund 350 Millionen registrierte Websites. Deren Anzahl steigt voraussichtlich weiter rapide. Was die Namensgebung angeht, ist selbstverständlich viel Kreatives, manchmal auch einiges Kryptische zu finden.

Bereits im Jahr 2009 hat dieser Landtag auf Initiative von Schwarz-Gelb beschlossen, sich mit der rechtzeitigen Erweiterung der Top-Level-Domains zu befassen, neue Möglichkeiten in dieser Hinsicht zu nutzen und zu erschließen, und aus diesem Grunde damals einen Antrag zur Erweiterung des Internetraums um regionale Top-Level-Domains gegen die Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet.

Seit diesem Jahr bestehen endlich auch die von uns damals avisierten neuen Bewerbungsregeln für die Vergabe der TLDs bei der zuständigen ICANN, so dass nun auch tatsächlich eine faktische Umsetzungsmöglichkeit für den seinerzeitigen Beschluss des Hohen Hauses besteht. Deshalb muss jetzt innerhalb eines vorgegebenen Bewerbungszeitraums gehandelt werden.

Der im Jahr 2009 von CDU und FDP gefasste Landtagsbeschluss ist damit weiterhin gültig und war selten so aktuell wie in diesen Tagen. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, dem Anliegen des heute vonseiten der CDU-Fraktion vorgelegten Antrags zu folgen.

Die Landesregierung, die sich heute im Amt befindet, hat sich mit ihren Fraktionsvertretern der letzten Legislatur anders aufgestellt und verhalten. Deshalb freut es uns natürlich, wenn jetzt unserem Anliegen in der Sache nachträglich entsprochen wird, nachdem man sich damals anders positioniert hatte. Aber man kann ja auch dazulernen, liebe Kollegen von Rot-Grün.

Schauen Sie einmal in die Debattenprotokolle von damals, und Sie werden einiges lesen: Was CDU und FDP an komischen Vorschlägen mit neuen TLDs hätten, sei alles nicht gewünscht. Es reichte sogar bis zu dem Vorwurf, das Ganze sei – das fand ich bemerkenswert – kommunalfeindlich, weil es für ein solches Dickicht an neuen Anmeldewünschen im Worldwide Web sorge, sodass dann die Identität tatsächlich verlorenginge.

Wir haben das immer anders gesehen und gesagt: Es wird ja niemand dazu gezwungen, mit seiner Adresse umzuziehen, sondern jedem freiwilligen zusätzlichen neuen Angebot, das Menschen wollen, sollen keine staatlichen Zwänge entgegenstehen. Wenn es Bürger, Kommunen und Unternehmen gibt, die ihre regionale Identität – sei es die zu ihrem eigenen Bundesland oder die zu ihrer Heimatstadt – dadurch deutlich machen wollen, dass sie das auch in der Endung ihrer eigenen Internetadresse oder abgeleitet davon in Mailadressen deutlich machen

wollen, spricht dagegen doch überhaupt nichts. Das halten wir auch für den richtigen Umgang. Wir müssen uns doch von politischer Seite aus keine Sorge machen, weil das doch letzten Endes keine staatliche Entscheidung ist.

Zielsetzung muss immer sein, dass Politik das ermöglicht, was einigen, die es wollen, nützt, mehr Freiheiten erlaubt und zugleich niemand anderen schädigt. Genau so ist es in diesem Fall.

Wie ist die Situation denn heute, und wie ist es in den letzten Jahren gewesen? Es gibt nicht wenige Internetnutzer, die sich ganz bewusst überlegt haben, welche anderen Länderbezeichnungen ihren eigenen Vorstellungen am nächsten kommen, und sich dann Adressen aus ganz anderen Teilen der Welt gesucht haben, weil sie die entsprechende Abkürzung wiederum mit regionaler Identität verbunden haben. Beispielsweise wurden E-Mail-Adressen in der Dominikanischen Republik angekauft, weil sie auf „.do“ enden. Das war für viele Dortmunder so identifikationsstiftend, dass sie sich um solche Adressen bemüht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das geht einfacher, indem wir zukünftig neue Freiheiten, die international möglich sind, durch entsprechende Bedarfserklärungen auch dieser Regierung für eine verbesserte regionale und meinetwegen auch kommunale Identität nutzen und uns darum bemühen, dass alle diejenigen, die sich – unter gewissen Kriterien, die natürlich erfüllt sein müssen – für neue Top-Level-Domains interessieren und dafür auch eine entsprechende Nachfrage nachweisen können, nicht in ihren Bemühungen behindert, sondern vonseiten der Politik entsprechend unterstützt werden.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Deshalb freue ich mich, dass Sie sich heute insbesondere von rot-grüner Seite komplett anders äußern, als Sie noch vor zwei Jahren an dieser Stelle in diesem Hohen Haus mit diesem Thema umgegangen sind. Wenn wir uns durch den Diskussionsprozess, der auch bei Ihnen in den letzten zwei Jahren vorangeschritten ist, heute einig sind, dass das neu zu bewerten ist, und Sie nicht mehr behaupten, das sei eine kommerzielle Spielwiese für Unternehmen oder irgendwelche anderen Interessen,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

sondern mit uns gemeinsam die Vorteile sehen, die sich für Bürger, für Nutzer und für Kommunen und deren eigene Identität genauso wie für die Länder und auch das Bundesland Nordrhein-Westfalen ergeben, sind wir auf einem guten Weg.

Wir verstehen die Ankündigungen der Landesregierung in den letzten Tagen, nun auch „.nrw“ anzumelden, als ersten Schritt in diese Richtung, aber nicht als das Ende der Fahnenstange. Ich glaube, dass es in den nächsten Jahren weitere Bedarfe für regionale Identitäten von Internetadressen gibt. Dort

muss weiter gehandelt werden. Insofern ist das ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das Ende aller Tage.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich darf auf die Redezeit hinweisen.

Ralf Witzel (FDP): Genau in diesem Sinne sollten wir gemeinsam weiter mehr Menschen mehr Wünsche erfüllen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was passieren kann, wenn Blinde von der Farbe reden, können Sie sich auf YouTube angucken. Im Frühjahr wurde Kulturstatssekretär Naumann vor laufender Kamera gefragt, was denn wohl passieren würde, wenn das Internet einmal voll sei. Dafür hat er sogar noch einen Lösungsvorschlag gehabt. Er hat gesagt: Die Firma Google wird es schon richten. – Das ist das Niveau, auf dem manchmal diskutiert wird.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Bitte? – Das war keine Zwischenfrage; gut.

Eine Erweiterung des Top-Level-Domains-Adressraums halten wir generell für problematisch, obwohl wir gegen die Domain „.nrw“ nichts haben. Ohne feste hierarchische Top-Level-Domains bleiben nur noch Suchmaschinen, um jemanden im Internet zu finden. Ein logisches Vorgehen mit gesundem Menschenverstand ist bei beliebig vielen Top-Level-Domains im Prinzip nicht mehr möglich.

(Ralf Witzel [FDP]: Also ist der Mensch unfähig!)

Bei der Entstehung des Internets war angedacht, dass zum Beispiel Bildungseinrichtungen unter der Endung „.edu“ – für education –, Unternehmen unter der Endung „.com“ und Non-Profit-Organisationen unter der Endung „.org“ zu erreichen sind. Das funktionierte in Großbritannien und den USA teilweise erfolgreich. Bei uns gab es von Anfang an den Kampf um die „.de“-Adressen. Nun ist das Kind allerdings schon generell in den Brunnen gefallen.

Die ICANN hat beschlossen, dass neue Top-Level-Domains kommen werden. Dazu bedurfte es nicht des Antrags der CDU oder des Entschlusses der Regierung, das jetzt zu beantragen. Der Beschluss der ICANN ist schon am 20. Juni 2011 veröffentlicht worden. Dabei handelt es sich um die Vergaberichtlinien für neue Domainräume. Nach dem von

ICANN angekündigten vorläufigen Zeitplan müssen Bewerbungen im Frühjahr 2012 eingereicht werden.

Die ICANN geht gegenwärtig davon aus, dass mehr als 500 Anträge auf die Registrierung neuer Top-Level-Domains gestellt werden. Allerdings soll es keine Begrenzung nach oben geben.

Es geht dabei – das will ich jetzt einmal deutlich machen – nicht nur um Länderdomains und Regionaldomains wie „.nrw“. Im Gespräch sind folgende Adressen: Einzelne Unternehmen – „.ibm“, „.sap“, „.allianz“ – können eigene Adressen bekommen. Bestimmte Branchen – „.travel“, „.hotel“, „.bank“ – kriegen eigene Adressen. Soziale Netzwerke oder Spielegemeinschaften – „.facebook“, „.twitter“, „.ps3“ – erhalten eigene Adressen. Spezielle Interessengruppen – „.sport“, „.eco“, „.golf“, „.food“ – kriegen eigene Adressen. Geografische Regionen – „.berlin“, „.bayern“, „.nrw“ – kriegen eigene Adressen. Sprachgemeinschaften – „.cym“ für Wales, „.gal“ für Galizien, „.bzh“ für die Bretagne – bekommen eigene Adressen. Wie gesagt, bisher insgesamt mindestens 500! Es werden Top-Level-Domains mit der Endung „.web“, „.shop“, „.buy“ etc. vergeben.

Jetzt einmal zu den Kosten: Allein die Bewerbungsgebühren ohne fachanwaltliche Kosten betragen 185.000 Dollar pro Domain. Dazu kommen jährliche Gebühren von mindestens 75.000 Dollar. Laut eco – Verband der deutschen Internetwirtschaft – wird die Anschubfinanzierung noch einmal 500.000 bis 1 Million pro Domain kosten.

Wer kann sich das leisten? In Nordrhein-Westfalen wird der zurzeit nicht anwesende Finanzminister wie zur letzten Jahreswende wahrscheinlich verschwunden geglaubtes Geld entdecken. Damit ließe sich das finanzieren. Der Pleitestaat Berlin hat schon einen Antrag gestellt. Die reiche Stadt Düsseldorf wird es zahlen können. Aber was ist mit Duisburg und Oberhausen? Werden die wohlhabenden Städte durch ihre Domains Wettbewerbsvorteile zulasten kleiner Städte haben, die sich eine eigene TLD nicht leisten können?

Der Lokalpatriotismus ist an dieser Stelle ein peinliches Klein-Klein. Ich sehe wirklich nicht den großen Nutzen. Die vielen neuen TLDs werden die Verwirrung perfekt machen.

Die Behauptung, dass die Domains knapp werden und man deshalb neue braucht, ist übrigens so alt wie das Internet. Vor zwölf Jahren standen solche Meldungen schon auf heise.de.

Wahr ist, dass gute Domains knapp werden. Aber das ist selbst verschuldet, weil jeder die begehrte de-Domain haben will.

Es wird auch noch weitere negative Effekte geben. Sobald es die „.nrw“-Domain gibt, wird jeder sie buchen, ehe es ein anderer tut. dielinke-nrw.de wird dann dielinke.nrw sein. landtag.nrw.de wird land-

tag.nrw. Es wird Weiterleitungen und Umleitungen geben. Die alten Adressen werden behalten; sie werden nicht aufgegeben. Es wird ein völliges Durcheinander sein. Und das Ganze ist nur Kosmetik.

Aber sei's drum! Wir gönnen Ihnen die paar Publicity-Punkte und werden diesmal auch einem Antrag zustimmen, der eigentlich völliger Unsinn ist.

Im Übrigen gilt immer noch: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch. Die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist auch falsch. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Und ich beginne mit dem Hinweis, dass Karthago zerstört werden müsste.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine gute Positionierung im Internet ist heute weit mehr als eine Frage des Marketings; es ist insbesondere eine Frage der Infrastruktur und für das Land und für den Staat eine Frage der Informationshoheit. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich der Landtag auch mit der Weiterentwicklung des Adressraums für neue Top-Level-Domains befasst.

Das hat er bereits im Jahre 2009 getan und die mögliche Relevanz für das Land Nordrhein-Westfalen diskutiert. Allerdings waren zum damaligen Zeitpunkt die Rahmenbedingungen, unter denen die Einrichtung beispielsweise einer neuen Top-Level-Domain „.nrw“ möglich gewesen wäre, noch nicht festgelegt.

Erst in diesem Jahr, nämlich am 20. Juni, Frau Verpoorten, wurden für die Verwaltung dieser Top-Level-Domains von der ICANN-Agentur die entsprechenden Regularien bekanntgegeben.

Sie haben die Landesregierung in vorauselendem Gehorsam dafür gelobt, Ihrem Antrag entsprechend zu handeln, Frau Verpoorten. Ich darf Ihnen sagen: Das tun wir eigentlich immer so; zumindest gilt dies für die Mehrheit hier in diesem Landtag. Wenn Sie sich bei der einen oder anderen inhaltlichen Frage etwas umpositionieren, können Sie dieses Gefühl öfter erleben, Frau Verpoorten.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Zum Beispiel. – Frau Verpoorten, erst vom 12. Januar bis 12. April nächsten Jahres können Bewerber Anträge an ICANN richten. Wir werden in

einem offenen, transparenten Wettbewerbsverfahren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auffordern, sich, von uns unterstützt, an diesem Verfahren zu beteiligen, Top-Level-Domains mit „.nrw“ zu erhalten. Dann, Herr Michalowsky, werden wir den Vertrag so ausgestalten, dass die neuen Domains für das Land Nordrhein-Westfalen kostenlos sein werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 15/3268** an den **Haupt- und Medienausschuss** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8 Ordnungspartnerschaften gezielt vernetzen und ausbauen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3257

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Engel für die antragstellende Fraktion das Wort.

Horst Engel (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ziel einer Ordnungspartnerschaft ist es, in einer Stadt oder Gemeinde die Verantwortlichen an einen Tisch zu holen und als kommunales Netzwerk der Zuständigen gemeinsam gegen erkannte Missstände wie örtliche Gefahrenstellen, Brennpunkte oder Angsträume kurzfristig vorzugehen sowie durch langfristige Strategien dauerhaft Abhilfe zu schaffen.

Partnerschaften für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind wichtige Bausteine für abgestimmte Handlungs- und Maßnahmenkonzepte. Nordrhein-Westfalen ist seit vielen Jahren auch sehr erfolgreich dabei, mit den Aufgaben- und Verantwortungsträgern vor Ort gegen die oft komplexen Ursachen und Wirkungen erkannter Probleme gemeinsam vorzugehen – seien es Vertreter von Kreispolizeibehörden, örtlichen Sozial-, Jugend-, Gesundheits-, Ausländer- und Ordnungsämtern, Bundespolizei, Verkehrsunternehmen, Schulen, Einzelhandel,

Drogenberatungsstellen; ich könnte die Liste endlos verlängern. Wir haben mehrere hundert dieser Ordnungspartnerschaften im Lande Nordrhein-Westfalen.

Viele Projekte auf örtlicher Ebene leisten in einem breiten Spektrum von Themenfeldern einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Sicherheit und Ordnung und damit der Lebensqualität der Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als FDP glauben, dass sich die genannten Aufgaben und Verantwortungsträger vor Ort mit ihren Kollegen aus anderen Kommunen landesweit besser über problematische Entwicklungen und erfolgreiche Projekte mit örtlichen Entscheidern bzw. Verantwortlichen austauschen müssen. Die Betonung liegt auf „landesweit“.

Ziel muss es sein, die Erfahrung und Kompetenz erfolgreicher Zusammenarbeit aus örtlichen Ordnungspartnerschaften als kommunale Netzwerke in einem überörtlichen Netzwerk landesweit nutzbar zu machen. Hierfür werden in dem vorgelegten Antrag Vorschläge genannt. Ich sage aber auch deutlich: Wir sind offen für ergänzende konkrete Vorschläge. Es gilt, die beste Methode bzw. die beste Praxis zu etablieren.

Der Präventionsatlas in seiner jetzigen Form ist nicht aussagekräftig. Hier muss es umfassende Informationen zu den einzelnen Projekten nach Konzepten, Maßnahmen und Kosten, Erfolgen, Ansprechpartnern usw. geben.

Der Präventionsatlas hatte bei Einbringung unseres Antrags, Stand 2009, plötzlich über Nacht den Stand 11/2011 – ich bin sehr optimistisch und hoffe mit großen inhaltlichen, qualitativen und quantitativen Veränderungen.

Ich wünsche mir hier, dass wir fraktionsübergreifend überlegen, dies zu optimieren, und hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen bzw. dass wir zu einem gemeinsamen Antrag kommen. Uns geht es um die Sache, das Erfolgsmodell Ordnungspartnerschaft und ihre Partner optimal zu vernetzen und einen funktionierenden Informationsaustausch landesweit zu organisieren.

Ich sage auch unumwunden: Schon während unserer Regierungszeit hätte ich mir größere Fortschritte in diesem Bereich gewünscht. Ich glaube, dass wir bei dem wichtigen Thema „optimale Vernetzung und zielgerichteter Ausbau von Ordnungspartnerschaften“, die wir alle für ein Erfolgsmodell halten, an einem Strang ziehen sollten.

Erfolgreiche Ordnungspartnerschaften müssen sich den Verantwortlichen vor Ort wie ein Baukastensystem zur Verfügung stellen. Ich habe vor Ort zum Beispiel das Problem X, etwa eine rechtsradikale Jugendszene oder eine rechtsradikale Schmiererei. Ich greife auf eine aussagekräftige, anwender-

freundliche und vollständige Übersicht über alle landesweit bestehenden Ordnungspartnerschaften zu, gegebenenfalls sogar durch ein Kennwort geschützt. Sei's drum!

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Dann kann ich als Aufgaben- und Verantwortungsträger schauen, wer dieses Problem noch wo in NRW in welcher Form hat bzw. hatte, und erfahre, welche Maßnahme von welchen Stellen insoweit erprobt wurden und ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen sie nicht gewirkt haben. Denn die Projekte werden alle vor Ort evaluiert. Ich halte Informationen darüber, welche Kosten und welcher Sach- und Personaleinsatz notwendig waren, für wichtig. Das sollte bekannt werden. Dies kann dann genutzt werden, um eventuell vor Ort Stellen und Ressourcen auf das Problem in der konkreten Form zuzuschneiden. Ich muss das Rad nicht neu erfinden, kann schnell reagieren und Rücksprache mit den Projektverantwortlichen halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass alle inzwischen erkannt haben, dass es da Informationsdefizite gibt. Die wollen wir abstellen, sodass die Polizeivertreter und Ordnungsdezernenten, die uns auf diese Spur gebracht haben, am Ende zufrieden sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege Exler.

Wolfgang Exler (CDU): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher oben auf der Tribüne! Zunächst einmal möchte ich mich persönlich für die heute Morgen in der Aktuellen Stunde gehaltenen Reden zu einem schwerwiegenden Thema, dem Rechtsextremismus, bedanken. Die Vorgänge haben uns alle sichtlich erschüttert. Sie lassen uns fragen, warum der Staat dies nicht hätte verhindern können. Die Aufklärungsquote bei Morddelikten und Totschlag liegt in Nordrhein-Westfalen ganz aktuell bei 96,17 %. Ähnlich ist es in anderen Bundesländern. Hier jedoch kam es – wenn ich die ersten Presseberichte so deuten kann; die Ermittlungen stehen ja erst am Anfang – zu einer unbeschreiblichen Serie ungeklärter Morde. Ich habe schon ein komisches Gefühl, wenn sich Opfer fragen müssen: Was haben die denn dort eigentlich gemacht? Ich wüsste darauf zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Antwort. Daher verlange ich, dass dies innerhalb der verantwortlichen Ministerien geklärt werden muss. Die Öffentlichkeit hat darauf einen Anspruch.

Ich selbst habe schon Angehörige von Ermordeten betreut und kann deren Trauer und Wut noch heute – das ist so, wenn solche Dinge ans Tageslicht kommen, die mich erschüttern – mit gebührender Empa-

the verstehen. Allen Opfern und Angehörigen möchte ich hiermit mein tiefes Mitgefühl aussprechen.

Ich komme zum eigentlichen Antrag der FDP. Es geht um Ordnungspartnerschaften. Auch hier sollten wir alle beide Augen aufhalten, damit nicht noch einmal so etwas passiert, was uns bekanntgeworden ist. Hierzu passt auch das Zitat des Italieners Beccaria, der schon 1764 schrieb: „Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen, als sie zu bestrafen.“

Aus diesem Grund können wir den Antrag der FDP guten Gewissens unterstützen, da es sich um eine weitere Verbesserung der Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen handelt. Die Ordnungspartnerschaften, die ab 1997 aufgrund einer Empfehlung aus dem Bundesinnenministerium für ganz Deutschland ins Leben gerufen wurden, entstanden in Nordrhein-Westfalen am 9. Januar 1998, also vor fast 14 Jahren, aufgrund eines Erlasses des Innenministeriums. Der damalige Innenminister – es war Franz-Josef Kniola – und auch alle nachfolgenden Innenminister verbesserten damit gemeinsam mit der Bürgerschaft das Sicherheitsgefüge. Es wurden mit Unterstützung der Polizei kommunale Vernetzungen bzw. die Netzwerke vor Ort initiiert. Sie wurden gut angenommen und werden weiter verbessert und entwickelt.

Noch heute gilt das Credo, dass alle aus ihrer Sicht und Profession heraus – das gilt auch für die vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger in den Ordnungspartnerschaften gegen Gewalt und andere öffentliche Gefahren; ich nenne hierbei auch die Verbesserung der Verkehrssicherheit – nur gemeinsam etwas bewegen können. Es gehört sich, auch hier einmal festzustellen, wie sich die Ordnungspartnerschaften entwickelt haben und wie sie auch dazu beigetragen haben, dass zum Beispiel Kriminalitätsdelikte in den betreffenden Bereichen zurückgegangen sind.

Der sogenannte Präventionsatlas, der alle Ordnungspartnerschaften aus den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aufführt, wurde vom Landespräventionsrat, der beim Justizministerium Nordrhein-Westfalens angesiedelt ist, mit auf den Weg gegeben. Hierbei handelt es sich nur um eine reine Auflistung. Deshalb müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie er weiterentwickelt werden kann. Wir sollten dem Landespräventionsrat auch mit auf den Weg geben, weitere und neue Initiativen auf den Weg zu bringen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Eine verbesserte Vernetzung ist daher auch wichtig, um nicht unnötig – wie Horst Engel schon sagte – alte Räder neu zu erfinden. Das Beccaria-Programm der EU, welchem sowohl der Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen als auch der Landespräventionsrat in Niedersachsen – dabei geht es um Kriminalprävention – angeschlossen sind, kann uns in Bezug auf Qualität und Vernetzung weiterhelfen. Dies sollte in allen Institutionen

im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Menschen ausführlich betrachtet und verbessert werden. Hierzu werden wir in den Ausschüssen noch genug Gelegenheit haben. Die Verbesserung der Sicherheit geht uns alle an. Lassen Sie uns also eine Weiterentwicklung der Ordnungspartnerschaften und des Landespräventionsrates auf den Weg bringen! – Herzlichen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Exler. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Dahm.

Christian Dahm (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eben draußen in Bezug auf die Ordnungspartnerschaften schon gefragt worden, was das denn ist. Das sind Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung, mit denen sich gesellschaftliche Veränderungsprozesse erkennen und steuern lassen. Übrigens geschieht dies – das hat der Kollege Exler vor mir gerade gesagt – auf Grundlage der Initiative des damaligen Innenministers bereits seit 1997 erfolgreich. Wir werden also im nächsten Jahr das 15-jährige Bestehen einer, wie ich glaube, erfolgreiche Sache feiern.

Heute ist es mittlerweile gängige Praxis, dass sich örtliche und regionale Verantwortungsträger in Ordnungspartnerschaften zusammenfinden und ihre Kräfte durch mehr Kommunikation, Koordination und Kooperation bündeln; denn die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kein isoliertes Einzelprojekt.

Ich möchte in diesem Hohen Hause die Gelegenheit nutzen, einige, wie ich finde, gute und herausragende Beispiele aus meiner Region Ostwestfalen anzusprechen. In Bielefeld gibt es „Surfen mit SIN(N)“. Die Abkürzung „SIN(N)“ steht für „Sicherheit im Netz“. Bei 260 Veranstaltungen erreichte das Projekt bisher rund 7.000 Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer. Für diese positive Präventionsarbeit wurde der Ordnungspartnerschaft der Preis der Medienberatung 2011 durch das Schulministerium verliehen.

Im Kreis Minden-Lübbecke ist „CyberCops“ als herausragendes Projekt erfolgreich im Einsatz. Auch hierbei steht das Internet im Mittelpunkt. Die Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke initiierte das Projekt gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern, unter anderem mit dem Kinderschutzbund und der Drogenberatungsstelle des Kreises Minden-Lübbecke.

In Bielefeld existiert seit 2007 das Verkehrssicherheitsnetzwerk „BI-NET“ mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit in der Stadt Bielefeld zu erhöhen. Mittler-

weile knüpft dieses Netzwerk „BI-NET“ Verbindungen zu unterschiedlichen Partnern, die sich aus vielfältigen Motiven mit dem Thema Verkehrssicherheit beschäftigen. Von A wie AWO bis Z wie Zweiradhändler sind mehr als 20 lokale Vereine, Organisationen und Ämter im Netz miteinander verbunden.

Die Interessen sind völlig unterschiedlich: privat, professionell, ehrenamtlich, kommerziell oder sogar idealistisch geprägt. Seit der Gründung von „BI-NET“ im Jahr 2007 sind glücklicherweise die Verunglücktenzahlen bei den Verkehrsunfällen in Bielefeld rückläufig.

In Paderborn soll im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft zwischen der Polizei, der Stadt und der Justiz, also Landgericht und Staatsanwaltschaft, zukünftig ein Haus des Jugendrechts entstehen, das kriminelle Karrieren von jugendlichen Intensivtätern verhindern soll. Vorbild ist hierfür das Landesprojekt „Kurve kriegen“.

Damit möchte ich deutlich machen: In den Städten und Gemeinden bestehen bereits viele Hundert solcher Initiativen auf örtlicher und überörtlicher Ebene, in denen sich die Beteiligten zur Verbesserung der Sicherheit vor Ort zusammenfinden.

Die große Bandbreite dieser Projekte zeugt vom hohen Engagement und Ideenreichtum der Beteiligten. Der weitere Ausbau dieser erfolgreichen Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung ist ein Baustein der Sicherheitspolitik in diesem Land. Sie ist aber immer auch abhängig von den örtlichen Akteuren und zum Teil auch von der kommunalen Haushaltsslage.

Zu den im FDP-Antrag benannten Punkten: Das Internet hält unter dem Stichwort „Ordnungspartnerschaften“ bereits umfassendes Erfahrungswissen bereit. Die Effektivität einer von der FDP-Fraktion geforderten Schaffung eines aktiven landesweiten Netzwerks über den Landespreis für Innere Sicherheit hinaus sollten wir daher gemeinsam genauestens beleuchten.

Eine Übersicht oder Onlinedatenbank, die Sie vorschlagen, ist durchaus wünschenswert. Doch angesichts der Vielzahl und Vielfältigkeit von Projektpartnern ist das nur schwer zu realisieren.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Ihr Anliegen, die Ordnungspartnerschaften auch weiterhin zu fördern und zu unterstützen, findet unsere volle Zustimmung.

Die Detailberatungen sollten wir dann im Fachausschuss führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dahm. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine ganze Reihe interessanter innenpolitischer Tagesordnungspunkte am Stück behandelt. Das in geballter Vielfalt zu debattieren, ist sicherlich gut.

Herr Engel, Sie haben uns als letzten Punkt in diesem Debattenhalbmarathon einen Antrag vorgelegt, zu dem ich sagen muss, dass er relativ viele Punkte wiedergibt, die wir teilen, zum Beispiel dass die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung eine Gemeinschaftsaufgabe vieler Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger ist, dass es komplexe Ursachen und Wirkungen erkannter Probleme gibt und dass diese ein zwischen den Aufgaben- und Verantwortungsträgerinnen und -trägern abgestimmtes Handlungs- und Maßnahmenkonzept brauchen. Weiterhin muss es in Nordrhein-Westfalen unser gemeinsames Ziel sein, durch die Vernetzung von Aktivitäten die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden die objektive Sicherheit sowie das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken; das ist sicherlich auch richtig.

Insofern wird es Sie nicht verwundern, dass ich ertens natürlich zusichern kann, dass wir der Überweisung zustimmen. Zweitens kann ich durchaus schon signalisieren, dass wir der Debatte mit großem Interesse entgegensehen. Denn die Debatte müssen wir führen. Kollege Dahm hat einige Punkte angesprochen, über die wir noch einmal reden und die wir näher erörtern müssen.

Über die Idee eines landesweiten Netzwerks der Ordnungspartnerschaften kann man sicherlich reden – über das hinausgehend, was wir bisher an dieser Stelle schon machen, insbesondere mit dem Landespreis für Innere Sicherheit, der schon seit acht Jahren vergeben wird. Darüber hinaus sollten wir prüfen, eine Förderung der Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Ich möchte an dieser Stelle klarmachen, dass Ordnungspartnerschaften – diese Debatte wird immer wieder hineingemischt – niemals in der Lage sein können, polizeiliche Aufgabenerfüllung vollständig zu ersetzen. Wir haben an vielen Stellen gute Erfahrungen damit gemacht

(Zustimmung von Horst Engel [FDP])

– Sie nicken, Herr Kollege Engel –, eine Zusammenarbeit von Polizei und weiteren Partnern, Akteuren und Netzwerken zu ermöglichen. Das kann man weiterführen, und das sollte man unterstützen. Ich sehe auch eine wichtige Aufgabe darin, den Erfahrungsaustausch zu unterstützen.

Aber wir haben in diesem Zusammenhang auch immer die Diskussion, wer in einem solchen Netzwerk bei einer gemeinsamen Aufgabenerledigung was kann und wer wie viel leisten kann. Klar ist – das möchte ich an dieser Stelle klarstellen –, dass es keine Verdrängung der Polizei aus ihrem ureige-

nen Feld geben kann. Da kann es auch kein „Privat vor Staat“ geben,

(Beifall von den GRÜNEN)

ebenso wie die immer wieder ins Gespräch gebrachte „Hilfspolizei“ bzw. „Polizei light“. Wir haben einen Rechtsstaat. Das Gewaltmonopol liegt bei der Polizei; da gehört es hin.

Das ist nur ein Aspekt aus der Debatte. Ich möchte Ihnen nicht unterstellen, dass Sie intendiert haben,

(Horst Engel [FDP] schüttelt mit dem Kopf.)

uns diese Debatte sozusagen von hinten durch die Brust ins Auge aufzuzwingen und das staatliche Gewaltmonopol infrage zu stellen.

Ich habe in Ihrer Rede wahrgenommen, dass Sie diese Debatte mit einer großen Offenheit führen; das finde ich sehr gut. Denn einige Punkte sind offen, über die wir sprechen müssen. Wie kann ein Netzwerk für öffentliche Sicherheit und Ordnung aussehen? Wie kann man es ausgestalten? Wie sollen die runden Tische ausgestaltet sein? Wie lässt sich eine Datenbank verwirklichen, die auf der einen Seite den Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Akteure mit Blick auf die Sicherheit befriedigt, aber auf der anderen Seite für alle noch handhabbar ist? Das ist sicherlich ein weiterer Punkt, über den wir debattieren müssen.

Wir haben eine gute Debattengrundlage für die Frage, wie wir alle Informationen über Ordnungspartnerschaften so zusammenführen, dass für alle, die darin zusammenarbeiten und daran interessiert sind, diese fortzuentwickeln, ein Gewinn entsteht. Ich freue mich darauf, dass wir das miteinander im Innenausschuss diskutieren können. – Für heute ganz herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucherinnen, liebe Besucher! Es ist immer ein bisschen undankbar, wenn man fast als Letzte spricht, weil schon sehr viel gesagt worden ist.

Als wir diesen Antrag gelesen haben, hatte ich das Gefühl, dass die FDP sehr lernfähig ist, wenn sie möchte. Ich empfinde den Antrag als eine Konsequenz aus der Anhörung zu Ihrem Antrag „Mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen“. Sehr viele Experten haben in der Anhörung gesagt, der Vorschlag von der FDP gehe nicht ganz in die richtige Richtung, sondern man bräuchte eigentlich mehr bürgerschaftliches Engagement, mehr Zivilcourage-Netzwerke. Es gab viele Beispiele von positiven Netzwerken, die beileibe keine Bürgerwehr sind und

keine hoheitlichen Befugnisse oder Eingriffsbefugnisse haben dürfen, wie Herr Bolte es gerade schon gesagt hat. Aber auch das will ich Ihrem Antrag nicht unterstellen.

Wir brauchen mehr Zivilcourage und müssen sehen, wie wir uns gegenseitig Sicherheit und Halt im öffentlichen Raum geben und dabei auch präventiv wirken können. Drogenarbeit ist genannt worden. Herr Dahm hat viele Beispiele angeführt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir parallel zu diesen Netzwerken weiter darüber diskutieren, ob in Bussen und Bahnen nicht wieder ordentliche Schaffner, also Zugbegleiter eingesetzt werden. Diese sollten nicht aus dem 1-Euro-Bereich kommen, sondern es sollten tatsächlich tariflich bezahlte und feste Arbeitsplätze sein.

(Beifall von der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke begrüßt, dass sich in den letzten Jahren diese neuen Ordnungspartnerschaften gegründet haben. Zivilgesellschaftliches Engagement und eine gute Vernetzung der bestehenden Ordnungspartnerschaften sollte gewährleistet sein, um Best-Practice-Beispiele auch für andere Städte oder Kommunen nutzbar zu machen, die gerade erst anfangen. Die Idee einer Datenbank begrüßen wir daher.

Insbesondere die bereits bestehenden und gut arbeitenden Initiativen können Vorbild für andere sein. Ich weiß nicht, wer es gerade gesagt hat. Ich glaube, es war Herr Engel selbst. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden. Eine stärkere Vernetzung der Akteure kann zu einer Steigerung der Qualität führen. Dann ist ein regelmäßiger Austausch gegeben und man kann sich darüber austauschen, was nicht gut läuft, wo man nachbessern muss, wo Sachen vielleicht aus dem Ruder gelaufen sind, wo Sachen überhaupt nichts bringen und man ganz neue Modelle braucht und so weiter. Sehr wahrscheinlich wird das Angebot von den handelnden Akteuren vor Ort als große Hilfe angesehen. Das Ministerium für Inneres und Kommunales ist aus unserer Sicht auch geeignet, diesen Austausch erst einmal zu koordinieren.

Ich habe eben schon gesagt, Hilfssheriffs kommen für uns nicht in Frage. Diese Ordnungspartnerschaften dürfen an keiner Stelle – egal ob im Verkehrsbereich oder im polizeilichen Bereich – ein Argument sein, um Stellen abzubauen. Aber das ist nur eine Bemerkung am Rande. Das haben wir an dieser Stelle mehrfach wiederholt.

Grundsätzlich begrüßen wir die Diskussion. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir uns in den Ausschüssen auf etwas Gemeinsames einigen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir die Anmerkung, Frau Conrads: Wenn Sie schon feststellen, dass Sie bei solchen Themen kaum noch wissen, was Sie sagen sollen, wenn Sie dran sind und solch große Übereinstimmung herrscht, können Sie sich vorstellen, wie ich mich jetzt fühle, wenn ich nach Ihnen spreche. Ich will aber kein Wasser in den Wein gießen, sondern nur auf einige wenige Punkte aufmerksam machen.

Ich glaube, dass diese Ordnungspartnerschaften wirklich ein Erfolgsmodell sind. Damit werden in einer Institution die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Abgrenzungen verschiedener staatlicher Behörden einschließlich des bürgerschaftlichen Engagements überwunden. Man arbeitet zielorientiert gemeinsam an einem Thema. Diese Ordnungspartnerschaften sind äußerst unterschiedlich in ihrer Zusammensetzung, in ihrer Zielsetzung und Themensetzung, wenn man in die einzelnen Kommunen schaut. Das ist auch gut so. So individuell die Probleme vor Ort sind, so individuell müssen auch diese Ordnungspartnerschaften inhaltlich ausgestaltet sein.

Ich komme zu der Frage der Vernetzung. Diese Ordnungspartnerschaften sind dann stark, wenn sie vor Ort sind. Vor Ort stark zu sein widerspricht etwas dem Gedanken einer Vernetzung, eines Überbaus. Dieser kostet nicht nur Ressourcen in den Ordnungspartnerschaften, sondern diejenigen, die sich daran beteiligen, werden sich irgendwann die Frage des Mehrwertes durch eine solche Vernetzung stellen. Das ist das eine.

Das andere ist, man muss auch respektieren, dass der Staat nicht der Organisator von solchen Ordnungspartnerschaften ist, sondern dass es eine innere Struktur, eine innere Demokratie in diesen Ordnungspartnerschaften gibt, in der sich ganz viele Private, ganz viele Bürger zu einem Thema engagieren.

Herr Engel, ich sage Ihnen ganz offen: Wenn es um eine gemeinsame Datenbank geht, glaube ich, in einigen Ordnungspartnerschaften würden große Bedenken bestehen, Daten der eigenen Arbeit und der handelnden Personen in eine solche Bank einzupflegen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir diesen Gesichtspunkt und der anschließenden Diskussion im Fachausschuss sicherlich berücksichtigen sollten.

Diese Landesregierung steht zu den Ordnungspartnerschaften. Wo wir können, unterstützen wir sie. Wo wir können, stärken wir sie und bauen sie aus. Das sollten Ziel und Motivation für die weitere Berat-

tung zu diesem Antrag sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Damit sind wir am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/3257** an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit werden wir so verfahren.

Ich rufe auf:

9 Keine Belastung der Steuerzahler in NRW bei der „Griechenland-Umschuldung“

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3252

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die internationale Finanzkrise zieht immer weitere Kreise. Immer mehr Länder sind betroffen. Regierungen und Regierungschefs müssen zurücktreten. Doch auch in Deutschland spürt man mittlerweile die Auswirkungen dieser Krise sehr real. Wir haben gestern erlebt, dass Landesbanken in den Ratings drastisch zurückgestuft worden sind. Insbesondere Landesbanken sind konkret betroffen. Die Argumentation war folgende: Man sehe nicht mehr sichergestellt, dass, wenn es zu Verlusten komme, diese in voller Höhe ausgeglichen würden. – Das ist eine interessante Äußerung der Ratingagenturen.

Die Linke hat die Diskussion über die Rettungspakete von Anfang an sehr kritisch begleitet, insbesondere die Debatte über das Rettungspaket für Griechenland, und hat sehr deutlich gesagt, dass sie dieses entschieden ablehnt. Real betrachtet, ist der Deal aus unserer Sicht ein Rettungspaket für die Banken auf Kosten der Steuerzahler, die letztlich die Anleihen und die Zinsen dieser Banken garantieren müssen.

Wenn man sich ansieht, was momentan geschieht, läuft ein gegenseitiger Erpressungsversuch oder vielleicht sogar eine gegenseitige Erpressung, weil die neue griechische Regierung gerade festgestellt hat, dass der Absturz der griechischen Wirtschaft noch viel größer sein wird, als man bisher angenommen hat. Das hat zur Konsequenz, dass die

Steuereinnahmen im nächsten Jahr nicht so hoch sein werden, wie man das vorher prognostiziert oder gehofft hatte. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Sparpakete. Man weiß sowieso nicht, wie die griechische Bevölkerung das bewerten wird, die im Februar 2012 an die Wahlurnen treten muss.

Andererseits machen die Griechen mit der Aussage „Wenn ihr uns das Geld nicht gebt, wird das Probleme bringen“ Politik. Und die EU hat Angst davor, dass es gravierende Auswirkungen auf den Euro hat, wenn die griechische Wirtschaft und Griechenland vollständig abstürzen, und der drohende Absturz des Euro tatsächlich eintreten kann.

Interessant ist die Nachricht – man sollte sich aktuell informieren –, die mich soeben erreicht hat. Die griechische Privatbank Proton hat 700 Millionen aus dem Bankenrettungspaket ins Ausland geschleust – eine aktuelle Information der letzten Minuten von der „Süddeutschen Zeitung“. Erst im Oktober hat sie 900 Millionen aus dem Bankenrettungspaket erhalten. So viel zur Realität, was mit diesen Geldern tatsächlich passiert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Sie sagen, das ist alt. So alt ist es nicht. Ich glaube aber, dass da ein altes Verfahren angewandt worden ist und dass man das in Zukunft noch viel häufiger erleben wird.

Wir haben eine Vielzahl von Problemen. Zum Beispiel auch die „Financial Times Deutschland“ – den Grünen immer sehr zugetan – sprach von einem Täuschungsmanöver mit Staatsgarantie. Deswegen bin ich sehr gespannt, was meine Kollegen etwa von den Grünen gleich sagen werden. Denn auch Ihre haushaltspolitischen und finanzpolitischen Sprecher, Schneider und Schick gestanden den Deal ein: Etikettenschwindel. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich dazu verhalten werden.

Wir als Linke fühlen uns nach wie vor äußerst schlecht informiert. Denn wir erhalten nur sehr spärliche Informationen über das, was tatsächlich an Risiken in den Portfolios der WestLB und der NRW.BANK lagert. Das Finanzministerium hat uns zwar mittlerweile informiert, dass das Volumen der Griechenland-Anleihen im Portfolio der Versorgungsrücklage 220 Millionen € beträgt. Aber nach wie vor wissen wir nicht, wie es bei der NRW.BANK aussieht.

Wir sind der Auffassung, wir brauchen erst einmal ein transparentes Verfahren, in dem wir endlich genauer informiert werden, was im Einzelnen passiert. Wir haben in unserem Antrag eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt. Wir erwarten, wie gesagt, eine unverzügliche Information über den tatsächlichen Bestand, und wir wollen auch im Verwaltungsrat der Ersten Abwicklungsanstalt einen vorstandsbindenden Beschluss herbeiführen, dass sich die EAA an dieser Umschuldung für Griechenland nicht beteiligt.

Die Linke hat das Problem – nicht nur hier, sondern auch an vielen anderen Stellen –, dass sie in diesen Gremien nicht vertreten und somit unzureichend eingebunden und informiert ist.

Eine wesentliche bundespolitische Forderung der Linken ist auch eine einmalige Abgabe auf Vermögen über 1 Million € zur Finanzierung der Krisenlasten, was man aber nur über den Bundesrat initiieren kann.

(Beifall von der LINKEN)

Das fordern wir schon lange, dass endlich diejenigen, die immer wieder von dem, was politisch auf den Weg gebracht wird, profitieren, in Haftung genommen werden und die Gläubigerhaftung endlich greift.

(Beifall von der LINKEN)

All diese Punkte haben wir hier schon des Öfteren angesprochen. Wir sehen überhaupt nicht gewährleistet, dass die Probleme gelöst werden, sondern in Zukunft werden wir das, was bei der griechischen Privatbank Proton passiert ist, vermehrt erleben: Gelder werden an ihrer eigentlichen Nutzung vorbeigeschleust, um damit ganz andere Sachen anzustellen.

Deswegen – ganz klipp und klar – lehnen wir die Art und Weise, wie hier auf Kosten der allgemeinen Bevölkerung die Lasten verteilt werden, ab. Wir sehen auch keine Perspektive, dass die Probleme tatsächlich gelöst werden. Das muss wohl völlig anders passieren.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Fraktion der CDU spricht Kollege Jostmeier.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, wenn ich zu diesem Thema reden und zu dem Papier der Linken Stellung nehmen soll und uns Kollege Sagel vorher auf die Wahrheiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und das Verhalten von bestimmten Banken hinweist, möchte ich gerne auf den gestrigen Punkt 3 zurückkommen, bei dem gesagt worden ist: Eine Partei, deren Vorgängerpartei, die SED, ein Milliardenvermögen ins Ausland verschoben hat – keiner weiß, wo es geblieben ist –,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

die selber aus Häftlingsfreikäufen Millionen D-Mark bekommen und versteckt hat und entsprechende Maßnahmen getroffen hat, um dem Wunsch nach Aufklärung nicht nachzukommen – seit 1995 betreibt sie in diesem Bereich keine Aufklärung –, sollte aus meiner Sicht mit wirtschafts- und finanzpoliti-

schen Ratschlägen, Herr Kollege Sagel, und mit Stamokap-Theorien ein wenig zurückhaltend sein.

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Und der Herr Schäuble mit 100.000 € in bar!)

Ich möchte ganz gerne zu den Dimensionen der Europapolitik Stellung nehmen. Kollege Möbius wird zu diesem Antrag nachher einige Takte zur Wirtschaftspolitik sagen.

Meine Damen und Herren, Europa befindet sich nicht in einer schwierigen Situation, sondern in einer der schwierigsten Lagen seit der Gründung 1957 – keine Frage. Keine Frage. Beispiele, Herr Sagel, die Sie gerade aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitiert haben, sollten, wenn sie zutreffen – ich habe keinen Zweifel, dass sie zutreffen –, Anlass für uns alle sein, darüber nachzudenken.

Wir müssen aber einmal fragen, was eigentlich die Gründe für diese extrem schwierige Lage sind, in der sich die Europäische Union jetzt befindet.

Die Gründe liegen in der Staatsverschuldung, die alle Länder – ich betone: alle Länder; auch die CDU-Regierungen in früheren Zeiten waren daran beteiligt – auf den Weg gebracht haben.

Maßlos ist die Staatsverschuldung aber erst in den Jahren 2000 folgende unter der rot-grünen Regierung in Berlin geworden. Die rot-grüne Regierung hat es zu verantworten, dass in den Jahren 2002 bis 2005 viermal hintereinander die Stabilitätskriterien, die Kohl und Weigel damals in der Europäischen Union durchgesetzt hatten, gebrochen worden sind. Die rot-grüne Regierung Schröder hat die Maastricht-Kriterien aufgeweicht, damit man weitere Schulden machen konnte.

Andere größere Länder wie Frankreich haben das ebenfalls getan. Deshalb müssen wir uns bei Vorwürfen gegen kleinere Länder, die sich in gleicher Weise verhalten haben, zurückhalten.

Der größte Fehler aber war, dass man mit Wirkung zum 1. Januar des Jahres 2001 Griechenland in die Euro-Zone hineingenommen hat, obwohl es damals zahlreiche und, wie ich auch sage, ausreichend warnende Stimmen gegeben hat, das nicht zu tun.

Ich habe mir einmal die Arbeit gemacht und die Bundestagsdrucksache 14/4457 vom 1. November 2000 geholt. Darin kann nachgelesen werden, dass der Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und der FDP bei Stimmabstimmung der PDS durchgelaufen und akzeptiert worden ist.

Meine Damen und Herren, wie kommen wir aus dieser Krise wieder heraus? – Die Schuldenkrise ist durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht in der erhofften Weise behandelt worden, und er hat nicht das geleistet, was wir von ihm erwartet haben.

Die aktuelle Schuldenkrise stellt Europa vor harte Bewährungsproben, und sie ist weiß Gott noch nicht vorbei. Die Schlagzeilen von heute, dass die Zinsen für die Staatsanleihen der Spanier und der Franzosen wieder wesentlich gestiegen sind, sprechen eine sehr deutliche Sprache.

Es besteht aber auch – das möchte ich auch betonen – eine große Chance, dass Europa mit einer gemeinsamen europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik aus dieser Krise herauskommt. Nur gemeinsam kann der Euro nachhaltig stabilisiert werden.

Was das Ergebnis des Gipfels vom 26./27. Oktober dieses Jahres betrifft, sind drei wesentliche Punkte festzuhalten. Ich und meine Fraktion stehen zu diesen drei Punkten, weil wir sie für richtig halten.

Punkt 1: Jeder Staat ist selbst verantwortlich dafür, seine eigene Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen und dafür zu sorgen, dass er aus seinen Schwierigkeiten herauskommt.

Das ist einer der Gründe dafür, dass wir nach wie vor gegen Euro-Bonds sind, was wir bei unserem Parteitag auch entsprechend durchgesetzt haben und was der Gipfel am 26./27. Oktober entsprechend bestätigt hat.

Punkt 2: Die privaten Gläubiger haben bis zum Jahresbeginn 2012 die Möglichkeit, ihre Altpapiere gegen neue zu tauschen, die die Hälfte des ursprünglichen Nennwerts ausweisen. Unklar sind zurzeit jedoch noch die Bedingungen. Insgesamt sind Griechenland damit 100 Millionen €,

(Zuruf von der SPD: Milliarden!)

100 Milliarden € erlassen worden, was 27 % der Gesamtschuld entspricht.

Zentraler Punkt ist die Zusage – Punkt 3 – des Internationalen Bankenverbandes, auf freiwilliger Basis auf die Hälfte der Forderungen gegen Griechenland zu verzichten.

Meine Damen und Herren, Griechenland muss gleichzeitig den ihm zugestandenen höheren finanziellen Spielraum wahrnehmen, um die Lösung der strukturellen Probleme des Landes durch einschneidende Reformen zu unterstützen.

Was wird daraus folgen?

Wir brauchen strengere Regeln auf den Märkten. Wir brauchen eine Reform der EU-Verfassung, die auch durchgesetzt werden soll –, auch dies ist ein Ergebnis des Treffens vom 26./27. Oktober – bis Ende des Jahres 2012.

Dazu gehört zweitens ein Verbot von Leerverkäufen. Das hat Deutschland auf den Weg gebracht. Nun macht es ganz Europa nach.

Meine Damen und Herren, ja, die Banken und die internationale Finanzwirtschaft haben die Turbulenzen, die Währungskrise und das griechische Drama

nicht verursacht, sie sind nicht daran schuld, aber die Banken und die internationale Finanzwirtschaft haben die Schwächen des Systems erbarmungslos aufgedeckt und auch ausgenutzt und teilweise auch prächtig, manchmal maßlos daran verdient. Deshalb ist es auch gerechtfertigt, darauf hinzuweisen, dass die Banken eine größere Verantwortung für das Gemeinwohl haben. Die Banken sind für die Menschen da und nicht umgekehrt.

Von daher halten wir auch die Finanztransaktionssteuer, die nun diskutiert worden ist, für gut und richtig in dieser Situation. Die Finanztransaktionssteuer war und ist umstritten. Sie ist auch in meiner Partei umstritten. Sie haben ja den Parteitagsbeschluss vom vergangenen Wochenende hoffentlich wahrgenommen. Die Finanztransaktionssteuer ist international sehr umstritten, weil die Amerikaner und die Briten nicht mitmachen wollen.

Meine Damen und Herren, wir werden wahrscheinlich dazu kommen, dass wir die Finanztransaktionssteuer, wenn es schon nicht mit allen 27 EU-Ländern geht, wenigstens bei den 17 Euro-Ländern durchsetzen können. Die Finanztransaktionssteuer war von der Europäischen Kommission mit Wirkung zum 1. Januar 2014 geplant. Sie sollte 0,1 % auf sämtliche Verkäufe auf dem Aktienmarkt betragen. Wir halten das nach wie vor für richtig und gut.

Und wir hoffen, dass wir diese schwere Krise, in der die Europäische Union und die Europäische Währungsunion stecken, mit diesem Bündel von Maßnahmen überwinden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Lüders das Wort.

Nadja Lüders (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Herr Jostmeier, zwischen Milliarden und Millionen gibt es schon noch einen kleinen Unterschied.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Angela Freimuth [FDP]: Sie haben sich noch nie versprochen?!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, hinsichtlich der ersten drei Absätze Ihres Antrages gebe ich Ihnen zunächst einmal recht. Soweit erst einmal dazu.

Zunächst möchte ich jetzt aber auf weitere Fakten der Finanzkrise, die uns alle derzeit in Atem hält, eingehen.

Die Finanzkrise ist eben keine Finanzkrise Griechenlands allein, sondern sie ist durch die Märkte in

ganz Europa bestimmt und wird auch uns weiter bestimmen.

Schauen wir uns einmal an, wie hier in der jüngeren Vergangenheit, seit 2010, gehandelt worden ist. Es ist nicht gehandelt, sondern aufgrund der Gegebenheiten hinterhergaloppiert worden.

(Zuruf von der CDU: Ach ja!)

Damit bin ich bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP. Sie haben nur noch reagiert, anstatt zu handeln und zu agieren. Es hieß zunächst, dass keinerlei Haushaltsmittel aus dem Bundeshaushalt für Hilfspakete für Griechenland bereitgestellt werden. Wie kam es? – Es kam anders.

(Martin Börschel [SPD]: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

2010 wurde das erste Hilfspaket für Griechenland beschlossen. Tatsächlich entfiel auf Deutschland ein Anteil von 28 % an den 80 Milliarden € als bilaterale Kreditzusage. Das sind immerhin 22,4 Milliarden € für drei Jahre.

Was versprach uns unsere Kanzlerin zum damaligen Zeitpunkt? – Es gäbe keine Verlängerung dieses Hilfsfonds über 2013 hinaus. Und siehe da: Es wurde der zweite Pakt geschnürt. Um nur ein paar Eckpunkte zu nennen: Laufzeitverlängerung – auch wenn das Wort in diesem Zusammenhang vielleicht nicht ganz passend ist –, Erhöhung des Volumens, Task Force der EU-Kommission für Griechenland.

Und, ach Gott, was kam dann um die Ecke? – Unsere Bundeskanzlerin, die dem Volk verkündete, dass sich die privaten Banken beteiligen würden. Das war eine langjährige Forderung von SPD und Grünen. Dass die Beteiligung freiwillig sein sollte, wurde nur in einer Randnotiz erwähnt.

Nach all diesem Lavieren, getrieben von den tatsächlichen Gegebenheiten und eben nicht als treibende Kraft auftretend, kam es am 26. und 27. Oktober dieses Jahres endlich zum Gipfel. Der Schuldenschnitt für Griechenland beinhaltet einen Verzicht der Gläubiger auf 50 % ihrer Forderungen, was eben 100 Milliarden € und nicht 100 Millionen € sind – das ist tatsächlich ein kleiner Unterschied –, und vor allen Dingen eine Rekapitalisierungsaufgabe der EU, wonach der private Bankensektor sein Kernkapital auf 9 % erhöhen muss, sowie den so genannten Hebel. Für uns als SPD ist das ein erster richtiger Schritt. Weitere müssen folgen.

Zu diesen weiteren gehört die eben erwähnte Transaktionssteuer. Eines muss ich Sie aber fragen, Herr Jostmeier: Ihr Beschluss ist zwar schön und gut, aber wie wäre es denn, wenn diese Bundesregierung einfach einmal an erster Stelle stehen und dies tun würde,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

anstatt wieder darauf zu warten, was andere tun, und wieder Getriebene zu sein?

Zu diesen Weiterungen gehört für uns aber auch die Trennung des Investmentgeschäfts in den Banken von dem Kredit- und Einlagengeschäft. Das ist ein wichtiges Signal – auch zur Stabilisierung.

Ich komme nun zurück zum Antrag der Linken und möchte zunächst einmal auf die Überschrift eingehen.

Ich gehe einmal davon aus, dass auch die Linke der Meinung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in NRW Bürgerinnen und Bürger der BRD sind und nicht alleine im Universum herumschwirren. Wenn Sie das wahrnehmen würden, was Sie in Ihrer eigenen Begründung schreiben, dann müsste Ihnen klar werden, dass wir uns schon längst an der Umschuldung Griechenlands beteiligt haben.

Sie gehen in Ihren Ausführungen davon aus, dass wir alles dafür getan hätten, unsere Bürgerinnen und Bürger von der Haftung über die Steuerlast für die Umschuldung zu befreien, wenn wir die NRW.BANK bzw. die EAA anweisen würden, sich nicht an dem Umtausch der Anleihen zu beteiligen. Das ist blander Populismus. Wir leben hier in einer EU, und ich bitte Sie einfach einmal, Vorschläge dafür zu machen, wie Sie sich die Entschuldung dieser Länder vorstellen.

(Martin Börschel [SPD]: Geld drucken!)

Ich kann es mir fast denken: Sie wollen eine Verstaatlichung des Kapitals.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Und was spricht dagegen? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Verstaatlichung von Griechenland!)

– Wir hier in Westdeutschland müssen gar nicht so weit gucken, Frau Beuermann. Wenn wir hier in Westdeutschland einmal etwas weiter in den Osten schauen, dann können wir sehen, zu was die Verstaatlichung von Kapital geführt hat. Wie das endet, haben wir erlebt.

Schauen Sie sich einmal an, was wir bis heute, bezogen auf die Wirtschaftskraft im Jahre 1990 zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung, in den Aufbau des Ostens gesteckt haben. Das sind 100 %. Die Hilfen, die wir derzeit für die Griechenlandkrise aufbringen, sind 10 %. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: In diesem Verhältnis sollten wir uns zu einem geeinigten, friedlichen Europa bekennen. Hier helfen die Aussagen von Herrn Kauder auf Ihrem Parteitag, dass in Europa jetzt langsam wieder Deutsch gesprochen wird, nun wahrlich nicht weiter.

(Heiterkeit von Rüdiger Sagel [LINKE])

Dadurch werden Ängste geschürt, die wir nun wahrlich nicht brauchen.

(Beifall von der SPD und von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Nun zu den Forderungen der Linken. Gucken wir sie uns einmal im Einzelnen an:

Zur Forderung 1. Ich weiß nicht, ob Sie wahrgenommen haben, dass die NRW.BANK eine öffentlich-rechtliche Bank ist, die gar nicht vom Schuldenschnitt betroffen sein wird; denn dort sind die privaten Gläubiger genannt. Darüber hinaus haben wir gar keinen Einfluss darauf, wie dort verfahren wird.

Zur Forderung 2. Hinsichtlich der Abwicklungsanstalt haben Sie wohl noch gar nicht begriffen, dass es sich hierbei gar nicht um eine Bank handelt,

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

sondern der Auftrag der Abwicklungsanstalt ist, das ausgelagerte Portfolio der WestLB zugunsten der Steuerzahler zu mindern bzw. abzubauen, also die Verluste so gering wie möglich zu halten. Die Entscheidung des Vorstandes – dazu ist er im Übrigen verpflichtet –, diesem Auftrag gerecht zu werden, an dem Umtausch teilzunehmen, halte ich nur für folgerichtig.

Nun zum Punkt 3. Dort heißt es lapidar: Die Landesregierung soll im Bundesrat eine Initiative ergreifen, dass eine einmalige Abgabe auf Vermögen von 1 Million € für die Krise in Griechenland eingesetzt wird. – Soweit, so gut. Aber auf welches Vermögen denn bitte? Auf das unserer mittelständischen Wirtschaft, zum Beispiel im Anlagevermögen? Und wie kommen Sie gerade auf 1 Million €? Weil die Zahl so schön ist? Wo setzen Sie an?

Noch schlimmer finde ich es, einfach zu behaupten, eine einmalige Abgabe würde zur Geldvermehrung und zur Stabilisierung der Märkte beitragen. Das ist völlig fehl am Platz. Das wäre zum einen nur ein Tropfen auf den heißen Stein und zum anderen nicht zielführend. Wir brauchen eine langfristige Konsolidierung, nicht nur des Haushaltes des Bundes und der Länder, sondern europaweit. Dafür stehen wir. Wir wollen die Einführung einer Vermögensteuer, die dauerhaft angelegt ist. Diese muss aber wohl überlegt sein, damit sie auch greift, und nicht nur vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Ich hoffe, dass sich das eine oder andere erhellen lässt, auch bei den Linken, damit klar wird, dass EAA und NRW.BANK nicht das Gleiche sind. Vielleicht wird dann auch Ihnen klar, dass Vermögensabgaben genauer definiert werden müssen, denn alles muss auf der Grundlage des Grundgesetzes erfolgen. Wir können Ihnen aber schon jetzt ankündigen: Mit dem Antrag werden Sie nicht weit kommen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lüders. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst ein Wort zum geschätzten Kollegen Jostmeier sagen. Herr Jostmeier, wir sind ja beide überzeugte Europäer. Aber Ihre Rede war keine Rede zum Antrag, sondern eine allgemeine politische Rede zu Europa.

Überhaupt keine Rolle in dem Antrag spielen die Euro-Bonds. Um die geht es heute nicht. Schön, dass Sie dazu in Leipzig einen Beschluss gefasst haben, dass Sie Euro-Bonds nicht wollen. Wir haben dazu eine andere Meinung. Ich sage Ihnen: Nächste Woche wird der konservative EU-Kommissonschef Barroso Vorschläge zur Einführung von Euro-Bonds machen. Ich glaube, wir brauchen sie.

Ebenfalls völlig deplatziert waren Ihre Ausführungen zur Griechenlandkrise. Die dortige Schuldenkrise ist keine reine Schuldenkrise. Die Probleme in Griechenland haben nichts damit zu tun, dass die rot-grüne Bundesregierung die Maastricht-Kriterien gerissen hat. Das war nicht schön, keine Frage. Das Entscheidende ist aber, diese nachher wieder einzuhalten. Das haben wir auch getan. Insofern ist alles gut.

Griechenland hat eine völlig andere Problemlage. Dazu gehören eine Menge Statistikselbstbetrug, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und ein völlig aufgepumpter und überblähter Militärapparat.

Sehr geehrter Herr Kollege Sagel, zu Ihrem Antrag. Ich bin gemeinsam mit meiner Vorrednerin der Meinung: Das ist an blankem Populismus nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich beginne vorne im Antrag. Was ist das Problem der Staatsverschuldung in Griechenland?

Die Staatsverschuldungsquote liegt bei ungefähr 160 % des Bruttoinlandsproduktes. Das ist eine Schuldenlast, die – völlig offensichtlich – Griechenland in die Knie zwingt, die Griechenland die Luft zum Atmen nimmt.

Und was muss man tun, damit Griechenland wieder atmen und auf die Beine kommen kann, damit es endlich wieder ein Wirtschaftswachstum gibt?

Man muss natürlich Griechenland die Schuldenlast nehmen. Und das tut man am besten mittels eines Schuldenschnitts. Dafür haben wir Grüne schon immer plädiert. Wir haben bereits zu Beginn des vergangenen Jahres, als die Krise losging, gesagt: Wir brauchen einen 50%igen Schuldenschnitt für Griechenland. Hätten wir das mal getan!

Stattdessen hatten wir eine Bundesregierung, die das eineinhalb Jahre lang verzögert hat. Jetzt ma-

chen wir endlich einen 50%igen Schuldenschnitt, aber er kommt leider viel zu spät. Diesen braucht Griechenland aber. Fazit: Der Schuldenschnitt ist notwendig und richtig.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der Schuldenschnitt kommt jedoch zu spät. Zu Beginn der Krise gab es in Griechenland eine Schuldenlast von ungefähr 360 Milliarden €. Die waren alle in der Hand von privaten Banken. Jetzt haben wir Zeit verloren. Beim jetzigen 50%igen Schuldenschnitt reden wir nur noch von einem Volumen bei den privaten Gläubigern von ungefähr 200 Milliarden €. Der Schuldenschnitt kostet also die privaten Banken etwa 100 Milliarden €. Das ist nur noch ein Drittel der ursprünglichen Verschuldungssumme. Insofern kommt der Schnitt viel zu spät. Aber – ich wiederhole mich – er ist richtig.

Was wäre denn die Alternative, lieber Kollege Sagel? Es wäre schön, wenn Sie mir zuhören würden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich höre immer zu!
– Nadja Lüders [SPD]: Multitasking!)

– Das ist wunderbar. Vielen Dank.

Sie fordern in Ihrem Antrag keine Belastung der Steuerzahler. Was ist denn die Alternative? – Die Alternative ist, man nimmt Griechenland nicht die Schuldenlast. Der griechische Staat geht dann komplett Bankrott, und wir haben eine Ausfallquote von 100 %.

(Beifall von den GRÜNEN)

Warum, glauben Sie, machen die Privatbanken das mit? Warum machen die einen 50%igen Schuldenschnitt mit einem Volumen von 100 Milliarden € mit? – Weil sie genau wissen, dass dies alternativlos ist. Dann hat man nämlich wenigstens noch 50 %. Was Sie hier fordern, ist doch irrwitzig. Sie fordern keine Belastung der Steuerzahler in NRW. Sie zocken doch mit dem Antrag. Stellen Sie sich vor, wir würden uns nicht beteiligen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer zockt?)

wir würden die 50%ige Umschuldung nicht machen! Das wäre doch das Schlimmste. Dann droht uns vielleicht ein Totalausfall von 100 %. Das kann doch nicht in unserem Sinne sein. Das ist doch Unsinn.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darüber hinaus stimmen in Ihrem Antrag – das ist die gleiche Logik – Ihre Darlegungen zur Verlustminderung bei der EAA nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Totalausfall!)

– Nein, das ist kein Totalausfall. Ihre Rede war ein Totalausfall. Ihr Antrag ist ein Totalausfall. Das stimmt doch sachlich einfach nicht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Erst einmal sind doch nur die privaten Banken betroffen. Wir reden und diskutieren doch gerade darüber, ob auch die öffentlichen Banken, wie zum Beispiel die NRW.BANK, einbezogen werden. Darüber kann man gerne diskutieren. Das steht heute aber noch gar nicht fest.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihr seid zwar in der Regierung, aber ihr seid nicht beteiligt!)

Klug ist es, wenn man das macht und sich freiwillig daran beteiligt. Das ist doch Schutz und präventiv. Es ist doch wesentlich besser, nur 50 % anstatt 100 % abzuschreiben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihr habt keine Ahnung davon!)

Insofern: Ihr Antrag ist in dieser Form überhaupt nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Direkt im Anschluss an den Kollegen Engstfeld zu reden, hat, was die Höhe des Rednerpultes angeht, einige organisatorischen Aufwand zur Folge.

(Heiterkeit – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie werden schon darüber hinweggucken können!)

Ich wollte gerade sagen: Ich will auch nicht in die Tischkante beißen. Wir kriegen das ja alles hin.

Wenn ich schon gerade beim Kollegen Engstfeld bin, Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es eine ganze Reihe von zustimmenden Feststellungen, die er zu diesem Antrag gemacht hat. Es wird nicht überraschen: Ich teile seine Einschätzung und Bewertung des Antrages in vielen Punkten. Das ist halt wieder einmal eine schon müßige Befassung des Hohen Hauses nicht mit Bezug auf die Thematik, aber in der Art und Weise, wie dieses sehr ernste und die Öffentlichkeit interessierende Thema in diesem Antrag aufgegriffen wird.

Im Antrag wird zum einen natürlich sehr langatmig etwas beschrieben, von dem direkt im nächsten Satz quasi festgestellt wird, dass das alles nicht mehr aktuell ist. Dann fragt man sich schon gelegentlich: Okay, wo ist da der Nutzen und der Mehrwert?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Worüber reden Sie eigentlich?)

Dann sind da noch so ein paar Forderungen enthalten, auf die man im Einzelfall noch eingehen kann.

Ein Punkt direkt vorweg: Die von den Linken geforderte Vermögensabgabe wird in diesem Haus so oft für alle möglichen Gegenfinanzierungen irgendwelcher virtuellen linken Projekte verfrühstückt, dass ich mich langsam aber sicher wirklich frage, in welcher Höhe die denn ausfallen soll, um alle Ihre traumtänzerischen Vorstellungen finanzieren zu können. Also ein Grund mehr, sie abzulehnen.

Zunächst einmal dazu, dass Sie keine Information über die NRW.BANK und die Erste Abwicklungsanstalt bzw. über die dort gehaltenen Griechenlandanleihen erhalten haben. – Der guten Ordnung halber will ich, weil es zur Fairness dazu gehört, daran erinnern, dass der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung am Donnerstag der vergangenen Woche dazu Stellung bezogen und Zahlen genannt hat.

Das ist aber in angemessener, sprich: in vertraulicher Art und Weise geschehen, wie das auch richtig ist, wenn es sich um Geschäftsgeheimnisse betroffener Banken und Institute bzw. auch der Ersten Abwicklungsanstalt handelt. Die öffentliche Debatte über diese Informationen trägt auch nicht gerade – was für uns alle auch ein sehr hohes Ziel ist – zur Beruhigung der Märkte und der Situation an den Märkten durch rationale Erwägungen, rationale Be trachtungsweisen und pragmatischen Umgang bei.

Deswegen haben wir hier ein klassisches Dilemma zwischen auf der einen Seite dem Informationsanspruch der Öffentlichkeit und auf der anderen Seite einem in dieser Sache gerechtfertigten Interesse, dem Parlament die Informationen in der gebotenen und vertraulichen Art und Weise zu geben.

Bezüglich der freiwilligen Beteiligung der privaten Gläubiger an dem Schuldenschnitt von 50 % sind in der Tat noch viele Fragen offen. Ich meine, dass die Einbeziehung alternativlos ist. Der Kollege Engstfeld hat gerade einige Punkte etwas zugespitzt, aber dennoch in der Sache zutreffend angesprochen. Unklar ist insbesondere, zu welchen Modalitäten dieser Schuldenschnitt genau erfolgen soll. Es muss noch geklärt werden, wer an der Entschuldung ansonsten noch alles teilnimmt. Das ist ein nicht ganz unerheblicher Faktor.

Die Tatsache, dass die NRW.BANK und die Erste Abwicklungsanstalt öffentlich-rechtliche Eigentümer bzw. Garantiegeber haben, ändert auch nicht grundsätzlich etwas an der Tatsache, dass diese sich bei ihrer Anlagepolitik genauso verhalten wie private Banken und andere Investoren und einen Teil ihrer Bilanzsumme eben auch in diesen Staatsanleihen angelegt haben.

Von Anfang an eine Nichtteilnahme der Ersten Abwicklungsanstalt und der NRW.BANK zu verkünden oder zu fordern, könnte eben auch zum Beispiel dazu führen, dass andere Investoren sich dazu animiert fühlen, sich dem anzuschließen und ebenfalls

auf eine Teilnahme zu verzichten. Dann könnte das angestrebte Gesamtziel, die teilweise Entschuldung Griechenlands und damit letztlich auch die Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung und des Euroraumes, verfehlt werden.

Das würde in der Konsequenz die Gefahr einer ungeordneten Insolvenz eines Staates wie Griechenland mit weitreichenden Auswirkungen auf den übrigen EU-Währungsraum bedeuten. Das kann nicht unser gemeinsames Interesse sein.

Auch die Kritik am Entschuldungsverfahren für Griechenland ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar. Banken und Staaten teilen das Interesse an der Vermeidung einer ungeordneten Insolvenz Griechenlands. Insofern halte ich in der Gesamtbe trachtung die gewählte Lastenverteilung für ange messen.

Es ist nicht zu vernachlässigen, welche Folgen eine ungeordnete Insolvenz Griechenlands auf die Banken und damit auch – nicht weil es die Banken sind – auf die Kreditversorgung der Bürgerinnen und Bürger, des Mittelstandes, der Wirtschaft, eben auf die Finanzdienstleistung, den Wirtschaftsfaktor hätte. Es gibt sicherlich gute Gründe für die vorgezogene Einführung zum Beispiel einiger Basel-III-Kriterien, was unter anderen die Eigenkapitalausstattung der Institute, die Aufstockung auf 9 %, an geht. Das sind alles wirklich gewaltige Herausforde rungen. Ihre Bewältigung ist aber sinnvoll und wird helfen, zukünftig Krisen zu vermeiden. Das führt wahrscheinlich auch dazu, dass die Banken in einer anderen Verantwortung bei der Kreditvergabe tätig werden.

Meine Damen und Herren, für den Fall, dass eine Bank die Belastung nicht stemmen könnte, möchte ich an die Debatten dazu in diesem Hause erinnern. Die FDP ist eine Partei, eine Fraktion gewesen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gewesen, genau!)

die eine kritischere Haltung dazu eingenommen hat te, die nur mit großem Zähneknirschen mitgetragen und anerkannt hat, dass dann eben die Staaten ein treten und einspringen, um letztlich einen Banken run und den Verlust von Ersparnissen der Volks wirtschaft zu verhindern.

In der Diskussion ist außerdem der Aspekt „Euro Bonds“ angesprochen worden. Dazu haben wir, Herr Kollege Engstfeld, in der Tat eine ganz andere Auffassung. Wir wollen keine Haftungsunion in Europa,

(Beifall von der FDP und von der CDU)

wir wollen keine Vereuropäisierung der Schulden aller Mitgliedsländer, die dadurch immer mehr Zu ständigkeiten verlieren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Erwähnt werden muss darüber hinaus das Stichwort „Finanztransaktionssteuer“. Hier will ich ganz klar sagen, dass durch eine Finanztransaktionssteuer aus meiner Sicht im Ergebnis Anreize, die virtuelle Zocke einzuschränken, nicht erreicht werden können. Diese Zocke kann dadurch eben nicht verhindert werden. Die Steuer führt nur zu einer Weiter berechnung von Kosten und Verteuerung von Finanzdienstleistungsprodukten, zum Beispiel der Lebensversicherungen oder Alterssicherungen, die sich viele Menschen in diesem Land aufgebaut haben.

Im Übrigen: Wer allen Ernstes glaubt, dass ein nationaler Alleingang, den wir auch bei anderen Themen im europäischen Kontext nicht für richtig halten, bei der Finanztransaktionsteuer tatsächlich ein Gewinn wäre, der verkennt völlig die Realität. Mit Verlaub: Das große Volumen an Finanztransaktionen findet leider nicht in Deutschland statt. Wir wür den damit noch den Standortnachteil unterstreichen und unseren Standort schwächen. Das, meine Damen und Herren, lehnt die FDP-Landtagsfraktion ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Landesregierung hat der Finanzminister das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Problem, mit dem wir es im Augenblick zu tun haben, insbesondere mit Blick auf die Rezepte, die bei den enormen Turbulenzen auf den Finanzmärkten und im Euroraum gerade angewandt werden, ist weder der Schirm noch der Schnitt. Das Problem sind auf der einen Seite die Zocker. Das Problem sind auf der anderen Seite aber auch die, die immer mit unglaublich einfachen Rezepten kommen und glau ben, damit sei alles zu lösen.

Dazu gehört, einfach mal zu formulieren, dass der Steuerzahler nicht belastet werden soll. Dafür kann man natürlich Zustimmung erhalten. Dazu gehört, zu sagen: Fordern wir doch mal von denen, die ein großes Einkommen haben, eine einmalige Vermögensabgabe. Das hat mit der Frage, wie wir überhaupt mit der Belastung der stärkeren Schultern umgehen und die schwächeren entlasten, nichts zu tun. Es hört sich aber so an, als könnte man auch dafür schnell Zustimmung bekommen.

Das gilt im Übrigen auch für Positionen, die von ganz anderer Seite kommen, zum Beispiel: Warum schmeißt man Griechenland nicht aus dem Euroraum heraus? Oder: Warum führen wir morgen die D-Mark nicht wieder ein? – Das sind alles Dinge, die, populistisch formuliert, erst einmal gut klingen. Wenn sich aber jemand mal die Mühe macht, zu schauen, was tatsächlich auf den Märkten passiert,

dann müsste er eigentlich relativ schnell erkennen, dass diese Rezepte alle nicht funktionieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Man kann nicht einfach sagen: Nach zehn Jahren ist die Welt noch so wie vor zehn Jahren. Ja, es ist ein Unterschied, ob man jemanden nicht hineinlässt oder ob man jemanden aufnimmt und wieder herauschmeißt. Es ist auch ein Unterschied, ob man sich zu einer gemeinsamen Währung durchringt oder es sein lässt oder ob man das tut und sie anschließend auflöst. Das würde zu unglaublichen Turbulenzen und zu Ungleichgewichten führen, die wir uns vermutlich überhaupt nicht vorstellen können.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Es ist hier ja auch schon angesprochen worden, dass wir nicht so tun sollten, als wäre alles, was im europäischen Raum passiert, immer nur Last.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Die D-Mark für sich – das wäre ein viel zu kleiner Währungsraum, erst recht zehn Jahre nach der Einführung des Euro. Denn heute – das habe ich an dieser Stelle schon zu einem anderen Zeitpunkt gesagt – reden wir nicht mehr nur über eine Konkurrenz zum Dollarraum oder zum Yen, sondern wir reden über ein immer größer werdendes Gewicht des chinesischen Renminbi-Raums. Denn die Chinesen sind in der Lage, kleinere Währungen – und dazu würde die D-Mark alleine auch gehören – fast aus der Portokasse aufzukaufen, die Kurse in die Höhe zu treiben und, wenn es ihnen passt, sie drei Monate später in den Keller fallen zu lassen. Ich möchte nicht erleben, was alles mit unserer Wirtschaft und mit unserer Stabilität passieren würde, hätten wir nicht diesen breiten Verbund, der es wert ist, dass man für ihn eintritt, und der es wert ist, ihn auch zu stützen.

(Beifall von der SPD, von der CDU und von der FDP)

Ich finde es aus diesem Grund richtig, einen Rettungsschirm aufzuspannen. Wenn es in diesem Punkt eine Kritik nach Berlin gibt, dann ist es die Zaghhaftigkeit, mit der er aufgestellt worden ist. Das ist das Problem an Schirmen: Wenn Sie zuerst mit einem kleinen Schirmchen durch den Regen gehen und nass werden, dann ist das Vertrauen, dass Sie nicht nass werden, wenn Sie anschließend einen größeren Schirm haben, ein bisschen eingeschränkt. Und darum geht es ja gerade: Diese Schirme sind nicht dazu da, dass sie genutzt werden und dass Geld bezahlt wird; sie sind dazu da, dass das Vertrauen entsteht, dass ich nicht nass werde und dass aus diesem Grund die negativen Folgen erst gar nicht eintreten. Dieses Vertrauen ist kleiner, wenn man zuerst einen kleinen Schirm, dann einen größeren und, wenn man merkt, er ist

immer noch nicht groß genug, den nächstgrößeren nimmt.

Das gilt genauso für Schuldenschnitte. Wenn Sie mit 20 % anfangen, dann sagen, 20 % hätten sich doch als zu wenig erwiesen, und deshalb 50 % machen, ist die Gefahr, dass das irgendwann noch mehr steigt, größer, als wenn man von Anfang an die richtige Hausnummer gesucht hätte.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist der kritische Punkt. Ich mache auch keinen Hehl daraus: Wenn Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land und der Staat in dieser Weise zur Sicherung eines europäischen Verbundes beitragen, dann muss man auch fragen: Wie ist eigentlich die Beteiligung derer, die auf den Finanzmärkten Investitionen getätigt haben, vor vielen Jahren unter anderen Voraussetzungen, aber natürlich mit Gewinnstreben? Es gehört zum Markt dazu, dass man dann auch Risiko übernimmt. Und wenn es danach aussieht, dass dieses Risiko greift, könnten sich, bitte schön, diejenigen, die die Gewinne machen wollten und die vorher auch Gewinne gemacht haben, an diesem Schaden auch beteiligen.

Es kann nicht sein, dass die Banken den Staat immer wieder auf Distanz halten wollen, wenn es gut läuft und wenn es große Gewinne gibt. Dann heißt es: Bleibt mal weg, Bankenabgabe ist Gift, Finanztransaktionssteuer wollen wir nicht, der Staat soll sich davonstehlen. – Aber wenn es schiefläuft, stehen die auf der Matte und haben überhaupt kein Problem – zucken nicht einmal mit der Wimper, tun so, als wären sie schon immer die besten Freunde gewesen –, zu sagen: Bitte schön, kommt mal mit ein paar Milliarden rüber, wir brauchen Hilfe.

Deshalb ist mein klarer Appell: Ja, es muss eine Beteiligung des privaten Sektors an diesem Schuldenschnitt geben. – Der Gipfel des Gipfelergebnisses wäre es allerdings, wenn die Freiwilligkeit, die dahinter steht, am Ende dazu führen würde, dass die vom Steuerzahler gehaltenen öffentlich-rechtlichen Institute sich an diesem Schuldenschnitt beteiligen, die privaten aber nicht, und das Ergebnis am Ende wäre, dass nur der Staat dem Staat an die Seite tritt und nicht die Privaten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wäre richtig – das ist auch meine ganz persönliche Meinung –, die private Beteiligung wirklich auf die Privaten zu beschränken. Es gibt aus meiner Sicht nur eine Abweichung davon, es auf die Privaten zu beschränken und die Öffentlichen nicht zu beteiligen. Das ist eine rein ökonomische Überlegung, nämlich: Ist der Verlust, wenn wir uns fernhalten, möglicherweise größer, als wenn wir uns beteiligen? Das ist für mich die wichtige Frage, nicht die Prinzipien- oder Systemfrage; die ist für mich klar. Bei dem Schuldenschnitt geht es um die private Beteiligung. Aber es kann sein, dass ein Sich-

Heraushalten am Ende den Schaden größer macht.
Und das wollen wir nicht.

Auch da wird wieder deutlich: Das ist kein Feld für Populismus, sondern das ist ein Feld, um sich mal zurückzuziehen, zu analysieren, sich nicht auf den Bauch zu verlassen und sich genau anzusehen, was man eigentlich fordert und was die Konsequenzen sind.

Das tun in dem Bereich, in dem Nordrhein-Westfalen als öffentlicher Eigentümer beteiligt ist, die NRW.BANK, die Erste Abwicklungsanstalt, der Versorgungsfonds, die betroffenen Institute und die Vorstände. Die haben diese Aufgabe. Die Entscheidung liegt weder bei der Landesregierung noch beim Landtag. Sie liegt am Ende bei den Gremien dieser Institute. Sie entscheiden, ob sie richtig handeln, wenn sie sich an der Sache beteiligen oder wenn sie das nicht tun.

Dabei müssen viele Fragen eine Rolle spielen – Frau Freimuth hat das schon angesprochen –: Erstens. Was droht bei Teilnahme, was droht bei Nichtteilnahme? Zweitens. Wie gehen andere Institute damit um? Was ist mit der KfW, was ist mit anderen, die im Eigentum des Bundes oder anderer Länder gehalten werden?

Im Übrigen spielt auch die Frage eine Rolle, warum die Schulden einer Einrichtung wie der Ersten Abwicklungsanstalt als öffentliche Schulden gelten, warum diese Schulden von Destatis und der europäischen Statistik dem Sektor „Staat“ zugeordnet werden, zugleich jedoch die Erwartung geäußert wird, dass sich diese Institution bei der privaten Beteiligung als Privater beteiligt. Man sollte mal überlegen, was am Ende die konsequente Zuordnung des einen wie des anderen ist.

(Beifall von der SPD)

Für Populismus ist weder Platz, wenn es um die platte Verweigerung geht, noch wenn es um so tolle Ideen wie eine einmalige Vermögensabgabe jenseits aller systematischen Überlegungen zu einer Ordnung des Steuersystems geht. Dafür ist auch kein Platz, wenn es um pauschale Urteile geht, die immer wieder, wenn man etwas Problematisches darstellen will, das Thema „Griechenland“ in den Mittelpunkt rücken.

Ich habe das schon an verschiedenen Stellen gesagt: Wir sollten uns etwas zurückhalten, Vergleiche, die uns betreffen, immer wieder mit dem Thema „Griechenland“ zu verknüpfen. Das wird nicht nur uns nicht gerecht, es wird auch den Griechen nicht gerecht. Auch die sind an einem Punkt – das muss man immer wieder sehen –, an dem man sie nicht nur unter Druck setzen kann, ihr Geld nicht mehr auszugeben. Wenn die Griechen nicht mehr investieren, wenn es da keine Infrastruktur mehr gibt, wenn da kein Geld mehr für Bildung vorhanden ist, wer soll dann später als privater Investor in die-

sen Ländern investieren? Das wird nicht passieren. Die werden ewig am Tropf hängen.

Deswegen wird es nicht nur darum gehen, Hähne zuzudrehen, es wird auch darum gehen, an anderer Stelle Unterstützung zu leisten. Es wird vor allen Dingen darum gehen, Strukturen aufzubauen, damit sie in die Lage kommen, etwas so zu organisieren, wie wir es hier können. Das ist vielleicht ein Grund, sich immer mal wieder bewusst zu machen, dass wir in diesen Bereichen über funktionierende Strukturen verfügen, die uns zu unserer Stärke in Europa und in der Welt verholfen haben.

Aus diesem Grunde noch einmal der Appell: Lassen Sie uns das nicht populistisch angehen! Lassen Sie uns das besonnen angehen, die Dinge angucken, durchaus mit der Erwartung, dass der private Sektor auch im Schadensfall mal seinen Beitrag leistet, aber eben so, dass am Ende nicht das Prinzip den Schaden vergrößert, sondern dass das Prinzip darauf abgestellt wird, eine gemeinsame gute Lösung für alle Beteiligten zu finden. – Danke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat das Wort nun Herr Kollege Möbius.

Christian Möbius (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Jostmeier eben auf die europapolitischen Punkte im Antrag der Linken eingegangen ist, wende ich mich nun den finanzpolitischen Aspekten des Antrags zu.

Vorab aber noch eine Anmerkung zu Frau Kollegin Lüders, die eben die Behauptung aufgestellt hat, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hätte auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig geäußert: Europa muss deutsch sprechen. – Das ist falsch. Er hat die britische Regierung und die Briten kritisiert, weil sie ihren Widerstand, eine europaweite Finanztransaktionssteuer einzuführen, nicht aufgeben wollen. Aber die Schlagzeile „Europa muss deutsch sprechen“ stammt von der englischen Boulevardpresse, nämlich der Zeitung „The Sun“. Das dem Fraktionsvorsitzenden zu unterstellen ist wirklich fehl am Platze.

(Beifall von der CDU)

Zu den finanzpolitischen Aspekten. Da kann ich es mir zunächst ziemlich einfach machen. Der Landtag ist in seiner Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10. November 2011 umfassend über das Engagement des Landes bei der Pensionsrücklage, der NRW.BANK,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

– Herr Kollege Sagel –, der WestLB und der EAA informiert worden. Das sagen selbst wir von der

Opposition und gestehen zu, dass diese Information umfassend gewesen ist. Das geschah allerdings in vertraulicher Sitzung; aber es geht ja auch um sensible Daten und schutzwürdige Interessen von Dritten.

(Weiterer Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

In diesem Punkt, Herr Kollege Sagel, ist Ihr Antrag schllichtweg erledigt. Es ist reiner Populismus der Linken, diesen Punkt hier im Plenum öffentlichkeitswirksam einzufordern.

Das gilt übrigens auch für die plumpe Überschrift des Antrags, der lautet: „Keine Belastung der Steuerzahler in NRW bei der ‚Griechenland-Umschuldung‘“. Das ist nichts anderes als purer Populismus.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Bezeichnend ist allerdings, dass die Linke das zentrale Problem der Finanzkrise, nämlich die Schuldensumacherei, in ihrem Antrag vollkommen ausblendet.

Um es an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen: Ohne die exorbitante und hemmungslose Staatsverschuldung wäre es gar nicht zu dieser Finanzkrise gekommen. Natürlich hört die Linke das nicht gerne. Sie verlangt stets Mehrausgaben im Haushalt, ohne irgendeinen Deckungsvorschlag vorzulegen.

(Weiterer Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Durch Ihr Verhalten führen Sie also Ihren eigenen Antrag ad absurdum. Sie müssen doch erkennen, dass uns die Schulden in diese Krise geführt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die rot-grüne Minderheitsregierung muss endlich eine solide Haushaltspolitik betreiben. Davon ist sie meilenweit entfernt. Nicht nur Europa und Griechenland müssen sich dieser Herausforderung stellen, sondern natürlich auch diese Landesregierung. Wer trotz sprudelnder Steuereinnahmen 4 Milliarden € Schulden macht, betreibt keine Konsolidierungspolitik, sondern gefährdet die Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

Das zeigt sich auch bei der mittelfristigen Finanzplanung, die bis 2020 nur auf zusätzliche Steuereinnahmen setzt, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das ist einfach zu wenig. Es bedarf eigener Anstrengungen, um zu einer nachhaltigen Verbesserung der Haushaltsslage zu kommen. Nur die Hände in den Schoß zu legen, Herr Finanzminister, das reicht nicht aus. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Hahnen.

Ulrich Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Linken in Sachen Griechenlandumschuldung bedeutet ja, dass der private Banken- und Finanzsektor hier die Lasten tragen soll. An die Adresse der Linken: Es ist schön, wenn Sie wenigstens von sich selber die Meinung haben, dass Sie die weitreichenden Folgen der Wirtschaftspolitik glauben zu verstehen. Aber nach dem, was Sie zumindest hier im Landtag geboten haben, habe ich erhebliche Zweifel, ob Sie die wesentlichen Aspekte wirklich überblicken können.

Man muss auch noch nicht mal Finanzexperte sein, um zu kapieren, dass das bisherige politische Krisenmanagement in der Eurozone gescheitert ist. Die allgemeine Devise über die letzten Monate hieß: Zeit kaufen! Zeit kaufen, getrieben von dem Wunschdenken, dass man durch irgendwelche wundersamen Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmendaten das Thema schon irgendwie ausschwitzen könnte. Was aber ist passiert? Die Zeiten sind schlechter geworden. Die deutsche Bundesregierung legte eine atemberaubende Serie von Dementi mit abnehmender Halbwertszeit und Realitätsflucht hin.

Die Zukunft Europas, meine Damen und Herren, ist in höchster Gefahr. Sie darf aber erst recht nicht durch das Handeln der Regierungsparteien in Berlin weiter gefährdet werden, die seit nunmehr 18 Monaten zwischen leichtfertigem Populismus auf der einen Seite und der europäischen Rationalität auf der anderen Seite hin- und herschwanken.

Es gibt ein Merkel'sches Gesetz: Je bestimmter ich etwas ausschließe, desto sicherer ist es, dass es am Ende doch kommt. – Meine Damen und Herren, das ist derzeit die einzige Orientierung, die die Bundesregierung in dieser Frage gibt.

(Manfred Palmen [CDU]: Blödsinn!)

Wir werden sehen – auch Sie werden das noch sehen, Herr Palmen –, was demnächst kommt.

(Manfred Palmen [CDU]: Aber Sie wissen es!)

So wie das Merkel'sche Gesetz Gültigkeit hat, gilt das leider auch für die Anträge der Linkspartei. Ständig kommen Forderungen nach zusätzlicher Belastung der Banken. Das ist so ähnlich wie das täglich grüßende Murmeltier.

Was brauchen wir konkret? Sie wissen, dass Sozialdemokraten seit Langem sagen: Wir brauchen einen Schuldenschnitt. Wir brauchen eine Schuldenreduzierung zugunsten Griechenlands. Wir sind auch dafür, dass die europäischen Bankensysteme stabilisiert werden. Der Schuldenschnitt ist auch nur dann hinzubekommen, wenn wir gleichzeitig eine Bankenstabilisierung in Begleitung haben.

Alles andere – nachzulesen im heutigen Antrag der Linken – ist blanker Populismus und würde in einer europäischen Katastrophe enden.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Der ist von der Linken, der Antrag!)

Wir können am Ende also weder mit dem linken Populismus noch mit der Merkel'schen Theorie irgendetwas umsetzen.

Werter Herr Kollege Möbius, dass Sie sich nicht zu schade waren, bei diesem Thema noch mal den Schlenker zu versuchen, auf die NRW-Haushaltspolitik einzugehen, ist schon ein Stück weit armelig. Wir haben heute Morgen darüber diskutiert, welche „grandiose“ Entscheidung Sie in Berlin begrüßen, nach der dem Land Nordrhein-Westfalen 600 Millionen € nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Manfred Palmen [CDU]: Es wird immer mehr!)

Nachdem die schwarz-gelbe Koalition die Kommunen fünf Jahre lang ausgeraubt hat, hat sie plötzlich erkannt: Es muss noch mehr gemacht werden, als es die derzeitige Regierung macht. – Das ist schon sehr abenteuerlich, Herr Möbius. Nicht einmal bei diesem zugegebenermaßen recht seltsamen Antrag der Linken sollten Sie sich in einer solchen Versuchung ergehen.

Die Linken – mehrere Vorrednerinnen und Vorredner haben es schon gesagt – beklagen, dass sie zu wenige Informationen haben. Es ist darauf hingewiesen worden, dass im Haushalt- und Finanzausschuss in vertraulicher Sitzung Informationen gegeben worden sind. Sie, meine Damen und Herren von den Linken, haben im Moment offensichtlich das Interesse, diese Zahlen möglichst zum Zweck Ihrer populistischen Politik irgendwie in die Öffentlichkeit zu bekommen. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen eine ruhige und sachliche Antwort.

Wir brauchen eine Konvergenz in der Steuerpolitik. Dazu gehören Regeln, die bewirken, dass dieses elende Steuerdumping in Europa aufhört.

Wir brauchen Regelungen für die Finanzmärkte. Wir brauchen keine Produkte, die vorher nicht auch auf ihre Risiken hin untersucht worden sind und eine entsprechende Zulassung haben.

Wir brauchen ein Zurückschneiden dessen, was sich an Dynamik im Hochfrequenzhandel entwickelt hat: dass nämlich kein Mensch mehr, sondern irgendwelche namenlosen Logarithmen darüber entscheiden, was gekauft oder was verkauft wird.

Wir müssen die grauen Finanzmärkte austrocknen. Wir müssen dem Treiben der Schattenbänken ein Ende setzen. Und wir müssen den Zockern Einhalt gebieten.

Der Antrag der Fraktion Die Linke ist dazu nicht geeignet. Deshalb sage ich Ihnen schon jetzt, dass wir ihn zwar gerne in den Haushalt- und Finanzaus-

schuss überweisen werden, ihn allerdings auch heute schon ablehnen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einige Punkte, die vorhin vorgetragen worden sind, richtigstellen.

Was die Euro-Bonds betrifft, hat die CDU eine klare Position. Sie will sie nicht. Was ist denn die Realität? Die EZB kauft quasi täglich Milliardenbeträge an Staatsanleihen auf, aber ohne parlamentarische Kontrolle und ohne klare Richtlinien. Was ist das denn anderes als Euro-Bonds?

(Beifall von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Das sind unkontrollierte Euro-Bonds, die wir da aufhäufen. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Sie haben vorhin unterstellt, dass Griechenland unter falschen Bedingungen in die EU gekommen ist. Dann ziehen wir Griechenland mal ab und gehen davon aus, dass Griechenland jetzt nicht in der EU wäre. Wäre das Problem dann nicht da? Ihnen ist die Dimension doch bekannt. Was Griechenland an Schulden hat, ist nicht unser Thema. Es ist viel; ich will das nicht verniedlichen. Die Staatsschuldenkrise betrifft aber auch viele andere Länder. Nehmen wir mal Italien, Irland, Portugal oder Spanien. Das sind doch ganz andere Dimensionen. Wir diskutieren die Griechenland-Thematik doch nur deshalb so ausführlich, weil die Bundesregierung es versäumt hat, da schnell zu reagieren, einen schnellen Schuldenschnitt zu machen – das hat der Kollege Engstfeld eben alles vorgetragen –; sonst wäre Griechenland gar kein Thema. Das Problem liegt tiefer. Die Griechenland-Problematik ist nicht zu verniedlichen. Die grundsätzliche Thematik dahinter ist aber sehr viel größer. Das wissen Sie auch.

Das ist nach meinem Eindruck auch das Problem, was die NRW.BANK und die Staatsanleihen angeht. Ich hatte eine um eine Nuance andere Einschätzung, als sie vorhin vorgetragen worden ist. Wenn sich das Land normal am Kapitalmarkt bewegt – und nichts anderes hat die NRW.BANK in diesem Fall getan, als sie Anleihen gekauft hat – und davon profitiert, dann kann ich schon verstehen, dass man erwartet, dass wir dann, wenn wir nicht mehr profitieren, auch am Schuldenschnitt zu beteiligen sind. Wir werden das im Ausschuss sicherlich intensiver diskutieren.

Ein weiterer Punkt: Sie haben eben etwas zur globalen Finanzwirtschaft vorgetragen. Ich frage Sie ganz konkret: Was hat die Bundesregierung bei der

Commerzbank gemacht? Die Commerzbank wurde in wesentlichen Teilen sozialisiert. Dabei hat man sich aber nicht auch die Gewinne hereingeholt, sondern nur die Kosten. Das genau ist falsch gewesen. So etwas ist auch kein Modell für Europa. Insofern ist diese Bundesregierung komplett inkonsistent und macht in diesem Zusammenhang auch ein schlechtes Krisenmanagement.

Zum Schluss zurück zu dem Antrag der Linken: Wir würden sicherlich intensiver und auch dezidierter über dieses Thema reden, wenn sich die Linken etwas mehr Mühe damit machen würden. Es ist doch in Ordnung, dass man dieses Thema hier anspricht,

(Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

auch im Landtag die Folgen der Finanzkrise diskutiert und sich hier ganz konkret die Frage stellt, welche Folgen das für unsere Institution hat – aber nicht mit so einem Spruch, den sich auch Parteien, über die wir heute Morgen gesprochen haben, die weit am rechten Rand des Parteienspektrums stehen, als Wahlkampslogan wählen. Mit schlichten Parolen kommt man da nicht weiter.

Wir müssen dieses Thema sehr sorgfältig und sehr abgeschichtet diskutieren. Nur dann ist es qualitativ angemessen. Mit Aussagen nach dem Motto „Raus aus den Schulden – wir haben nichts damit zu tun“ ist das Problem nicht zu lösen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion Die Linke spricht die Fraktionsvorsitzende, Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann^{*)} (LINKE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Eine Frage an Herrn Hahnen: Seit wann ist die Forderung nach Transparenz populistisch? Das müssen Sie nicht nur mir erklären.

(Beifall von der LINKEN – Ulrich Hahnen [SPD]: Der Antrag!)

Kolleginnen und Kollegen, die Strukturanpassungsprogramme der Troika degradieren Griechenland auf den Status einer Halbkolonie und einer Halbdemokratie. Auf Druck der EU-Troika und auf Druck von Frau Merkel wurde im Mutterland der Demokratie eine demokratische Volksabstimmung über den Lohn- und Sozialraub verhindert. Das Volk darf nur noch entscheiden, wenn die Finanzmärkte dies erlauben. Das ist die bittere Lehre.

Stattdessen wurde eine Regierung der nationalen Einheit von Gnaden der Troika installiert. Teil der neuen Regierung ist auch die rechtsextreme und rassistische Laos-Partei, die bis heute das Erbe der griechischen Diktaturen verteidigt. Dieser antidemokratische Akt ist eine Schande für Europa.

(Beifall von der LINKEN)

Dies ist so, als würde die Troika dem Freistaat Sachsen vorschreiben, die NPD ins Kabinett zu holen.

Mikis Theodorakis, der große Sohn Griechenlands, empört sich heute gegen die Troika, so wie er sich gegen die Obristen empört und gewandt hat.

(Beifall von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Ich zitiere aus einem offenen Brief von ihm:

„Das ‚Imperium des Geldes‘ fordert nun eine schnelle, gewaltsame und brutale Transformation eines Eurozonenlandes, nämlich Griechenlands, in ein Dritt Weltland durch ein sogenanntes ‚Rettungs‘-Programm, das tatsächlich die ‚Rettung‘ der Banken ist, die dem Land Geld geliehen haben. In Griechenland hat die Allianz der Banken und der politischen Führungen – durch die EU, die EZB und den IWF – ein Programm verhängt, das einem ‚wirtschaftlichen und sozialen Mord‘ an diesem Land und seiner Demokratie gleichkommt.“

(Beifall von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Kolleginnen und Kollegen, gerade weil die Rettungspakete nicht Griechenland retten sollen, wie Mikis Theodorakis feststellt, sondern die Banken, den Euro und die deutsche Exportwirtschaft, lehnen wir Linken diese Strukturanpassungsprogramme ab.

(Beifall von der LINKEN)

Daher lehnen wir auch eine freiwillige Beteiligung der EAA ab. Wenn die EAA auf 500 Millionen € verzichtet, hilft das weder den Griechinnen und Griechen noch Europa. Die wahren Nutznießer heißen unter anderem Deutsche Bank, Allianz, Commerzbank, BNP Paribas und Unicredit.

Wir Linken wollen Solidarität mit Griechenland,

(Beifall von der LINKEN)

aber nicht mit den Banken und Finanzkonzernen. Wir brauchen eine solidarische Union, die vor allem einen Transfer von Reich nach Arm organisiert – in Griechenland, in anderen Ländern, aber auch in unserem eigenen Land.

Ich erwarte eine sachliche und nicht populistisch geprägte Diskussion in den Ausschüssen, werte Kolleginnen und Kollegen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beuermann. – Wir sind am Ende der Debatte. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 15/3252 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Europa

und Eine Welt; die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Einstimmig so überwiesen.

(Unruhe)

– Für diejenigen, die sich immer noch darüber erheitern, dass wir keine Zwischenfragen mehr zugelassen haben: Die Kollegin hatte schon ihre Redezeit überschritten. Daher haben wir gesagt, dass wir das nicht auch noch tun wollen. Ich hoffe, dass das allgemein Verständnis findet – angesichts der Tatsache, dass wir auch noch einen hoffentlich schönen Parlamentarischen Abend vor uns haben. Bis dahin wird aber noch ordentlich parlamentarisch gearbeitet.

Tagesordnungspunkt

10 Landesregierung muss das Aktionsprogramm zur Stärkung der hausärztlichen Medizin und Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Hausarztaktsionsprogramm) forschreiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3269

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Kleff das Wort.

Hubert Kleff (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zugang zur medizinischen Versorgung und der Fortschritt bei der Prävention, der Diagnostik und der Behandlung von Krankheiten zählen – so meine ich – zu den wichtigsten Errungenschaften unserer Zeit.

Wenn vor Jahren eine flächendeckende medizinische Versorgung in allen Landesteilen noch selbstverständlich war, so zeichnet sich heute immer deutlicher ab, dass bei punktueller Betrachtung in einigen ländlichen Bereichen, aber auch in bestimmten Stadtteilen eine gravierende Unterversorgung droht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die CDU-Landtagsfraktion heute erneut das Hausarztaktsionsprogramm zum Thema gemacht hat, so hat das etwas mit Wichtigkeit und Dringlichkeit zu tun. Schwächen in der medizinischen Versorgung beschleunigen die Landflucht, denn die medizinische Versorgung ist ein bedeutender Standortfaktor. Wenn der Hausarzt nicht mehr kommt, dann gehen außerdem alle Aktivitäten ins Leere, die möglichst lange ein Leben im bisherigen häuslichen Bereich ermöglichen sollen.

Wenn auch die Sicherstellung der hausärztlichen und fachärztlichen Versorgung in unserem Land zunächst einmal Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe ist, so kann die Landesregierung ihre Hände nicht in den Schoß legen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Sehr geehrte Frau Ministerin Steffens, es reicht nicht, in Sonntagsreden ein menschliches, sozial ausgerichtetes Gesundheitswesen zu fordern oder im Koalitionsvertrag einen nutzer- und patientenorientierte Gesundheitspolitik zu versprechen, wenn es dann an den notwendigen Aktivitäten fehlt.

(Beifall von der CDU – Ministerin Barbara Steffens: Stimmt nicht!)

Mit dem Hausarztprogramm hat die damalige CDU/FDP-Landesregierung unter Federführung von Karl-Josef Laumann gezeigt, welche Bedeutung für sie die medizinische Versorgung der Bevölkerung hatte. Sie haben die Weiterentwicklung des Hausarztprogrammes bei verschiedenen Anlässen zwar angekündigt, aber bisher nicht umgesetzt.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage 977 – Drucksache 15/2893 – des Kollegen Fehring wird sogar ein Programm der Landesregierung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen, also ambulant und stationär, versprochen. Frau Ministerin Steffens, bis heute wurde weder das Hausarztprogramm fortgeschrieben, noch haben Sie die für das Frühjahr 2011 zugesagte Krankenhausplanung auf den Tisch gelegt.

(Ministerin Barbara Steffens: Wir haben doch einen Zeitplan!)

– Jetzt angekündigt für Ende 2012, zwei Jahre später als geplant. – Auf die Fortschreibung des Hausarztprogrammes warten die Menschen auf dem Land, auf die Krankenhausplanung warten die Krankenhäuser und letztlich auch die Patienten.

(Beifall von der CDU)

Wir fordern Sie erneut auf, endlich tätig zu werden und nicht in jeder Rede den Grund für den Stillstand hier in Düsseldorf letztlich in Berlin zu suchen.

(Beifall von der CDU)

Oder ergeht es Ihnen in diesem Bereich wie bei der ebenfalls groß angekündigten Verschärfung des Nichtraucherschutzes, dass Sie Ihren Koalitionspartner nicht überzeugen können?

Das hoffentlich am 01.01.2012 in Kraft tretende Versorgungsgesetz leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der ambulanten und stationären Versorgung in von Unterversorgung bedrohten Gebieten. Ich nenne hier nur einige Stichworte: sektorenübergreifende Versorgung, Aufhebung der Mengenbegrenzung bei Unterversorgung, Aufhebung der Residenzpflicht, Vorteile für Ärzte, die in

einem unversorgten Gebiet tätig waren, Flexibilisierung der Planungsbereiche usw.

Ich sehe hier gute Ansätze, im Zusammenwirken mit den Ländern, den Kommunen, den KVen, den Ärztekammern und den Krankenkassen die bedrohliche Entwicklung zu stoppen und weiterhin eine landesweit qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dabei müssen das Studium und die Weiterbildung unbedingt mit in den Blick genommen werden.

(Beifall von der CDU)

Frau Steffens, abschließend bitte ich Sie im Namen der CDU-Fraktion, dem Ausschuss über den Umfang und die Art der einzelnen Fördermaßnahmen nach dem Hausarztaktionsprogramm zu berichten. Und Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, fordere ich auf, unserem Antrag zuzustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kleff. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Lück.

Angela Lück (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich zu Beginn der vergangenen Woche den vorliegenden Antrag in Händen hielt, hatte ich ein sogenanntes Déjà-vu, das Gefühl, eine Situation schon einmal erlebt zu haben.

Bei näherer Durchsicht wurde schnell klar, dass es sich lediglich aus Reihen der CDU um Altes, was neu aufgelegt wurde, und Altbekanntes handelte, was wieder auftauchte.

(Zurufe von der CDU)

Im Vergleich zu Ihrem Antrag vom Januar dieses Jahres – er hieß damals „Fortbestand des Hausärztekonzeptes sicherstellen“ mit der Drucksachennummer 15/1071 – sind hier und heute von Ihrer Seite keine neuen bahnbrechenden Erkenntnisse vorgetragen worden.

(Norbert Post [CDU]: Das ist nichts Neues!)

Die von Ihnen geforderte Fortschreibung des Hausarztprogramms ist gegenstandslos, da dies bereits durch die Landesregierung weiterentwickelt wird.

(Zuruf von der CDU: Zum Beispiel?)

Der damalige rot-grüne Entschließungsantrag „Hausärztekonzept zu einem umfassenden Programm zur Förderung der ortsnahen medizinischen Versorgung ausbauen“ – Sie erinnern sich sicher; es war die Drucksachennummer 15/1133 – war inhaltlich sowohl weiterführender als auch vertiefender und nachhaltiger aufgestellt. Und er fand in der

Plenarsitzung am 19. Januar dieses Jahres die parlamentarische Mehrheit.

Darüber hinaus hat die zuständige Ministerin, Barbara Steffens, auch im Fachausschuss zur wohnnahmen medizinischen Versorgung mehrfach und deutlich Stellung bezogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass wir uns bereits gemeinsam darauf verständigt haben, im Frühjahr 2012 im Gesundheitsausschuss ein Expertengespräch dazu durchzuführen. Sie hingegen halten weiter stur an Ihrer längst überholten Forderung nach Fortschreibung des Haushaltskonzepts fest, obwohl in der Realität die Weichen schon in diese Richtung gestellt sind. Mein dringender Appell an Sie: Ersparen Sie uns bitte in Zukunft solche Déjà-vu-Erlebnisse; auch das Murmeltier muss nicht täglich grüßen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die in Ihren beiden Hausarzt-Anträgen enthaltenen Forderungen in diesem Jahr entweder überholt oder schon längst Regierungshandeln sind. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Es reicht auch nicht aus, dass Sie – das steht in Ihrem Antrag – allgemein auf Studien verweisen, wenn sie dabei nicht gleichzeitig fundierte Fundstellen oder stichfeste Quellenangaben liefern.

Als Koalition der Einladung sind wir für konstruktive Vorschläge und die Mitwirkung im Sinne eines nachhaltigen Hausärztekonzeptes auch weiterhin dankbar und offen. Schließlich geht es uns allen hier um eine landesweite Sicherstellung der ortsnahen medizinischen Versorgung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Kollegin Lück. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die CDU hatte bereits im Januar 2011 einen Antrag zum gleichen Thema zur direkten Abstimmung gestellt, in dem sie die Fortführung des Aktionsprogramms zur Stärkung der hausärztlichen medizinischen Versorgung forderte. Schon damals haben wir erklärt, dass wir im Grundsatz die Zielsetzung dieses Aktionsprogramms teilen, nämlich die hausärztliche Versorgung insbesondere dort zu stärken, wo eine Unterversorgung besteht oder droht; denn die Sicherung einer wohnnahmen gesundheitlichen Versorgung ist eine der zentralen Herausforderungen der Gesundheitspolitik. Das ist insbesondere für weniger mobile Personen, besonders für Ältere oder Kinder, von großer Bedeutung.

Deshalb haben wir schon bei der Debatte im Januar dargelegt, dass das Aktionsprogramm der Vorgängerregierung entsprechend weiterentwickelt werden muss.

Es kann aber nicht nur um finanzielle Anreize und Unterstützung bei der Einrichtung einer Praxis gehen. Wir hatten im Januar hier im Plenum im Rahmen eines rot-grünen Entschließungsantrages schon Beschlüsse gefasst. Danach sollen erstens Maßnahmen zur Sicherstellung der ortsnahen medizinischen Versorgung in NRW weiterentwickelt werden. Zweitens soll dem zunehmenden Ärztemangel gerade in ländlichen Bereichen oder sozial benachteiligten Stadtteilen entgegengewirkt und hierzu unter anderem das Aktionsprogramm weiterentwickelt werden. Drittens soll der Haushaltsansatz für eine Verbesserung ortsnaher Versorgung aufgestockt werden. Das ist auch geschehen.

Weiterhin haben wir beschlossen, dass sich das Land für ein Versorgungsgesetz einsetzt, das eine an den örtlichen Rahmenbedingungen orientierte Planung möglich macht. Im Haushalt 2011 haben wir die Haushaltsmittel für die ortsnahen hausärztliche Versorgung schon um 1 Million €, also um 40 %, erhöht.

Die nun im CDU-Antrag enthaltene Aufforderung, das Hausarztkonzept fortzuschreiben, ist also bereits im Januar beschlossen und zwischenzeitlich auch zeitweise umgesetzt worden. Das Programm wurde zu einem Programm zur Sicherung der medizinischen Versorgung in NRW weiterentwickelt. So sieht das Programm eine Vielzahl von Maßnahmen zur Gewährleistung einer medizinischen Versorgung vor, die sich nahe an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert. Zudem wurde eine Initiative zur Einführung des Faches Allgemeinmedizin als Pflichtfach im praktischen Jahr der medizinischen Ausbildung ergriffen.

Wir haben auch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze vorgenommen. Darüber hinaus sind die Fördermöglichkeiten erweitert worden. Zukünftig soll auch die Anstellung von Hausärztinnen und Hausärzten gefördert werden. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass die Versorgung der Regionen mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten stark durch bundesgesetzliche Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Deshalb hat sich NRW, was auch im Landtag beschlossen wurde, in Bund-Länder-Beratungen für ein Versorgungsgesetz eingesetzt, das sich an den tatsächlichen regionalen Bedarfen orientieren soll.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie hatten sich im Januar nicht in der Lage gesehen, dem rot-grünen Entschließungsantrag, der schon damals eine entsprechende Weiterentwicklung eingefordert hatte, zuzustimmen. Mit Ihrem Antrag heute kommen Sie zehn Monate zu spät. Wir werden Ihren Antrag als erledigt ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

– Das ist erledigt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ünal. – Für die FDP-Fraktion tritt nun Herr Dr. Romberg ans Pult.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines der bedeutsamsten gesundheitspolitischen Ziele besteht darin, auch in Zukunft eine wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen. Weil etwa ein Drittel der Hausärzte in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren aus Altersgründen die Praxis aufgeben wird und die Nachfolge vor allem in ländlichen Bereichen Probleme bereitet, ist dort zukünftig mit einem enormen Ärztemangel zu rechnen. Um dieser Entwicklung frühzeitig etwas entgegenzusetzen, hat die frühere Landesregierung aus CDU und FDP im Jahre 2009 das „Aktionsprogramm zur Stärkung der hausärztlichen Medizin und Versorgung in Nordrhein-Westfalen“ aufgelegt.

Inzwischen hat auch die Bundesebene mit dem Entwurf des Versorgungsstrukturgesetzes Maßnahmen erarbeitet, mit denen einer ärztlichen und insbesondere hausärztlichen Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten wirksam begegnet werden kann. Ärzte auf dem Land müssen häufig eine größere Patientenzahl behandeln als die Kollegen in den Städten und lange Anfahrtswege in Kauf nehmen. Das kann gerade im kommenden Winter wieder beschwerlich sein.

Bislang wurde auf diese Weise bestehender Mehraufwand nur selten aufgrund einer sogenannten Abstaffellungsregelung erstattet, bei der die Höhe der Vergütung begrenzt ist. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz sollen Ärzte, die in strukturschwachen Gebieten tätig sind, generell von der Abstaffellung ausgenommen werden.

Als zukunftsweisend können die vorgesehene Lockerung der Zweigpraxenregelung und die Aufhebung der Residenzpflicht gelten, durch die die Ärzte in die Lage versetzt werden, in der Stadt zu wohnen und ihre Praxis auf dem Land zu betreiben.

Außerdem sollen mit dem Versorgungsstrukturgesetz die bisher geltende Möglichkeit der Vertragsärztinnen, sich aufgrund einer Entbindung vertreten zu lassen, von sechs auf zwölf Monate verlängert werden.

Als weitere Maßnahme ist zu nennen, dass für die Kindererziehung bis zu 36 Monate und für die Angehörigenpflege bis zu sechs Monate lang ein Entlastungsassistent in der Praxis beschäftigt werden kann. Die Eltern- und Pflegezeiten sollen künftig bei den Auswahlentscheidungen über eine Praxisnachfolge wie ärztliche Tätigkeiten gewertet werden.

All diese Beispiele zeigen, dass die Bundesregierung für viele Problembereiche, die das Hausärztekoprogramm der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen tangieren, erfolgversprechende Maßnahmen entwickelt hat, die im kommenden Jahr umzusetzen sind.

Im Mai dieses Jahres hat Ministerin Steffens das bisherige Aktionsprogramm als ersten Schritt bezeichnet

(Ministerin Barbara Steffens: Ja!)

und ihrerseits darauf hingewiesen, dass man es auf dieser Grundlage zu einem Programm zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln will.

(Zustimmung von Ministerin Barbara Steffens)

Gleichzeitig hat das Gesundheitsministerium auf eine Kleine Anfrage von mir Ende September erklärt, dass keine belastbaren Erkenntnisse darüber vorliegen, ob im Hinblick auf den diskutierten Ärztemangel in ländlichen Regionen ein dauerhafter Aufbau von zusätzlichen Studienanfängerkapazitäten notwendig sei.

(Ministerin Barbara Steffens: Wissenschaftsministerium!)

Es ist ein ganz spannender Punkt, dass wir einen enormen Ärztemangel in der Zukunft haben, aber diese Landesregierung bisher überhaupt keine Ahnung hat, ob die jetzige Studienplatzzahl dafür ausreicht oder ob nur aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs die Zahl der Medizinstudienplätze zwischenzeitlich erhöht wird.

Das ist aus meiner Sicht überhaupt nicht zufriedenstellend. Ich halte das für ein peinliches Nichtwissen.

(Beifall von der FDP)

Dabei zeigt sich, dass die langfristige Strategie in diesem Bereich scheinbar doch fehlt.

Zum vorliegenden Antrag: Ich habe bereits im Januar zu einem ähnlichen Antrag erklärt, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich offen dafür ist, Programme weiterzuentwickeln, wenn es sachlich sinnvoll ist. Das beinhaltet, gegebenenfalls auch einzelne Förderkriterien und ihre Wirkung kritisch auszuwerten. Das ist wichtig.

Außerdem sollten die neuen Möglichkeiten, die das Versorgungsstrukturgesetz künftig bereithält, in die Konzeption eines solchen Programms einbezogen werden. Sinnvoll ist, dass die Landesregierung dabei erst einmal zurückhaltend schaut, was der Bundesgesetzgeber verabschiedet. Das würden wir in Regierungsverantwortung auch so tun.

Aus diesem Grund halten wir es aus unserer Sicht nicht für erforderlich, die bloße Fortschreibung dieses Programms zu fordern, wie es die Union heute

tut. Wir werden uns daher bei der Abstimmung enthalten. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Danke. – Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Leider hat mir die Kollegin Lück den Spruch „Jährlich grüßt das Murmeltier“ weggenommen. Aber ich gönne ihr das.

Wir müssen uns jetzt wieder mit diesem Thema beschäftigen. Ich war eigentlich geneigt, zu sagen: Ich verweise auf meine Rede vom Januar 2010 bzw. 2011.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Egal welche! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Es wäre schön, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie diese Energie darauf verwenden würden, die Rahmenbedingungen auf der Bundesebene so zu ändern,

(Beifall von der LINKEN und von Ministerin Barbara Steffens)

dass die Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum attraktiver wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist nämlich in erster Linie eine Bundesangelegenheit. Das sollte durch die Verteilung der Gelder auf Bundesebene im Gesundheitssektor ermöglicht werden.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Langsam muss doch klar sein, dass hier mit völlig ungeeigneten Mitteln operiert wird. Man kann doch nicht einem Arzt oder einer Ärztin auf dem Land zusätzliche finanzielle Anreize versprechen, damit er oder sie sich dort ansiedelt, wenn diese bei der nächsten Verhandlung über die Gebührenordnung unter Umständen wieder weggenommen werden.

Spätestens wenn der Arzt oder die Ärztin mehr Geld bekommt, kann es aufgrund der Verteilung passieren, dass zum Beispiel bei den Pflegekräften in den Krankenhäusern irgendwie gespart werden muss. Wir sollten über die Verteilung der Mittel im Gesundheitssektor überhaupt einmal reden.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

Ich sage das immer wieder und auch heute: Das geht nur mit einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Aber das wollen Sie natürlich nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Denn wenn wir sie hätten, gäbe es eine breite Fi-

nanzierungsbasis, die wir im Gesundheitswesen wirklich brauchen.

(Beifall von der LINKEN)

Aber Sie neigen in letzter Zeit dazu, linke Vorschläge zumindest halbherzig aufzunehmen. Versuchen Sie das doch einmal bei der Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

(Lachen von der CDU)

– Ich weiß, Sie trauen sich das im Augenblick nicht. Die NRW-CDU hat dankenswerterweise versucht, den Mindestlohn auf dem Parteitag durchzubringen. Aber dann kommt so etwas Unsägliches dabei heraus. Das hilft auch nicht.

Wir helfen Ihnen gern, das mit der Bürgerversicherung noch einmal zu versuchen. Vielleicht klappt das mit dieser Kanzlerin doch noch.

Es bringt nichts, immer wieder diese Anträge zu stellen. Das zeigt ein Stück weit die Hilflosigkeit, mit der Sie agieren. Wir begrüßen, dass die Landesregierung und Ministerin Steffens das Programm auf eine andere Grundlage stellen wollen. Das ist das einzige Realistische. Dazu hat die Frau Ministerin in den vergangenen Sitzungen schon einiges gesagt.

Unserer Ansicht nach muss es dabei gar nicht primär um die Ansiedlung von Hausärzten gehen. Ohne öffentliche medizinische Versorgungszentren bringt das alles eh nichts. Das würde aber einerseits dafür sorgen, dass die Engpässe in anderen Bereichen als der hausärztlichen Versorgung mitgehoben werden können. Andererseits könnte so eine bessere Planung bezüglich der räumlichen Verteilung erfolgen. Darüber sollten wir im Ausschuss diskutieren. Aber das können wir gar nicht mehr, weil Sie eine direkte Abstimmung beantragt haben. Dabei werden wir nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kleff, ich finde es gut, dass Sie sich weiterhin mit dem Hausärztemangel beschäftigen. Aber ich kann Ihren Antrag in keinem einzigen der Punkte nachvollziehen, die Sie fordern. Sie wissen es eigentlich besser.

Wir haben Ihnen vor einigen Monaten im Ausschuss die aktualisierte Liste der Förderregionen 1 und 2 vorgelegt. Sie wissen, dass die nächste Berichterstattung turnusgemäß erfolgt. Das Hausärzteprogramm der vorherigen Landesregierung ist nicht nur fortgeschrieben, sondern es läuft die ganze Zeit mit Erweiterungen. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, welches Gerücht Sie in die Welt setzen. Die

von Ihnen zusammengeschriebenen Anträge sind so, als ob Sie sagen, Sie möchten gerne, dass es auch regnet. Ja, es regnet ab und zu auch. Dieses Hausärzteprogramm wird nicht anders fortgeschrieben, bloß weil Sie immer wieder diese Anträge stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie stellen einen Antrag, statt sich auf Bundesebene an der einen oder anderen Stelle wirklich für Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Das wäre dringend notwendig. Aber auch darauf werde ich gleich gerne noch einmal eingehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kleff?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Es wäre schön gewesen, wenn er vorher schon einmal gefragt hätte. Dann hätte er sich den Antrag ersparen können. Aber natürlich kann er gerne fragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Also gestatten Sie die Zwischenfrage?

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Aber gerne doch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Kleff, bitte schön.

Hubert Kleff (CDU): Wenn Sie jetzt hier behaupten, das Hausärzteprogramm wäre von Ihnen weiterentwickelt worden, dann geben Sie mir bitte eine Erklärung für Ihre Aussage in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Fehring. Darin sagen Sie, Sie arbeiten an einem Programm der Landesregierung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen, welches dieses Hausärzteprogramm ersetzen soll. So steht es in der Antwort auf die Kleine Anfrage vom September oder Oktober.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Kleff, es ist schön, dass Sie jetzt fragen. Die Frage hätten Sie mir auch vorher stellen können.

Ein Bestandteil dieses weiterentwickelten großen Programms, welches wir planen, ist das Hausärzteprogramm. Aber dies ist ein kleiner Baustein. Das habe ich immer wieder gesagt. Wir können einmal darüber reden, wie viele Anträge gestellt worden sind, seit das von der Vorgängerregierung initiiert worden ist. Dieses kleine Programm löst aber doch nicht die Probleme, die wir mit der medizinischen Versorgung haben. Wir brauchen doch viel mehr.

Herr Kleff, die Anträge sind weiter gestellt worden. Die Anträge sind weiterhin bearbeitet worden. Die Anträge sind weiterhin bewilligt worden. Sie haben für diese Anträge auch die Liste der Förderregionen 1 und 2 bekommen.

Es gibt Kollegen in Ihrer Fraktion, die in der Zwischenzeit Kontakt und Briefwechsel mit mir aufgenommen haben, weil sie in ihrer Nichtförderregion eine Förderung erhalten wollten und Nachfragen dazu gestellt haben. Es gibt also Menschen, die nicht im Ausschuss sitzen, aber trotzdem Fragen dazu stellen. Ich verstehe Sie in dieser Hinsicht nicht. Ich bin doch keine unkommunikative Ministerin. Jede Frage, die Sie mir stellen, werde ich Ihnen gerne beantworten.

Wenn Sie es bisher nicht hören wollten, kann ich aber auch an dieser Stelle erzählen, wo es eine Weiterentwicklung gegeben hat. Wir haben festgestellt, dass es vor dem Hintergrund der Veränderungen des Arztberufes nicht mehr überall Ärzte sind. Es sind auch viele Ärztinnen, die sich eher in einem Angestelltenverhältnis befinden. Also haben wir das Hausärzteprogramm so weiterentwickelt, dass mittlerweile auch angestellte Ärztinnen und Ärzte finanziert und gefördert werden können. Auch das ist eine inhaltliche Weiterentwicklung. Wenn Sie über den Stand der Weiterentwicklung informiert werden wollen, so ist auch das ein Punkt.

Herr Kleff, wenn wir sagen, wir wollen mehr als das und nicht nur dieses Programm, dann meinen wir damit viele Sachen. Wir meinen damit, wir müssen darüber hinaus überlegen, wie wir es mit der Einführung eines Pflichtfachs Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr machen. Wir müssen schauen, wie wir die Studienplatzkapazitäten zügig für den doppelten Jahrgang erweitern und erhöhen können. Wir haben versucht, den Austausch mit den österreichischen Ärzten auf den Weg zu bringen. Wir haben nun einen Zulauf von österreichischen Ärztinnen und Ärzten, die uns in Deutschland aktiv in unseren Krankenhäusern und in unserem Gesundheitssystem unterstützen. Wir haben die Einrichtung einer Internetplattform www.docjobs-nrw.de eingerichtet.

Wir haben eine Reihe von Punkten direkt und unmittelbar auf den Weg gebracht. Das ist nicht nur ein Hausärzteprogramm, mit dem wir mit ein bisschen Geld im ländlichen Raum oder in unterversorgten Regionen versuchen, eine Praxisgründung zu unterstützen. Wir haben gesagt, wir wollen die Weiterentwicklung zu einem Programm zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung; denn es ist mehr als nur eine Finanzierung.

Herr Kleff, wir wissen auch, dass von den Ärztinnen und Ärzten selbst an vielen Stellen gesagt wird, die Finanzierung im Hausärzteprogramm macht die Situation in Problemregionen nicht attraktiver. Deshalb können wir uns nicht ausruhen. Wenn Sie sagen, wir sollen als Landesregierung nicht die Hände in den Schoß legen, dann mag dies vielleicht ein

Motto der Vorgängerregierung gewesen sein. Bei uns liegen die Hände nicht im Schoß, sondern wir versuchen, inhaltliche Konzepte vorzulegen.

Da Sie nicht nur über das Hausärzteprogramm geendet haben, sondern auch auf die Krankenhausrahmenplanung eingegangen sind, kann ich Ihnen auch dies noch einmal erklären. Mein Vorgänger, Karl-Josef Laumann, hat fünf Jahre lang keinen Krankenhausrahmenplan auf den Tisch gelegt. Wenn Sie das gerne noch einmal so deutlich hören möchten, kann ich Ihnen sagen, er hat dem Ausschuss fünf Jahre lang jedes Jahr gesagt, im nächsten Jahr kommt ein Krankenhausrahmenplan. Im letzten Jahr war dann klar, man erstellt keinen Rahmenplan mehr, weil man sich keinen Ärger einhandeln will.

Ich habe damit begonnen und gesagt, wenn Karl-Josef Laumann es schon so weit entwickelt hat, werden wir es wohl in einem Jahr schaffen. Da die ganze Entwicklung nicht so weit war, wie wir es uns gewünscht haben, dauert es ein bisschen länger. Deswegen habe ich Ihnen einen Zeitplan vorgelegt. Einen Zeitplan haben wir von der Vorgängerlandesregierung nie bekommen. Mit dem Zeitplan haben Sie von mir im Ausschuss freiwillig nicht nur mitgeteilt bekommen, was wir wann machen und wie der Zeitplan im Groben ist, sondern auch was wir inhaltlich an welcher Stelle machen und welche Diskussionen stattfinden. Ich sage Ihnen, mit unserem Krankenhausrahmenplan, den wir entwickeln, wird Nordrhein-Westfalen im Krankenhaussystem demografiefest. Wir werden das im Rahmen des Zeitplans immer wieder in den Ausschuss einbringen. Es wäre schön gewesen, wenn mein Vorgänger wenigstens einen Teil dessen gemacht hätte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Ende der Beratungen zu diesem Punkt.

Es ist direkte Abstimmung von der CDU-Fraktion beantragt worden. Wir kommen also zur Abstimmung. Wer stimmt dem **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 15/3269** zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Fraktion Die Linke, SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion, wie angekündigt. Damit ist der Antrag bei Enthaltung der FDP mit der Mehrheit dieses Hohen Hauses **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

11 Beschluss des nordrhein-westfälischen Landtags umsetzen – Ungleichbehandlung von Schülern der 10. Jahrgangsstufe an Gymnasien bei den Schülerfahrkosten unverzüglich beenden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3260

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3324

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl in der Sache im Prinzip erledigt, haben wir den Antrag nicht zurückgezogen. Zu den Gründen komme ich noch.

Zunächst begrüßt die FDP ausdrücklich, dass Mittel in den Haushaltsentwurf 2012 eingestellt werden, sodass zukünftig auch Gymnasiasten der Jahrgangsstufe 10 bei mehr als 3,5 km wieder eine Fahrkostenerstattung erhalten. Damit wird die Ungleichbehandlung gegenüber Schülern der zehnten Klassen an Hauptschulen, Realschulen oder Gesamtschulen beendet.

Die FDP hat bereits im letzten Jahr eingeräumt, dass dieses Problem nicht ihrer Regierungsverantwortung anzulasten ist. Sie sollten sich aber nicht als Engel der Barmherzigkeit präsentieren, Frau Beer, wie Sie es in Ihrer Pressemitteilung getan haben. Es hat drei Anträge, verschiedene Kleine Anfragen und eine Berichtsanforderung der FDP gebraucht, bis Sie nach über einem Jahr handeln

(Sören Link [SPD]: Das war der Grund!)

und nun die Fahrkostenverordnung anpassen wollen. Allerdings gibt es noch Klärungsbedarf bezüglich der Höhe der notwendigen Mittel.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Frau Beer hat letzte Woche erklärt, der Mehraufwand von rund 6 Millionen € werde den Kommunen erstattet. Die Schulministerin hat auch eine Kleine Anfrage der CDU-Kollegen Kamieth und Brunert-Jetter zu diesem Thema beantwortet. In dieser Antwort vom 05.09.2011 heißt es – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Nach Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden ist von jährlichen Mehrkosten in Höhe von 6 bis 8 Millionen € auszugehen, ...“

Zu dieser Antwort hat der Städte- und Gemeindebund am 24.10.2011 eine Mitteilung veröffentlicht und erklärt – ich zitiere erneut –:

„Nicht nachvollziehbar sind die Ausführungen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, wonach davon auszugehen sei, dass sie im Hinblick auf die Schülerfahrkosten den obengenannten Mehrkosten entsprechen würden. Es ist nicht nachvollziehbar, auf welcher Grundlage

das Schulministerium NRW ohne eine entsprechende Berechnung und ohne eine Rücksprache mit den kommunalen Spitzenverbänden nun zu diesem Ergebnis kommt.“

Warum, Frau Löhrmann, informieren Sie den Landtag über vermeintliche Kosten und vermeintliche Rücksprache mit den kommunalen Spitzenverbänden, wenn der Städte- und Gemeindebund die Zahlen in Zweifel zieht und erklärt, man habe gar nicht mit ihm gesprochen.

Zweiter Punkt: In der Debatte vor einem Jahr haben wir auch über das SchokoTicket gesprochen. Die FDP hatte sich dieses Thema genau angesehen. Weiterbildungskollegs sind bei den Schülerfahrkosten nicht in § 97 Schulgesetz erfasst. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es sich um eine freiwillige Entscheidung handelt, wenn der VRR das SchokoTicket bereitstellt.

SPD und Grüne haben die FDP seinerzeit heftig angegriffen. Herr Link hat mich in seiner Rede persönlich angesprochen und den Eindruck erweckt, dass die Schüler an Weiterbildungskollegs schnell wieder das ermäßigte SchokoTicket bekommen sollten. Frau Beer hat unterstellt, die FDP interessiere sich wohl nicht für Weiterbildungskollegs, weil wir zu einer anderen inhaltlichen und rechtlichen Einschätzung gelangt waren. Der rot-grüne Gesamtantrag wurde also beschlossen, und die Schulministerin hat verkündet, man werde sich darum kümmern.

Ein Jahr später hat die FDP einen Bericht im Schulausschuss beantragt. Was schreibt die Schulministerin? Ich darf zitieren:

„Im Hinblick auf die weitere Forderung des Entschließungsantrags, Schülerinnen und Schülern an Weiterbildungskollegs den Zugang zu ermäßigten SchokoTickets zu ermöglichen, ist festzustellen, dass die Landesregierung aufgrund der bestehenden Tarifautonomie keinen Einfluss auf die Preisgestaltung der Verkehrsbetriebe hat. Somit kann sie auch nicht auf die vom VRR zum 01.08.2010 geänderte Festlegung des Berechtigtenkreises für das Angebot des SchokoTickets einwirken. Eine Umsetzung dieser Forderung ist daher rechtlich nicht möglich.“

Sieh mal einer an! Da haben aber SPD, Grüne und das Ministerium gemeinsam schön geschlafen. Dann sollen SPD und Grüne jetzt aber bitte auch den Mut haben, hier öffentlich zu erklären, dass Schüler an Weiterbildungskollegs das SchokoTicket nicht automatisch bekommen sollen. Diese Erklärung sind sie noch schuldig geblieben, weil sie seinerzeit bei der Beratung und Verabschiedung des Antrags den starken Eindruck erweckt haben, das sei noch in der Klärung und es sei ihr erklärt Ziel, das wieder zu ermöglichen. Die Schulministerin hat in ihrem Schreiben ganz klar bestätigt, dass das so nicht möglich sei. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von Gunhild Böth [LINKE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kaiser das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Kaiser.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion ist gestellt, aber inzwischen auch erledigt. Durch das G8 ist über die Jahre der Aufwuchs gekommen, und damit kam im Jahre 2011 zum ersten Mal die Frage der Ungerechtigkeit auf: Wie kann es sein, dass Schülerinnen und Schüler in der Klasse 10, wenn sie in der Oberstufe sind, falls sie vom Wohnort aus mehr als 3,5 und nicht mehr als 5 km mit dem Bus fahren mussten, keine Fahrtkosten erstattet bekommen? Das war eine Ungerechtigkeit, die zu beseitigen war. Wir haben darauf hingewiesen. Es ist gut, dass diese Landesregierung das übernommen hat. Damit ist der Antrag erledigt. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kaiser. – Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Link das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sören Link (SPD): Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Pieper-von Heiden, das Ziel, das SchokoTicket auch für Schüler und Schülerinnen von Weiterbildungskollegs einzuführen, bleibt richtig und bleibt auch mein und unser Ziel. Die von Ihnen beschriebene Problemlage bei den Schülerfahrkosten ist zutreffend.

Sie haben zu Recht erwähnt, dass die Verantwortlichen insbesondere und unter anderem auch in den Reihen der FDP-Fraktion zu suchen sind. Diese Koalition von SPD und Grünen hat das Problem erkannt. Wir haben an einer Lösung gearbeitet. Ich bin froh, dass wir jetzt aufgrund Ihres Antrages die Gelegenheit haben, diese von Ihnen hinterlassene schlampige Arbeit zu korrigieren, indem wir mit 6 Millionen € zusätzlich Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 an den Gymnasien genauso behandeln können wie Schülerinnen und Schüler an allen anderen weiterführenden Schulen. Darüber bin ich froh und dafür bin ich dankbar. Wir haben das Problem gelöst.

Insofern können wir zwar über den Antrag gerne im Ausschuss beraten, aber eigentlich ist er hinfällig, weil er durch das Regierungshandeln erledigt ist.

Eine kurze Anmerkung zu dem Entschließungsantrag der Linken: Wenn ich richtig informiert bin – das

werden die Ausschussberatungen dann zeigen –, werden die Regelungen zu den Schülerfahrtkosten in der Regel zu Beginn eines Schuljahres für Schuljahre getroffen und in Abstimmung mit den Schulträgern festgelegt. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das innerhalb der nächsten zwei Monate in dieser Weise nicht möglich sein wird. Insofern ist der von Ihnen gewollte und durchaus interessante Ansatz, auf den 1. Februar zu gehen, leider nicht umsetzbar. Ich denke, wir werden in den Ausschussberatungen erfahren, dass der 1. August der realistische Termin ist. Zu dem Zeitpunkt werden Schülerinnen und Schüler wieder entlastet. – Ich danke Ihnen ganz herzlich. Glückauf!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Link. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, dass dieser Antrag ein bisschen was von einer Zumutung hat. Dies vor allen Dingen deswegen, weil die Ministerin in der letzten Schulausschusssitzung sehr klar gesagt hat, wie jetzt die Regelung umgesetzt wird und dass das Land Nordrhein-Westfalen Mittel in die Hand nimmt, um den Murks, den Sie uns hinterlassen haben, auszubügeln und die Ungerechtigkeiten gegen Schülerinnen und Schüler zu beseitigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dem Ganzen die Krone aufgesetzt hat die Äußerung Ihres Kollegen Witzel in der Schulausschusssitzung. Es ist ja nicht so gewesen, wie der Kollege Kaiser jetzt eingeräumt hat: Das ist ein Versäumnis gewesen, das geregelt werden musste, und wir sind froh, dass das passiert ist. Herzlichen Dank dafür.

Nein, das hat der Kollege Witzel ganz anders dargestellt. Er hat gesagt: Wir haben die Schulzeitverkürzung eingeführt. Wir wussten, was wir mit dieser Schülerfahrtkostenverordnung anstellen. Wir warten erst einmal ab, ob sich Proteste regen und ob wir dann was machen müssen. Das ist ein zynisches Umgehen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch absurd!)

Das waren sinngemäß Ihre Äußerungen. Die habe ich in der Schulausschusssitzung kommentiert. Das ist Ihre Herangehensweise gewesen. Jetzt kommen Sie mit einem solchen Antrag um die Ecke.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämtheit!)

Das ist, finde ich, wirklich eine Unverschämtheit, die Sie damals den Schülerinnen und Schülern zugeschrieben haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu dem Änderungsantrag der Linken und zu dem Murks, der vorgetragen worden ist, muss ich sehr deutlich sagen: Sie müssten eigentlich wissen, wie Bewilligungszeiträume in Schuljahren sind. Sie müssten eigentlich wissen, dass natürlich, wenn die Schülerfahrtkostenverordnung verändert wird, für das, was das Land auf dieser Ebene regeln kann, ein Beteiligungsverfahren zu erfolgen hat.

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb werden hier auch Konnexitätsfolgen deutlich anerkannt. Dafür wird Vorsorge auch im Haushalt getroffen. Dabei ist auch die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände selbstverständlich. Das ist ein ganz anderes Vorgehen, als Sie das bisher gemacht haben.

Ich kann nur noch einmal der Ministerin für den Einsatz danken, dass wir das jetzt in dieser Weise realisieren können. Alle anderen Fragen werden wir auch noch lösen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Frau Kollegin Böth das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde im Gegensatz zur Kollegin Beer gut, dass die Fraktion der FDP diesen Antrag vorgelegt hat. Ich will das auch begründen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist eine neue Koalition!)

– Nein, das ist keine neue Koalition. Ich sage jetzt etwas dazu, dann können Sie gerne noch darauf antworten.

Wir hatten das selbstverständlich schon im letzten Schuljahr im Ausschuss diskutiert. Ich hatte kritisiert, dass CDU und FDP das nicht bedacht hatten, als sie das Gymnasium auf G8 umgestellt haben und damit die Oberstufe schon in der Klasse 10 beginnen ließen.

Das Problem ist gewesen, dass wir das alles im Ausschuss diskutiert haben. Da bin ich bei der Regierungskoalition, überhaupt keine Frage, dass man, wenn man eine solche Planung macht, das zu Ende denken muss. Dann muss ich auch über die Konsequenzen nachdenken.

Die FDP hat in der Zwischenzeit aber eingesehen, dass dies ein Fehler war und hat gesagt: Das haben wir vergessen. Das haben wir nicht gemacht. – Okay. Das kann man zwar auch noch einmal kritisieren, aber irgendwann ist es dann auch vorbei.

Dann ist Folgendes geschehen: Dann hat es eine Antwort der Landesregierung auf die Anfrage 545 von Frau Pieper-von Heiden im März des letzten Schuljahres gegeben. Da steht unter der Frage, wann mit einer entsprechenden Anpassung zu

rechnen sei, vonseiten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sei eine Anpassung mit Wirkung zum 1. August 2011 beabsichtigt.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau!)

Ich habe mich darauf verlassen, dass das passiert.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir auch!)

Ich habe Eltern, die mich angerufen haben, blöd, wie ich bin, wie ich sagen muss, mitgeteilt, die Ministerin habe gesagt, sie mache das zum August. Es täte mir leid, daran sei jetzt nichts mehr zu ändern. Das hätten wir, als wir in den Landtag gekommen sind, auch nicht mehr ändern können, weil das Schuljahr schon angefangen habe. Die Ministerin würde das aber jetzt ändern. Ich mache also sozusagen Werbung für die Landesministerin und sage, das werde jetzt auf den Weg gebracht.

Was glauben Sie, was passiert ist? – Nach den Sommerferien rufen mich natürlich Eltern an und sagen: Was haben Sie mir denn da erzählt? Das ist ja alles überhaupt nicht passiert.

Ich habe mich darauf verlassen. Ich habe nicht die ganze Zeit überprüft, ob eine Änderung der Verordnung im Amtsblatt enthalten und dies umgesetzt worden ist. Für mich hat dies zu einem Vertrauensverlust geführt.

(Beifall von der LINKEN und von der FDP)

Deshalb ist der Antrag der FDP-Fraktion völlig richtig. Ich glaube nämlich jetzt nichts mehr, bevor ich das nicht schriftlich in einer Verordnung sehe. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Böth. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Stimme ist etwas besser als gestern, aber noch nicht viel besser; das gebe ich zu.

Spätestens seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung ist der Antrag überholt und deshalb überflüssig. Ich kann das hier nur noch einmal sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch, um alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal ins Bild zu setzen, will ich trotzdem kurz auf die Vorgeschichte eingehen.

Mit dem 2. Schulrechtsänderungsgesetz aus der letzten Legislaturperiode, verabschiedet von CDU und FDP, wurde die Jahrgangsstufe 10 aufgrund des auf acht Jahre verkürzten Bildungsgangs am

Gymnasium der Sekundarstufe II zugeordnet. Eine Anpassung der Schülerfahrtkostenverordnung an diese Gesetzesänderung erfolgte aber nicht. Die jetzt beklagte Problemlage fällt somit auf die alte CDU/FDP-Landesregierung zurück.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die rot-grüne Landesregierung hat die Ungerechtigkeit erkannt und anerkannt und deshalb frühzeitig erklärt, eine Anpassung der Schülerfahrtkostenverordnung vornehmen zu wollen. Das habe auch ich getan; das wurde durch den Antrag im letzten Jahr dokumentiert.

Das Verfahren, das genau zu klären, ist sehr zeitaufwendig, insbesondere die Beantwortung der Frage, ob durch eine Verordnungsänderung ein Ausgleichsanspruch nach dem Konnexitätsausführungsgesetz ausgelöst wird. Darüber gab es unterschiedliche Auffassungen: auf der Seite des Innenministeriums, auf der Seite des Finanzministeriums und auf der Seite des Schulministeriums. Diese Klärung muss jetzt vernünftig weiter erfolgen.

Es ist klar – das ist die Grundlage –, dass die Konnexität hier relevant ist, weil durch die gewollte Neuregelung jährlich Kosten in Höhe von rund 6 Millionen € verursacht werden. Das sind die kalkulierten Kosten für das Land. Hinzu kommen dann aber noch die Kosten für die Ersatzschulträger, die auf einem anderen gesetzlichen Wege erstattet werden. Diesen Unterschied sollten Sie, Frau Pieper-von Heiden, eigentlich auch kennen. Deswegen setzt man grob geschätzte Summen an und muss aber hier auch eine Differenzierung vornehmen. Wir wollen natürlich auch den Kindern und Jugendlichen, die in Ersatzschulen sind, die Kosten erstatten. Das sage ich hier zu der Frage der Summe, die Sie dazu aufgeworfen haben, Frau Pieper-von Heiden.

Auf die wesentlichen Zusammenhänge – nach den Unterschieden der Summe haben Sie nicht gefragt – habe ich in der Ausschusssitzung am 9. November 2011 hingewiesen, weil das Kabinett am Abend vorher den Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 beschlossen hat. Darum habe ich das getan und nicht etwa, weil Sie einen Antrag gestellt haben. In Ihren Pressemitteilungen also so zu tun, als hätten Ihre Aktivitäten jetzt zu der Lösung des Problems beigetragen, finde ich schon abenteuerlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung wird nun das Verfahren zur Änderung der Verordnung mit dem Ziel vorantreiben, dass ab dem Schuljahr 2012/2013 alle Schülerrinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 hinsichtlich der Schülerfahrtkosten rechtlich gleich behandelt werden. Eine souveräne Opposition würde einen solchen Antrag angesichts dieser Sachlage zurückziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die FDP-Fraktion hat sich nun noch einmal der Abgeordnete Witzel gemeldet. Er hat noch zehn Sekunden Redezeit.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Eins, zwei, drei!)

Ich habe mich gemeldet, um auf die Äußerungen von Frau Beer zu erwidern.

Frau Beer, ich habe die sehr herzliche Bitte, dass Sie, bevor Sie falsche Behauptungen tätigen, in das Protokoll der letzten Ausschusssitzung hineinschauen. Ich weise den von Ihnen hier verbreiteten Eindruck ausdrücklich zurück, dass uns alles, was hier im Hinblick auf das Thema „Fahrtkosten“ passiert sei, egal gewesen ist. Ich habe in der letzten Ausschusssitzung gesagt, dass Ihre Skandalisierung des Themas sachlich nicht gerechtfertigt ist, weil eine rechtliche Systematik, die seit Jahren bestanden hat, hier nicht geändert worden ist und fortbestanden hat,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Zehn Sekunden!)

dass sich aber in der Praxis gezeigt hat, dass diese Änderung notwendig ist und vollzogen werden muss.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Diesbezüglich bestand auch Einigkeit. Ich bitte Sie sehr herzlich, das im Protokoll der letzten Ausschusssitzung nachzulesen, wenn es vorliegt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall.

Dann sind wir am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag** in der **Drucksache 15/3260** einschließlich des **Änderungsantrags** in der **Drucksache 15/3324** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf um das Votum des Hauses bitten. Wer der Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Zwei Abgeordnete der SPD.

(Günter Garbrecht [SPD]: Darüber müssen wir nicht noch einmal debattieren!)

Enthaltungen? – Diese Überweisungsempfehlung ist nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit des Hauses angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12 Wohnungsnot für Studierende schnell lindern – Studentenwerke in Verantwortung nehmen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3251

Entgegen der ausgedruckten Tagesordnung soll zu diesem Tagesordnungspunkt heute keine Debatte durchgeführt werden.

Wir haben hier also nur über die **Überweisung des Antrags** in der **Drucksache 15/3251** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** abzustimmen. Nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt erneut die Befassung im Plenum. Wer für diese Überweisungsempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen wurde.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Donnerstag, den 8. Dezember 2011, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend und eine gute Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:22 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.